BUNDESFACHSTELLE
LINKE MILITANZ

MODELLPROJEKTE DER POLITISCHEN BILDUNG IM BEREICH LINKER EXTREMISMUS VON 2010 BIS 2019

ZIELE
METHODEN
HERAUSFORDERUNGEN

VON TERESA NENTWIG

INHALTSVERZEICHNIS

	Zusammenfassung der Studie	5
	Übersicht über die bisherigen Modellprojekte (2010–2019)	6
	Übersicht über sonstige Initiativen	8
I.	**Einleitung**	**9**
II.	**Modellprojekte und sonstige Initiativen**	**23**
	Modellprojekte aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (2010–2014)	23
	Modellprojekte aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (1. Förderperiode: 2015–2019)	101
	Sonstige Initiativen	147
III.	**Fazit und Ausblick**	**163**
IV.	**Anhang**	**177**
	Endnoten	177
	Quellen- und Literaturverzeichnis	221
	Verzeichnis der Infokästen	250
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	251
	Abbildungsnachweis	252
	Impressum	254

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit den zwischen 2010 und 2019 durchgeführten Modellprojekten im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz. Ziel ist es, einen Überblick über die Modellprojekte zu geben, da hier ein Forschungsdesiderat vorliegt – die Modellprojekte wurden bisher nicht systematisch zusammengeführt und analysiert.

In einer Einleitung werden zunächst die beiden Bundesprogramme „Initiative Demokratie stärken“ und „Demokratie leben!“ vorgestellt, innerhalb derer die Modellprojekte gefördert wurden. Außerdem werden in der Einleitung u. a. die Untersuchungsparameter und die Quellen der Untersuchung dargelegt.

Im Hauptteil der vorliegenden Studie werden die einzelnen Modellprojekte nacheinander aufbereitet, zunächst diejenigen aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“ (2010–2014) und im Anschluss diejenigen aus der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ (2015–2019). Unter anderem werden die Ziele, die Herangehensweisen und Methoden sowie mögliche Herausforderungen und Probleme dargestellt. Um aufzuzeigen, dass auch über die Modellprojekte hinaus Aktivitäten der politischen Bildung und der Prävention im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz stattfanden bzw. noch stattfinden, werden anschließend drei weitere Initiativen in diesem Bereich näher vorgestellt.

Die Studie endet mit einem Fazit und Ausblick. Hier werden zum einen die Ergebnisse der vorangehenden Analyse vorgestellt, indem bestimmte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Modellprojekten sowie Tendenzen der Bildungsarbeit im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz dargelegt werden. Zudem werden im Fazit und Ausblick diejenigen Modellprojekte kurz präsentiert, die gegenwärtig in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024) gefördert werden. Die Studie endet mit einem Verzeichnis der benutzten Quellen und Literatur.

Alle Teile der Untersuchung enthalten Infokästen, in denen wichtige Begrifflichkeiten wie „Linksextremismus“ oder „Beutelsbacher Konsens“ kurz erläutert werden.

ÜBERSICHT ÜBER DIE BISHERIGEN MODELLPROJEKTE (2010–2019)

BUNDESPROGRAMM „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2010–2014)

Projekttitel	Projektträger	Förderjahr/e
„Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	2011–2014
„Andi 3“	Stiftung Partner für Schule NRW	2010
„Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“	Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg	2010–2014
„Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“	Zeitbild Stiftung	2010/2011
„Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“	Europäische Jugendbildungs-und Jugendbegegnungsstätte Weimar	2010–2013
„Die Autonomen“	Archiv der Jugendkulturen e. V.	2010–2012
„Entwicklung systemisch-lösungsorientierter und onlinebasierter Ansätze im Themenfeld Linksextremismus“	Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.	2011–2013
„Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutzabteilung –	2011/2012
„Islamismus und Linksextremismus im Internet“	LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH	2011–2013
„Kulturschock – Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken“	Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH	2011–2014
„Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche“	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	2010/2011
„Plakatwettbewerb ‚Argumente statt Gewalt‘“	Deutsche Gesellschaft e. V.	2011
„Prävention von Linksextremismus“	Violence Prevention Network gGmbH	2010–2012
„Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus“	Deutsche Gesellschaft e. V.	2011–2014
„‚Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur‘ – ‚Aktionswochen gegen Antisemitismus 2013‘“	Amadeu Antonio Stiftung	2010–2012 und 2013
„Wir fahren nach Berlin – gegen Linksextremismus“	Bundesverband der Jungen Union	2010
„Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugend-szenen in Hamburg – eine Bestandsaufnahme“	Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie – Das Rauhe Haus	2010/2011

BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ (2015–2019)

Projekttitel	Projektträger	Förderjahr/e
„Die Rolle von Protest in unserer Gesellschaft – Die 68er-Bewegung aus heutiger Sicht“	Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen	2019/2020
„Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“	Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH	2015–2019
„Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co. – Zielgerichtete Onlineprävention für Jugendliche“	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	2017–2019
„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	2015–2019
„Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen“	Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V.	2017–2019
„links/rechts – TR-in-D“	Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.	2017–2019
„Radikalisierungsprävention: Workshops und Beratungen mit Multiplikator*innen der pädagogischen Arbeit“	Stiftung SPI	2015–2019
„Urbane Gewalt“	B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.	2016–2019
„Von Hausbesetzung zu Blockupy – (Dis)Kontinuitäten antisemitischer Deutungsmuster in der deutschen Linken“	Bildungsstätte Anne Frank e. V.	2017–2019

Tab. 1: Übersicht über die bisherigen Modellprojekte (2010–2019)

ÜBERSICHT ÜBER SONSTIGE INITIATIVEN

Projekttitel	Projektträger	Förderjahr/e
„Aufgeklärt statt autonom – Hessische Aufklärungskampagne zur Prävention von Linksextremismus für die Schulen“	Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V. Eduversum GmbH	2019
„ExLex. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext linker Militanz“	KAST e. V.	seit 2015
FerienAkademie Politik	Verein zur Förderung politischen Handelns e. V. (v.f.h.)	seit 1992

Tab. 2: Übersicht über sonstige Initiativen

I EINLEITUNG

„Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“[1] Mit dieser Frage war wiederholt ein zivilgesellschaftlicher Akteur konfrontiert, dessen Projekt „Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ zwischen 2015 und 2019 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ gefördert wurde. Diese Frage dürfte aber auch anderen Modellprojektträgern gestellt worden sein. Zumindest deuten darauf die Erfahrungen hin, die Verantwortliche weiterer Modellprojekte im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz gemacht haben und die in der vorliegenden Untersuchung vorgestellt werden sollen.

Dass Projekte in diesem Bereich gefördert werden, ist auf die zwischen 2009 und 2013 amtierende schwarz-gelbe Bundesregierung zurückzuführen.[2] Sie legte im Jahr 2010 das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ auf, welches ausschließlich für die beiden Themenfelder islamistischer Extremismus und Linksextremismus vorgesehen war. Zuvor hatte es bereits mehrere Bundesprogramme gegeben, die sich lediglich „im Themenfeld der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“[3] bewegt hatten.[4] Die Zuständigkeit für die „Initiative Demokratie Stärken“ lag beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem damals Kristina Schröder (CDU) vorstand.

Als im Jahr 2009 bekannt geworden war, dass die neue Bundesregierung nicht mehr nur Projekte gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen Islamismus und Linksextremismus fördern wolle, regte sich wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Protest. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang exemplarisch die Stellungnahme „Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung“[5]. Es handelt sich dabei um einen offenen Brief an die Bundesregierung, der von mehreren Wissenschaftler*innen verfasst worden war und am 10. November 2009 in der *Frankfurter Rundschau* abgedruckt wurde. Die Verfasser*innen – darunter die Politikwissenschaftlerin Renate Bizan, der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge und der Soziologe Albert Scheer – äußerten darin die Sorge, dass die Aufnahme von linkem Extremismus und Islamismus in die Förderpraxis des Bundes eine inakzeptable „Reduzierung der Förderung von Projekten und Programmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus“[6] zur Folge haben könnte. Außerdem wurde in der Stellungnahme kritisiert, dass die Bundesregierung „implizit unterstellt, dass alle drei Extremismen aktuell von gleichem Ausmaß, gleicher Bedeutung und Brisanz wären“[7]. Diese Gleichsetzung entspreche aber nicht der Wirklichkeit, so die zehn Verfasser*innen des offenen Briefes: „Die Realität der Republik zeigt […] keine empirisch nachweisbaren Strömungen in der jungen Generation, die eine solche Veränderung der bisherigen Programme begründen könnten. So ist in der jungen Generation z. B. nicht erkennbar, dass sich ein gewaltförmiger Linksextremismus ausbreitet und etabliert, der demokratische und menschenrechtliche Grundsätze ablehnt.“[8] Hingegen sei der Rechtsextremismus ein „handfeste[s] Problem der Republik“[9].

Als sich im Jahr 2010 die Pläne der Bundesregierung konkretisierten, wurde erneut Kritik daran geübt, in die Bundesprogramme auch die Auseinandersetzung mit islamistischen sowie linksextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen aufzunehmen. So trat beispielsweise Ende Januar 2010 die Initiative INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff) mit dem Aufruf „Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns“ an die Öffentlichkeit.[10] Der Aufruf wurde von über 120 Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen unterzeichnet (Stand: 6. Mai 2010),

darunter beispielsweise die Sozialwissenschaftler Manfred Liebel und Frank Nonnenmacher, die damalige Bundesvorsitzende der Jungsozialisten Franziska Drohsel und diverse lokale Antifa-Gruppen.[11]

In der Tatsache, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht mehr nur Projekte gegen Rechtsextremismus, sondern auch gegen Linksextremismus und Islamismus fördern wollte, sahen INEX und die Unterzeichner*innen des Aufrufs ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung „stärker als ihre VorgängerInnen dazu bereit ist, den Extremismusansatz auch in der Förderpolitik umzusetzen“[12]. Dieser gehe davon aus, dass in der Gesellschaft eine politische Mitte besteht, die sich eindeutig von politischen Extremen am Rand abgrenzen lässt und von ihnen in gleichem Maße bedroht ist.[13] Diese „Extremismusformel“[14], die Rechts- und Linksextremismus qualitativ wie quantitativ gleichsetze, wurde durch den Aufruf aus mehreren Gründen kritisiert. Unter anderem ziehe sie nach sich, dass „Ungleichheitsideologien wie Rassismus, völkischer Nationalismus und autoritäre Hierarchie- und Ordnungsvorstellungen zum Randphänomen erklärt werden und damit deren Verbindung zur bundesrepublikanischen Normalität geleugnet wird“[15]. Wo dies der Fall sei, gebe es „keinen Platz für eine notwendige und berechtigte linke Gesellschaftskritik z. B. am weitverbreitetem Alltagsrassismus, heterosexistischer Familienpolitik, sozialer Ungleichheit und einer behindertenfeindlichen Leistungsgesellschaft“[16]. Mit anderen Worten: Die Kritiker*innen des neuen Bundesprogramms befürchteten, dass eine zulässige, durch das Grundgesetz geschützte radikale Gesellschaftskritik delegitimiert werde.[17]

Daneben kritisierte der Aufruf, „dass der Staat immer mehr in die politische Bildungsarbeit drängt“[18]. Sicherheitsbehörden, wie Verfassungsschutz und Polizei, würden „sich in Zusammenarbeit mit Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung als politische AufklärerInnen [gerieren]“, beispielsweise „indem sie Weiterbildungen und Projekttage in Totalitarismustheorie und ‚Rechts- und Linksextremismus‘ für Jugendliche und Lehrende an Schulen geben“.[19] Auf diese Weise, so der Aufruf weiter, werde „das Problem nazistischer Einstellungsmuster und ihrer Verbreitung systematisch verdrängt und durch ordnungspolitische Beschreibungen ersetzt: Extremismus als Problem unverbesserlicher Randgruppen, welches die Reaktion des starken Staates erfordert.“[20]

Infokasten 1: Das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Sommer 2010 das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ gestartet, das für die Handlungsfelder „Prävention von Linksextremismus“ bzw. „Prävention von islamischem Extremismus“ zuständig war. Das Ziel des Programms bestand darin, die pädagogische Praxis in diesen beiden Handlungsfeldern zu fördern und weiterzuentwickeln, „um auf diese Weise einen Beitrag zur Prävention von ‚islamistischem Extremismus‘ und ‚Linksextremismus‘ zu leisten“ (Fuhrmann/Johansson/Schau 2011: 1). Außerdem sollten die dafür nötigen wissenschaftlichen Grundlagen gelegt werden. Infolgedessen wurden im Rahmen des Programms „Initiative Demokratie Stärken“ zum einen Modellvorhaben gefördert, die sich mit der (Weiter-) Entwicklung der pädagogisch-präventiven Praxis in den Handlungsfeldern „islamischer Extremismus“ *und „Linksextremismus“ befassten. Zum anderen erhielten Forschungsprojekte eine Förderung, die die wissenschaftliche Basis zum Thema legen bzw. ausbauen sollten (vgl. ebd.).

Die geförderten Vorhaben ließen sich sowohl im Themenfeld „islamischer Extremismus“ als auch im Themenfeld „Linksextremismus“ drei Themenclustern zuordnen:

1. Bildungsprojekte mit jungen Menschen,
2. sozialräumliche Ansätze,
3. Arbeit mit sozialisationsrelevanten Akteuren (vgl. ebd.: 17–19).

Die Hauptzielgruppe des Bundesprogramms waren Jugendliche. Sie sollten in ihrer Ablehnung extremistischer Einstellungen gestärkt werden, indem ihre individuellen Kompetenzen gefördert werden, darunter Kritikfähigkeit (vgl. ebd.: 2 und 15). Es wurden aber auch Projekte gefördert, „die sich an Jugendliche wenden, für die bestimmte Gefährdungskonstellationen angenommen werden oder die bereits extremistisch orientiert sind“ (ebd.: 2). Im Bundesprogramm ging es somit sowohl um Primärprävention als auch um Sekundär- und Tertiärprävention (vgl. dazu Infokasten 4 in der vorliegenden Studie).

Daneben war die „Initiative Demokratie Stärken“ auch an Sozialisationsinstanzen (z. B. Lehrer*innen) sowie sozialräumliche Akteure (etwa Jugendfreizeiteinrichtungen und die Justiz) gerichtet (vgl. Fuhrmann/Johansson/Schau 2011: 2).

Für die wissenschaftliche Begleitung des Programms war das Deutsche Jugendinstitut e. V. (DJI) zuständig, das während der Laufzeit (2010–2014) für jedes Jahr einen Ergebnisbericht vorgelegt hat. Außerdem ist ein Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung erschienen.

Die „Initiative Demokratie Stärken“ agierte mit dem Begriff des Modellprojekts. Dessen Form und Aufgaben sind im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) aus dem Jahr 2009 beschrieben. Demnach sind Modellprojekte „zeitlich begrenzte Projekte, deren Ergebnisse auf andere Träger oder Förderbereiche übertragbar sind und Erkenntnisse bringen sollen im Hinblick auf:

a) die Entwicklung, Erprobung, Überprüfung und Weiterentwicklung von Methoden und Konzeptionen in der Kinder- und Jugendhilfe sowie

b) die Notwendigkeit und die Ausgestaltung gesetzgeberischer Regelungen oder die Überprüfung von bestehenden Gesetzen“ (zit. nach ebd.: 16). Das heißt, dass „die Weiterentwicklung der bestehenden Kinder- und Jugendhilfe(praxis) grundlegende Aufgabe von Modellprojekten [ist]. Neue Methoden und Konzeptionen zu entwickeln oder bestehende maßgeblich zu modifizieren und diese zu reflektieren, zu dokumentieren und auf andere Träger übertragbar zu machen, steht im Zentrum der Konzepte von Modellprojekten“ (ebd.).

Im Jahr 2010 standen für die „Initiative Demokratie Stärken“ zwei Millionen Euro aus Haushaltsmitteln zur Verfügung (vgl. Schröder 2010: 108).

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

Fuhrmann, Maximilian/Johansson, Susanne/Schau, Katja: Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, München: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2011, URL: https://taz.de/fileadmin/static/pdf/2012-03-01_dji_ergebnisbericht_demokratie_staerken_sw.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].
Schröder, Kristina: „Demokratie stärken – Toleranz fördern“, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 107–110.

Im Rahmen der im Juni 2010 gestarteten „Initiative Demokratie Stärken“ erhielten insgesamt vierzig Modellprojekte eine Förderung. Von diesen waren zunächst zwei[21], später 15[22] dem Linksextremismus und 22 dem islamistischen Extremismus zugeordnet; drei Projekte waren auf beiden Feldern aktiv.[23] Der Grundgedanke des Fördergebers zu den Modellprojekten in den Bereichen des islamistischen Extremismus und des Linksextremismus war, ihnen „gezielt wenig begrenzte Vorgaben zu machen, um – im Sinne eines ‚lernenden Programms‘ – Raum für die Entwicklung modellhafter Ansätze zu lassen“[24]. Dabei ging es „vor allem um pädagogisch integrative Präventionsmaßnahmen […], die im Bereich Bildungsarbeit angesiedelt sind“[25].

Doch ab Ende 2010 sahen sich mehrere Projekte, die im Rahmen des Programms „Initiative Demokratie Stärken“ gefördert wurden, politischem und öffentlichem Druck ausgesetzt. Im

ersten Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung[26] des Programms, den drei Mitarbeiter*innen des Deutschen Jugendinstituts für den Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2011 verfasst haben, heißt es dazu, dass der Hauptvorwurf gegen die Projekte gewesen sei, „sie würden linke Ideen bekämpfen und diskreditieren oder versuchen, die linke Szene auszuspionieren“[27]. Einem Teil der Projekte wurde zudem die Beteiligung an dem Bundesprogramm an sich zum Vorwurf gemacht, „da darin ein politisches Instrument zur mittel- und langfristigen Schwächung des ‚Kampfes gegen Rechts‘ gesehen wird“[28].

Die Wissenschaftliche Begleitung der „Initiative Demokratie Stärken“ übte in ihrem ersten Ergebnisbericht Kritik am Begriff des Linksextremismus: „Es deutet sich […] an, dass mit dem Begriff ‚Linksextremismus‘ so unterschiedliche Phänomene bezeichnet werden, dass zweifelhaft erscheint, inwieweit ‚Linksextremismus‘ im sozialwissenschaftlichen und im pädagogischen Bereich (insbesondere mit Fokus auf der Jugendphase) einen geeigneten Oberbegriff darstellt.“[29] Vor diesem Hintergrund kamen aus der Politik (insbesondere von den Grünen, der Linkspartei und der SPD) Forderungen nach der Abschaffung des Themenfeldes Linksextremismus innerhalb der „Initiative Demokratie Stärken“.[30] Das Bundesfamilienministerium, in dessen Zuständigkeit das Bundesprogramm fiel, wies die Kritik jedoch zurück[31] und betonte in einer Stellungnahme: „Wenn überhaupt ein konkreter Handlungsauftrag aus dem Bericht herauszulesen ist, dann der, dass im Interesse einer Verbreiterung des Programms der Schwerpunkt der Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus nicht nur in Berlin liegen soll.“[32]

Doch die durch die „Initiative Demokratie Stärken“ geförderten Projekte im Bereich des Linksextremismus waren nicht nur mit der Kritik am Bundesprogramm konfrontiert, sondern hatten noch mit weiteren Herausforderungen zu kämpfen. Dazu zählen insbesondere die Wissensdefizite, die der Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ aus dem Jahr 2014 gut auf den Punkt bringt: „Aufgrund einer weitgehend fehlenden sozialwissenschaftlichen Forschung ist das Arbeitsfeld ‚Prävention von Linksextremismus im Jugendalter‘ wissenschaftlich bislang unzureichend bearbeitet – insbesondere in Hinblick auf die Frage, was konkret (pädagogisch) bearbeitbare und bearbeitungswürdige Aspekte des gemeinhin als Linksextremismus bezeichneten Phänomens sind, welche Ursachen zugrunde liegen und welche Jugendrelevanz Linksextremismus hat. Damit einher geht eine grundlegende Ungleichzeitigkeit zwischen der Arbeit an modellhaften Präventionskonzepten auf der einen und der dafür notwendigen, aber weithin noch fehlenden wissenschaftlichen Bearbeitung auf der anderen Seite.“[33]

Doch es waren nicht nur das Fehlen von in der Praxis erprobten Ansätzen und der Mangel an wissenschaftlicher Expertise, mit denen die Modellprojekte umgehen mussten. Hinzu kam eine weitere Schwierigkeit, mit der zumindest ein Teil der Modellprojekte im Themenfeld Linksextremismus konfrontiert war, und zwar die Heterogenität der Zielgruppe: Sie „umfasst ein breit gefächertes, heterogenes und widersprüchliches Spektrum von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in einem Spannungsfeld zwischen jugendkulturellen Szenen und teilweise eben auch ideologisch verfestigter Militanz“[34].

Darüber hinaus ist die Herausforderung zu nennen, die der Begriff des Linksextremismus mit sich bringt: Er kann wichtige Zugänge zu Kooperationspartnern und Zielgruppen versperren. Dazu heißt es im Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ aus dem Jahr 2014: „Eine weitere Herausforderung für die Projekte gründete in

Akzeptanzproblemen des Begriffs Linksextremismus in Teilen der Öffentlichkeit, Wissenschaft, bei anderen pädagogischen Trägern und nicht zuletzt bei den Zielgruppen. Schwierigkeiten traten vor allem bei der Akquise von Projektpartnern auf der Ebene von Trägern der Jugendarbeit auf, aber auch teilweise bei der Akquise von Schulklassen für Aufklärungsformate über Linksextremismus."[35]

Doch auch die beanspruchte Klandestinität der Zielgruppe sorgte bei den im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" geförderten Projekte für Schwierigkeiten bei der Erreichbarkeit: „Die Abschottung der radikalen Kerne gegen jegliche Außenbeobachtung, insbesondere dann, wenn diese durch staatliche Programme gefördert und finanziert ist, stellt die pädagogische Praxis vor ein Dilemma: Entweder wird die Zielgruppe sehr weit und unspezifisch definiert, mit dem Ergebnis, dass sie tendenziell mit der Großkategorie ‚Jugendliche/junge Menschen' deckungsgleich wird; oder sie wird präziser gefasst, was zur Folge hat, dass die Projekte sich einem kaum überwindbaren Akzeptanzproblem gegenübersehen, weil ihre Adressaten von pädagogischen Angeboten, zumindest wenn sie im Verdacht der Staatsförderung stehen, kaum zu erreichen sind."[36] Diese Akzeptanzprobleme spiegeln sich auch darin wider, dass zu Beginn des Bundesprogramms „Demokratie leben!" lediglich drei Projekte im Bereich Linksextremismus gefördert wurden.[37]

Infokasten 2: Die Demokratieerklärung

Im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" mussten die Zuwendungsempfänger seit dem 1. Januar 2011 unterschreiben, dass sie sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen und als Projektträger dafür Sorge tragen, dass Kooperationspartner und Vortragende sich ebenfalls zur Verfassungstreue verpflichten (sogenannte Demokratieerklärung bzw. Extremismusklausel). Nach erheblichen Protesten aus der Zivilgesellschaft und aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken, die mehrere Gutachten bzw. Expertisen aufgeworfen hatten, wurde die Demokratieerklärung Anfang 2014 zurückgezogen.

Völlig neu war die Demokratieerklärung jedoch nicht, denn bereits seit 2007 bestanden ähnliche Vorgaben in Form eines Begleitschreibens an die Projektträger. Darin hieß es, dass extremistische Organisationen weder direkt noch indirekt gefördert werden dürften. Ein solches Begleitschreiben gibt es seit 2014 wieder: Die Projektträger müssen zwar nicht mehr explizit unterschreiben, dass sie sich dem Grundgesetz verpflichten, aber sie werden darauf hingewiesen. Tilman Steffen von *Zeit Online* überschrieb einen Artikel vom 31. Januar 2014 daher mit: „Die Extremismusklausel heißt jetzt Begleitschreiben."

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

Bannas, Günter: Extremismusklausel abgeschafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2014.
Bochentin, Christoph: Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin, o. J. [2011], URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2011/08/chronik_extremismusklausel.pdf [zuletzt eingesehen am 01.11.2020].
Fuhrmann, Maximilian: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2019, S. 283–285 und S. 287.
Kleffner, Heike: Projekte in der Extremismusfalle: „Wir bleiben dabei. Die Demokratieerklärung ist richtig.", in: Bürgerrechte & Polizei, Nr. 99 (2011), S. 50–55, URL: https://www.cilip.de/2011/09/03/projekte-in-der-extremismusfalle-wir-bleiben-dabei-die-demokratieerklaerung-ist-richtig/ [zuletzt eingesehen am 18.10.2020].
Steffen, Tilman: Die Extremismusklausel heißt jetzt Begleitschreiben, in: Zeit Online, 31.01.2014, URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/extremismusklausel-schwesig-maiziere [zuletzt eingesehen am 01.11.2020].

Als problematisch erwies sich schließlich auch die sogenannte Demokratieerklärung, die Zuwendungsempfänger, die sich gegen Islamismus, Linksextremismus und Rechtsextremismus engagierten, zwischen 2011 und 2014 unterzeichnen mussten. Sie hatte zum eine zur Folge, dass manche Kritiker*innen der Erklärung eine Zusammenarbeit mit Modellprojektträgern ablehnten.[38] Zum anderen führte die Demokratieerklärung, die auch unter dem Namen Extremismusklausel bekannt ist, zu einer großen Unsicherheit unter den Modellprojektträgern, „welche Kooperationen sie eingehen können, ohne gegen die ‚Demokratieerklärung' zu verstoßen"[39]. Unklar war vor allem, wer mögliche Kooperationspartner und Referent*innen als „linksextrem" einordnen kann und wie intensiv die eigene Überprüfung erfolgen muss.[40]

Rund ein Jahr vor dem Ende des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" schrieb die Wissenschaftliche Begleitung in ihrem Ergebnisbericht für den Zeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013, dass derzeit „kein Bedarf für einen das gesamte Bundesgebiet abdeckenden Programmbereich zum Thema ‚pädagogische Prävention von ‚Linksextremismus' im Jugendalter'"[41] existiere. Außerdem kritisierten die Gutachter*innen einige Projekte, weil sie sich der Extremismustheorie bedienten. Es werde mit „einseitige[m]"[42] Material gearbeitet; Lernprozesse würden „stark gesteuert"[43]. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Jan Korte, bezeichnete den Bericht des Deutschen Jugendinstituts daraufhin als eine „schallende Ohrfeige für die letzte Bundesregierung"[44]. Mit dem Programm werde „auf Staatskosten offenbar politische Indoktrination von jungen Menschen betrieben"[45]. Korte forderte von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) eine „schnelle Reaktion, die eigentlich nur so aussehen kann, diesen Unsinn schnellstens zu beenden"[46].

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebene Abschlussbericht des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" unterstrich die sich bereits 2013 abzeichnende Tendenz des fehlenden Bedarfs an durch Bundesgelder geförderten Präventionsangeboten im Themenfeld Linksextremismus. Es hieß darin, dass die Umsetzungserfahrungen im Programmbereich Linksextremismus sowie wissenschaftliche Debatten zeigen würden, „dass der Bedarf für einen flächendeckenden Programmbereich zur Prävention von Linksextremismus im Jugendalter aktuell nicht gegeben ist"[47].

Trotz dieser Kritik wurde das Themenfeld Linksextremismus auch in das am 1. Januar 2015 begonnene Nachfolgeprogramm der „Initiative Demokratie Stärken" aufgenommen. Anders als zuvor sprach das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit", das von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig für zunächst eine Förderperiode (2015 bis 2019) aufgelegt wurde, nicht mehr von „Linksextremismus", sondern von „linker Militanz".[48] Für diesen begrifflichen Wandel sind verschiedene Faktoren ursächlich, darunter die bereits erwähnte Tatsache, dass der negativ konnotierte Terminus „Linksextremismus" bisher den Zugang zu den Zielgruppen erschwert hatte.[49] Aber auch die Umstrittenheit des Begriffs „Linksextremismus" in der Wissenschaft dürfte zu der Wortverschiebung geführt haben.[50]

Vor allem aber führten die Ergebnisse der Projekte, die im Rahmen des Vorgängerprogramms „Initiative Demokratie Stärken" gefördert worden waren, zu der begrifflichen Änderung. Dazu heißt es im ersten Zwischenbericht (Zeitraum: 01.01.2015 bis 31.12.2015), den die Wissenschaftliche Begleitung für die im Rahmen von „Demokratie leben!" geförderten

Modellprojekte erstellt hat: „0hne Zweifel erbrachten die Projekte dieses Programms einen wichtigen Beitrag zur Wissensgenerierung über die Problematik linker Militanz. Insbesondere machten sie deutlich, dass bei den Zielgruppen weniger geschlossene linksextreme Weltbilder als synkretistische ‚*Patchwork*ideologien' zu beobachten sind, sodass Gewaltaffinitäten – so die Schlussfolgerung des Gesamtberichts – stärker von den situativen Bedingungen des Protesthandelns her zu beschreiben und bearbeiten sind […]. Dem trägt das aktuelle Programm dadurch Rechnung, dass es den Präventionsgegenstand nicht mehr als ‚Linksextremismus', sondern präziser und problemadäquater, als ‚Linke Militanz' definiert. Anders als der Begriff ‚Linksextremismus', fokussiert der Begriff ‚Linke Militanz' weniger auf geschlossene Weltbilder oder miteinander in ihrer Gegnerschaft gegenüber der Demokratie verbundene Organisationsstrukturen. Der Begriff entstammt sozialwissenschaftlichen Forschungen über soziale Bewegungen und folgt damit anderen analytischen Akzentuierungen[,] als die politikwissenschaftliche Extremismustheorie. Letztere ist im Kern eine *Unterscheidungstheorie*, die Gegnerschaften gegenüber dem demokratischen Gemeinwesen identifizierbar macht und Mitte-/Rand-Klassifikationen etabliert. Der Fokus der Bewegungsforschung liegt dagegen stärker auf Gruppenidentitäten und den Wechselwirkungen zwischen Protestgruppen und staatlichen Institutionen oder politischen Gegnern. Der Begriff ‚Linke Militanz' erlaubt es somit, Phänomene wie Gewalt stärker im Kontext gesellschaftlichen Protestgeschehens, der Jugendphase sowie als Teil von – inhaltlich ein breites Spektrum umfassenden – Protestbewegungen zu verorten. Militanz ist als Begriff selbst Teil von intensiven Diskursen innerhalb linker Szenen über das eigene Selbstverständnis und die Konfrontationsbereitschaft in politischen Auseinandersetzungen."[51]

Trotz der unterschiedlichen Begrifflichkeiten eint die beiden Bundesprogramme „Initiative Demokratie Stärken" und „Demokratie leben!" ihre Hauptfunktion: Sie „liegt nicht allein und in erster Linie in der flächendeckenden Bekämpfung des politischen Extremismus und der Förderung von Demokratie, sondern in der beispielhaften Entwicklung und Erprobung von Konzepten, Strategien und Arbeitsformen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung"[52]. In der ersten Förderperiode des Programms „Demokratie leben!" befassten sich schließlich acht Modellprojekte mit linker Militanz[53], nachdem es zuvor, am Ende der „Initiative Demokratie Stärken", im Themenfeld Linksextremismus noch 15 gewesen waren.[54]

Die Zahl an Präventionsprogrammen und -maßnahmen ist im Bereich des Linksextremismus bzw. der linken Militanz deutlich niedriger als in anderen Phänomenbereichen.[55] So kam das Bundeskriminalamt (BKA) zu dem Ergebnis, dass 2014/2015 von 721 Projekten, die zum damaligen Zeitpunkt im Bereich Extremismusprävention durchgeführt wurden, nur 4 Prozent auf den Bereich Linksextremismus entfielen.[56] Von diesen 25 Projekten waren 19 in staatlicher und sechs in zivilgesellschaftlicher Trägerschaft.[57] Fast die Hälfte (40 %) der Projekte waren bundesweit aktiv, was die Frage aufwirft, „inwieweit kommunale Besonderheiten hierüber abgedeckt werden können"[58]. Bei zwei Projekten handelte es sich um Aussteigerprogramme[59], während die übrigen Projekte in der Mehrheit informationsvermittelnde Ansätze (beispielsweise Flyer und Vorträge) verfolgten.[60] Außerdem konstatierten Saskia Lützinger, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA, und Florian Gruber, Kriminalhauptkommissar in der Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus des BKA: „Es wird darüber hinaus deutlich, dass vereinzelte Projekte bisher noch nicht in der Praxis umgesetzt wurden, da sie mangels Nachfrage noch nicht zum Einsatz kamen und/oder scheinbar kaum praktischen Anwendungsbezug aufweisen. Auch fällt der hohe Grad an *phänomenübergreifenden*

Projektzusammenhängen auf, der bei genauerer Betrachtung den Eindruck erweckt, dass vereinzelte rechts- oder islamismusspräventive Projekte sich pro Forma [sic] auch dem Linksextremismus gegenüber geöffnet haben. Dies gilt insbesondere für die staatlichen Projekte, von denen mehr als die Hälfte einen phänomenübergreifenden Ansatz aufweist."[61]

Infokasten 3: Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit"

Die Zuständigkeit für das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" liegt – wie schon beim Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" – beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es beinhaltete eine erste Förder periode von 2015 bis 2019. Die zweite Förderperiode umfasst ebenfalls fünf Jahre und geht von 2020 bis 2024.

In der ersten Förderphase umfasste „Demokratie leben!" insgesamt fünf Programmbereiche:

Programmbereich A:
„Partnerschaften für Demokratie",
Programmbereich B:
„Landes-Demokratiezentren",
Programmbereich C:
„Förderung zur Strukturentwicklung bundeszentraler Träger",
Programmbereich D:
„Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum",
Programmbereich E:
„Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention".
(vgl. Greuel et al. 2015: 17–19)

Die in der vorliegenden Untersuchung betrachteten Modellprojekte waren dem Programmbereich E zugeordnet.

Die zweite, am 1. Januar 2020 begonnene Förderphase steht unter dem Motto „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen". Dies sind zugleich die „zentrale[n] Handlungsfelder" und „handlungsleitenden Kernziele" der neuen Förderphase des Bundesprogramms (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend o. J.).

Die zweite Förderperiode ist diesmal nicht nach fünf Programmbereichen, sondern nach vier Handlungsfeldern aufgebaut. Diese lauten wie folgt:

Handlungsbereich Kommune:
„Demokratie leben!" unterstützt Städte, Landkreise sowie kommunale Zusammenschlüsse in den sogenannten Partnerschaften für Demokratie. Es handelt sich dabei „um lokale und regionale Bündnisse, die vor Ort passende Strategien für die konkrete Situation entwickeln – beteiligungsorientiert und nachhaltig" (ebd.).
Handlungsbereich Land:
Das Bundesprogramm fördert in allen Bundesländern ein Landes-Demokratiezentrum. Dazu heißt es in der Programmbeschreibung: „Landes-Demokratiezentren bündeln im jeweiligen Bundesland die Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie und Vielfalt, vernetzen alle relevanten Akteurinnen und Akteure und koordinieren die Angebote der mobilen Beratung, der Opferberatung sowie der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung vor Ort. Die Landes-Demokratiezentren wurden in enger Zusammenarbeit mit den Landesregierungen eingerichtet." (ebd.)
Handlungsbereich Bund:
In diesem Bereich, so die Programmbeschreibung, „werden Kompetenzen gebündelt und die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen wird bundesweit gestärkt" (ebd.). Dies geschieht im Rahmen von 14 Kompetenzzentren und -netzwerken, die die fachliche Expertise aus allen Themenfeldern von „Demokratie leben!" zusammenführen und weiterentwickeln, etwa indem sie Fachveranstaltungen organisieren. Für den Bereich „Linker Extremismus" beispielsweise fungiert die Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen als Kompetenzzentrum.
Handlungsbereich Modellprojekte:
In den drei Handlungsfeldern der zweiten Förderperiode von „Demokratie leben!" – „Demokratie fördern", „Vielfalt gestalten" und „Extremismus vorbeugen" – werden knapp 150 Modellprojekte gefördert, die hierfür „innovative Ansätze" (ebd.) entwickeln und erproben, die dann möglichst in die pädagogische Praxis der Kinder- und Jugendhilfe sowie in andere Regelstrukturen einfließen sollen. Die in der vorliegenden Studie für die Förderperiode 2020–2024 vorgestellten Modellprojekte werden in diesem Handlungsbereich gefördert.

Neben diesen vier Handlungsbereichen gibt es **bereichsübergreifende Maßnahmen**:

Forschungsvorhaben sollen „aus wissenschaftlicher Perspektive neue Erkenntnisse zu der Demokratieförderung, der Vielfaltgestaltung sowie der Extremismusprävention [erschließen]“ (ebd.). Anschließend sollen die Forschungsvorhaben ihre Erkenntnisse „in die praktische Arbeit der geförderten Projekte [übertragen]“ (ebd.).

Daneben gibt es **Begleitprojekte**, die dazu dienen, „die geförderten Projekte in ihrer Arbeit zu unterstützen, zur Weiterentwicklung ihrer Arbeit beizutragen und sie fachlich zu vernetzen“ (ebd.).

Schließlich gibt es einen sogenannten **Innovationsfonds**, der Projekte fördert, „die kurzfristig Impulse in den Handlungsfeldern des Bundesprogramms setzen sollen“ (ebd.). Ziel ist es, auf diese Weise „schnell auf aktuelle demokratiefeindliche Entwicklungen zu reagieren“ (ebd.).

Für die administrative Umsetzung von „Demokratie leben!“ ist das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) zuständig (vgl. ebd.).

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Über „Demokratie leben!“, URL: https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].
Greuel, Frank et al.: Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2015, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Bundesprogramm/Programmevaluation_und_WB/Erster_Zwischenbericht_MP_2015__2_.pdf [zuletzt eingesehen am 20.08.2020].

Was die 2014/2015 im Bereich der Linksextremismusprävention durchgeführten Projekte betrifft, kam das BKA des Weiteren zu dem Ergebnis, dass ausschließlich unabhängige Initiativen realisiert wurden – „Vernetzungsprojekte oder -tendenzen sind hier nicht ersichtlich“[62]. Diese „klassischen Projekte“[63] waren zudem weit überwiegend im Bereich der universell-selektiven Prävention angesiedelt.[64] Hinsichtlich der Prävention von Gewalt stellten die Autorin und der Autor der BKA-Studie, Saskia Lützinger und Florian Gruber, überdies fest, dass „eher auf allgemeine Gewaltprävention denn gezielt auf politisch motivierte Gewaltprävention abgehoben wird“[65]. Hier sei ein Unterschied zu den übrigen Extremismusformen zu erkennen, denn dort werde Gewaltbereitschaft stärker mit der ideologischen Haltung verbunden.[66] Zur Ursache vermuten Lützinger und Gruber, „dass gesamtgesellschaftlich das Feld des Linksextremismus bzw. linke Militanz als schwerer greifbar wahrgenommen wird. Mit einer Fokussierung auf allgemeine Gewaltprävention wird einer Ideologiefokussierung und Etikettierung entgegengewirkt, wodurch vor allem die Botschaft gesendet wird, dass in erster Linie Gewaltstraftaten entgegengewirkt werden soll und nicht etwa ein ideologischer Diskurs ‚ausgefochten‘ werden soll.“[67]

Im ersten, Ende 2011 verfassten Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Programms „Initiative Demokratie Stärken“ heißt es noch, dass „nahezu keinerlei Erfahrungswerte“ vorliegen, „auf deren Grundlage die Modellprojekte aufbauend Konzepte weiterentwickeln können“.[68] Neun Jahre später trifft diese Aussage nicht mehr zu, denn die Verantwortlichen der seitdem geförderten Modellprojekte konnten im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz vielfältige Erfahrungen machen. Die Absicht der vorliegenden Studie ist es, die bisher geförderten Modellprojekte und sonstige Initiativen im genannten Themenbereich vorzustellen und deren Erfahrungen darzulegen. Für alle Projekte wurden die gleichen Parameter verwendet, darunter die Zielgruppe(n), die

Infokasten 4: Primäre, sekundäre und tertiäre Prävention

Prävention – z. B. im Gesundheitsbereich, aber auch in der politischen Bildungsarbeit – meint „die gezielte Vorbeugung von unerwünschten und zukünftigen Ereignissen oder Zuständen“ (Greuel 2020).

Gerade im Bereich links ist der Begriff der Prävention nicht unumstritten. Anne-Kathrin Meinhardt und Birgit Redlich bringen die Kritik wie folgt auf den Punkt:

„Eine Problemlage der Verwendung des ‚Präventions‘-Begriffes ist die mit ihm einhergehende Intention von defizitären oder von der Norm abfallenden unerwünschten Verhaltensweisen. Nutzt man nun besondere (Präventions-)Angebote, führen diese zu einer Stigmatisierung des hochsensiblen Feldes Linker Militanz. Infolgedessen könnte es zu einem Beziehungsabbruch und einer Kommunikationsverweigerung kommen. Manche Analysen weisen darauf hin, dass verweigerte politische Kommunikation, Prozesse der Ausgrenzung aus dem öffentlichen Diskurs, Stigmatisierungen und verstärktestaatliche Repressionen genau jene Formen des militanten Protests hervorriefen, die zu verhindern sie beanspruchen. Dadurch wird häufig unbeabsichtigt ein *Circulus vitiosus* ausgelöst, den es zu durchbrechen gilt.“ (Meinhardt/Redlich 2020: 17 [Hervorhebung im Original])

Dennoch wird der Terminus „Prävention“ im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz häufig gebraucht. Unterschieden wird (nach Gerald Caplan, vgl. Greuel 2020) zwischen drei Präventionsarten:

1. primäre Prävention: Sie setzt an, bevor unerwünschte Zustände auftreten, und will deren Herausbildung verhindern. In den Bereich der primären Prävention fallen z. B. Angebote der politischen Bildung, die über die Ideologien aufklären, die dem Rechtsextremismus oder dem Islamismus zugrunde liegen.

2. sekundäre Prävention: Diese wird angewandt, sobald Anzeichen von unerwünschten Einstellungen bzw. Verhaltensweisen vorliegen. Ziel ist es dann, eine (weitere) Verfestigungzu unterbinden. Zur sekundären Prävention lassen sich z. B. Maßnahmen der sozialen Arbeit zählen, die mit jungen Menschen arbeiten, die schon ausgeprägte Affinitäten zu rechts- oder linksextremen Gruppen bzw. Ideologien haben.

3. tertiäre Prävention: Sie findet statt, wenn das zu verhindernde Problem bereits vollständig vorhanden ist. Es geht dann darum, die Ausprägung abzumildern und ein erneutes Auftreten zu unterbinden. In den Bereich der tertiäre Prävention lassen sich beispielsweise Ausstiegsprogramme für Islamisten einordnen. (vgl. Greuel 2020)

Der Erziehungswissenschaftler Frank Greuel wirft allerdings die (sicherlich berechtigte) Frage auf, ob hier wirklich noch von Prävention die Rede sein kann (vgl. ebd.).

Teilweise gleichgesetzt mit primärer, sekundärer und tertiärer Prävention werden die Begriffe universelle, selektive und indizierte Prävention verwendet. Wie z. B. Greuel (2020) herausarbeitet, bestehen aber Unterschiede zwischen den Begriffen:

1. Universelle Prävention umfasst (hier und im Folgenden nach Robert S. Gordon, vgl. Greuel 2020) Maßnahmen, die schon vor Auftreten eines Problems bei Zielgruppen angewendet werden, die keine Auffälligkeiten bzw. kein erhöhtes Risiko aufweisen.

2. Selektive Prävention beinhaltet Angebote, die sich an Zielgruppen wenden, wo bereits Risikofaktoren zu erkennen sind.

3. Bei der sogenannten **indizierten Prävention** geht es um Maßnahmen bei Personen, die bereits erste Problemausprägungen aufweisen. Anders als bei Caplan umfasst Prävention für Gordon demnach nur „etwas, an dem es auch noch etwas zu verhindern gibt, nämlich die vollständige Ausprägung des unerwünschten Phänomens“ (Greuel 2020). Ausstiegsprogramme zählen bei Gordon folglich nicht zum Bereich der Prävention (vgl. ebd.).

Ausgewählte Literatur:

Gansewig, Antje/Walsh, Maria: Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Eine empirische Betrachtung des Einsatzes von Aussteigern aus extremistischen Szenen unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Rechtsextremer, Baden-Baden: Nomos, 2020.
Greuel, Frank: Zum Konzept der Prävention: Ein Plädoyer für engere Grenzen, in: bpb.de, 20.07.2020, URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/311923/zum-konzept-der-praevention-ein-plaedoyerfuer-engere-grenzen [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit: Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 13–20.
Schmitt, Josephine B. et al. (Hrsg.): Propaganda und Prävention. Forschungsergebnisse, didaktische Ansätze, interdisziplinäre Perspektiven zur pädagogischen Arbeit zu extremistischer Internetpropaganda, Wiesbaden: Springer VS, 2020.
Slama, Brahim Ben/Kemmesies, Uwe (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2020.

thematischen Schwerpunkte sowie die Ausgangspunkte und Annahmen, die dem jeweiligen Projekt zugrunde liegen. Die Darstellung der Modellprojekte wird immer wieder durch Infokästen unterbrochen, die wichtige Begrifflichkeiten wie „Linksextremismus“ oder „Beutelsbacher Konsens“ knapp erläutern. Alle interessierten Leser*innen können hier kurz innehalten; alle anderen können den Infokasten einfach überspringen.

Die Darstellungen der einzelnen Projekte beruhen auf unterschiedlichen Quellen. Zentral waren die Internetseiten der Modellprojektträger, auf denen häufig auch Dokumente zur Verfügung gestellt werden, die im Rahmen der Modellprojekte entstanden sind (Broschüren, Flyer, …). Teilweise haben die Modellprojektträger auch Jahresberichte veröffentlicht, die online einzusehen sind und die ebenfalls Informationen zu ihren Modellprojekten enthalten. Von großer Relevanz bei der Zusammenstellung der vorliegenden Handreichung waren weiter Aufsätze aus Fachzeitschriften und Sammelbänden, verfasst von den Mitarbeiter*innen der Projektträger oder von Wissenschaftler*innen, Materialien des Bundestages und der Landtage (Stenografische Berichte der Plenardebatten und Anfragen) sowie Zeitungs- und Onlineartikel. Darüber hinaus konnten mit mehreren Modellprojektträgern Gespräche und Korrespondenzen geführt werden. Auch diese flossen in die nachfolgende Darstellung der Modellprojekte ein. Den Mitarbeiter*innen, die bereit waren, der Autorin der vorliegenden Studie über ihre Projekte zu berichten bzw. Materialien dazu zur Verfügung zu stellen, gilt ein herzlicher Dank.

Und schließlich sind die Ergebnisberichte und Evaluationen der beiden Bundesprogramme „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ (erste Förderperiode) zu nennen, die für die vorliegende Studie vielfältige Informationen geliefert haben. Trotz anderslautender Auskunft des Bundesfamilienministeriums ist der erste Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ bis heute nicht auf der Homepage des damit beauftragten Instituts veröffentlicht. Über die Homepage der *taz* sind aber Teile des Berichts zugänglich.[69] Für ihn und alle weiteren Zwischenberichte sowie die Gesamtberichte gilt, dass sie anonymisiert sind, d. h. es lässt sich lediglich rekonstruieren, welche Projekte jeweils beschrieben werden. Gerade für interessierte Außenstehende ist es infolgedessen sehr schwer, die jeweiligen Projekte zu identifizieren.

Weitere Evaluationsberichte konnten hingegen nicht herangezogen werden. Denn die Feststellung von Marcus Kober von Anfang 2019, dass zu keinem Projekt aus dem Bereich der Linksextremismusprävention ein öffentlich zugänglicher Evaluationsbericht vorliege[70], gilt noch immer. Die BKA-Studie „Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft“ hatte bereits 2017 in ähnlicher Weise konstatiert, dass zu den Evaluationsergebnissen „nichts bekannt“[71] sei. Bei den staatlichen Projekten

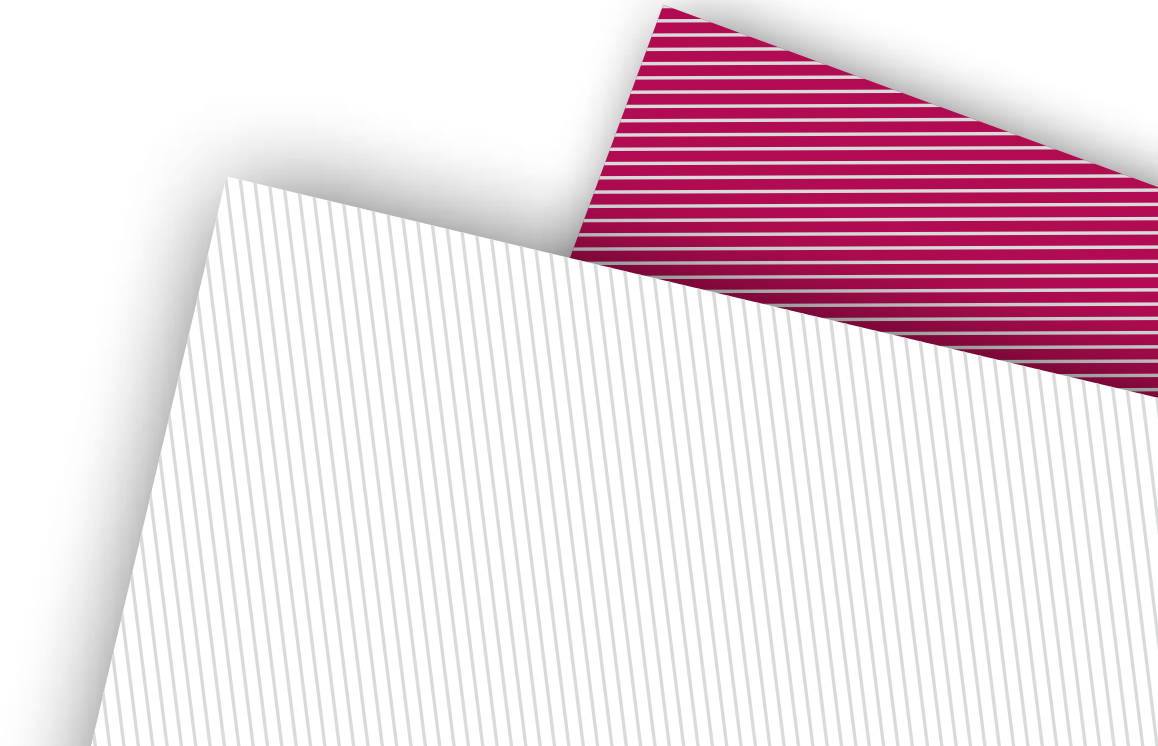
hätten lediglich ein Viertel Evaluationen durchgeführt (und zwar nur Eigen-, keine Wirkevaluationen), während die gesamten zivilgesellschaftlichen Projekte sowohl prozess- als auch wirkungsorientiert durch Fremdinstitute evaluiert worden seien.[72]

Die Studie „Strategien zur Prävention des Linksextremismus in Niedersachsen", die bis Ende November 2020 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen in Kooperation mit der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften realisiert wird[73], konnte nicht mehr einbezogen werden, da sie zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Untersuchung noch nicht vorlag. Eine ähnliche Studie existiert bereits für Schleswig-Holstein. Sie hat u. a. ergeben, dass die befragten Akteur*innen die Relevanz von Linksextremismus mit Blick auf Schleswig-Holstein als eher gering einschätzen und deshalb auch nur einen geringen Präventionsbedarf in diesem Bereich sehen.[74]

Für die Erstellung der Infokästen 6, 7 und 11 („Das Extremismuskonzept", „Der Begriff Linksextremismus" und „Der Begriff Linke Militanz") dankt die Autorin der vorliegenden Studie Alexander Deycke, Jens Gmeiner und Tom Pflicke, für die Erstellung des Infokastens 9 („Planspiele") Mareike Maliske und Sven Ivens. Für ihre Unterstützung bei der Vorstellung der FerienAkademie des Vereins zur Förderung politischen Handelns e. V. sei Professorin Dr. Monika Oberle gedankt, die selbst viele Jahre als Seminarleiterin und Referentin für dieses Bildungswerk aktiv war. Außerdem ist Sophie Hannig für die Transkription eines Gesprächs zu danken. Und schließlich gilt ein großer Dank Ellen Faust für ihr hervorragendes Lektorat sowie nochmals Frau Professorin Dr. Monika Oberle und Jens Gmeiner, die den Anstoß zur Studie gegeben und diese immer wieder mit sehr hilfreichen Ideen unterstützt haben.

II MODELLPROJEKTE UND SONSTIGE INITIATIVEN

MODELLPROJEKTE AUS DEM BUNDESPROGRAMM „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ (2010–2014)



1. BROSCHÜRE „DEMOKRATIE STÄRKEN – LINKSEXTREMISMUS VERHINDERN“

Internetpräsenz: Sie ist nicht mehr vorhanden.[75]

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Zeitbild Stiftung[76]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 18.11.2010–30.09.2011

e) Zielgruppe(n)

- Lehrer*innen und Schüler*innen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Es wurde eine 36-seitige Broschüre konzipiert, von der insgesamt 25.430 Exemplare gedruckt wurden.[77] Die wissenschaftliche Beratung bei der Erstellung der Broschüre hatte der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Eckhard Jesse (Technische Universität Chemnitz) inne.[78]

g) Thematische Schwerpunkte

- Die Broschüre behandelt das Thema Linksextremismus unter unterschiedlichen Aspekten. Zum Beispiel geht es auf zwei Seiten um das Thema „Linksextremismus in Deutschland. Vergangenheit und Gegenwart“.[79] Hier wird u. a. auf die RAF und die Autonomen eingegangen. Auf zwei weiteren Seiten steht das Thema „Streitbare Demokratie“ im Mittelpunkt.[80]

- Insgesamt enthält die Broschüre zehn Arbeitsblätter und Kopiervorlagen für den Unterricht, darunter zu den Themen „Antifaschismus ist nicht gleich Antifaschismus“[81] und „Symbole und Sprüche des Linksextremismus“[82].

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Die Broschüre reiht den Linksextremismus in eine Reihe mit dem Rechtsextremismus und dem islamistischen Extremismus ein.[83] Es wird nahegelegt, dass vom Linksextremismus eine zunehmende Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ausgeht, schließlich steige die „Zahl linksextremistischer Gewalttaten“ seit 2002 „stetig“ an.[84]

i) Ziele

- Laut dem Vorwort, das die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) verfasst hat, soll die Broschüre Lehrerinnen und Lehrer sowie „Schülerinnen und Schüler für das Thema Linksextremismus sensibilisieren“, indem sie „zu diesem komplexen Thema“ informiert, den Lehrkräften „methodische Anregungen zu pädagogischen Zugängen und

Umgangsweisen mit dem Thema Linksextremismus“ zur Verfügung stellt und „eine Grundlage für eine lebhafte und kritische Diskussion in der Schule“ bietet.[85] Denn nötig seien, so Schröder, „selbstbewusste Kinder und Jugendliche“, die nicht auf „diese Parolen [von Linksextremist*innen, Anm. d. Verf.] hereinfallen, sondern in der Lage sind, extremistische Inhalte und Positionen zu erkennen und diese kritisch zu hinterfragen und zu revidieren“.[86]

j) Begrifflichkeiten

- Das Modellprojekt hat mit dem Begriff des Linksextremismus gearbeitet, wobei zu Beginn der Broschüre eine Definition eingeführt wird, die aus dem Verfassungsschutzbericht des Bundesamts für Verfassungsschutz von 2006 stammt. Lehrer*innen und Schüler*innen erfahren Folgendes: Linksextremist*innen „wollen anstelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine ‚herrschaftsfreie‘ anarchistische Gesellschaft etablieren und orientieren ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Ideologien. Revolutionär-marxistische Organisationen setzen auf traditionelle Konzepte eines langfristig betriebenen Klassenkampfes. Autonomes Selbstverständnis hingegen ist geprägt von der Vorstellung eines freien, selbstbestimmten Lebens in ‚herrschaftsfreien‘ Räumen. Entsprechend wird jede Form staatlicher oder gesellschaftlicher Normen abgelehnt.“[87]

k) Herausforderungen und Probleme

- Hierzu liegen der Verfasserin der Untersuchung keine Informationen vor.

l) Rezeption und Resonanz

- Im ersten Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“, den drei Mitarbeiter*innen des Deutschen Jugendinstituts für den Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2011 verfasst haben, wurde kritisiert, dass bereits die Äußerung: „Durch radikale Umverteilung müssen soziale Unterschiede beseitigt werden“[88], als linksextremistisch gewertet werde. Das verdeutliche „den Bedarf an der Erforschung des Gegenstands, seiner möglichen Vorfelder und Ursachen, bevor pädagogische Prävention betrieben werden kann“[89].

- Aus der Politik kam die Kritik an der Broschüre vor allem von der Linkspartei und ihr nahestehender Medien.[90] So wurde beispielsweise der damalige Chefredakteur der Tageszeitung *Neues Deutschland*, Jürgen Reents, von der *taz* mit den Worten: „Ich empfinde die Broschüre als schludrig gemacht“[91], zitiert. So sei beispielsweise Ferdinand Lassalle, eine der Gründungsfiguren der SPD, auch als linksextremistisch eingestuft worden.[92]

- Aber auch einige Wissenschaftler*innen widersprachen. So haben die Soziologen Tino Heim und Patrick Wöhrle in ihrem Essay „Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus“, der 2015 in dem Buch „Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit“ erschienen ist, Äußerungen von Eckhard Jesse[93] kritisiert, weil darin seine „Haltung der *docta ignorantia*“ zum Ausdruck komme, „die heterogene Inhalte, Ziele und Organisationsformen rechter und linker Strömungen vergisst, um alle Differenzen in Pauschalverdikten aufzuheben“.[94]

- Umfassender war die Kritik des Politikwissenschaftlers Philipp Mattern, 2012 Jugendverbandssekretär beim Landesjugendwerk der AWO Berlin. Es gehe in der Publikation der

Zeitbild Stiftung im Kern „nicht um politisch motivierte Gewalt und eine vermeintliche Gefährdung der Demokratie, sondern um die Denunziation fortschrittlicher und an sozialer Gerechtigkeit orientierter Wertordnungen“[95]. Zur Darstellung von Linksextremismus in der Broschüre schreibt Mattern, dass die Herausgeber „kein fundiertes Sachwissen über ihren Gegenstand“ hätten, während er die beigefügten Unterrichtsmaterialien als „[f]ast durchweg tendenziös und suggestiv gestaltet“ bezeichnet.[96] Mehr noch: Für das letzte Arbeitsblatt stellt der Verfasser einen „klare[n] Verstoß gegen das Überwältigungsverbot des ‚Beutelsbacher Konsens‘“[97] fest. Darüber hinaus sieht er ein weiteres Prinzip des Beutelsbacher Konsenses verletzt, nämlich das Gebot der Kontroversität. „Auch hier“, so Mattern, „entspricht die Broschüre nicht den Standards politischer Bildung.“[98]

Infokasten 5: Der Beutelsbacher Konsens

Im Jahr 1976 fand im schwäbischen Beutelsbach eine Tagung der Baden-Württembergischen Landeszentrale für politische Bildung statt. Zur damaligen Zeit wurden die Grundlagen und Ziele politischer Bildung kontrovers diskutiert. Doch anlässlich der Tagung formulierte der Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling (* 1938) die Gemeinsamkeiten der Debattenteilnehmer*innen in einem Papier, das bis heute als „Beutelsbacher Konsens“ bekannt ist. Dieser ist „wohl das bekannteste Element politik-didaktischer Literatur, das die fachlichen Diskurse zur politischen Bildung hierzulande in den letzten 70 Jahren hervorgebracht haben“ (Oberle 2016: 251).

Die drei Aspekte des Beutelsbacher Konsenses lauten wie folgt:

1. Überwältigungsverbot (auch Indoktrinationsverbot): Danach ist es nicht erlaubt, die Schüler*innen „im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.“ (Bundeszentrale für politische Bildung/bpb 2011) Doch geht mit dem Überwältigungsverbot auch ein Neutralitätsgebot für die Lehrer*innen und politischen Bildner*innen einher? Also die Forderung nach einem unpolitischen Auftreten der Lehrkräfte und der Dozent*innen? Monika Oberle, Professorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Universität Göttingen und Leiterin des Kompetenzzentrums Linker Extremismus mit seiner Bundesfachstelle Linke Militanz, hat die Erfahrung gemacht, „dass die Gefahr einer solchen Interpretation in der Tat zu bestehen scheint“ (Oberle 2016: 255; für erste empirische Befunde vgl. Oberle et al. 2018). Aus ihrer Sicht besteht hier ein Missverständnis, „denn der Beutelsbacher Konsens macht keine (!) Aussage dazu, ob Politiklehrkräfte ihre politische Haltung zeigen sollen oder nicht“ (ebd.: 256). „Die dort formulierte Aussage, die politische Meinung der Lehrkraft sei ‚verhältnismäßig uninteressant‘[,] unterstreicht die Forderung, dass der Unterricht kontrovers zu gestalten ist und Positionen unabhängig von der politischen Couleur bzw. Meinung der Lehrkraft zu Wort kommen sollen. Sie verbietet jedoch keineswegs eine transparente politische Positionierung der Lehrperson.“ (ebd.)

2. Kontroversität: Dieses Prinzip besagt, dass Positionen, die in Wissenschaft und Politik kontrovers sind, auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden müssen. Nur auf diese Weise kann das Überwältigungsverbot gewahrt werden. Allerdings, so seine Kritiker*innen, lasse sich das Kontroversitätsprinzip z. B. aufgrund der zeitlichen Begrenztheit von Schulunterricht sowie politischen Bildungsveranstaltungen nur schwer in die Tat umzusetzen. Es bleibt dennoch festzuhalten, „dass mit dem Aufzeigen von Alternativen je nach Zielgruppe bereits einiges gewonnen ist und ein zentrales Bildungsziel erreicht sein kann: die Einsicht, dass Bürgerinnen und Bürger unterschiedliche Interessen, Wertepriorisierungen und Lösungsvorschläge haben, dass Kompromisse, aber auch Mehrheitsentscheide in der Politik notwendig sind, und dass es nicht an unfähigen Politikerinnen und Politikern liegen muss, wenn sich inhaltliche Auseinandersetzungen hinziehen und keine schnellen und einmütigen Lösungen gefunden werden.“ (ebd.: 254) Doch würden dann nicht „gerade weniger populäre und radikalere Ansichten in der am Kontroversitätsprinzip orientierten politischen Bildung ausgespart“ (ebd.)? Laut Monika Oberle bezieht sich diese Sorge „allerdings zuallermeist auf das Aussparen von linksalternativen politischen Ansätzen, höchst selten auf Ansätze vom rechten politischen Rand oder anderen Perspektiven fern des Mainstreams. Aus meiner Sicht

muss man diese Problematik ernst nehmen. Auch weniger populäre, politische Fragen grundsätzlich anders beleuchtende Ansätze sollten im Politikunterricht Berücksichtigung finden. Angesichts von Zeitproblemen wird man dieser Herausforderung sicherlich nie gänzlich gerecht, aber diesen Anspruch sollte man dennoch nicht fallenlassen." (ebd.)

3. Schüler*innen- und Handlungsorientierung: Die Lernenden müssen befähigt werden, eine politische Situation und ihre persönliche Interessenlage zu analysieren. Darauf aufbauend sollen die Schüler*innen in die Lage versetzt werden, die politische Lage im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Dazu müssen sie politische Handlungskompetenz erlernen. „Heute dürften die meisten politikdidaktischen Kolleginnen und Kollegen darin übereinstimmen, dass mit dem dritten Satz ‚wohlverstandene Eigeninteressen', die auch das Wohl anderer Menschen und Kreaturen umfassen können (und sollten), gemeint sind", so Monika Oberle (ebd.: 252). Aussagen zur Handlungsbereitschaft und zum tatsächlichen Handeln als Zielsetzungen von politischer Bildung trifft das dritte Prinzip des Beutelsbacher Konsenses dagegen nicht (vgl. ebd.: 253).

Diese drei Prinzipien sind seither für die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland leitend, auch wenn sie bis heute kontrovers diskutiert werden. Ein Problem, das im Zusammenhang mit dem Beutelsbacher Konsens auftritt, ist beispielsweise der Umgang mit extremistischen Positionen: Bringt das Kontroversitätsgebot mit sich, dass extremistische politische Positionen im Unterricht bzw. bei politischen Bildungsveranstaltungen akzeptiert bzw. gleichrangig vorgestellt werden müssen? Dem, so Monika Oberle, sei „entgegenzuhalten, dass dem Beutelsbacher Konsens zwar kein expliziter, jedoch ein immanenter Wertebezug zugrunde liegt. In einer Diktatur würde der Beutelsbacher Konsens keinen Sinn ergeben, die Anerkennung von Pluralismus sowie der Menschenwürde aller Lernenden sind seine immanenten Voraussetzungen. Den Rahmen des Beutelsbacher Konsenses bildet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, entsprechend sind menschenverachtende Ansichten und extremistische politische Positionen nicht im Zielbereich politischer Bildung […]. Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen dürfen sich nicht nur kritisch zu menschenverachtenden und verfassungsfeindlichen Positionen verhalten, sie müssen dies laut Amtseid sogar tun. Wie mit solchen Ansichten im Unterricht zielführend umzugehen ist, ist damit allerdings noch nicht gesagt, hier gibt es ein breites Spektrum an Möglichkeiten von gezielter Thematisierung und Einbindung in den Diskurs bis hin zum Unterbinden von Aussagen. Die Eignung von Ansätzen ist dabei fall-, situations- und lerngruppenabhängig." (ebd.: 255)

Ausgewählte Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Beutelsbacher Konsens, Beitrag vom 07.04.2011, URL: https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens [zuletzt eingesehen am 24.10.2020].

Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017.

Haarmann, Moritz Peter/Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Wiesbaden: Springer VS, 2020.

Oberle, Monika: Der Beutelsbacher Konsens – Richtschnur oder Hemmschuh politischer Bildung?, in: Politische Bildung, Jg. 46 (2013), H. 1, S. 156–161.

Oberle, Monika: Der Beutelsbacher Konsens: eine kritische Würdigung, in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2016, S. 251–259.

Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna: Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht, in: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2018, S. 53–61.

Sutor, Bernhard: Politische Bildung im Streit um die „intellektuelle Gründung" der Bundesrepublik Deutschland. Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2002, S. 17–27.

Wehling, Hans-Georg: Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart: Klett, 1977, S. 173–184.

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Möglicherweise wirbt die Zeitbild Stiftung aufgrund der Kritik an der Studie nicht mehr auf ihrer Homepage dafür.

n) **Anmerkungen**

- Die Zeitbild Stiftung hat zwischen August und Dezember 2011 unter dem Motto: „Augen auf: Demokratie stärken – (Links)Extremismus verhindern“, einen Schüler*innenwettbewerb zum Thema Linksextremismus veranstaltet. Anfang Januar 2012 schaltete sie die Homepage dazu ab.[99]

- Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung informiert auf ihrer Homepage in dem Artikel „Gefahr von links?“ über Linksextremismus. Dieser wurde im Februar 2014 veröffentlicht, im August 2016 aktualisiert und stellt die Broschüre „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ über einen Link zur Verfügung.[100]

2. MODELLPROJEKT „ALLES GESCHICHTE? LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND HEUTE“

Internetpräsenz:
https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/Flyer-Angebot-Linksextremismus.pdf

a) Vollständiger Projekttitel
/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen
- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen[101]

c) Förderperiode
- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit
- 01.09.2011–31.08.2014

e) Zielgruppe(n)
- Schüler*innen in den Fächern Deutsch, Ethik, Geschichte und Politik, sowie „andere Interessierte“[102]

f) Herangehensweisen und Methoden
- Die Gedenkstätte hat ein Einführungs- bzw. Grundlagenseminar (Dauer: 90 Minuten) angeboten, das mit einer Vertiefungseinheit (Dauer: 60 Minuten, Gesamtdauer: 2,5 Stunden) verbunden werden konnte. Möglich war aber auch die Verknüpfung eines Einführungs- bzw. Grundlagenseminars mit zwei Vertiefungseinheiten („Projekttag“ mit einer Dauer von 3,5 Stunden).[103]

- Die Workshops wurden sowohl in den Räumlichkeiten der Gedenkstätte in Berlin als auch bundesweit an Schulen durchgeführt.[104]

- Daneben wurde eine „interaktiv[e] Entdeckungstour“ angeboten, die die Jugendlichen „von Karl Marx bis zu den Autonomen in Berlin führt“.[105] Damit war die Präsentation der Materialien auf Tablets gemeint, mit denen die Jugendlichen arbeiten konnten. Fand das Seminar in Berlin statt, konnten die Lehrer*innen zudem eine einstündige Führung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis hinzubuchen.[106]

- Das Projekt ging von einem normativen Ansatz aus. Das heißt, ihm lag die Annahme zugrunde, dass Extremismus an den Grundwerten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemessen wird. Linksextremist*innen handeln nicht in Übereinstimmung mit den Regeln und Werten eines freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaates und lassen diesen entweder in ihrer Herrschaftsphase nicht zu (Beispiel: SED-Diktatur) oder wollen ihn in ihrer Bewegungsphase (wenn sie in einer Demokratie handeln, wie z. B. der Weimarer Republik oder in der Bundesrepublik Deutschland) überwinden und agieren somit demokratiegefährdend.[107]

- Die Jugendlichen sollten vor diesem Hintergrund zu Beginn erlernen, wann man von Linksextremismus sprechen kann. In einem interaktiven Brainstorming wurden zunächst die allgemeinen Merkmale des politischen Extremismus herausgearbeitet (1. Welche politischen Extremist*innen gibt es? – Einordnung in die drei Hauptströmungen Rechts-, Links- und religiös motivierter Extremismus; 2. Was ist problematisch am Handeln politischer Extremist*innen? – häufige Nennung von Gewalt und Terror; 3. Was ist handlungsleitend? – eine dogmatische Weltsicht/Ideologie mit absolutem Wahrheitsanspruch; 4. Wie gehen politische Extremist*innen mit anderen Meinungen um? – vorherrschend war die Betrachtung von politischen Gegner*innen und Andersdenkenden als Feinde; 5.1. Was ist in demokratischen Aushandlungsprozessen wesentlich? – Dialog und Kompromiss; 5.2. Welche Kommunikationsmuster finden sich bei politischen Extremist*innen? – Dialogverweigerung und Kompromissunfähigkeit, Agitation und Propaganda; 6.1. Welche problematischen Mittel befürworten Extremist*innen zur Durchsetzung ihrer Ziele? – Gewaltbereitschaft, die häufig bereits zuerst genannt wird; 6.2. Was heißt Gewaltbereitschaft, was ist der Unterschied zu bereits ausgeübter Gewalt? – Gewaltbereitschaft umfasst auch Hetze, Hass, den Aufruf zu Gewalttaten, die Rechtfertigung von Gewalt).[108]

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Grundlagen- bzw. Einführungsseminar stand die Frage: „Linksextremismus – Was ist das?“, im Mittelpunkt. Es bot „eine Einführung in den Linksextremismus“, indem es sich mit „seinen historischen Wurzeln, ideologischen Strömungen und aktuellen Erscheinungsformen“ befasste.[109] Am Ende des Seminars sollte dann eine Definition entwickelt werden, „die deutlich macht, wo berechtigte Kritik in politischen Extremismus umschlägt“[110].

- Die Vertiefungsseminare wurden zu den folgenden Themen angeboten:

  1. „Der Kommunismus – eine gute Idee?“
  2. „Fight capitalism“ – leben ohne Marktwirtschaft?
  3. „Revolutionäre Gewalt“ – ein Weg zu einer besseren Gesellschaft?
  4. „Antifa heißt Angriff“ – mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?
  5. „DIE LINKE – eine extremistische Partei?“
  6. „Bomben bauen, Waffen klauen“ – mit Musik gegen die Demokratie?“
  7. „Linksextremismus in Deutschland – Zeitzeugen berichten“[111]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Das Modellprojekt ist laut Einschätzung des Deutschen Jugendinstituts von einer Kontinuität von historischem Linksextremismus (in Form historischer Diktaturen) und aktueller Linksextremismus-Erscheinungen ausgegangen.[112] Das Projekt selbst stellt es anders dar: Im Projekt seien die historischen Ursprünge und Erscheinungsformen sowie die ideologischen Wurzeln des aktuellen Linksextremismus (Anarchismus und Marxismus-Leninismus) behandelt worden. Dabei seien beispielsweise auch Unterschiede zwischen der SED-Diktatur (fußend auf dem Marxismus-Leninismus, Diktatur des Proletariats) und dem Selbstverständnis der Autonomen (Anarchismus und Herrschaftsfreiheit, Abschaffung des Staates) herausgearbeitet worden.[113]

i) Ziele

- Die Jugendlichen sollten „lernen, dass die Demokratie auch heute gefährdet ist“[114].

j) Begrifflichkeiten

- Das Projekt hat mit dem Begriff „Linksextremismus“ gearbeitet.

k) Herausforderungen und Probleme

- Die öffentliche Debatte über das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ und die damals von einigen Akteur*innen vertretene Ansicht, das Extremismuskonzept würde die Gefahren des Rechtsextremismus verschleiern[115], hat dazu geführt, dass einige Lehrer*innen das Angebot der Gedenkstätte zurückwiesen. Der Modellprojektträger gibt die damalige Diskussion heute wie folgt wieder: „In der GEW wurde explizit kritisiert, dass sich die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen völlig überflüssigerweise mit dem Phänomen Linksextremismus in präventiver Absicht beschäftigt. In der übernächsten Folgenummer der GEW-Zeitschrift blz konnte allerdings eine Erwiderung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erscheinen. Auch auf Lehrerfachkonferenzen in Berlin, bei denen wir unser Angebot vorstellen durften, gab es entsprechende Debatten. In manchen Zuschriften wurde moniert, warum wir uns nicht schwerpunktmäßig mit Rechtsextremismus auseinandersetzen und nach entsprechenden Angeboten gefragt. Hier verwiesen wir auf die von ‚Demokratie leben!‘ (BMFSFJ) geförderten Präventionsprojekte im Bereich Rechtsextremismus.“[116]

Infokasten 6: Das Extremismuskonzept

Der Begriff des Extremismus wird zum einen von den Sicherheitsbehörden, allen voran den Verfassungsschutzämtern, verwendet. Zum anderen wird in den Sozialwissenschaften mit dem Begriff gearbeitet, wobei er dort alles andere als unumstritten ist. Geprägt wurde der Begriff von den beiden Politikwissenschaftlern Uwe Backes und Eckhard Jesse. Eine einheitliche Begriffsdefinition gibt es jedoch nicht, weder aufseiten der Behörden noch in der Wissenschaft.

Für die Sicherheitsbehörden wie für Extremismusforscher*innen ist Extremismus die Antithese zum demokratischen Verfassungsstaat. Es handelt sich um eine „Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen […], die sich der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen“ (Backes/Jesse 1996: 45).

Als Maßstab gilt dabei die sogenannte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO), wie sie das Bundesverfassungsgericht in den Urteilen zu den Verboten der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956 konturierte. Deren Kernbestandteile, also den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung, den Pluralismus, lehnten Extremisten gänzlich oder teilweise ab. Neben derartigen Negativbestimmungen gibt es auch Versuche von positiven Definitionen. So seien allen verschiedenen Formen des Extremismus die Merkmale Absolutheitsanspruch, Dogmatismus, Utopismus, Freund-Feind-Denken, Fanatismus und Verschwörungsdenken gemeinsam (vgl. Jesse 2015).

Aus verschiedenen Gründen werden der Extremismusbegriff und die mit ihm verbundenen konzeptionellen Überlegungen kritisiert. So würden mit dem Extremismusbegriff eine Vielzahl an Gruppierungen und Ideen zusammengefasst und damit deren Parallelen betont, obwohl sie sich äußerst stark unterscheiden. Das Extremismuskonzept, so die Kritik weiter, nähre die irrige Vorstellung einer extremismusfreien gesellschaftlichen Mitte. Weiter heißt es, Extremismus sei ein stigmatisierender politischer Kampfbegriff, der klassifiziere, aber kein analytisches Potenzial entfalte.

Ausgewählte Literatur:

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1996.
Fuhrmann, Maximilian: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2019.
Jesse, Eckhard: Fundamentalkritik an der Konzeption der streitbaren Demokratie und am Extremismusbegriff. Auseinandersetzung mit differenzierter und plumper

Kritik, in: ders. (Hrsg.): Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2015, S. 177–198.

Pfahl-Traughber, Armin: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, S. 31–55.

l) Rezeption und Resonanz

- Trotz der anfänglichen Zurückhaltung, ja Zurückweisung einiger Lehrkräfte wurde das Angebot der Gedenkstätte zunehmend gut nachgefragt.[117] An insgesamt über 650 Seminaren nahmen schließlich zwischen 2012 und 2014 mehr als 10.000 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet teil. Über 60 Prozent der jungen Menschen besuchten ein Gymnasium, etwa 20 Prozent eine Berufsschule.[118] Sie sollen „allen sozialen Gesellschaftsschichten“[119] angehört, unterschiedliche Bildungsniveaus besessen und unterschiedliche kulturelle bzw. religiöse Hintergründe aufgewiesen haben.

- Inhaltlich kritisierte das Team der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ u. a. den fehlenden Jugendbezug und forderte dazu auf, „kritisch zu hinterfragen, ob die Inhalte […] nicht sehr viel stärker an jugendliche Lebens- und Erlebniswelten rückgebunden werden müssten“[120]. In diesen Zusammenhang passt auch der Kritikpunkt der Wissenschaftlichen Begleitung, dass von den Workshopleiter*innen „wenig historisches Kontextwissen zu ausnahmslos komplexen Phänomen zur Verfügung gestellt“[121] werde.

- Kritik fanden aber auch die starke Steuerung der Lernprozesse[122] und der frontale, nur wenige partizipative Elemente und wenige Methodenwechsel aufweisende Aufbau der Workshops.[123] Die Diskussion, an der die Wissenschaftliche Begleitung in Form einer teilnehmenden Beobachtung teilgenommen hat, soll sich durch eine*n Seminarleiter*in ausgezeichnet haben, die/der deutlich wertende Kommentare abgeben und auf diese Weise den Inhalt stark gelenkt hat.[124]

- Die genannte Kritik wurde im Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ erneuert.[125] Nach Angaben des Modellprojektträgers wurde die Einschätzung lediglich wiederholt, die überdies nur auf einer einmaligen Hospitation eines Mitarbeiters des Deutschen Jugendinstituts bei einem Seminar beruht habe.[126]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- In einem Ende 2016 publizierten Aufsatz zieht der Projektmitarbeiter Gerold Hildebrand ein sehr positives Fazit des Projekts „Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“. Die Seminarteilnehmer*innen, so schreibt er, „erklärten häufig, dass sie sich bislang so gut wie nie intensiv mit Ideologie und Praxis des Linksextremismus auseinandergesetzt hatten, obwohl ihnen linksextremes Handeln in ihrer Lebenswirklichkeit bereits begegnet war. Nach Seminarende waren sie fast ausnahmslos der Meinung, dass die Gefahr des Linksextremismus in Deutschland im Allgemeinen unterschätzt wird und dass die Aufklärung von Jugendlichen über Gefahren des Linksextremismus ausgeweitet werden sollte. Wurde gefragt: ‚Hat das Seminar Ihre Meinung zum Thema Linksextremismus verändert?‘, so war hier ein unentschiedenes Ergebnis vorzufinden. Wurde diese Frage mit Ja beantwortet,

so ergab sich, dass der Linksextremismus als gefährlicher als bisher angenommen eingeschätzt wird."[127]

- Daneben machten die Projektverantwortlichen die Erfahrung, dass bei den jungen Leuten „oftmals nur unzureichende Geschichtskenntnisse vorliegen"[128], was u. a. darauf zurückgeführt werden könne, dass die (west- und ost-)deutsche Geschichte nach 1945 nur „selten ausführlicher Bestandteil des Schulunterrichts"[129] sei oder erst ganz am Ende durchgenommen werde.

- Die Gedenkstätte hat die Erfahrung gemacht, dass sich eine Debatte „über das staatliche Gewaltmonopol und polizeiliches Handeln sowie über Demonstrationsblockaden versus Meinungsäußerungs- und Demonstrationsrecht"[130] oft als kontrovers herausgestellt habe. Häufig sei von den Teilnehmenden hier mehr Zeit für die Diskussion gewünscht worden.[131]

- Wie Gerold Hildebrand ebenfalls in seinem Ende 2016 publizierten Aufsatz schreibt, fanden die durchgeführten Analysen von Texten „überwiegend nur bei Gymnasiasten positive Resonanz. Haupt- und Realschüler sowie Berufsschüler waren damit zum Teil überfordert. Materialumfang und Textverständlichkeit erforderten bei diesem Nutzerkreis oft zeitraubende Begriffsklärungen"[132], so Hildebrand. Der Sozialwissenschaftler weist weiter darauf hin, dass oftmals der Wunsch geäußert worden sei, mehr Bild- und Filmmaterial zu verwenden und weniger mit Texten zu arbeiten. Dies, so Hildebrand, stoße jedoch auch auf finanzielle Hürden. „Im Folgeprojekt wurden deshalb zielgruppengerechtere Module entwickelt, die mehr Raum für Interaktionen lassen."[133]

n) Anmerkungen

- Die Angebote der Gedenkstätte sind kostenlos.

- In der ersten Förderphase des Bundesprogramms „Demokratie leben!", die sich an das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" anschloss, wurden zwei Modellprojekte der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Themen- und Strukturfeld Linke Militanz gefördert: 1. „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt"[134] (Laufzeit: 2015–2019) und 2. „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co. – Zielgerichtete Onlineprävention für Jugendliche"[135] (Laufzeit: 2017–2019). In der Anfang 2020 begonnenen zweiten Förderphase des Bundesprogramms „Demokratie leben!" wird die Gedenkstätte im Bereich Linker Extremismus mit ihrem Modellprojekt „Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen"[136] (Laufzeit: 2020–2024) gefördert.

Infokasten 7: Der Begriff Linksextremismus

Der Begriff Linksextremismus ist eine Fremdzuschreibung. Er stellt einerseits den Gegensatz zum demokratischen Verfassungsstaat dar, den Extremismustheoretiker*innen durch folgende Merkmale kennzeichnen: Gewaltenteilung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Volkssouveränität. Andererseits sieht die Extremismustheorie folgende Charakteristika des Linksextremismus: Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien,

Fanatismus. Der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber definiert den Linksextremismus wie folgt: „Es handelt sich dabei um eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen." (Pfahl-Traughber 2015: 23) Hans-Gerd Jaschke versteht unter Linksextremismus „die Idee der radikalen sozialen Gleichheit der Menschen unter Bedingungen einer Einparteien-Herrschaft der Arbeiterklasse und der Verstaatlichung der Produktionsmittel" (Jaschke 2011: 16).

Der (Links-)Extremismusbegriff bezeichnet zunächst die politische Verortung am Rand des politischen Spektrums, so weit als möglich entfernt von einer gesellschaftlichen Mitte. Das, so Kritiker*innen dieses Konzeptes, sei keineswegs unproblematisch, da suggeriert würde, „dass es eine verfassungsbejahende politische Mitte gibt und davon weit entfernt an den Rändern siedelnde Positionen sich entsprechend in Gegnerschaft zum Grundgesetz befinden" (Kraushaar 2017). Zudem lenke es das Interesse am Untersuchungsgegenstand primär auf die Frage, inwiefern er eine sicherheitspolitische Gefährdung darstellt. Kritiker*innen erkennen deshalb im Begriff des Linksextremismus eine normative Herangehensweise, „weil die durch ihn erfassten Phänomene vorzugsweise unter sicherheitsrelevanter und nicht selten strafrechtlicher Perspektive untersucht werden" (Gmeiner/Micus 2018: 31). Ferner wird bemängelt, „dass der Extremismusbegriff mit seiner Betonung der Verfassungsfeindschaft zwar radikal rechte Strömungen vielleicht adäquat erfasst, nicht aber radikal linke – markiert doch deren forderndes Insistieren auf Gleichheit zugleich eine der elementarsten Forderungen und Errungenschaften der Demokratie" (ebd.).

Ausgewählte Literatur:

Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz und die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog. Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx), H. 2 (2018), S. 29–35, URL: https://www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2018/Demokratie-Dialog-2-18-Web.pdf [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].
Jaschke, Hans-Gerd: Facetten des Extremismus – eine Begriffserklärung, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2011.
Kraushaar, Wolfgang: Der Begriff des „Extremismus" wird als Etikett missbraucht, in: Süddeutsche Zeitung, 02.08.2017.
Pfahl-Traughber, Armin: Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015.

3. MODELLPROJEKT „ANDI 3“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Stiftung Partner für Schule NRW[137]
- Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.11.2010–31.12.2010

e) Zielgruppe(n)

- zwölf- bis 17-jährige Schüler*innen „ohne geschlossenes extremistisches Weltbild“[138]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Die ganz am Anfang stehende Idee war, einen Bildungscomic zu entwerfen, d. h. einen Comic, der Bildungsinhalte vermittelt.[139] Es gibt daher kurze „Bildungseinschübe, in denen relevante Themen und Fragen aus der Geschichte kurz und verständlich vertieft werden“[140]. So werden mitten im Comic in kleinen Infokästen z. B. die Begriffe „Gewalt gegen Sachen“, „Antifaschismus“ und „Demonstrationsrecht“ thematisiert.[141] Am Ende des Heftes finden sich zudem zehn Seiten, die über Linksextremismus, Gewalt bzw. das Gewaltmonopol des Staates und die freiheitliche demokratische Grundordnung informieren.[142]

- Anlässlich der Veröffentlichung des Comics Ende 2009 wurden zwei Exemplare an alle weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen verschickt, verbunden mit dem Hinweis, dass weitere Klassensätze kostenlos zu bestellen seien.[143]

- Bis Anfang 2020 konnte der Comic von Schulen als kostenloser Klassensatz in Papierform bestellt werden. Dieses Angebot wurde für alle drei „Andi“-Comics Anfang 2020 eingestellt, da die Inhalte der Comics nicht mehr dem aktuellen Stand entsprechen und deshalb ein neues Produkt für die Schulen entwickelt werden soll.

g) Thematische Schwerpunkte

- Worum geht es in dem Comic? Es stehen darin der Schüler Andi und sein bester Freund Ben im Mittelpunkt, der in die linksextremistische Szene abzurutschen droht. Andi ist schockiert, was aus Ben mit seinen eigentlich doch gut gemeinten Absichten (Kampf gegen Ungerechtigkeiten) wird: jemand, der antikapitalistische Parolen an Häuser sprüht und schließlich ein Auto anzündet. Andi macht dabei nicht mit und geht lieber nach Hause, während Ben beim Ansprühen einer Brücke mit Farbe erwischt und von Polizisten festgenommen wird. Erst als die Linksautonomen auch den Kiosk eines Bekannten beschädigen, hat Ben genug: Er wendet sich nun wieder von den Linksautonomen ab.[144]

h) **Ausgangspunkte und Annahmen**

- Es wurde davon ausgegangen, dass Extremist*innen sich zunehmend darum bemühen, „Jugendliche zu indoktrinieren“[145], wobei ganz zu Beginn der Überlegungen stand, ein Format für junge Menschen zu entwickeln, das die Gefahr rechtsextremistischer Akteur*innen erklärt.[146]

i) **Ziele**

- Die drei „Andi“-Comics zu Rechtsextremismus, Islamismus (vgl. dazu Punkt m) sowie Linksextremismus sollen über Extremismen aufklären und ein Bewusstsein für demokratische Werte schaffen, darunter „die Gleichwertigkeit von Menschen und ihre physische und psychische Unversehrtheit“[147].

j) **Begrifflichkeiten**

- Unterschieden wird zwischen „linken Demokraten“ und „linken Extremisten“.[148]

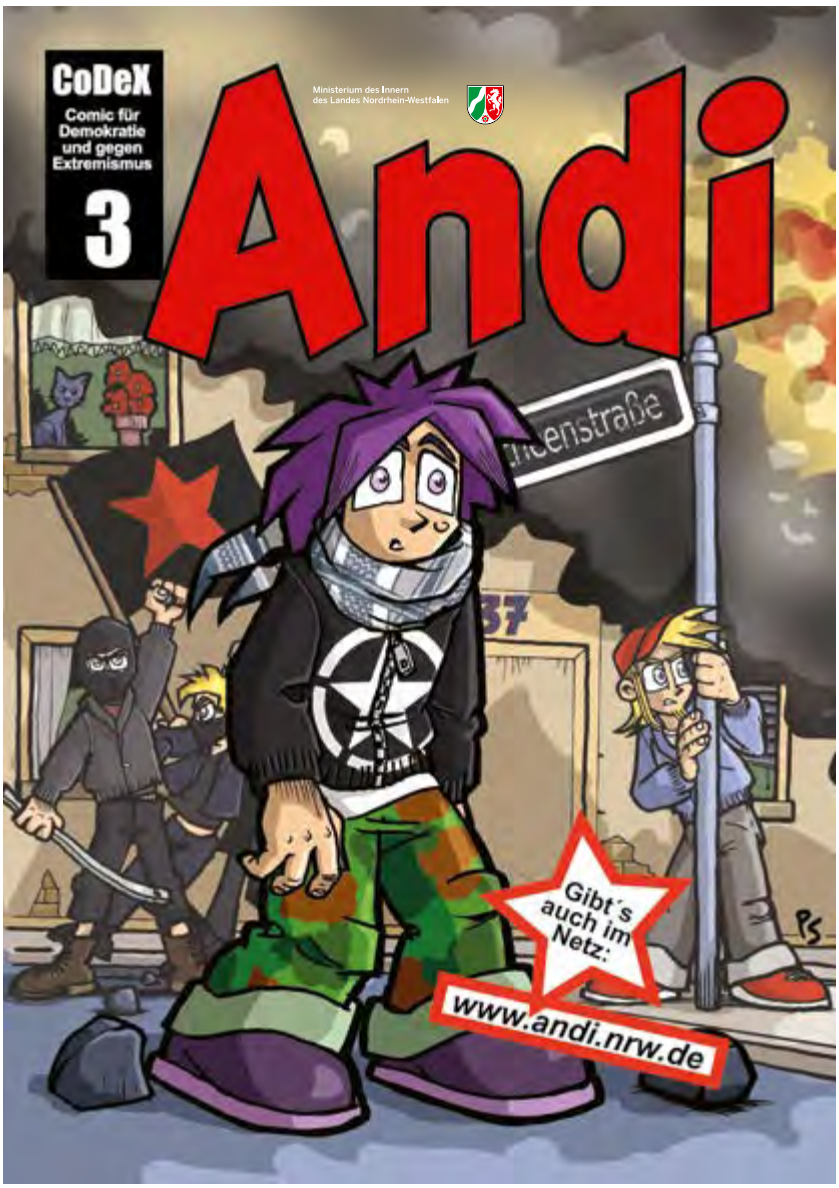


Abb. 1: Cover des Comics „Andi 3“

k) Herausforderungen und Probleme

- Zunächst war es für Thomas Grumke, der als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen am Ende alle drei „Andi"-Comics betreut hat, schwierig, die damals noch innovative Idee eines Bildungscomics für Jugendliche im nordrhein-westfälischen Innenministerium durchzusetzen.[149]

- Weitere Herausforderungen bzw. Probleme sind nicht bekannt.

l) Rezeption und Resonanz

- Der Politikwissenschaftler Rudolf van Hüllen schrieb 2013: „Die ‚Andi'-Serie erfreut sich erheblicher Nachfrage besonders im Bereich der schulischen Bildung und wurde inzwischen von mehreren Verfassungsschutzbehörden übernommen; die Gesamtauflage überschreitet eine Million."[150] Die hohe Nachfrage galt in der Tat auch für das dritte Heft des „Andi"-Comics, das der nordrhein-westfälische Innenminister Ingo Wolf Ende November 2009 bei einer Pressekonferenz in Düsseldorf vorgestellt hat: Es hatte eine Startauflage von 100.000.[151]

- Thomas Grumke, inzwischen Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, berichtet in einem Aufsatz von positiven Rückmeldungen von Lehrer*innen zu „Andi 3".[152]

- In einem Online-Artikel der früheren SED-Parteizeitung *Neues Deutschland* kommt der Comic dagegen erwartungsgemäß schlecht weg. Unter anderem heißt es dort: „Der Linksextremismus-Comic ist voller Klischees – die zum Teil sogar stimmen. Argumente bringt er aber kaum hervor. Stattdessen werden Linke mit Nazis verglichen – und die Comic-Figuren sagen dazu: ‚Die reden voll den gleichen Quark.' ‚Und aussehen tun sie auch gleich.' ‚Aber hassen tun sie sich wie die Pest!' Eine Erklärung, warum sie sich hassen? Fehlanzeige."[153] Kritische Auseinandersetzungen mit „Andi 3" finden sich daneben in weiteren linken bis linksextremistischen Medien wie *analyse & kritik. Zeitung für linke Debatte & Praxis*, *Jungle World* und indymedia.de.[154]

- Doch auch in der Wissenschaft erhielt der Comic – genauer: die dazugehörigen Kommentare – keine gute Kritik, im Gegenteil: In ihrem Essay „Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus", der 2015 in dem Buch „Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit" erschienen ist, haben die Soziologen Tino Heim und Patrick Wöhrle u. a. eine fehlende Differenzierung bei der Darstellung historischer Formen des Linksextremismus sowie die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus kritisiert. Sie schreiben: „Es ist nicht zu erwarten, dass der Verfassungsschutz die konzeptionellen Differenzen zwischen Marx und Stalin versteht. Jedoch müsste selbst ein beschränktes historisches Wissen diese Darstellung absurd erscheinen lassen. Selbstverständlich wird auch die Differenz von Links- und Rechtsextremen im Comic ‚didaktisch' noch rückhaltloser aufgehoben als in der von analytischen Restbedenken geplagten akademischen Extremismusforschung."[155] An anderer Stelle ihres Essays sprechen die beiden Autoren sogar von „einer weitgehenden Entstellung historischer Verlaufsketten", ja von „hanebüchene[r] Geschichtsklitterung".[156]

- Zu erwähnen ist noch die 119 Seiten umfassende Monografie „Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen ‚Extremismus' scheitert", die von mehreren Politikwissenschaftler*innen verfasst wurde.[157] Diese kritisieren darin u. a. die

stereotype Darstellungsweise aller Akteur*innen[158] sowie die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus, die dazu führe, „das Problem mit Neonazis massiv zu verharmlosen und linke Kritik zu kriminalisieren“[159].

- Insgesamt soll „Andi 3“ derjenige der drei „Andi“-Comics gewesen sein, der den meisten Widerspruch provoziert hat.[160]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hier sind keine weiteren Aspekte als die zuvor schon aufgeführten zu nennen.

n) Anmerkungen

- Heft 1 des „Andi“-Comics befasst sich mit Gefährdungen durch Rechtsextremismus, Heft 2 mit Islamismus.[161] Zu diesen beiden Comics gab es Handreichungen für die Lehrer*innen, die als Arbeitsunterlage für den Politikunterricht von Jahrgangsstufe 7 bis 10 („Andi 1“) bzw. 7 bis 9 („Andi 2“) dienten. Für Heft 2 lagen außerdem Arbeitsblätter des Cornelsen-Verlages für den Schulunterricht vor.[162]

- Die drei Comics wurden auch vom Land Niedersachsen aufgegriffen, wo sie der Verfassungsschutz so überarbeitete, dass sie zur niedersächsischen Situation passten.[163] Beispielsweise wurde ein Vorwort des damaligen Innenministers des Landes Niedersachsen, Uwe Schünemann (CDU), eingefügt.[164] Die Hefte konnten kostenlos bei der Niedersächsischen Extremismus-Informationsstelle[165] (NEIS) bestellt werden.[166]

- Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wiederum hat „Andi 3“ im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ überarbeitet und in 150.000 Exemplaren als Bundesausgabe nachgedruckt, die im Anschluss bundesweit verteilt wurde.[167]

Infokasten 8: Der Verfassungsschutz und die Öffentlichkeitsarbeit

Zu den Aufgaben des Bundesamts für Verfassungsschutz und der Verfassungsschutzbehörden der Länder zählt auch die Öffentlichkeitsarbeit. So heißt es z. B. in § 16 Abs. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG): „Das Bundesamt für Verfassungsschutz informiert die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 3 Absatz 1, soweit hinreichend gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte hierfür vorliegen, sowie über präventiven Wirtschaftsschutz.“ In den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit fallen aber nicht nur die jährlichen Verfassungsschutzberichte, sondern auch weitere Angebote der Verfassungsschutzbehörden, wie Schriftenreihen, Fortbildungsreihen für Lehrer*innen, das Planspiel „Demokratie und Extremismus“ oder eben auch der Comic „Andi“ (vgl. Pfahl-Traughber 2010: 21 f.). In Bayern kam es auch zu einer Kooperation zwischen der beim dortigen Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelten Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Gemeinsam betrieb man die Internetportale www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de und www.bayern-gegen-linksextremismus.bayern.de, die heute jedoch nicht mehr verfügbar sind (vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz 2016).

Dass der Verfassungsschutz etwa mit dem Planspiel oder dem Comic auch präventive Aufgaben wahrnimmt und damit als Träger politischer Bildung auftritt, ist aber nicht unumstritten. So sieht beispielsweise der Politikwissenschaftler Michael Kohlstruck im Verfassungsschutz einen „Fremdkörper in einer auf Transparenz, Pluralität, Gleichberechtigung sowie auf einen sachlichen und rationalen Diskurs ausgerichteten Zivilgesellschaft“ (Kohlstruck 2012: 3). Es sei daher problematisch, wenn der Verfassungsschutz die „strukturell gegebene

Sonderrolle“ in den Hintergrund treten lasse und „als Gleicher unter Gleichen in der Zivilgesellschaft“ auftrete, wenn er sich auf dem Feld der „**Demokratiestärkung durch Erziehungs- und Bildungsarbeit**“ betätige (ebd.: 3 f., Hervorhebungen im Original). Denn eine „Behörde, die mit **nachrichtendienstlichem Schild** und **sichtbarem Schwert**“ handle, sei „kein gesellschaftlicher Diskursteilnehmer wie andere auch, sondern allenfalls ein notwendiges staatliches Instrument zur Identifizierung von Demokratiefeinden“ (ebd.: 4, Hervorhebungen im Original). „Gerade die junge Generation, die häufig noch mit der Beurteilung der Machtverteilung zwischen Staat und Gesellschaft überfordert ist, darf nicht den Eindruck gewinnen, die Vertreter der Verfassungsschutzbehörden seien so etwas wie Fachlehrer für Extremismus“, so Kohlstruck weiter (ebd.).

Gregor Wiedemann, ebenfalls Politikwissenschaftler, ergänzte in diesem Zusammenhang, dass das Wissen der Verfassungsschutzbehörden „qua staatlicher Autorität von Nachfragern der Bildungsangebote, etwa Schulen, oft als ‚neutral‘ wahrgenommen und kaum hinterfragt“ werde (Wiedemann 2013: 135). Für noch schwerwiegender hält Wiedemann, „dass die VS-Behörden ihre Bildungsinhalte und Materialien kostenlos anbieten, was sie in Zeiten notorisch klammer Schulklassen zu begehrten externen ‚Experten‘ macht“ (ebd.). „Für die Vielfalt von Akteuren und Inhalten einer demokratischen Bildungslandschaft geht von dieser Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Bedrohung aus“, so Wiedemann weiter (ebd.).

Infolgedessen gab es 2011 den Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst“, der das Auftreten des Verfassungsschutzes als „Bildungsakteur und ‚Partner‘ für zivilgesellschaftliches Engagement“ scharf kritisierte. Der vom antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz) initiierte Aufruf wurde von ca. hundert Einzelpersonen und Projekten unterstützt, darunter aus der Politik (insbesondere Linkspartei und SPD), der Bildungsarbeit, der Wissenschaft und den Gewerkschaften (vgl. Schillo 2011: 67). Kurz darauf appellierte auch der Sozialwissenschaftler Johannes Schillo dafür, dass politische Bildungsarbeit „nicht wie der Verfassungsschutz agieren und eine ‚antifaschistische‘ oder andere Gegnerbestimmung samt folgender Ausgrenzung zu ihrem Anliegen machen [darf]“. Sie müsse „konsequent die diskursive Konfrontation mit dem Ziel rationaler Urteilsbildung – ohne Überwältigung, offen für die gesellschaftlichen Kontroversen und für die Artikulation von Teilnehmer-Interessen – betreiben und darf nicht […] auf die bloße Denunziation extremer Positionen oder Personen setzen“ (ebd.: 72).

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e. V.: Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst. Ein Aufruf für kritische, freie und qualifizierte politische Bildung als Grundlage demokratischer Kultur und Gesellschaft“, URL: http://bildenohnegeheimdienst.blogsport.de/ [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: Neue Dienststelle gegen Extremismus, Pressemitteilung vom 09.12.2016, URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/aktuelle_meldungen/neue-dienststelle-gegen-extremismus/ [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG). Zuletzt geändert: Art. 16 V vom 19.06.2020 I 1328, URL: https://www.gesetze-im-internet.de/bverfschg/BVerfSchG.pdf [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

Kohlstruck, Michael: Thesen zur Diskussionsveranstaltung „Verfassungsschutz durch Aufklärung?“ am 21.03.2012, URL: http://djb-ev.de/sites/djb-ev.de/files/verfassungsschutz_kohlstruck.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

Pfahl-Traughber, Armin: Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes, in: Grumke, Thomas/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010, S. 15–32.

Schillo, Johannes: Verfassungsschutz und politische Bildung, in: Journal für politische Bildung, Jg. 1 (2011), H. 4, S. 63–72.

Wiedemann, Gregor: Verfassungsschutz durch Aufklärung? Zum Widerspruch von politischer Bildungsarbeit und geheimdienstlicher „Extremismusprävention“, in: Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Erweiterter Tagungsband 2013, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen in Zusammenarbeit mit Sebastian-Cobler-Stiftung für Grundrechte, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Amadeu Antonio Stiftung, DGB Dresden, Dresden, 2013, S. 131–144, URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/verfassungsschutz_2013_download_m.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

4. MODELLPROJEKT „DEMOKRATIE STÄRKEN – JUGEND FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS“

Internetpräsenz: Sie ist nicht (mehr) vorhanden.

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg[168]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.07.2010–31.07.2014

e) Zielgruppe(n)

- Das Projekt hatte relativ viele Zielgruppen: Jugendliche, Schülervertretungen und Schülerzeitungen; Lehrer*innen, Fachkräfte und Ehrenamtliche der außerschulischen Bildung und Jugendarbeit; Jugendverbände und Migrantenorganisationen.

f) Herangehensweisen und Methoden

- Teilweise wurde mit Jugendlichen über ein halbes Jahr zusammengearbeitet, wobei zu Beginn eine mehrwöchige inhaltliche Einarbeitung stand, beispielsweise in die Geschichte der Studentenbewegung. Danach ging es um die Entwicklung eines Kunstwerks, das am Ende in der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.[169]

- Daneben gab es Seminare, die drei Tage dauerten und bei denen beispielsweise extremistische Homepages im Zentrum der Betrachtung standen.[170]

- Die thematischen Zugänge verliefen unterschiedlich: Die Jugendlichen konnten – je nach Projekt – Zeichnungen anfertigen, Filme drehen und Skulpturen bauen.[171] Stets ging es aber darum, politische Bildung mit künstlerisch-kultureller Bildung zu verknüpfen.[172]

- Zu den Projekten, die innerhalb des Modellprojekts realisiert wurden, gehörte ein Halbjahresprojekt der 12. Klasse des ästhetischen Profils der Lornsenschule in Schleswig. In diesem Rahmen fand die Seminarreihe „Kunst Extrem“ statt, „in der die Schülerinnen und Schüler einen intensiven, gestalterischen und thematischen Prozess durchlebten“[173]. Die Seminarreihe konzentrierte sich thematisch „auf die gesellschaftlichen Umwälzungen der 68er Jahre und die Folgewirkungen dieser Zeit“[174]. Dabei sollten die Teilnehmenden die „Entstehungsgründe für eine gesellschaftliche Unzufriedenheit“, „die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft“ sowie „das breite politische Handlungsspektrum“ kennenlernen, darunter politische Diskussionen, friedliche Demonstrationen und künstlerisch performative Aktionen, aber auch terroristische Taten.[175] Genauer: Es ging u. a. darum, „das weite Spielfeld der politischen Partizipation kennenzulernen und verschiedene Handlungsweisen in ihrer

Radikalität zu messen. Die Gründe für die Radikalisierung einer politischen Bewegung, ihr Erscheinungsbild sowie Folgen, aber auch das Prüfen von Alternativen standen im Blickfeld des politischen Lernens. Hierbei galt es weiter Begrifflichkeiten wie ‚Extremismus' und ‚Terrorismus' zu entschlüsseln."[176] Auf dieser Basis aufbauend, konnten sich die Teilnehmer*innen einen Themenbereich auswählen und diesen ästhetisch bearbeiten. Derart wurde die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gegenstand gefördert. Das Ergebnis waren „Kunstwerke […], die nicht einfach nur abbilden, sondern vielmehr Emotionen und Perspektiven transportieren, Fragen aufwerfen und Gespräche anregen wollen"[177]. Die Kunstwerke wurden in einer Wanderausstellung präsentiert.[178]

- Die innerhalb der Seminarreihe „Kunst Extrem" entstandenen Kunstwerke zeichnen sich durch ihre Vielfalt aus. So hat sich beispielsweise eine Teilnehmerin künstlerisch mit der Psyche eines Terroristen auseinandergesetzt, indem sie Köpfe aus Gips und Acryl angefertigt hat. „Gezeigt wird ein Weg von der Bildung einer politischen Meinung zum Tatendrang, über das Scheitern bis hin zu den Anfängen der Regeneration", heißt es dazu in der Dokumentation der Ausstellung.[179] Die Skulpturen tragen den Titel „Kopfsache".[180]

- Bis die Ausstellung nach etwas mehr als einem halben Jahr am 2. März 2012 eröffnet werden konnte, hatten insgesamt fünf dreitägige Veranstaltungen mit dem Projektteam im Kunst-, Musik-, Geschichts- und Politikunterricht der 12. Klasse stattgefunden. Außerdem hatten die Schüler*innen eine Berlin-Bildungsreise unternommen, wo sie sich ebenfalls mit dem Thema Extremismus auseinandergesetzt hatten.[181]

g) Thematische Schwerpunkte

- Themen waren beispielsweise die RAF und die Studentenbewegung.[182] Weitere Themen lassen sich Tabelle 3 entnehmen.

Seminare und Projekte zum Thema „Demokratiefeindlichkeit"

Projektname	Projektansatz	Kerninhalt
„DDR – Leben im Überwachungsstaat"	Bildende Kunst und politische Bildung	In dem Seminar, das dreimal in ähnlicher Form stattfand, ging es um Themen wie „Freiheit vs. Unfreiheit", Überwachung und autokratische Strukturen. Unter anderem fand jeweils eine dreitägige Berlin-Bildungsreise statt, bei der u. a. das ehemalige Stasigefängnis Hohenschönhausen besichtigt wurde. Am Ende des Projekts stand eine Ausstellung.
„Linke und rechte Extreme im Netz"	Analyse von Internetseiten und politische Bildung	Im Zentrum des Seminars stand „die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Extremismus. Es werden hierbei Probleme des Begriffes aufgezeigt, sodass zu einer kritischen Betrachtung und Diskussion angeregt wird." Unter anderem befassten sich die Teilnehmenden mit den Websites der NPD und der MLPD.

„Operation Phönix“	Straßentheater und politische Bildung	Hier stand die Frage im Mittelpunkt, wie und warum Extremismus in einer Gesellschaft entstehen kann. Es wurden Szenenbilder für ein Straßentheater entwickelt. Dazu schreibt der Modellprojektträger: „Das Hineinhorchen in sich selbst und dann das Einnehmen einer Rolle fordert dazu auf, sich von sich selbst zu distanzieren und eine neue Perspektive einzunehmen. In dieser Situation fordert das Theaterspielen Fremdverstehen und kann dazu beitragen, dass mit nicht mehrheitskonformen Verhalten toleranter umgegangen werden kann, was wiederum dazu beiträgt, Schubladendenken und schnelle Vorurteile abzulegen.“
„Total-Tanz-Theater“	Tanztheater und politische Bildung	In diesem Seminar stand das Thema Freiheit im Zentrum, genauer: „Der Aspekt Freiheit wurde sowohl in einer autokratischen wie auch in einer demokratischen Struktur beleuchtet. Auch Erscheinungen der Unfreiheit wurden als direkter Kontrast genutzt, um Freiheit darzustellen.“
„Theaterprojekt: Die Vögel (nach Aristophanes)“	Theater und politische Bildung	Die vor über zweitausend Jahren geschriebene antike Komödie „Die Vögel“ ermöglichte es, schon damals bedeutsame Themen wie „Herrschaftslegitimation“, „Machtübernahme“ oder „Verführung der Massen“ unter aktuellen Gesichtspunkten zu behandeln. Es wurde eine eigene Aufführung entwickelt, die an zwei Abenden präsentiert wurde. Daran nahmen jeweils 120 Zuschauer*innen teil. Im Anschluss fand noch ein politisches Diskussionsgespräch statt.
„Wendepunkte. Eine literarische Trilogie von Klaus Kordon“	Historische Jugendromane und politische Bildung	Das Seminar, das in einer 8. Gymnasialschulklasse stattfand, setzte sich mit der „Trilogie der Wendepunkte“ von Klaus Kordon auseinander. Die drei Romane wurden zum Ausgangspunkt genommen, um über politische Wendepunkte zu Anfang des 20. Jahrhunderts und über autokratische wie demokratische Systeme in der deutschen Geschichte zu sprechen. Zentral war die Frage, „was politischer Extremismus ist und von wo aus er definiert wird“. Am Ende des fünftägigen Seminars stand eine Lesung als Ergebnis der Beschäftigung mit den Romanen (zwei Tage) und einer Bildungsreise nach Berlin (drei Tage).
„Wettbewerb: Kurz mal scharf abbiegen“	Wettbewerb und politische Bildung	Der Wettbewerb, der sich an Schüler*innen der Fachrichtungen Kunst, Musik, Deutsch, Politik/Wirtschaft und Textillehre an Schulen in Schleswig-Holstein richtete, forderte dazu auf, „den demokratischen Weg im Gedankenspiel zu verlassen, zu hinterfragen und zu sehen, was passiert, wenn der Weg nach dem Abbiegen sich von der bekannten Perspektive immer mehr entfernt und Stück für Stück ‚Demokratiefeindlichkeit‘ mit ihren Motivationen, Wirkungsweisen und ihren Konzepten präsent wird“. Die gestalterische Form der Umsetzung war nicht vorgegeben.

Praxisbezogene Vermittlungsvorschläge in der Arbeit zum Thema „Demokratiefeindlichkeit“

Name der Methode	Ziel	Inhalt
„Spiel: Demokratie vs. Extremismus“	Annäherung an abstrakte Begrifflichkeiten	Im Mittelpunkt des Spiels standen die Merkmale der Konzepte „Demokratie“ und „Extremismus“, und zwar allgemein sowie bezogen auf linken und rechten Extremismus. Der linke und der rechte Extremismus sollten auch miteinander verglichen werden, damit die Jugendlichen Unterschiede und mögliche Gemeinsamkeiten erkennen. „Eine abschließende Gesprächsrunde kann eine Basis für die weitere Auseinandersetzung mit dieser Thematik bilden“, so der Modellprojektträger zu dem Spiel, bei dem Spielkarten eine zentrale Rolle spielen. Diese werden in der Broschüre „Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus“ vorgestellt.
„Atmospherings“	Allgegenwärtige, indirekte Konfrontation mit einem ausgewählten Themenbereich	„Atmospherings“, so der Modellprojektträger, „sind einfache Zettel, auf denen Fragen, Aussagen, Zitate, Karikaturen oder Bilder zu einem bestimmten Themenbereich geschrieben stehen, die den Teilnehmenden überall in der Seminarumgebung/Lernumgebung begegnen können, sofern sie wahrgenommen werden. Zunächst sollen Atmospherings einen Beitrag zur Schaffung einer Themenatmosphäre bieten, indem sie das Thema überall präsent machen.“ Beispiele für Atmospherings, die der Modellprojektträger in seiner Handreichung „Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus“ vorstellt, sind (Hervorhebungen jeweils im Original): » „Wogegen würde ich **protestieren**?“ » „Kann **ich** mich sicher fühlen?“ » „Ist **Gleichheit** etwas Gutes?“ » „Wie wird die politische Idee vor ihren **Gegnern** geschützt?“ » „Woran könnte mein System **scheitern**?“ » „Was sorgt für **Unzufriedenheit** in meinem System?“ » „Wem kann ich **vertrauen**?“

Tab. 3: Seminare, Projekte und Vermittlungsvorschläge zum Thema „Demokratiefeindlichkeit“ im Rahmen des Modellprojekts „Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“[183]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Es sollte nicht darum gehen, „linke Positionen zu verurteilen“, so im Jahr 2012 Karsten Biermann, damals als Mitarbeiter an der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg für die Präventionsarbeit gegen Linksextremismus zuständig und heute Direktor des Jugendhofs.[184]

- Als „Kern des Bildungskonzepts“, auf dem das Modellprojekt beruhte, galt „das Finden einer eigenen Position bzw. einer persönlichen Einstellung innerhalb eines politischen Prozesses“.[185] Möglich sei dies im Rahmen von ästhetisch-gestalterischen Auseinandersetzungen mit politischen Inhalten.[186]

- Wichtig war stets, dass historische Themen Anknüpfungspunkte in der Gegenwart und dabei auch in der Lebenswelt der Teilnehmenden haben.[187]

i) Ziele

- Das Ziel sei es, so hieß es in einer Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums zum Startpunkt des Projekts im Jahr 2010, „Jugendliche zu Multiplikator/innen fortzubilden und sie dazu zu ermutigen, eigene Partizipationsformen zu entwickeln. Zudem sollen Angebote für die schulische und außerschulische Bildung entwickelt und Netzwerke gegründet werden.“[188] Im Zentrum standen schließlich die Angebote für die politische Bildung.

- Bei allen Veranstaltungen, die im Rahmen des Modellprojekts stattfanden, sollte den Teilnehmenden deutlich werden, „warum wir unsere Demokratie stärken und schützen sollten“[189]. Es ging also darum, dass jungen Leuten eine positive Sicht auf die Demokratie vermittelt wird und sie eine Haltung entwickeln, die Gewalt ablehnt.[190]

j) Begrifflichkeiten

- Es wurde versucht, den Begriff des Linksextremismus wegen seiner Unschärfe zu vermeiden.[191] Überhaupt sei er in der pädagogischen Arbeit „nur schwer einsetzbar. Wird er zu unkritisch und bedenkenlos genutzt, bezeichnet er Verhalten und Ansichten, die im strengen Sinne des Begriffs nicht extremistisch sind. Zudem kann es passieren, dass sich junge Erwachsene oder Jugendliche durch die Verwendung des Begriffs provoziert oder angegriffen fühlen. Wird der Begriff zu speziell und genau verwendet, blendet er viele Aspekte des Phänomens, welches er eigentlich beschreiben soll, aus.“[192]

k) Herausforderungen und Probleme

- Eine Herausforderung bestand darin, geeignete Kunstpädagog*innen bzw. Künstler*innen, die als externe Seminarleiter*innen fungierten, ausfindig zu machen. Im Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für das Jahr 2013 wird dazu ein*e Projektmitarbeiter*in mit den folgenden Worten zitiert: „[…] du musst mit den ... Leuten, die den ästhetischen Prozess begleiten, also mit den Künstlern, will ich es jetzt mal sagen, oder mit den Kunstreferenten, musst du ganz glasklar abmachen, was du dir vorstellst. Ich habe es bisher häufig erlebt, dass die eben gar nicht in diesen Kategorien denken. Und deswegen arbeiten wir häufig mit den Gleichen, weil wir das auch schon eingeübt haben. Und ich arbeite mit einigen nicht mehr, weil ich fest gestellt [sic] habe, die ertragen das nicht, dass der ästhetische Prozess nicht im Vordergrund steht“[193].

l) Rezeption und Resonanz

- Bis Mitte 2012 wurden die angebotenen Seminare von fast 600 Schüler*innen besucht.[194]

- Die Rückmeldungen der Besucher*innen zu der unter Punkt f beschriebenen Ausstellung, die aus der Seminarreihe „Kunst extrem“ hervorgegangen ist, waren sehr positiv. So wird ein*e Besucher*in in der Ausstellungsdokumentation mit den folgenden Worten zitiert: „Ich konnte mir erst nicht vorstellen, was auf mich zu kommt, aber ich muss euch sagen, dass ihr es

wirklich geschafft habt, mich zu begeistern! Sehr vielfältig und kreativ. Man merkt, dass ihr euch intensiv mit der Thematik auseinander gesetzt habt."[195]

- Im Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für das Jahr 2013 erhielt das Modellprojekt eine gute Bewertung. So heißt es dort u. a.: „Die (zeit-)intensive und auf ein konkretes Thema fokussierte Auseinandersetzung der Jugendlichen sowie das partizipative (für außerschulische Jugendarbeit typische) Lernsetting regen, dass [sic] zeigen Interviews mit den Teilnehmenden, eine Aneignung komplexer Wissensbestände und mehr noch ein Verstehen historisch situierter Radikalisierungsprozesse und einen eigenständigen Kompetenzerwerb an. […] Die Verknüpfung ästhetischer mit politischer Bildung birgt ein großes Potenzial, ein vertiefendes Verstehen bei den Jugendlichen anzuregen und ein politisches Interesse zu wecken."[196]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Über das bisher Gesagte hinaus lässt sich noch ergänzen, dass die Wissenschaftliche Begleitung in ihrem Gesamtbericht für das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" empfahl, derartige Formate stärker mit explizit linksaffinen jungen Menschen durchzuführen und nicht nur mit Jugendlichen, die „allenfalls diffus linksaffin waren, teilweise aber auch durchaus lebensweltliche Distanzen gegenüber ‚Linken' aufwiesen, auch wenn sie im Bekanntenkreis entsprechende Kontakte hatten"[197]. Solche Projekte, die über einen längeren Zeitraum mit einem hohen Ressourceneinsatz sowie einer kleinen Gruppe Jugendlicher arbeiteten, hätten „nach jetzigem Kenntnisstand das (präventive) Potenzial, über den Umweg eines historischen Beispiels, Radikalisierungsprozesse innerhalb progressiver politischer Bewegungen nachzuzeichnen und verstehbar zu machen und in diesem Sinne hinterfragend, selbstaufklärend und sensibilisierend zu wirken"[198].

n) Anmerkungen

- Aus dem Modellprojekt ist die folgende Publikation hervorgegangen, die sich an Personen wendet, die mit jungen Menschen politische Bildungsarbeit betreiben: Karsten Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus, hrsg. von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Steinbergkirche, 2015.

5. MODELLPROJEKT „DEMOKRATISCHE KOMPETENZEN IM DISKURS ENTWICKELN“ (DEKO)

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

- Rahmenkonzeption zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltbereiten linksextremistischen Ideologien und Strömungen[199]

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Europäische Jugendbildungs-und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW)[200]
- Professur für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden (Kooperationspartner)

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.07.2010–31.12.2013

e) Zielgruppe(n)

- sowohl bildungsferne als auch bildungsorientierte Jugendliche
- Fachkräfte und Multiplikator*innen der Jugendbildung

f) Herangehensweisen und Methoden

- Im Mittelpunkt standen sechs gesellschaftliche bzw. demokratische Schlüsselkompetenzen[201], die vermittelt werden sollten: 1. Historische Kompetenz, 2. Differenzierungskompetenz, 3. Verfassungskompetenz, 4. Utopiekompetenz, 5. Politik- und Diskurskompetenz, 6. Engagement- und Partizipationskompetenz.[202] Laut EJBW handelt es sich dabei um „jene Kompetenzen […], die für die […] aufgeworfene Problematik unter präventiven Gesichtspunkten relevant sind“[203].

- Die Historische Kompetenz war mit dem Modul „Vergangenheit“ verbunden, die Differenzierungskompetenz mit dem Modul „Werte“, die Verfassungskompetenz mit dem Modul „Ordnung“ und die Utopiekompetenz mit dem Modul „Zukunft“.[204] Die Entwicklung des Moduls „Vergangenheit“ war jedoch aufgrund der beschränkten Projektlaufzeit nur in Ansätzen möglich, sei aber noch wünschenswert.[205]

- Jedes Modul enthielt „ein sog. Anti-Extremismustool, d. h. ein Tool in welchem die Jugendlichen erfahren, wo demokratiegefährdendes Potenzial vorhanden ist bzw. wo sich Extremismen niederschlagen“[206].

- Die Vermittlung der Differenzierungskompetenz, der Verfassungskompetenz, der Utopiekompetenz, der Politik- und Diskurskompetenz sowie der Engagement- und Partizipationskompetenz erfolgte in mehreren Bereichen: 1. Workshops für Jugendliche und mit Jugendlichen, 2. Veranstaltungen für Multiplikator*innen, 3. Entwicklung von Material und Methoden, 4. Austausch mit Akteur*innen und Expert*innen.[207]

- Die Veranstaltungen für Multiplikator*innen umfassten öffentliche Themenabende, Workshops mit kleinerer Teilnehmendenzahl und halbtägige Konferenzen. Thematisch ging es beispielsweise um Jugendgewalt und Zivilcourage.[208]

g) Thematische Schwerpunkte

- Je nach Modul gab es unterschiedliche thematische Schwerpunkte. So orientierte sich das Modul „Vergangenheit", in dem die Historische Kompetenz vermittelt werden sollte, an den „sozialen Verwerfungen im Laufe der Weimarer Republik"[209]. Aber auch darüber hinaus stand die Stadt Weimar, wo die EJBW angesiedelt ist, im Mittelpunkt: „Am Lernort Weimar – von der Weimarer Republik über die NS-Zeit bis zu aktuellen Fragestellungen in Bezug auf die Wiedervereinigung – kann exemplarisch deutlich werden, wie fragil demokratische Strukturen sind und wie bedeutsam die (Nicht-)Verankerung eines demokratischen Bewusstseins unter den Bürgern und Bürgerinnen für das Gelingen bzw. Nichtgelingen des Projektes der Demokratie ist und welche Konsequenzen daraus gezogen worden sind."[210] Dabei ging es vor allem auch darum, die Gegenwart mit der Vergangenheit zu verbinden: „Weimar, die Weimarer Verfassung und das Scheitern der Weimarer Republik bieten zugleich auch einen geeigneten Rahmen zur Auseinandersetzung mit den demokratiegefährdenden Potentialen und Bewegungen im Bereich des Linksextremismus in der Bundesrepublik nach 1945, der SED-Diktatur und der DDR-Alltagsgeschichte sowie aktueller Gegenwartsmythen (in Bezug auf die deutsche Geschichte)."[211]

- Die Differenzierungskompetenz wurde anhand der sogenannten WERTzeugtasche vermittelt. Unter diesem Begriff fasste der Modellprojektträger Bildungsmaterialien zusammen, die darauf abzielen, mit unterschiedlichen alltagsnahen Methoden Antworten auf zwei Fragekomplexe zu geben: „(1) Welche Werte spiegeln sich in der Gesellschaft und in uns selbst wider und wie beeinflussen diese wiederum die gesellschaftliche Ordnung? (2) Was geschieht mit Werten, die sich neben dem ‚integrativen Mainstream' entwickeln? Wird solchen Positionen Raum gegeben und was passiert, wenn sich die Gesellschaft dem verschließt?"[212]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Der Projektträger, die EJBW, legte seiner Arbeit vier Thesen bzw. Ansprüche zugrunde. Erstens sah die EJBW die Möglichkeit, durch das Projekt „den Begriff ‚Linksextremismus', der wegen seiner Eindimensionalität und Uneinheitlichkeit in der Kritik stand (und steht), einer genaueren Analyse zu unterziehen"[213]. Zweitens ging man davon aus, „auf die Schwächen dieses Begriffs und die mit seiner Anwendung verbundenen Irritationen hinzuweisen sowie eine entsprechend konstruktive Praxis zu erarbeiten"[214]. Drittens liegt dem Projekt „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln" der Anspruch zugrunde, „die Erfahrungen im Rahmen des Projektkontextes in die Debatte um die Definition, die Grenzen und die Anwendung des Begriffs ‚Linksextremismus' einzubringen"[215]. Und viertens schließlich wollte man „dem Umstand Rechnung […] tragen, dass es in unserer Gesellschaft Irritationen innerhalb des linken politischen Spektrums gab (und gibt) – selbst wenn diese nicht unter dem Begriff des ‚Linksextremismus' subsumierbar sind"[216]. Diese Irritationen sollten zur Sprache gebracht werden.

i) Ziele

- Im Zentrum stand die „präventiv(e) Vermittlung von Schlüsselkompetenzen"[217]. Ziel war es, auf diese Weise demokratische Einstellungen zu stärken und die „kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen linksextremistischen Ideologien"[218] zu fördern.[219]

- Mit jedem Modul waren darüber hinaus spezielle Ziele verknüpft. So ging es bei dem Modul „Werte“ nicht darum, „bestimmte Werte einer Zielgruppe ‚einzutrichtern‘, sondern die Reflexions- und Urteilskompetenz zu erhöhen“[220].

j) Begrifflichkeiten

- Man ging sehr vorsichtig mit dem Begriff des Linksextremismus um und machte diese Zurückhaltung in Publikationen auch optisch sichtbar, indem das Substantiv und die Adjektive in Anführungszeichen oder – wie im folgenden Beispiel – kursiv gesetzt wurden: „Das Konzept des Projektes sieht vor, spezifisch als *linksextrem* kategorisierte Themen sensibel und in Abhängigkeit von Situation und Gruppe einzubinden. Die Inhalte waren so angelegt, dass, wenn sich ein *linksextremistisches* Bedrohungspotenzial zeigen sollte, gezielt darauf angesprochen werden konnte. Das Projekt ist in dieser Weise formuliert worden, um der Gefahr vorzubeugen, interessengeleitetes Instrument des Zuwendungsgebers zu werden.“[221]

- Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, dass die sogenannte Extremismustheorie abgelehnt wurde: „Grundsätzlich halten wir die bisher existierende Extremismustheorie für ein ungeeignetes Instrument, um antidemokratische, gewaltbereite und *linksextremistische* Strömungen und Tendenzen einzuordnen.“[222] Zur Begründung wird angeführt, dass „die Gefahr einer möglichen Gleichsetzung der beiden politischen Extreme“[223] bestehe. Außerdem wird „die Eindimensionalität des Theoriemodells an sich“[224] kritisiert. „Die politische Realität in Deutschland“, so der Projektträger, „ist unseres Erachtens wesentlich komplexer. Was rechts und was links ist, das lässt sich nicht genau verorten.“[225]

k) Herausforderungen und Probleme

- Die Projektverantwortlichen sahen (und sehen) das Problem darin, „dass auf keine exakten Verweise zur Problemlage, keine belastbaren Forschungsergebnisse oder eine konkrete Praxis zurückgegriffen werden konnte (bzw. kann)“[226]. Der Projektträger verfolgte deshalb einen „Präventions-Ansatz, der pro-demokratisch befähigen und nicht anti-*linksextrem* aufklären möchte“[227].

- Im Ergebnisbericht, den die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ für das Jahr 2012 vorgelegt hat, wird darauf hingewiesen, dass bei vielen jugendlichen Teilnehmer*innen der Workshops grundlegende politische Begrifflichkeiten und Haltungen nicht gut genug bekannt waren. Ein*e Projektmitarbeiter*in wird dazu mit den folgenden Worten zitiert: „In Bezug auf das Modul ‚Ordnung‘ lässt sich konstatieren, dass vielen Teilnehmenden grundsätzliche Ordnungsbegriffe wie Konservatismus, Anarchismus, Sozialismus und Liberalismus kaum bekannt sind, sodass im Seminar eröffnete Diskurse[,] gerade auch in Schulklassen nach dem Seminar weitergeführt werden müssen.“[228]

l) Rezeption und Resonanz

- Für die didaktische Begleitung des Projekts war die Professur für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden zuständig. Konkret wurden die Tagesseminare für Jugendliche ab der 9. Jahrgangsstufe didaktisch begleitet und ausgewertet. Ziel war die Entwicklung von Methoden- und Materialienempfehlungen.[229] Im Rahmen dieser Zusammenarbeit haben der Lehrstuhl für Didaktik der Politischen Bildung und die EJBW am 2. Dezember 2011 eine gemeinsame Werkstatttagung organisiert, deren Ziel es war, „einen Austausch über Anforderungen und Erfahrungen im Bildungsbereich Demokratievermittlung

zu initiieren, der insbesondere auf die Frage fokussiert ist, wie Materialien aussehen könnten oder aussehen sollten, die im Bereich der Demokratievermittlung eingesetzt werden“[230].

- Bis Anfang 2013 gab es über vierhundert Teilnehmer*innen[231], bis zum Projektabschluss Ende 2013 weit über 1.200 Teilnehmende.[232]

- In ihrem Gesamtbericht für das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ hat die Wissenschaftliche Begleitung dem Modellprojekt empfohlen, den lokalen Bezug, den die Jugendlichen aufweisen, zukünftig stärker zu nutzen.[233]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Projektträger konnte die „Bedrohungslage, wie sie in den Verfassungsschutzberichten zu einer politisch motivierten *linksextremistischen* Gewalt nachgezeichnet wird“[234], nicht bestätigen. Als eines der wichtigsten Ergebnisse wird angesehen, „dass sich ein Vorhandensein *linksextremer* Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffes aus [sic] geschlossene *linksextreme* Welt- und Menschenbilder nicht konstatieren lässt“[235].

- Die EJBW plädiert vor diesem Hintergrund dafür, dass sich Präventionsprogramme im Themenfeld „Linke Militanz/Linksextremismus“ „nicht auf einen Aspekt von *Extremismus* verengen [sollten], sondern sich mit den unter Konzepten wie *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, *Hate Crime*, den Erkenntnissen der Bewegungsforschung und antidemokratischen Radikalisierungsprozesse subsumierbaren Einstellungsmustern, Einstellungen und Verhaltensweisen befassen und darüber hinaus ganz praktisch mit Jugendlichen arbeiten. Dies scheint uns ein zielführender Weg zu sein, um Demokratie als Lebensform bei Jugendlichen Wirklichkeit werden zu lassen.“[236]

- Der Projektträger musste feststellen, dass es nicht leicht war, „als ‚linksorientiert‘ erkennbare Zielgruppen zu gewinnen“, was u. a. „mit der bis heute anhaltenden Kritik von linken Anhänger*innen am Fördergeber zu tun [hatte] – man wollte nicht offiziell mit dem Projekt in Verbindung gebracht werden“.[237]

n) Anmerkungen

- Am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat sich der Modellprojektträger nicht beteiligt, weil man im Bereich des Linksextremismus „weder unter gesellschaftlicher Perspektive noch vor dem Hintergrund eines Bedarfes bei unseren jugendlichen Zielgruppen einen Bedarf gesehen“[238] hat.

6. MODELLPROJEKT „DIE AUTONOMEN“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Archiv der Jugendkulturen e. V.[239]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 15.11.2010–30.04.2012

e) Zielgruppe(n)

- junge Menschen
- Expert*innen aus verschiedenen Professionen
- Multiplikator*innen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Modellprojekt beschäftigte sich mit der autonomen Szene, die „als die am schwersten zu erforschende Szene überhaupt“[240] gilt und ca. 8.000 bis 10.000 Angehörige umfasst. Damit sind die Autonomen gegenwärtig „die zahlenmäßig stärkste militante Gruppierung innerhalb des linken politischen Spektrums“[241]. Selbst ihr nahestehenden Publizist*innen und Wissenschaftler*innen sei es bislang nicht gelungen, narrativ-biografische Interviews mit einer nennenswerten Zahl von Autonomen zu führen, so das Archiv der Jugendkulturen. Bei dieser Forschungslücke setzte das Modellprojekt an. Die zu realisierenden Vorhaben waren aber deutlich umfassender; zu nennen sind insbesondere die folgenden Arbeitsschritte:

  » Erstellung, Erschließung und Analyse einer Materialsammlung: Es sollten neben offiziell zugänglicher Literatur und Quellen (z. B. Sachbücher, Verfassungsschutzberichte und TV-Beiträge) insbesondere szene-eigene Fanzines beschafft und archiviert werden, „die als weitgehend unzensierte, nur szene-intern verbreitete Medien die wichtigsten authentischen Quellen für eine Studie zu Subkulturen darstellen“[242]. Ziel war es, ein Archiv zu den Autonomen aufzubauen, das öffentlich zugänglich ist.

  » Erstellung und Pflege einer Mediendatenbank: Hier sollten beispielsweise Bücher und audiovisuelle Medien zum Thema „Die Autonomen“ aufgenommen werden.

  » Entwicklung von Interviewleitfäden sowohl für biografische Interviews mit Szene-Angehörigen als auch für Interviews mit Expert*innen; Durchführung von mindestens zwei Interviews als Pretests.

» Durchführung von Interviews mit mindestens 27 Szene-Angehörigen: In den Interviews sollten u. a. ihre Einstiegswege sowie die politischen Praktiken der autonomen Szene thematisiert werden.

» Durchführung von Interviews mit mindestens zehn Expert*innen (z. B. aus der Polizei und der Wissenschaft): Zweck dieser Interviews war es, „die subjektiven Erzählungen der Szene-Angehörigen historisch und theoretisch zu fundieren bzw. auf ihre Repräsentativität hin zu überprüfen“[243].

» Kontinuierliche Beobachtung und Auswertung von Blogs, Foren und anderen Internetmedien der autonomen Szene bzw. über sie.

» Regelmäßige Teilnahme an Treffpunkten und Veranstaltungen der autonomen Szene (darunter Konzerte und Anti-Nazi-Kundgebungen).

» Analyse wichtiger Printmedien und Tonträger der autonomen Szene, wie etwa die Zeitschriften *Radikal* und *Interim*.

» Organisation eines fachöffentlichen Hearings mit unterschiedlichen Expert*innen: Ziel der Veranstaltung sollte es sein, das erlangte Wissen zu bündeln und kritisch zu diskutieren.

» „die modellhafte Entwicklung von Fortbildungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen zum Thema“[244]: Das in dem Projekt erlangte Wissen sollte in ein- oder mehrtägige Fortbildungsveranstaltungen der politischen Bildung einfließen, die verschiedene Zielgruppen (in der Polizei, Schule, Jugendarbeit, in den Medien sowie weitere erwachsene und jugendliche Multiplikator*innen) ansprechen sollten.[245]

g) Thematische Schwerpunkte

– Das Modellprojekt konzentrierte sich auf eine Annäherung an die autonome Szene.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

– Als Anlass für das Modellprojekt lassen sich „die Zuspitzung des öffentlichen Diskurses auf ‚links = rechts‘“[246] und „die absolut klischeehafte Reduzierung der autonomen Szene auf Gewalt“[247] sehen, die von dem Modellprojektträger festgestellt worden waren. Daneben war die bereits unter Punkt f dargelegte Forschungslücke ein Ausgangspunkt des Projekts.

i) Ziele

– Das Ziel des Modellprojekts war die Erforschung der autonomen Szene in Deutschland. Im Mittelpunkt sollte dabei „die Generierung von Wissen über die Entwicklungsgeschichte und aktuellen Ausprägungen“[248] der autonomen Szene stehen.

j) Begrifflichkeiten

– Festzuhalten ist, dass der Modellprojektträger dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ wie auch dem Extremismus-Begriff ablehnend gegenüberstand. So konstatierte der Initiator des Projekts, der damalige Leiter des Archivs der Jugendkulturen, Klaus Farin, u. a.: „Fachtagungen, Lehrerfortbildungen und andere Veranstaltungen werden auffallend öfter zum Titel ‚Links- und Rechtsextremismus‘ angeboten. Das finde ich in der Tat fatal und gefährlich, weil hier die ideologisch motivierten Ziele der Bundesregierung in politische Bildung

und Pädagogik umgesetzt werden. Es geht letztlich um den Versuch, die alten ‚Extremismus'-Kampagnen des Kalten Krieges und der 80er Jahre wiederzubeleben, die seinerzeit hauptsächlich von den ‚Totalitarismus'-Forschern Backes und Jesse ideologisch gefüttert wurden, Letzterer pikanterweise Redakteur einer Zeitschrift, die einst wegen der Leugnung des Holocaust indiziert und vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurde. Vom Archiv der Jugendkulturen wird es jedenfalls niemals ein ‚Extremismus'- oder gar ‚Links- und Rechtsextremismus-Projekt' geben! […] Warum finanziert der Shell-Konzern Jugendstudien, wenn er sich überhaupt nicht für die Inhalte dieser Studien interessiert? Natürlich geht es um PR und Erfolgsbilanzen, wir haben was gemacht. Und wie gesagt um die ideologische Stärkung des ‚Totalitarismus'-Ansatzes in seiner primitivsten Form. Hannah Arendt würde sich im Grabe umdrehen, wenn sie hören könnte, wer sich heute alles auf sie beruft."[249]

k) Herausforderungen und Probleme

- Die Durchführung der biografischen Interviews mit Szene-Angehörigen gestaltete sich schwieriger als anfangs gedacht. Ursächlich hierfür war die politische Diskussion um den „Extremismus"-Ansatz des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" und die von allen Zuwendungsempfängern geforderte Demokratieerklärung.[250] Die Konsequenzen beschreibt das Archiv der Jugendkulturen wie folgt: „Interviewpartner, die bereits Gespräche zugesagt hatten, sagten wieder ab, als der öffentliche Diskurs im Zuge einer parlamentarischen Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke Ende 2010 begann, es mussten intensivere Vorabgespräche geführt und immer wieder auch öffentlich eindeutig Position bezogen werden, um den Verdacht auszuräumen, hier würde Vorfeldarbeit für den Verfassungsschutz geleistet. Deshalb hat sich die Durchführung der Interviews zeitlich verzögert und eine Verlängerung des Projektes um vier Monate bis Ende April 2012 wurde nötig und erfolgreich beantragt."[251]

- Trotz dieser Schwierigkeiten konnte der Modellprojektträger am Ende 33 Interviews mit Angehörigen der autonomen Szene führen.[252]

- Im Rahmen der Experteninterviews ist es dem Modellprojektträger nicht gelungen, eine*n Polizist*in als Gesprächspartner*in zu gewinnen. Es gab zwar Polizist*innen, die sich für ein Interview bereit erklärt hatten, aber sie erhielten keine Erlaubnis ihrer Vorgesetzten. Mit einem in der Polizeiausbildung tätigen Mann konnte der Modellprojektträger aber ein ausführliches Hintergrundgespräch führen.[253]

l) Rezeption und Resonanz

- Im Rahmen der entwickelten Fortbildungsangebote organisierte das Archiv der Jugendkulturen in Kooperation mit der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg eine mehrtägige Fortbildung in Oranienburg für 18 Polizist*innen des Landes Brandenburg, bei der an einem Tag das Thema „Autonome" behandelt wurde. Die am Ende der Fortbildung von der Fachhochschule vorgenommene schriftliche und mündliche Befragung hat sehr positive Rückmeldungen der Teilnehmenden ergeben.[254]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Entsprechend des breit gefächerten Arbeitsplans lassen sich unterschiedliche Projektergebnisse festhalten. Die wichtigsten lauten:

  » Es konnten zentrale Printmedien und Tonträger der autonomen Szene sowie eine umfassende Sammlung an Sekundärliteratur angeschafft werden. Beides steht den Besucher*innen des Archivs der Jugendkulturen in der Präsenzbibliothek zur Verfügung. Daneben konnten einige Dutzend Plakate und etwa vierhundert Flyer/Flugblätter, Aufkleber und Buttons gesammelt und archiviert werden.

  » Die geplante Mediendatenbank wurde erstellt. Sie ist inzwischen in eine andere, allgemeinere Datenbank überführt und integriert worden. Die Inhalte lassen sich katalogisiert (nicht digitalisiert) in dieser Datenbank finden: http://jugendkulturen.faust-iserver.de [Stand: 06.11.2020].

  » Die Interviewleitfäden für die biografischen Interviews mit Szene-Angehörigen wie auch für die Interviews mit Expert*innen wurden erstellt und drei Interviews als Pretests realisiert.

  » Da es schwierig war, „echte" Expert*innen zum Thema zu finden, führte der Modellprojektträger am Ende erheblich mehr Interviews durch als zu Beginn geplant, nämlich insgesamt 24 Expertengespräche. Die Expert*innen besaßen unterschiedliche berufliche Hintergründe. Beispielsweise arbeiteten drei Gesprächspartner zum Zeitpunkt des Interviews beim Verfassungsschutz; ebenfalls drei waren als Jugendarbeiter*innen tätig.

  » Es fanden regelmäßige teilnehmende Beobachtungen an Treffpunkten und Veranstaltungen der autonomen Szene statt. Sie wurden für das Projekt ausgewertet.

  » Daneben wurden Blogs, Foren und andere Internetmedien der autonomen Szene bzw. über sie kontinuierlich beobachtet und so weit wie möglich archiviert.

  » Auf dieser Grundlage konnten Analysen zu den Hauptthemen des Projekts (insbesondere die Medien der autonomen Szene sowie Einstiegs- und Karriereverläufe) erarbeitet werden.

  » Es wurden mehrere Beratungsgespräche mit Institutionen geführt, die mit der autonomen Szene in Kontakt kommen (z. B. die Polizei und die offene Jugendarbeit).

  » Schließlich konnten Fortbildungsmodule für unterschiedliche Zielgruppen entwickelt und erprobt werden.[255]

- Inhaltlich lassen sich die wichtigsten Ergebnisse des Projekts „Die Autonomen" wie folgt zusammenfassen:

  » Die autonome Szene gestaltet sich inhaltlich deutlich differenzierter als in den bisherigen Studien und in den Verfassungsschutzberichten suggeriert. Dort – wie aber auch allgemein in der öffentlichen Wahrnehmung – wird die autonome Szene vor allem auf Gewalt reduziert.

» Eine einheitliche Haltung zur Gewalt lässt sich unter den Szene-Angehörigen nicht feststellen.

» Die autonome Szene stellt auch eine Jugendkultur mit eigenen Treffpunkten und breiten jugendkulturellen Angeboten dar.

Abb. 2: Das Göttinger Juzi im Herbst 2020. Autonome Juzis (Jugendzentren) konnte das Modellprojekt „Die Autonomen“ als einen zentralen Freizeit-Treffpunkt der jüngeren Autonomen ausmachen.

- Der Modellprojektträger konnte herausarbeiten, dass die autonome Szene „ein ganzheitlich orientiertes Beziehungs- und Freundschaftsnetzwerk“[256] bildet, welches aber auch hohe Ansprüche an die Angehörigen stellt.

- Stark ausgeprägt ist die autonome Szene insbesondere in Großstädten, wo Schnittstellen von Universitäten/Studierenden, Intellektuellen und (jugendkulturellen) Subkulturen ein begünstigendes Milieu geschaffen haben. Der Projektträger konnte daneben ermitteln, dass die Mehrzahl der Szene-Angehörigen aus bildungsbürgerlichen Kreisen stammt. Vielfach waren bzw. sind auch die Eltern politisch/gesellschaftlich engagiert, allerdings meistens nicht mit derselben Grundhaltung wie ihre Kinder, aber doch größtenteils „links“.[257]

- Die politisch-gesellschaftskritische Haltung der Autonomen kulminiert in einer „wütende[n] Empörung“[258] über die Ungerechtigkeiten in der Welt. Zahlreiche Angehörige der autonomen Szene haben z. B. mithilfe von alternativen Beziehungs- und Lebensmodellen versucht, sich ein Umfeld aufzubauen, das so gestaltet ist, wie sie es sich für die Gesamtgesellschaft vorstellen.

n) Anmerkungen

- Erwähnenswert ist noch das Buch „Die Autonomen“ von Klaus Farin, das 2015 unabhängig vom Projekt im Verlag des Archivs der Jugendkulturen erschienen ist[259] und „gar nicht Bestandteil des Projektes“[260] war, hier aber erwähnt werden soll, da es eng mit dem inhaltlichen Schwerpunkt des Modellprojekts verknüpft ist und Farin damals noch für kurze Zeit (bis 2011) als Leiter des Archivs der Jugendkulturen auch Leiter des Modellprojekts war. Das Buch soll „unzensiert die Haltung und Einstellungen derjenigen dokumentieren […], die sich dazugehörig fühlen oder fühlten“[261].

7. MODELLPROJEKT „ENTWICKLUNG SYSTEMISCH-LÖSUNGSORIENTIERTER UND ONLINEBASIERTER ANSÄTZE IM THEMENFELD LINKSEXTREMISMUS“

Internetpräsenz: https://www.dialoge-foerdern.de

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.[262]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.07.2011–31.12.2013

e) Zielgruppe(n)

- Zielgruppen des geplanten und auch umgesetzten Internetportals waren und sind vor allem „Vertreterinnen und Vertretern [sic] von linksalternativen und linksradikalen Kreisen sowie von Kommunen, Polizei und Wirtschaft“[263].

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Projekt hatte zunächst eine erste Phase (1. Juli bis 31. Dezember 2011), deren Ziel darin bestand, „den Informations- und Beratungsbedarf in diesem Feld [= Linksextremismus, Anm. d. Verf.] zu eruieren sowie Kontakte zu anderen Akteuren in diesem Feld zu knüpfen“[264]. Weiter heißt es im Jahresbericht des Projektträgers für 2011: „Es wurden zu diesem Zweck ein Fachgespräch und ein Workshop konzipiert und durchgeführt. Daneben wurden zwei größere schriftliche Expertisen in Auftrag gegeben und verschiedene Experteninterviews geführt. Neben einem differenzierteren Fachwissen über linksradikale Bewegungen und Parteien sowie über extremistische Tendenzen in diesen Kreisen entstanden erste Ideen für mögliche online-basierte Ansatzpunkte. Auch wurde ein Kontaktnetz aufgebaut und eine Kooperation mit der Präventionsabteilung des Bundeskriminalamts geknüpft.“[265] Diese Herangehensweise zeigt, dass es dem Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie sehr wichtig war, zunächst viel Hintergrundwissen zusammenzutragen. Dies war beim Thema Linksextremismus aufgrund der bisher geringen Forschungstätigkeiten dazu jedoch nicht so einfach.[266]

- Im Jahr 2012 wurden die Recherchen fortgeführt, sodass am Jahresende „ein breites Bild der fachlichen Diskussion und konkreten Situation bezogen auf linksradikale oder linksextremistische Entwicklungen“[267] vorhanden war. Darauf aufbauend stand im Jahr 2013 die Entwicklung eines Internetportals im Mittelpunkt, das Interessierten die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit linksradikalen Positionen bieten sollte.[268] Hier nun kommt der

„dialogorientiert[e] Ansatz“[269] des Projekts zum Tragen: Das Internetportal sollte „einen Beitrag zum verbesserten Gespräch zwischen Politik und Bevölkerung sowie zwischen verschiedenen Interessengruppen leisten“[270].

- Warum dieser Dialog wichtig ist, erklärt der Projektträger wie folgt: „Politisch links orientierte Kreise vertreten typischer Weise die Belange sozial Schwächerer wie auch der natürlichen Umwelt, die in den Blickpunkt zu nehmen sind. Gleichzeitig gibt es zwischen den genannten Akteuren eine gewisse Skepsis, die den Dialog erschweren kann. Mithin werden Konflikte, in denen alle Beteiligten legitime Interessen vertreten, in unguter Weise ausgetragen. Es geht also darum, auf der Basis von Geschichten neue andere Blickwinkel auf die jeweils ‚Anderen‘ zu ermöglichen und Handlungsalternativen in Konflikten aufzuzeigen.“[271]

- Die auf dem Internetportal zu erzählenden Geschichten sollten authentisch sein und „Konflikte aus unterschiedlichen Blickwinkeln“ darstellen sowie „neue, andere Sicht- und Handlungsmöglichkeiten auf vertraute Situationen deutlich“ machen.[272] In seinem Bericht für das Jahr 2013 spricht der Projektträger daher auch von „Geschichten für einen besseren Dialog zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und politisch links orientierten Akteuren“[273]. Der ursprüngliche Projekttitel „Entwicklung systemisch-lösungsorientierter und online-basierter Ansätze im Themenfeld Linksextremismus“[274] wird im Jahresbericht 2013 hingegen nicht mehr erwähnt.

- Das Internetportal wurde Anfang 2014, d. h. erst kurz nach Projektende, unter der URL www.dialoge-foerdern.de online gestellt. Die Freischaltung konnte nicht früher erfolgen, da die beschriebene Recherchephase und damit die inhaltliche Füllung des Internetportals viel Zeit in Anspruch nahmen. Zeit erforderte ebenso der interne Diskussionsprozess: Da der Verein bisher zum Thema Rechtsextremismus gearbeitet hatte[275], musste nun darüber diskutiert werden, wie mit dem neuen Projekt umzugehen ist.[276]

- Insgesamt werden auf dem Internetportal zehn „Geschichten“ vorgestellt, die drei „Herausforderungen“ zugeordnet sind, welche „auftreten können, wenn verschiedene Gruppierungen und Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen und die andere Partei nicht verstehen können bzw. sich unverstanden fühlen“[277]. Bei diesen Herausforderungen handelt es sich um: „Nebeneinanderher Leben“ (bezogen auf sozial-räumliche Trennungen), „Übereinander Urteilen“ (bezogen auf verurteilende Kommunikationsmuster) und „Aufeinander Prallen“ (bezogen auf gewalttätige Auseinandersetzungen).[278]

- Die Geschichten wurden mittels wissenschaftlicher Literatur, Zeitungsartikeln, Internetforen und Recherchen vor Ort entworfen. Zum Teil konnten auch Interviews mit den entsprechenden Akteur*innen einbezogen werden.[279] Immer ging es darum, Geschichten mit den verschiedenen Perspektiven der jeweils Handelnden „nachzuvollziehen“[280].

g) Thematische Schwerpunkte

- Die zehn Geschichten sind in Deutschland oder im europäischen Ausland angesiedelt. Ausgewählt wurden „tatsächliche Szenarien […], die bis heute Aktualität besitzen“, wobei Konflikte im Zentrum stehen, „die zwischen staatlichen, wirtschaftlichen und politisch links orientierten Akteuren entstanden sind“.[281] Zur Darstellungsform der jeweiligen Geschichten heißt es im Internetportal: „Aus der systemisch-lösungsorientierten Herangehensweise werden positive Beispiele und Handlungsalternativen hervorgehoben und auf die unterschiedlichen

Sichtweisen verstehend eingegangen. Wie das Leben so spielt, gehören jedoch auch solche Geschichten dazu, in denen die Akteure nicht zu einer Einigung gefunden haben. Auch aus diesen Geschichten kann man lernen."[282] Es geht also um Best-Practice- und Worst-Practice-Beispiele.

- Alles in allem behandeln die Geschichten unterschiedliche Themen, darunter ein Mediationsverfahren zur Landebahn Nordwest am Flughafen Frankfurt am Main (Ende der 1990er Jahre/2000er Jahre) und die Debatte um das Autonome Zentrum Köln-Kalk (2010–2013).

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Es müsse, so der Projektträger, darum gehen, „präventive Angebote zu unterbreiten, die dazu beitragen, insbesondere junge Menschen vor dem Abrutschen in extremistische Zusammenhänge zu bewahren bzw. extremistische Aktivitäten zu verhindern"[283]. Diese Angebote müssten auch „den politischen Extremismus von links"[284] betreffen. Es müsse aber „unterschieden werden, welche Bereiche staatlichen Stellen vorbehalten bleiben müssen und welche vornehmlich präventiv ausgerichteten Ansätze zivilgesellschaftliche Einrichtungen wie Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. verfolgen können"[285].

- Der Verein hat bisher zum Thema Rechtsextremismus gearbeitet und wollte nun die auf diesem Feld erworbene Expertise als „Ausgangspunkt für Überlegungen" nehmen, „ob und wie Instrumentarien aus der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch auf das Themenfeld Linksextremismus übertragen werden können".[286]

- Kennzeichnend für das Projekt war ein sozialräumlicher Ansatz, um der Annahme Rechnung zu tragen, dass zwischen Politik und Bevölkerung sowie zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, die sozialräumlich getrennt leben, kein oder zu wenig Dialog besteht.[287] Die Folge können Konflikte sein, die sich polarisieren und auf diese Weise zu Radikalisierungsprozessen führen.[288]

i) Ziele

- Das Modellprojekt verband mit dem Internetportal das Ziel, „dass die Präsentation eines Spektrums problembezogener Handlungsstrategien und Handlungsalternativen […] durch das Lesen zu Perspektiverweiterungen und der Ausweitung von Handlungsoptionen potenziell ‚linksextremistisch' eingestellter Jugendlicher in vergleichbaren Konfliktsituationen (z. B. Umgang mit Neonazis, mit Gentrifizierungsprozessen) animiert"[289]. Daneben war angedacht, nach Freischaltung des Portals gezielt Akteur*innen in Kommunen anzusprechen, in denen entsprechende lokale Konflikte eine Rolle spielen. Ihnen sollte auf der Basis des Internetportals eine Form der kommunalen Beratung angeboten werden.[290]

- Alles in allem ging es dem Modellprojekt also um die Dialogförderung zwischen diversen Akteur*innen bzw. Akteursgruppen (von Hausbesetzer*innen über Behördenvertreter*innen bis hin zu Polizist*innen).

j) Begrifflichkeiten

- Das Modellprojekt hat sich bald kritisch mit dem anfangs verwendeten Begriff „Linksextremismus" auseinandergesetzt. Er werde „in erster Linie von Sicherheitsbehörden verwendet und geprägt"[291] und sei in dieser Form „ein statisches Verdachtskonzept, das Personen und Gruppen zu klassifizieren sucht"[292]. „Dieses Konzept", so der Projektträger weiter, sei „nicht

darauf angelegt, dynamisches Geschehen zu erfassen“[293]. Außerdem warf der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie zum Extremismus-Begriff generell die Frage auf, „inwieweit das einfache links-rechts-Schema den komplexen politischen Realitäten in einer modernen Welt gerecht werden kann“[294].

- Für seine eigene Arbeit zog der Verein vor diesem Hintergrund u. a. die beiden folgenden Schlussfolgerungen:

  » Die „Subsumierung unterschiedlicher Gruppen unter dem Begriff des ‚Linksextremismus‘ verleitet dazu, sich einen einheitlichen Block vorzustellen. Dahingegen muss sich die Auseinandersetzung auf unterschiedliche Szenen einstellen, die sich zudem fortwährend wandeln. Ein Zugang über Organisationsformen ist deshalb nicht ausreichend. Vielmehr muss stärker nach Protestformen und -kulturen gefragt werden.“[295]

  » „Der Begriff Linksextremismus eignet sich primär für die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung und differenzierte Präventionsarbeit bedarf es hingegen einer konzeptuellen Weiterentwicklung oder anderer Begrifflichkeiten. Diese müssen dazu beitragen, den Prozess der Radikalisierung in unterschiedlichen Stadien zu erklären. Leitmaxime muss dabei das dynamische Prinzip der Veränderbarkeit sein.“[296]

k) Herausforderungen und Probleme

- Die wenig vorhandene Bereitschaft in vielen linksorientierten Milieus, sich gegenüber Gesprächspartner*innen aus staatsnahen oder politisch anders ausgerichteten Organisationen zu äußern und zu öffnen[297], sowie die Tatsache, dass es sich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie um einen überparteilichen Verein handelt, dem auch Mitglieder der CDU und der FDP angehören, hatten zur Folge, dass den Mitarbeiter*innen eine Kontaktaufnahme zu linksorientierten Milieus erschwert wurde, u. a. auch bei den Recherchereisen vor Ort für die auf dem Internetportal darzustellenden Geschichten.[298]

l) Rezeption und Resonanz

- Die Wissenschaftliche Begleitung hebt in ihrem Gesamtbericht über das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ hervor, dass das auf der Website zur Verfügung gestellte Informationsangebot „Radikalisierungsprozesse plastisch an konkreten Beispielen auffächert und Ursachenkonstellationen ebenso sichtbar macht wie konstruktive Lösungsansätze“[299]. Bemängelt wird, dass dieses Potenzial aber nicht mehr ausgeschöpft werden konnte, da sowohl eine Strategie für den externen Transfer (Ansprache von Multiplikator*innen; Wirkung des Modells) als auch eine Strategie zum Erreichen der Zielgruppen gefehlt hätten.[300]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Auf die anfangs vom Projektträger aufgeworfene Frage, „ob und wie Instrumentarien aus der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auch auf das Themenfeld Linksextremismus übertragen werden können“[301], konnte schnell mit Nein geantwortet werden. Dies liege u. a. daran, dass der Beratungsbedarf von Angehörigen linksorientierter junger Menschen bzw. von Aussteiger*innen im Bereich Linke Militanz/Linksextremismus geringer ausfalle als beim Rechtsextremismus, so Liane Czeremin von Gegen Vergessen – Für Demokratie.[302] Gleichzeitig aber war das Projekt „Entwicklung systemisch-lösungsorientierter und onlinebasierter

Ansätze im Themenfeld Linksextremismus“ für die eigene Arbeit im Bereich Rechtsextremismus sehr hilfreich, denn der lange Klärungsprozess, was unter dem Begriff des Linksextremismus zu verstehen ist, veranlasste den Projektträger zu einer „Auseinandersetzung mit Radikalisierungsprozessen im Kontext von politischen Konflikten“[303]. „Hier erschloss das Projekt weniger ein neues Themenfeld[,] als eine spezifische fachliche Perspektive.“[304] Gegenüber der Wissenschaftlichen Begleitung beschrieb das Projektteam diesen internen Lerneffekt wie folgt: „Für uns ist eigentlich das Stichwort ‚Radikalisierungsprozesse‘. Was uns, also die Arbeit hat uns auch im Themenfeld Rechtsextremismus weitergeholfen. Diese Grundfrage, Radikalisierungsprozesse – und das Spannende ist, zu fragen ‚Naja, wo arbeiten wir auch im Bereich Rechtsextremismus vielleicht zu plakativ?‘“[305]

- Aufgrund der langen Recherchephase und des ebenfalls andauernden Aufbaus des Internetportals konnte die geplante Ansprache der Kommunen, für die die Internetseite als Grundlage dienen sollte, nicht mehr erfolgen.[306]

- Gegenüber der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ äußerte der Projektträger, dass er sich zukünftig nicht mehr an einem Modellprojekt zum Thema „Linksextremismus“ beteiligen wolle, um sich auf das langjährige Handlungsfeld „Rechtsextremismus“ und dessen Verstetigung konzentrieren zu können.[307] Nach Projektende hat der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie aber ein Positionspapier veröffentlicht, in dem er seine Erkenntnisse und die eigene Haltung zum Phänomenbereich Linksextremismus darlegt.[308] Zudem nimmt der Verein Stellung zu aktuellen Ereignissen im Themenfeld, wie beispielsweise der Gewalt um den G20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg.[309]

n) Anmerkungen

/

8. MODELLPROJEKT „EXTREMISMUS – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE“

Internetpräsenz: /

a) **Vollständiger Projekttitel**

/

b) **Träger*innen und weitere Akteur*innen**

- die damalige Niedersächsische Extremismus-Informationsstelle (NEIS)[310] beim Niedersächsischen Verfassungsschutz, der als eigenständige Abteilung dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport zugeordnet ist

c) **Förderperiode**

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) **Laufzeit**

- 01.01.2011–31.12.2012

e) **Zielgruppe(n)**

- Schüler*innen ab Jahrgangsstufe 10
- Lehrer*innen

Infokasten 9: Planspiele

Das Planspiel hat seine Ursprünge in der militärischen und betriebswirtschaftlichen Aus- und Fortbildung, wo es zu Übungs- und Schulungszwecken genutzt wird. Inzwischen hat sich die Methode ebenfalls in der politischen Bildung etabliert und findet neben der außerschulischen politischen Bildung auch immer häufiger Eingang in den schulischen Politikunterricht.

Beim Planspiel in der politischen Bildung handelt es sich um eine handlungsorientierte Methode, die komplexe politische Entscheidungsprozesse vermittelt, indem die Teilnehmenden diese selber in einem simplifizierten Modell der Wirklichkeit erleben. Planspiele sind von eindeutigen Interessengegensätzen der unterschiedlichen Akteure und einem hohen Entscheidungsdruck geprägt. Die Lernenden übernehmen in der Regel die Rolle eines (politischen) Akteurs innerhalb eines vorgegebenen Szenarios. Sie haben die Aufgabe, auf Grundlage ihres zugewiesenen Rollenprofils mit den anderen Teilnehmer*innen in Interaktion zu treten und unter Beachtung bestimmter „Spielregeln“ Entscheidungen auszuhandeln.

Planspiele können auf unterschiedliche Weise gestaltet sein. Neben verhaltensorientierten Rollenspielen und digitalen sowie nicht-digitalen Lernspielen umfasst der Begriff auch Computersimulationen, haptische Brettspiele, game-based learning sowie webbasierte Fernplanspiele.

Durchführung:
Die genaue Länge und Ausgestaltung des Planspiels variieren je nach Anzahl der Teilnehmenden, Politikfeld und Komplexität des Spiels. Trotz Unterschieden im genauen Ablauf des Spiels umfasst die Durchführung eines Planspiels in der Regel vier Phasen: die Vorbereitung, die Einführung, die Simulation (Spielphase) und die Auswertung bzw. das Debriefing.

In der Vorbereitungsphase werden die Räumlichkeiten festgelegt und Arbeits- sowie Spielmaterialien bereitgestellt. Im nächsten Schritt erfolgt die Einführungsphase, in der die Methode des Planspiels erklärt und das konkrete Szenario vorgestellt wird. Folgende Fragen

stehen hierbei besonders im Mittelpunkt: Worum geht es in dem Spiel? Welche Rollen und Gruppen sind vorgesehen? Wie ist der Ablauf des Spiels? Nach der Verteilung der Rollen informieren sich die Spieler*innen über Konflikt und Zielsetzung des Planspiels und machen sich mit den gruppen- sowie rollenspezifischen Informationen vertraut.

Anschließend erfolgt als Kern des Planspiels die Spielphase. Dabei werden in der Verhandlungsphase zunächst Problemlösungsstrategien aus der jeweiligen rollenspezifischen Interessenposition entwickelt. Daraufhin folgt der Versuch, die vorgegebene Problemsituation trotz unterschiedlicher Interessen zu lösen. Unter Berücksichtigung der den Rollen immanenten Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse wird nach Kompromissen gesucht, die für alle beteiligten Akteure akzeptabel sind. Bei Bedarf können Verhandlungsphasen wiederholt werden. Als Letztes erfolgt die Auswertung des Planspiels. Der Spielverlauf, das Ergebnis, methodische Aspekte des Planspiels sowie die Spielerfahrung der einzelnen Teilnehmenden werden gemeinsam besprochen, nachdem die Teilnehmer*innen ihre Rolle abgelegt haben. Außerdem werden die Erfahrungen des Planspiels in Bezug zur politischen Realität gesetzt.

Ziele und Wirkung:
Ein Ziel des Planspiels ist, dass die Spieler*innen für die Dauer des Planspiels eine aktive Rolle einnehmen und den Verlauf sowie das Ergebnis des Spiels selbstständig steuern, wodurch oftmals eine Steigerung der Lernmotivation erfolgt und die Dynamiken sowie Probleme politischer Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse besser erfahrbar gemacht werden. Darüber hinaus werden „die Interessen der einzelnen Akteure, die Beweggründe für Entscheidungen und deren Konsequenzen nachvollziehbarer“ (Raiser/Warkalla 2015: 236). Außerdem können die Teilnehmenden die Schwierigkeit und Langwierigkeit politischer Kompromissfindungen besser nachvollziehen. Durch den Simulationscharakter von Planspielen können Handlungsstrategien zudem ohne reale Konsequenzen erprobt werden. Des Weiteren werden durch das Planspiel Schlüsselkompetenzen wie Verhandlungsgeschick, Teamarbeit und Kompromissfähigkeit gefördert.

Darüber hinaus konnte nachgewiesen werden, dass Planspiele in der schulischen politischen Bildung einen positiven Einfluss auf das politische Wissen und auf motivationale Orientierungen, wie politisches Interesse und politisches Effektivitätsgefühl, haben (vgl. Oberle/Leunig 2017). Diese positiven Effekte konnten nicht nur für Schüler*innen weiterführender Schulen, sondern auch für Grundschulkinder festgestellt werden (vgl. Oberle/Ivens/Leunig 2018).

Kritik:
Ein häufig geäußerter Kritikpunkt an Planspielen liegt in der Gefahr einer zu starken Reduktion der Wirklichkeit und einer starken Vereinfachung politischer Entscheidungsprozesse. Das Planspiel kann in diesen Fällen für politisches Lernen unergiebig werden und zu einem unrealistischen Verständnis politischer Prozesse führen. Um dieses Problem zu vermeiden, ist die Phase der Auswertung für ein erfolgreiches Planspiel von besonderer Wichtigkeit. Als ein weiterer Kritikpunkt wird in der Literatur die zumeist zeitaufwändige Vorbereitung und Durchführung des Spiels genannt, das auch entsprechende Räumlichkeiten erfordert.

Ausgewählte Literatur:

Dierßen, Benedikt/Rappenglück, Stefan: Europabezogene Planspiele und ihre Wirkungen, in: Oberle, Monika (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 223–234.
Goldmann, Anne et al.: Planspiele in der Politikwissenschaft – zu den Versprechen und Fallstricken einer interaktiven Lehr- und Lernmethode, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 4, S. 521–538, URL: https://doi. org/10.1007/s41358-020-00238-z [zuletzt eingesehen am 13.12.2020].
Massing, Peter: Planspiele und Entscheidungsspiele, in: Frech, Siegfried/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, 5. Aufl., Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2014, S. 163–195.
Oberle, Monika/Leunig, Johanna: EU-Planspiele im Politikunterricht – Effekte auf politische Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, in: Petrik Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.): Handbuch. Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017, S. 240–252.
Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna: EU-Planspiele in der Grundschule – Ergebnisse einer Interventionsstudie, in: Schöne, Helmar/Detterbeck, Klaus (Hrsg.): Europabildung in der Grundschule, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2018, S. 101–117.
Raiser, Simon/Warkalla, Björn: Auf das Lernziel kommt es an – Planspiele in der europpolitischen Bildungsarbeit, in: Oberle, Monika (Hrsg.):

Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 235–248.
Rappenglück, Stefan: Planspiele in der Praxis der politischen Bildung: Entwicklung, Durchführung, Varianten und Trends, in: Petrik, Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.): Handbuch. Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017, S. 17–34.

Außerdem ist auf die Planspiel-Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung hinzuweisen: URL: https://www.bpb.de/lernen/formate/planspiele/65585/planspiel-datenbank [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

f) Herangehensweisen und Methoden

- Im Rahmen des Modellprojekts wurden Workshops mit Schüler*innen und Lehrkräftefortbildungen realisiert.[311]

- In Schulklassen wurde ein Planspiel mit dem Titel „Demokratie und Extremismus“ durchgeführt. Das Planspiel, das von einer Spielleiterin oder einem Spielleiter moderiert wurde, dauerte rund fünf Stunden und war wie folgt aufgebaut: Die Teilnehmenden mussten sich anhand einer konkreten Situation (Anmeldung eines „Trauermarsches“ oder einer „Heldengedenkfeier“ von Extremist*innen auf einem Soldatenfriedhof aus dem Zweiten Weltkrieg[312]) in die Argumente verschiedener Interessengruppen einarbeiten. Danach mussten sie diese in einer fiktiven Bürgerversammlung vortragen.[313] Die Spielleiterin bzw. der Spielleiter übernahm die Rolle der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters. Hinzu kamen sieben Gruppen: die linksextremistische Gruppierung, die rechtsextremistische Gruppe, die den islamischen Extremismus repräsentierende Gruppe, die Mitglieder der demokratischen Partei „Partei der Freiheit“, die Mitglieder der demokratischen Partei „Partei der Gleichheit“, die Mitglieder der demokratischen Partei „Partei der Brüderlichkeit“ und die Presse.[314]

1. Spielphase	**Verteilung und Erarbeitung der Rollen:** Die Rollen werden über ein Losverfahren verteilt. Je nachdem, welcher Gruppe die Teilnehmenden zugeordnet sind, erarbeiten sie ihre entsprechende Rolle, wobei ihnen dafür Materialien zur Verfügung gestellt werden, je nach Gruppe z. B. Parteiprogramme und gegebenenfalls auch geschichts- sowie politikwissenschaftliche Fachliteratur. Jede Gruppe gibt sich einen Namen, einen Slogan sowie ein kurzes Programm. Alles wird auf einer Flipchart niedergeschrieben. Es folgt eine Plenumssitzung, bei der sich die Gruppen vorstellen.
2. Spielphase	**Entwicklung einer Strategie:** Im Anschluss an die Plenumssitzung erarbeitet jede Gruppe den Standpunkt, den sie zu der „Heldengedenkfeier“ oder zu dem „Trauermarsch“ einnehmen möchte. Die eigene Position wird wieder auf einer Flipchart niedergeschrieben und in einer erneuten Plenumssitzung allen Beteiligten vorgestellt.

3. Spielphase	**Kandidat*innenkür:** Um die Bürger*innensitzung vorzubereiten, treten die Gruppen in Kontakt, beispielsweise um sich später gegenseitig zu unterstützen. Zudem versuchen sie, wichtige Posten in der Sitzungsleitung zu übernehmen und für ihren Standpunkt eine Mehrheit zu gewinnen. Die Vorschlagslisten werden kurz vor der Versammlung bei der Bürgermeisterin oder beim Bürgermeister, also bei der Spielleiterin oder beim Spielleiter, abgegeben.
4. Spielphase	**Bürger*innensitzung:** Zunächst wählen die Teilnehmenden einen Vorstand (Diskussionsleiter*in, Beisitzer*innen, Protokollant*in), der die folgende Diskussion um die „Heldengedenkfeier“ bzw. den „Trauermarsch“ leitet. Nach der Debatte folgen die Abstimmung und ein Beschluss, wie das Dorf auf die durch die Extremist*innen geschaffene Herausforderung, eine „Heldengedenkfeier“ bzw. einen „Trauermarsch“ zu veranstalten, reagieren soll.

Tab. 4: Die Phasen des Planspiels „Demokratie und Extremismus“[315]

g) Thematische Schwerpunkte

- Es ging nicht nur um Links-, sondern auch um Rechts- und islamischen Extremismus.[316]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Als Vorbild für das Planspiel „Demokratie und Extremismus“ gilt das Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren“ des Deutschen Bundestages.[317] Außerdem hat das Planspiel eine reale Vorlage in den langjährigen Neonaziaufmärschen in der brandenburgischen Gemeinde Halbe.[318]

- Die Tatsache, dass die Verfassungsschutzabteilung im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport das Planspiel durchführte, ist im Kontext der Abschaffung der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2004 zu sehen. Im Anschluss übernahm der Niedersächsische Verfassungsschutz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit Aufgaben der Extremismusprävention.[319]

i) Ziele

- Das Projekt, das im Rahmen des Ansatzes „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ erfolgte[320], soll Schüler*innen für Extremismus jeglicher Couleur sensibilisieren und zu demokratischem Denken und Handeln motivieren.[321] In diesem Zusammenhang will das Planspiel vor allem „die Unvereinbarkeit von Demokratie und Extremismus erfahrbar […] machen“[322].

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger arbeitete mit dem Begriff „Linksextremismus“.

k) Herausforderungen und Probleme

- Hierzu ist nichts bekannt.

l) **Rezeption und Resonanz**

– Einer Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage sind die Zahl der durchgeführten Planspiele, Seminare und Symposien sowie die jeweiligen Teilnehmerzahlen zu entnehmen[323]:

Datum	Durchführungsort	Teilnehmerzahlen
08.10.2010	Gymnasium Tostedt	Jeweils ca. 20 bis 30 Teilnehmer*innen
26.11.2010	Victoria-Luise-Gymnasium Hameln	
11.02.2011	Jacobsen-Gymnasium Seesen	
17.02.2011	Wilhelm-Busch-Gymnasium Stadthagen	
21.02.2011	Albert-Schweitzer-Gymnasium Wolfsburg	
18.03.2011	Gymnasium Vorsfelde Wolfsburg	
24.03.2011	Ratsgymnasium Stadthagen	
15.04.2011	Otto-Hahn-Gymnasium Gifhorn	
06.05.2011	Gymnasium Löningen	
13.05.2011	Gymnasium Munster	
17.06.2011	Schillergymnasium Hameln	
30.06.2011	Lutherschule Hannover	
26.08.2011	Gymnasium Harsefeld	
03.11.2011	Gymnasium Syke	
09.11.2011	Jugendparlament Cuxhaven	
10.11.2011	Realschule Cuxhaven	
11.11.2011	Ratsgymnasium Stadthagen	
14.11.2011	BBS Oldenburg/Wechloy	
16.03.2012	BBS Hildesheim	
14.06.2012	BBS 6 Hannover	

Tab. 5: Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen der Planspiele im Rahmen der Extremismusprävention des Modellprojektes „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“

Datum	Durchführungsort	Teilnehmerzahlen
25.–27.11.2011	Heimvolkshochschule Helmstedt	Jeweils ca. 25 Teilnehmer*innen
02.–04.04.2012		
26.–28.10.2012		

Tab. 6: Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen der Seminarreihe „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“ des gleichnamigen Modellprojektes

Datum	Durchführungsort	Teilnehmerzahlen
02.11.2011	Oldenburg	ca. 120 Teilnehmer*innen
18.04.2012	Braunschweig	ca. 100 Teilnehmer*innen

Tab. 7: Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen der regionalen Symposien im Rahmen des Modellprojektes „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“

- Die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ kritisierte, dass sich das Modellprojekt nicht als „‚erprobendes Projekt‘“[324] verstand. Die Konsequenzen beschrieb sie wie folgt: „Die Reproduktion bestehender Angebote und mangelnder Weiterentwicklung dokumentierte sich auch darin, dass mit den teilnehmenden Jugendlichen i. d. R. keine inhaltlichen Auswertungsrunden und mit den Umsetzenden keine abschließenden Reflexionen realisiert wurden. In der Folge fiel es dem Projekt in den Interviews mit der wissenschaftlichen Begleitung schwer, Aussagen zu konkreten pädagogischen Erfahrungen bzw. Gelingensbedingungen ihrer pädagogischen Arbeit zu treffen. Dies ist im Kontext des Modellprogramms insofern als problematisch einzuschätzen, als dass durch die Projektumsetzung der Kinder- und Jugendhilfe wenig entsprechendes Wissen zur Verfügung gestellt werden kann.“[325] Aus diesem Befund zog die Wissenschaftliche Begleitung die Schlussfolgerung, „dass die geförderten Projekte im Rahmen ihres Modellprojektauftrags stärker als bisher ermuntert und unterstützt werden sollten, systematische Wege der Reflexion ihrer pädagogischen Praxis zu erarbeiten und zu realisieren“[326].

- In diesen Zusammenhang fällt auch die von der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ an dem Modellprojekt geübte Kritik, dass ein interner Transfer von Lernerfahrungen nicht stattgefunden habe. Ursächlich hierfür seien mangelnde Zeit sowie Umstrukturierungen innerhalb des Modellprojektträgers gewesen. Beides habe dazu geführt, dass die Lernerfahrungen nicht dokumentiert worden seien – und das, „obwohl es zu einem vom Projektträger angebotenen Format einen Evaluationsworkshop gab, in dem Kritik geäußert und Änderungsvorschläge angebracht wurden“[327].

- Nach Ansicht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ ist zudem „fraglich, inwiefern die Thematisierung aller drei Arten politischen Extremismus‘ im Rahmen eines ausgewählten Szenarios (Demonstrationen von Extremistinnen bzw. Extremisten auf einem Friedhof) nicht zu künstlich und wenig lebensweltnah für Jugendliche ist“[328]. Resonanz bei den Schüler*innen habe es „am ehesten noch beim Thema ‚Rechtsextremismus‘“[329] gegeben. Dazu zitiert die Wissenschaftliche Begleitung eine*n Mitarbeiter*in des Modellprojekts: „‚Also für junge Leute heute, so gerade durch die Diskussion ‚Was ist hier Rechtsextremismus in Deutschland?‘, noch vor NSU, also das hat die schon bewegt. Und die waren auch immer ziemlich engagiert dabei‘“[330].

- Dass auch in den Lehrkräftefortbildungen neben dem Linksextremismus der Rechts- und der islamische Extremismus behandelt wurden, stieß bei einigen Teilnehmer*innen auf Kritik, wie eine Interviewpassage aus dem Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ zeigt: „‚Wir haben es ja dann auch versucht. Also nicht so häufig, aber es war schwierig, Teilnehmende dazu zu gewinnen, das kann man schon so sagen. I: Und gab’s dann auch entsprechende Resonanzen von den Teilnehmenden? IP: Ja, in den Seminaren war das ein Teil der Lehrkräfte, die das da moniert haben[.] ‚Wieso bietet Ihr das zusammen an?‘, das ist dann die Diskussion[.] ‚Das ist eine Gleichsetzung von Themen wie ‚Rechtsextremismus‘ mit ‚Linksextremismus‘.“[331]

- Insgesamt hat die Tatsache, dass ein Verfassungsschutzamt als Träger von politischer Bildung agiert, die Kritik der Wissenschaftlichen Begleitung hervorgerufen. In deren Gesamtbericht heißt es dazu: „Die Vermischung von nachrichtendienstlichen Aufgaben (und entsprechenden Kompetenzen) mit Aufgaben politischer Bildung bringt konstitutive Probleme mit sich: Das vermittelte Wissen wird zum Teil mit nachrichtendienstlichen Mitteln

zusammengetragen und entzieht sich damit einer Überprüfbarkeit. Zudem agiert der Verfassungsschutz in zweierlei Funktion im Feld politischer Bildung: Er ist selbst Träger von Bildungsangeboten, greift aber zugleich nachrichtendienstlich in die Trägerlandschaft ein – etwa wenn Träger als ‚extremistisch' bezeichnet werden und damit die Gemeinnützigkeit aberkannt bekommen. Aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung stellt sich die Frage, inwieweit diese Rollenvermischung mit Grundprinzipien der politischen Bildung, wie dem Kontroversitätsangebot [sic], vereinbar ist. Der Verfassungsschutz wird von vielen Trägern der politischen Bildung nicht als gleichberechtigter Partner, sondern zugleich als ein sanktionsmächtiger Akteur im Feld der politischen Bildung wahrgenommen."[332]

- In dem 2010 von den beiden Politikwissenschaftlern Markus Mohr und Hartmut Rübner veröffentlichten Buch „Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der ‚inneren Sicherheit'" schneidet das Planspiel „Demokratie und Extremismus" sehr schlecht ab. Rübner spricht u. a. davon, dass das „Setting" des Planspiels „an gruppentherapeutische Aufstellungen oder sogar an Psychoexperimente [erinnert] wie z. B. jene des Gestaltpsychologen Solomon E. Asch, mit denen er in den 1950er Jahren den gruppenevozierten Konformitätsdruck untersuchte".[333]

- Drei Jahre später setzte sich ein weiterer Politikwissenschaftler, Gregor Wiedemann, kritisch mit dem Planspiel „Demokratie und Extremismus" auseinander, welches „eines der erfolgreichsten Bildungsangebote des [sic] NEIS"[334] sei. Seines Erachtens spiegelt das Planspiel „die Ordnungswelt des VS [= des Verfassungsschutzes, Anm. d. Verf.]"[335] wider, die auf dem „recht enge[n] Korsett des Extremismus-Modells"[336] beruhe. Infolgedessen würden „AntifaschistInnen, die in der realen Vorlage des Planspiels anders als zunächst viele BürgerInnen in Halbe nicht widerspruchslos hinnehmen wollten, dass Neonazis ihre Menschenverachtung offen auf die Straße tragen, […] in der Konstruktion des Planspiels zu Linksextremisten, welche die Prinzipien der FdGO [= freiheitliche demokratische Grundordnung, Anm. d. Verf.] ablehnen und eine ‚Diktatur des Proletariats' anstreben"[337]. „Ihre Vorreiterrolle zur Problematisierung des ‚Heldengedenkens' als eines unter demokratischen Gesichtspunkten unerträglichen Zustandes", so Wiedemann weiter, werde auf diese Weise „kriminalisiert".[338] Ein anderer Kritikpunkt von ihm bestand darin, dass das Planspiel eine „schlichte und klare Rollenzuweisung" vornehme, die buchstäblich dazu verleite, „in Klischees abzudriften".[339]

- Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Augen auf: Demokratie stärken – (Links)Extremismus verhindern"[340] wurde das Planspiel des Niedersächsischen Verfassungsschutzes Ende 2011 als eines von zwanzig beispielhaften Präventionsprojekten ausgezeichnet.[341] Der Wettbewerb der Zeitbild Stiftung wurde vom Zeitbild Verlag durchgeführt, der kurz vorher eine umstrittene Broschüre zum Thema Linksextremismus veröffentlicht hatte[342], und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.[343] Das Preisgeld von 500 Euro bekam der Jugendrat Cuxhaven, bei dem das Planspiel durchgeführt worden war.[344]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hier sind keine weiteren Aspekte als die zuvor schon aufgeführten zu nennen.

n) Anmerkungen

- Das Planspiel wurde bereits im Jahr 2006 vom Referat „Verfassungsschutz durch Aufklärung" des Brandenburger Verfassungsschutzes entwickelt.[345] Das Modellprojekt hat also

kein eigenes Planspiel konzipiert und erprobt. Die brandenburgische Fassung haben bislang nicht nur Schüler*innen, sondern auch Wehr- und Zivildienstleistende, Mitarbeiter*innen von Behörden, Mitglieder unterschiedlicher Jugendverbände, Teilnehmer*innen von Berufsbildungsmaßnahmen sowie Studierende des Studiengangs „Polizeivollzugsdienst“ an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (heute: Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen) gespielt.[346]

- Neben Niedersachsen haben auch die Verfassungsschutzbehörden in Hessen und Sachsen das Planspiel übernommen.[347]

- Nach dem Ende der Projektlaufzeit wurde das Planspiel nicht mehr vom Niedersächsischen Verfassungsschutz angeboten. Es werde „ggf. in geänderter Form von Bildungseinrichtungen in Niedersachsen durchgeführt“, ist im Verfassungsschutzbericht des Niedersächsischen Verfassungsschutzes für das Jahr 2012 zu lesen.[348]

- Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet das Planspiel über ihre Datenbank „Politische Bildung und Polizei“ an. Als Zielgruppen werden Polizeischüler*innen, Studierende (Diplom, Bachelor, Master), Führungskräfte (gehobener und höherer Dienst), Multiplikator*innen sowie Dozent*innen genannt. Das Planspiel kann von Einzelpersonen, Lehrenden, Organisationen etc. für eine Gebühr von 150 € zuzüglich Fahrt- und Unterbringungskosten für die Referent*innen gebucht werden. Als Veranstalter fungiert Prof. Dr. Jonas Grutzpalk (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen), der das Planspiel während seiner Tätigkeit als Referent beim brandenburgischen Verfassungsschutz entwickelt hat.[349]

9. MODELLPROJEKT „ISLAMISMUS UND LINKSEXTREMISMUS IM INTERNET“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH[350]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 05.09.2011–31.12.2013

e) Zielgruppe(n)[351]

- Das Modellprojekt hatte verschiedene Zielgruppen: neben den Obersten Landesjugendbehörden die Landesmedienanstalten, die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) und Multiplikator*innen im Bereich Jugendschutz sowie der politischen Bildung.

f) Herangehensweisen und Methoden

- Es wurden Recherchen zu Islamismus und Linksextremismus im Netz mit einer Identifizierung von jugendrelevanten islamistischen und linksextremen Angeboten durchgeführt. Dazu gehörte auch eine Analyse von Merkmalen im Web 1.0 (Websites) und Web 2.0 (Social Web). Es wurden dafür jeweils Rechercheraster für die Phänomene erstellt und Arbeitsschritte festgelegt, nach denen die Recherchen durchgeführt und abgeschlossen wurden. Der Schwerpunkt der Recherchen lag überwiegend auf islamistischen Web-Angeboten.

g) Thematische Schwerpunkte

- Die thematischen Schwerpunkte lagen im Vorkommen und in den Ausprägungen jugendrelevanter islamistischer und linksextremer Angebote und deren Merkmalen auf Websites und im Social Web.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Zum einen ging das Modellprojekt von der Jugendschutzrelevanz jugendaffiner, extremistischer Online-Angebote aus. Das Internet wurde als Ort der Ansprache junger Menschen durch extremistische Akteur*innen angesehen. Zum anderen sah der Modellprojektträger Jugendschutz als Teilbereich der Extremismusprävention an; zugleich gilt (auch propagandainhaltsorientierte) jugendspezifische Extremismusprävention als Teilbereich des Jugendschutzes.

i) Ziele

- Das Modellprojekt verfolgte mehrere Ziele:

  » die Identifizierung von Schnittstellen (z. B. speziellen Diensten) und Wegen (z. B. speziellen Suchbegriffen), über die Jugendliche mit islamistischen und linksextremen Angeboten im Netz konfrontiert werden,

  » die Identifizierung von problematischen islamistischen und linksextremen Inhalten aus der Sicht von Jugendlichen und von Verstößen gegen rechtliche Bestimmungen des Jugendschutzes,

  » die Erarbeitung von Bewertungsrastern zur standardisierten Beurteilung der Jugendschutzrelevanz von islamistischen und linksextremen Webangeboten und die exemplarische Erprobung von Maßnahmen gegen unzulässige Inhalte in beiden Bereichen,

  » die Einschätzung der Jugendschutzrelevanz beider Phänomene im Internet und die Aufbereitung der Erkenntnisse in einem Abschlussbericht.

j) Begrifflichkeiten

- Das Projekt hat mit den Überbegriffen „politischer Extremismus“ und „Propaganda“ gearbeitet, die u. a. aus den „Kriterien für die Aufsicht im Rundfunk und in den Telemedien“ der KJM abgeleitet worden waren. Als Unterbegriffe wurden „Linksextremismus“ sowie „Islamismus“ bzw. „islamistischer Extremismus“ verwendet.

k) Herausforderungen und Probleme

- Aufgrund der hohen inhaltlichen Dichte des Untersuchungsgegenstandes (z. B. ideologisch verbrämte Texte, Masse an umfangreichen Seiten und dort enthaltenen Schriften und Medien, die es in die Sichtung und Auswertung einzubeziehen galt) sowie der Komplexität jugendmedienschutzrechtlicher Bewertungen (die es auf die Inhalte anzuwenden galt), waren immer wieder Phasen der Reflexion und Auswertung nötig, um die Recherchen auf die Grundfragen des Modellprojekts herunterzubrechen. Dies gelang durch getrennte statt paralleler Bearbeitung, einen permanenten Austausch des Teams und eine gemeinsame Erarbeitung der Themen; dadurch konnte auch ein höherer Reflexionsgrad erreicht werden.

- Aufgrund der Erfahrungen aus der Recherche zum Linksextremismus wurde das Rechercheraster dem Islamismus angepasst. Da es im Bereich des Islamismus eine stärkere Vernetzung von Websites und dem Social Web gibt (eingebundene Videos), sichtete das Projektteam Web-1.0- und Web-2.0-Angebote von Anfang an parallel. Zudem führten aktuelle Entwicklungen und konkrete Hinweise von User*innen zu den beiden Themenbereichen dazu, dass neue Themenaspekte bearbeitet oder in die Recherchen grundsätzlich aufgenommen wurden. Durch die flexible Anpassung von Zeit- und Rechercheplänen war es möglich, der dynamischen Entwicklung gerade im Bereich des Islamismus in sozialen Netzwerken, vor allem Facebook, gerecht zu werden. Der hohe zeitliche Aufwand bei der Analyse von Profilen und Gruppen war nötig, um einerseits anfällige Bereiche für jugendschutzrechtliche Verstöße zu lokalisieren, und andererseits die subtile Beeinflussung Jugendlicher durch islamistische Propaganda zu dokumentieren.

l) Rezeption und Resonanz

/

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Das Modellprojekt kam zu dem Ergebnis, dass der Großteil der Websites und der Auftritte im Social Web textlastig sind und sich eher an älteres, intellektuell orientiertes Publikum richten. Einige Angebote sind ansprechend gestaltet und knüpfen thematisch an der Lebenswelt von Jugendlichen an. Ein Beispiel ist die Webseite „Kinder des Zorns – Plattform antikapitalistischer Jugendlicher Berlin". Generell ist das Phänomen Linksextremismus für den Jugendschutz im Internet aber von eher geringer Bedeutung. Im Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" ist deshalb auch davon die Rede, dass im Bereich linksextreme Internetangebote „wenig Jugendschutz- sowie Jugendrelevanz"[352] bestünde. Daneben kam das Modellprojekt zu dem Schluss, dass die Gefahr einer ungewollten Konfrontation mit linksextremistischen Inhalten gering ist.

- Bis März 2013 hat das Projektteam im Rahmen seiner Recherchen insgesamt 1.460 Angebote (441 Websites und Blogs; 665 Videos und 354 Profile im Social Web) gesichtet und sie hinsichtlich linksextremistischer unzulässiger Inhalte überprüft. Lediglich ein knappes Drittel konnte nach umfassender Beschäftigung damit einem linksextremen Spektrum zugeordnet werden (208 Websites und 301 Web-2.0-Beiträge). „In vielen Fällen wurden zwar sozialistisch, teilweise auch kommunistisch orientierte Positionen vertreten, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und grundlegende Werte einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft wurden jedoch nicht negiert", heißt es in dem Kurzreport „Linksextremismus im Internet", der im März 2013 über die vorläufigen Projektergebnisse berichtete.[353]

- Ebenfalls bis März 2013 bewertete das Projektteam zwölf Angebote (2 %) als jugendgefährdend (elf Videos und eine Website); elf weitere Fälle wurden damals noch hinsichtlich einer möglichen Jugendgefährdung überprüft. Bei den jugendgefährdenden Inhalten handelte es sich meistens um Texte schon indizierter Lieder, die zur Gewalt gegen Vertreter*innen des Staates („des Systems") oder zur Sachbeschädigung aufriefen. Es wurden Polizist*innen diffamiert sowie teilweise Bilder von brennenden Autos und von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizist*innen und Demonstrant*innen gezeigt, die positiv kommentiert und von „emotionalisierender Musik"[354] gerahmt wurden. Die dabei vermittelte Botschaft lautete, dass Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele legitim sei.[355]

- Bei sechs der Videos, die indizierte Musik beinhalteten, erreichte jugendschutz.net durch eine Kontaktaufnahme mit den Plattformbetreibern MyVideo und YouTube eine Sperrung der Inhalte für Deutschland. Bei vier Videos und einer Homepage sollte über die KJM eine Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) angeregt werden. Ein Video und eine Website waren von den Anbietern schon offline gestellt worden, bevor jugendschutz.net Maßnahmen ergreifen konnte.[356]

n) Anmerkungen

/

10. MODELLPROJEKT „KULTURSCHOCK – EXTREMISTISCHER GEWALT BEI LINKS-AFFINEN JUGENDLICHEN DURCH KUNST ENTGEGENWIRKEN“

Internetpräsenz: https://minor-kontor.de/kulturschock/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Das Projekt wurde von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH[357] umgesetzt und fand in Kooperation mit Jugendzentren, Kunstpädagog*innen, Künstler*innen, Kultureinrichtungen, Trägern von Jugendhilfemaßnahmen, der offenen Jugendarbeit und der Straßensozialarbeit statt.[358]

- Das Projekt wurde finanziell nicht nur vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, sondern auch von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.08.2011–31.07.2014

e) Zielgruppe(n)

- u. a. Jugendclubs mit linksaffinen Besucher*innen

- Insgesamt waren die Zielgruppen sehr vielfältig, wie beispielsweise das Teilprojekt „Theater Berlin. Politisch motivierte Formen von Gewalt durch Theater ansprechen“ zeigt. Hier wurden nicht nur Workshops in Schulen[359], sondern auch Workshops in aufsuchender und offener Sozialer Arbeit durchgeführt. Außerdem fand im Rahmen des Teilprojekts ein internationaler Sommerworkshop mit 14 jungen Menschen aus Russland, der Ukraine, Spanien und Deutschland statt.[360]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Bei dem Projekt „Kulturschock – Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken“ standen kunstpädagogische Methoden sowie ein offener, partizipativer und lebensweltnaher Ansatz im Mittelpunkt.[361] Dabei wurden Kunstformen ausgewählt, „die in der Szene besondere Beachtung finden und sich daher für einen Dialog besonders anbieten“[362].

- Für die Auswahl der Kooperationspartner (z. B. Jugendclubs sowie medien- und musikpädagogische Initiativen) und Teilprojekte war ein eigens eingerichteter Fachbeirat zuständig, während die Realisierung der Projekte vor Ort von Mitarbeiter*innen des Modellprojekts begleitet wurde.[363]

Projektname	Kerninhalt	Jahr der Durchführung
Blog Berlin. Politikunterricht mit Jugendlichen	Hier haben sich Jugendliche in ihrem wöchentlich stattfindenden Politikkurs (gymnasiale Oberstufe) mithilfe eines Blogs und filmischer Dokumentation u. a. mit Gewalt, Extremismus sowie linken Jugendrandkulturen von früher und heute auseinandergesetzt.	2012
Jugendclub Berlin. Politische Bildung und künstlerische Aktivitäten im Jugendtreff	In einem Berliner Jugendtreff wurden verschiedene Veranstaltungen durchgeführt, die politische Bildung und künstlerische Aktivitäten verbanden, darunter Theaterworkshops sowie Film- und Plakatinterpretationen.	2012
Jugendclub Cottbus. Jugendliche aus der Graffiti-Szene zum Verhältnis von Politik und Kunst	In einem Jugendclub in Cottbus, der hauptsächlich von Jugendlichen aus der Graffiti-Szene besucht wird, fanden verschiedene Veranstaltungen zum Verhältnis von Politik und Kunst statt, darunter Aktionskunstwochen. Bei diesen hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, Bilder aus dem Themenspektrum Politik und Gewalt zu erschaffen.	2012
Kultur Cottbus. Das Thema „Linksextremismus“ durch Videos bearbeiten	Hier stand ein Dokumentarfilm am Projektende, der „politische Motive linksaffiner Begründungszusammenhänge darstellt“.	2013
Musik Leipzig. Auseinandersetzung mit musikalischen Protestformen und Subkulturen	Im Rahmen des Teilprojekts fanden in einem Leipziger Jugendzentrum u. a. die Workshops „Punk Ostdeutschland – Vergleich Westdeutschland“ und „Songwriting und Protestsongs“ statt. Im ersten Workshop standen Texte und Lieder mit politischem Hintergrund im Mittelpunkt, darunter „Junimond“ von Rio Reiser. Im zweiten Workshop hatten die Teilnehmenden die Gelegenheit, persönlich favorisierte Protestsongs vorzustellen.	2013
Kultur Buckow. Veranstaltungen zu linkspolitischen Themen, Graffiti- und HipHop-Workshops	Im Rahmen von Expertengesprächen und sogenannten politischen Filmnächten wurden linke Thematiken, wie soziale Ungleichheit und linke Ideale, behandelt. Außerdem haben die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten, selbst künstlerisch tätig zu werden, indem sie den Jugendclub zu den behandelten Themen mit Graffitis gestalten und Hip-Hop-Songs produzieren konnten.	2013
Medien Berlin 2013. „Linksextremismus“ kritisch diskutieren und mit Videocollage bearbeiten	Dieses Teilprojekt war in einem Medienkompetenzzentrum in Berlin angesiedelt und hatte eine kritische Auseinandersetzung der teilnehmenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit dem Begriff des Linksextremismus zum Ziel. Die Diskussion – insbesondere über die mediale Rezeption des Wortes und die öffentliche Darstellung linksaffiner und linksextremer Themen – sollte dann von den Teilnehmer*innen künstlerisch in eine Videocollage umgesetzt werden.	2013

Theater Berlin. Politisch motivierte Formen von Gewalt durch Theater ansprechen	Laut Projektbeschreibung standen hier die „Entstehung und Formen von ‚Extremismus' in Deutschland" und die „Entwicklung des Diskurses, wie beispielsweise die Abschaffung der Extremismusklausel", im Mittelpunkt. Als Methoden wurde u. a. das Schattentheaterspielen sowie die Sound- und Videoproduktion ausgewählt.	2014
Medien Cottbus. Prinzipien der Partizipation künstlerisch und journalistisch erkunden	Im Rahmen des Themas „Extremismus" und mittels eigenem medialen sowie künstlerischen Schaffen sollten Jugendliche nicht nur journalistische Grundfähigkeiten (Grundlagen der Interviewtechnik, Fotografie und Gestaltung) lernen, sondern auch befähigt werden, Medien kritisch zu reflektieren. Es fanden außerdem ein Rap- und ein Poetry-Slam-Workshop statt.	2014
Kultur Berlin. Rap-, Poetry-Slam- und Graffitiworkshops zum Themenspektrum Linksextremismus	In einem Verein, den der Modellprojektträger als „jugendkulturell-orientiert" beschreibt, fanden Rap-, Poetry-Slam- und Graffitiworkshops statt, die sich allesamt mit dem Themenbereich „Linksextremismus" auseinandersetzten. Daneben gab es im Rahmen des Teilprojekts die Veranstaltungsreihe „Extrem is mus(s)?", für deren Organisation die Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuständig waren. Und schließlich beinhaltete das Teilprojekte Workshops, darunter zu dem Thema: „Radikaler Protest = Probleme an der Wurzel anpacken?".	2014

Tab. 8: Teilprojekte im Rahmen des Modellprojekts „Kulturschock – Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken"[364]

g) Thematische Schwerpunkte

- Dem Projekt ging es um eine Verbindung von künstlerischer und politischer Bildung.

- Während der Projektlaufzeit wurden verschiedene Kultur- und Medienprojekte, „die sich unterschiedlich intensiv mit konkreten, lebensweltnahen Themen beschäftigten, realisiert: Graffiti oder Musik als Medium von Gesellschaftskritik, Protestformen gegen ‚Rechtsextremisten' oder die mediale Berichterstattung über ‚Linksextremismus'"[365]. Ein Beispiel aus dem breiten Themenspektrum ist der Interpretationsworkshop „Macht der Bilder", in dem politische Plakate im Mittelpunkt standen. Laut Flyer des Workshops sollte es darum gehen, „ob und wie Parteien manipulativ Botschaften vermitteln oder sogar verschleiern und durch Bilder eine heile Welt vorgegaukelt wird. Verwenden extreme Parteien solche Mittel verstärkt?"[366]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Minor beschreibt die eigenen Annahmen wie folgt: „Linksaffine Jugendliche beziehen ihre Einstellungen und Haltungen oft aus Versatzstücken so genannter autonomer, anarchistischer, antikapitalistischer und antifaschistischer Ideologien. Gleichzeitig gibt es eine Verknüpfung mit Jugendkulturen wie beispielsweise dem Punk und verschiedenen Subkulturen, die sich als ‚Antifa' verstehen. Kritische und gesellschaftspolitische Haltungen bis hin zu pauschaler Abneigung gegenüber rechtsstaatlichen Grundsätzen und Strukturen kennzeichnen große Teile der Szenen. Teilweise sind zugespitzte politische Positionen und radikale

Haltungen zu beobachten, die auch strafbarem bis gewalttätigem Handeln nicht aus dem Weg gehen. Jugendliche aus den beschriebenen Szenen stehen oft künstlerischen/kulturellen Ausdrucksformen sehr offen gegenüber."[367]

- Minor hat sich bei der Projektarbeit auf urbane Räume konzentriert, „in denen vermehrt linksextreme Aktivitäten und teilweise Gewalttaten zu beobachten sind"[368]. Auch wenn den Jugendlichen und ihren politischen Meinungen auf Augenhöhe gegenübergetreten werden sollte, galt es gleichzeitig, „Rechtfertigungen von Gewaltakten oder Abwertung von Gruppen pädagogisch entschieden entgegen zu treten"[369].

i) Ziele

- Das Modellprojekt sollte „linksaffine Jugendliche zu einem Diskurs zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, zu Rechtsstaatlichkeit und Untauglichkeit von Gewalt befähigen, um extremistischer Gewalt entgegenzuwirken"[370].

j) Begrifflichkeiten

- Minor nahm an, dass sowohl bei der Bestimmung des Begriffes „Linksextremismus" als auch bei Präventionsansätzen in diesem Bereich „ein klares Defizit"[371] herrsche. Dies biete aber die Möglichkeit, „methodische Ansätze auszuprobieren und kreative Veränderungsprozesse in Gang zu setzen"[372].

- Was den Extremismusbegriff betrifft, machte Minor einen „hochemotionale[n] Deutungskampf" aus, der im Rahmen des Modellprojekts „einen sensiblen Umgang mit Begrifflichkeiten und die Vorbeugung von Stigmatisierung durch Kritiker/-innen und Beteiligte" notwendig mache.[373]

- Das Modellprojekt setzte sich in verschiedenen Teilprojekten kritisch mit dem Begriff des Linksextremismus auseinander.[374]

k) Herausforderungen und Probleme

- Da die Teilnahme an den Projekten, die im Rahmen außerschulischer Bildung stattfanden, freiwillig war, traten wiederholt Schwierigkeiten mit der kontinuierlichen und verbindlichen Beteiligung auf.[375]

- Der Modellprojektträger hatte überdies Schwierigkeiten, die Hauptzielgruppe der linksaffinen Jugendlichen zu erreichen, da sie Vorbehalte gegenüber dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" besaß – bereits das Logo des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" auf Werbemitteln schreckte ab.[376] So wurden die Gelder „als ‚Linksextremismustopf' wahrgenommen und die Bezeichnung ‚linksextrem' als stigmatisierend empfunden"[377]. Außerdem kritisierten die potenziellen Adressat*innen den Vergleich mit rechtsextremen Gruppen. Vor allem mit Blick auf den Rechtsterrorismus sei „die Arbeit gegen ‚linksextremistische' Tendenzen […] überflüssig"[378].

- Dass das Projekt als Konsequenz mit heterogenen Zielgruppen arbeitete, kritisierte die Wissenschaftliche Begleitung: „Mit dieser Umsteuerung verliert das Projekt – aus Sicht der Wissenschaftlichen Begleitung – allerdings an Kontur. Es handelt sich im Grunde um ein Abrücken von der sozialräumlichen Arbeit im Um- und Vorfeld linker Strukturen oder im Kontext alternativer Jugendkulturen. Das Projekt arbeitet stattdessen auf der Grundlage von

recht unspezifischen und ungeklärten Annahmen über ‚linksextreme' Einstellungen (Gewaltbefürwortung gegenüber Neonazis) und deren Verbreitung."[379]

- Als schwierig erwies sich aber auch die Gewinnung von Kooperationspartnern, mit denen die einzelnen Projekte realisiert werden konnten. Ursächlich hierfür waren ebenfalls die „Vorbehalte gegenüber der Intention des Bundesprogramms […], nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Bedrohungslage durch den ‚Rechtsextremismus'"[380]. Der Modellprojektträger schreibt dazu: „Es werden entweder prinzipiell Gelder aus dem ‚Extremismustopf' abgelehnt oder man fürchtet um den Ruf des Trägers und Probleme mit anderen Kooperationspartnern. Viele Träger sind es außerdem gewohnt, Prävention im Rechtsextremismusbereich zu betreiben und sehen eine Beteiligung an Kulturschock damit nicht vereinbar."[381] Infolgedessen seien „erhebliche Anstrengungen nötig" gewesen, „Projektpartner zu gewinnen".[382]

- Eine weitere Herausforderung bestand für den Projektträger insofern, als seine pädagogischen Grundsätze der offenen Jugendarbeit mit den administrativen Förderauflagen in Konflikt gerieten.[383] „Der eingeforderte Detailreichtum einer layout- und corporate-design-konformen Gestaltung von Flyern und Plakaten stand zuweilen im Widerspruch zu den Vorstellungen der Jugendlichen, die diese Flyer und Plakate partizipativ selbst gestalteten", schreibt dazu die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken".[384]

l) Rezeption und Resonanz

- In ihrem Ergebnisbericht für das Jahr 2012 lobte die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken", dass es dem Projekt gelungen sei, „innerhalb von Szenediskursen und Strukturen"[385] zu agieren. Das würde nur wenigen Trägern gelingen.[386]

- Das Alter der Teilnehmenden und deren Zusammensetzung variierten je nach Profil des Kooperationspartners.[387] „Teilweise handelte es sich um heterogene Gruppen jugendkulturell affiner Jugendlicher ohne ausgeprägte ‚linke' Einstellungen, teilweise um politisch stark Engagierte", heißt es dazu im Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken".[388]

- In ihrem Gesamtbericht über das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" stellte die Wissenschaftliche Begleitung überdies fest, dass der direkte Zugang zur Zielgruppe („linksextremistisch" orientierte Jugendliche) „teilweise erreicht"[389] worden sei.

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Projektträger kam am Ende der Laufzeit zu dem Schluss, dass es im Rahmen politischer Bildungsarbeit mit Jugendlichen und zivilgesellschaftlicher Demokratiebildung häufig schwerfalle, „in politischen Konstrukten von ‚linker' und ‚rechter' Politik pädagogisch zu argumentieren beziehungsweise Menschen politisch einzuordnen"[390]. „Eine Verwendung von Begrifflichkeiten", so Minor weiter, „und eine damit einhergehende Unterstellung von Meinungen bei der Zielgruppe können auf Nichtidentifizierung und Ablehnung der Jugendlichen stoßen oder gar eine Verweigerungshaltung evozieren"[391].

- Das Problem der heterogenen Zielgruppe wurde „durch einen konsequenten Beteiligungsansatz" gelöst, „der es den Jugendlichen ermöglichte, eigene (politische) Themen und

Ausdrucksformen in Bezug auf das Thema ‚Linksextremismus' zu wählen".[392] „Selbstbezeichnungen oder Fremdbezeichnungen über die politischen Gesinnungen der Jugendlichen", so der Projektträger weiter, seien „zwar ständig präsent" gewesen.[393] Im Zentrum habe jedoch „die (Er)lebenswelt der Jugendlichen"[394] gestanden. Daraus werde „deutlich, dass eine Konfrontation mit anderen Meinungen nur möglich ist, wenn man die Jugendlichen in ihrem Erleben, ihren politischen Meinungen und Ausdrucksformen ernst nimmt und ihnen auf Augenhöhe begegnet"[395].

n) Anmerkungen

- Aus dem Projekt sind insgesamt drei Publikationen hervorgegangen:

  1. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen. Forschungsbericht 2012, Berlin, 2012, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Projektbericht-Kunst-als-Zugang-zu-linksaffinen-Jugendlichen_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

  2. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Bildungsarbeit mit linksaffinen Jugendlichen zwischen Politischer und Kultureller Bildung, Berlin, 2013, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Forschungsbericht_Bildungsarbeit-mit-linksaffinen_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

  3. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock Abschlussbericht 2014, Berlin, 2014, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Abschlussbericht-Kulturschock_2014.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

- Mit dem Modellprojekt „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur" wurde Minor auch in der ersten Förderperiode des Bundesprogramm „Demokratie leben!" gefördert.[396]

11. MODELLPROJEKT „LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND: ERSCHEINUNGSBILD UND WIRKUNG AUF JUGENDLICHE“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS)[397]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.11.2010–31.12.2011

e) Zielgruppe(n)

- Zur Zielgruppe zählten junge Leute, „die allenfalls als linksextremismusaffin gelten konnten“[398]. Es ging also nicht um „Personen, die bereits als Aktivisten mit geschlossenem Weltbild einzustufen sind“[399].

f) Herangehensweisen und Methoden

- Die Studie war als Pretest angelegt, auf den eine repräsentative Untersuchung folgen sollte.[400] Mit insgesamt 35 Personen wurden im Dezember 2010 und im Januar 2011 je anderthalbstündige Leitfadeninterviews geführt. Diese fanden in Berlin, Dresden, Hamburg, Köln, Nürnberg und Rostock statt, wobei die Durchführung der Interviews in den Händen der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung lag. Diese gab die Rekrutierung der Studienteilnehmer*innen an lokale Teststudios ab.[401]

- Im Rahmen des Modellprojekts fanden mehrere Workshops und Tagungen statt. Im Ergebnisbericht, den die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ für das Jahr 2012 vorgelegt hat, wird kritisiert, dass dazu „jeweils vorrangig Vertreter/innen der Extremismus- bzw. Totalitarismustheorie eingeladen“[402] wurden. Denn auf diese Weise seien die „Phänomenbeschreibung und -definition […] schon zu Beginn nicht kontrovers und unter Rückgriff auf konkurrierende Ansätze der Wissenschaft ausgehandelt“[403] worden. Sie seien „in der Folge […] um Studien, die nicht Theorie hinterfragend, sondern stärker plausibilisierend umgesetzt und verwendet wurden[404], ergänzt worden. Außerdem bemerkte die Wissenschaftliche Begleitung, dass sich bei den vom Modellprojekt organisierten Veranstaltungen die Beobachtung bestätigen würde, „dass im Feld der ‚Linksextremismus‘- Prävention Wissensproduzenten und pädagogische Umsetzungsexpertinnen und -experten (noch) kein selbstverständlich geteiltes Arbeitsfeld haben“[405].

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Mittelpunkt des Interesses standen linksextremistische Einstellungen.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- In seiner empirischen Analyse ging der Modellprojektträger von dem theoretischen Ansatz aus, „dass dem Extremismus gemeinsame Dimensionen zu Grunde liegen, die jeweils eine spezifische ideologische Ausprägung einnehmen können. Zu diesen allen Extremismen prägenden Dimensionen zählen z. B. Fanatismus und Dogmatismus, Antipluralismus und Absolutheitsansprüche (Wahrheitsmonopole), Freund-Feind-Stereotype und Verschwörungstheorien.“[406]

- In einer Publikation über die vom Projektträger durchgeführte Studie heißt es, dass er „allenfalls über ein Vorverständnis zu linksextremistischen Einstellungsmustern“[407] verfügt habe. Es habe „weitgehend auf der Beschäftigung mit den entsprechenden Phänomenen aus der Sicht von Sicherheitsbehörden“[408] gegründet.

i) Ziele

- Das Ziel der Untersuchung war „nicht in erster Linie herauszufinden, wie im Detail extremistische Einstellungsmuster aussehen und wie sie begründet werden, sondern ob sie in Ansätzen nachweisbar waren“[409]. Darüber hinaus beabsichtigte die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Frage zu beantworten, „an welche inhaltlichen Voraussetzungen Präventionsarbeit anknüpfen kann“[410].

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger arbeitete mit der auf den Politikwissenschaftler Uwe Backes zurückgehenden positiven Extremismusdefinition, die die folgenden Merkmale aufweist:

  1. „geschlossene, gegen Kritik immunisierte und nicht mehr hinterfragte Weltbilder“[411],
  2. „exklusiver Wahrheitsanspruch und Erkenntnismonopole“[412],
  3. „Bereitschaft, die vorgeblich zuverlässig erkannte ‚Wahrheit‘ anderen, notfalls auch mit Gewalt, aufzuzwingen“[413],
  4. „identitäre Gesellschaftskonstruktionen“[414],
  5. „die Produktion von Feindbildern“[415],
  6. „die Konstruktion von Verschwörungstheorien“[416]

- In der Studie ging es nun darum, „festzustellen, ob von der Extremismusdefinition umfasste Dimensionen vollständig, teilweise, auch bruchstückhaft oder offensichtlich unreflektiert in Ansätzen nachweisbar waren“[417].

k) Herausforderungen und Probleme

- Die Konrad-Adenauer-Stiftung hatte Probleme, für die Studie junge Menschen unter 18 Jahren zu gewinnen.[418] Hingegen ergaben sich aus dem politischen Hintergrund des Projektträgers „keine Schwierigkeiten“[419]. Einer der Projektmitarbeiter schreibt dazu: „Falls Interesse daran geäußert wurde, hat man den Probandinnen und Probanden am Schluss der Interviews mitgeteilt, dass es sich um eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung handelte. Es gab keine dezidiert negativen Reaktionen.“[420]

l) Rezeption und Resonanz

- Vier Publikationen[421], die im Rahmen des Modellprojekts entstanden sind, hat der Sozialwissenschaftler Uwe Roßbach bereits 2012 scharf kritisiert. Er ging sogar so weit, in Bezug auf eine Veröffentlichung von „grobe[m] Unfug“[422] zu sprechen. Hinsichtlich einer anderen

monierte Roßbach eine Darstellung, die sich Klischees, Anekdoten sowie Banalitäten bediene und „nur bedingt über die Berichterstattung der Sicherheitsbehörden“[423] hinausgehe.

- Auch die Wissenschaftliche Begleitung hat das Modellprojekt kritisiert. So bemängelte sie hinsichtlich der durchgeführten Studie, diese sei „sowohl im Design als auch in der Interpretation der Ergebnisse von theoretischen Vorannahmen durchformt und beeinflusst dergestalt die Rekrutierung von Interviewpartnerinnen und -partnern, dass von einem offenen Herangehen an das Phänomen ‚Linksextremismus‘ nur eingeschränkt gesprochen werden kann“[424]. Der Politikwissenschaftler Maximilian Fuhrmann und der Soziologe Martin Hünemann wiederum sehen die KAS-Studie „scheitern, weil sie die normativen Setzungen der Extremismustheorie als empirisch gegeben“[425] voraussetze.

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Das Ergebnis der im Auftrag der KAS durchgeführten Studie war, dass die Elemente der positiven Extremismusdefinition von den Teilnehmer*innen „fast durchweg nicht erfüllt“[426] wurden. Das sei aber auch nicht „zu erwarten gewesen, da es sich bei den Befragten eben nicht um ausgewiesene Linksextremistinnen und Linksextremisten handelte. Geschlossene, gegen Kritik immunisierte Weltbilder, ausgearbeitete Ideologiesysteme also, und exklusive Wahrheitsansprüche und Erkenntnismonopole waren insofern auch nicht feststellbar.“[427] Stattdessen konnte die Konrad-Adenauer-Stiftung „[e]her patchworkartige Weltbilder“ feststellen, die „aus inkonsistenten, manchmal widersprüchlichen Wertemustern zusammengebastelt“ worden seien.[428] Es gebe allerdings „Überschneidungen zu klassischen Themenfeldern und Inhalten von Linksextremisten“, sodass aufgrund der Empfänglichkeit der befragten Personen für diese Themen das Risiko vorhanden sei, „dass sie sich linksextremistischen Interpretationen öffnen“.[429]

- Zu den Schlussfolgerungen, die der Modellprojektträger für die weitere Präventionsarbeit zog, gehört, dass „Prädispositionen für potentielle Radikalisierungsprozesse“[430] desto eher durch eine Stärkung demokratischer Kompetenzen aufgehalten werden können, je weniger ausgeprägt linksextremistische Einstellungsmuster sind. Eine frühe Intervention erscheint daher empfehlenswert.

- Die Konrad-Adenauer-Stiftung empfiehlt darüber hinaus, Verschwörungstheorien in der politischen Bildungsarbeit stärker zu berücksichtigen, denn unter den Studienteilnehmer*innen seien Verschwörungstheorien „insbesondere um den 11. September 2001 und die ‚anonymen kapitalistischen‘ Kräfte […] weit verbreitet“[431]. Außerdem ließen sich bei ihnen „Versatzstücke aus dem Arsenal der klassischen Verschwörungstheorien, nach denen Staaten von einem geheimen Zentrum gelenkt und die Menschen manipuliert werden“[432], wiederfinden. Fragen, die in der politischen Bildungsarbeit behandelt werden müssten, seien: „Was sind Verschwörungstheorien? Wie entstehen sie? Wer verbreitet sie zu welchem Zweck? Wie kann man sie argumentativ/wissenschaftlich widerlegen/dekonstruieren?“[433]

n) Anmerkungen

/

12. MODELLPROJEKT „PLAKATWETTBEWERB ‚ARGUMENTE STATT GEWALT'"

Internetpräsenz: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/wettbewerbe/wettbewerbe-archiv/173-2011-plakatwettbewerb-argumente.html

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Deutsche Gesellschaft e. V.[434]
- Medienpartner des Plakatwettbewerbs war das Jugendmagazin *Der Spießer*.[435]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken"

d) Laufzeit

- 15.08.–31.12.2011

e) Zielgruppe(n)

- Jugendliche im Alter zwischen zwölf und 20 Jahren

f) Herangehensweisen und Methoden

- Die Jugendlichen wurden aufgefordert, „Plakatideen gegen extremistische Gewalt"[436] einzureichen.

- Die Preisträger*innen wurden von einer Jury ausgewählt, deren Mitglieder unterschiedlichen Institutionen angehörten.[437] Prämiert wurden Mary-Joe Nowara und Elisa Hager aus Luckenwalde (Platz 1), Nadine Albrecht aus Hamburg (Platz 2) und der Ethikkurs der 9. Klassen der Realschule am Schillerpark in Esslingen am Neckar (Platz 3).[438] Das Siegerbild ist auf der Webseite des Projektträgers abgebildet[439], außerdem im Jahresbericht des Vereins für 2011, wo ebenso die Plakatideen der Zweit- und Drittplatzierten zu sehen sind.[440]

g) Thematische Schwerpunkte

- Das Modellprojekt rückte extremistische Gewalt in den Mittelpunkt.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Der Projektträger ging davon aus, dass jede Form von Extremismus (Rechts-, Links- und religiöser Extremismus) „eine Bedrohung für Demokratie und Toleranz in unserem Land"[441] darstelle. Insbesondere gewalttätige Handlungen würden „die durch demokratische Prozesse getroffenen Entscheidungen der Mehrheit der Gesellschaft"[442] missachten. Diejenigen, die unter der ausgeübten Gewalt litten, seien häufig Menschen, die völlig unbeteiligt seien.[443]

i) Ziele

- Zu den Zielen schreibt der Projektauftragnehmer: „Der Wettbewerb sensibilisierte junge Menschen für Missachtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch extremis-

tische Gewalt und gab ihnen die Möglichkeit, mit einem Plakat ein Zeichen gegen jegliche Form extremistischer Gewalt zu setzen. Die Deutsche Gesellschaft e. V. warb mit dem Projekt für demokratische Möglichkeiten der Kompromissfindung und Konfliktlösung."[444]

Abb. 3: Flyer des Plakatwettbewerbs „Argumente statt Gewalt"

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger arbeitete mit dem Extremismusbegriff, wobei keine Konkretisierung erfolgte. Das heißt, es war weder von Links- und Rechtsextremismus noch von religiösem Extremismus die Rede – die Jugendlichen konnten insgesamt zu extremistischer Gewalt Plakatentwürfe einreichen.

k) Herausforderungen und Probleme

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor.

l) Rezeption und Resonanz

- Insgesamt wurden sechshundert Plakate eingereicht.[445]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Untersuchung keine Informationen vor, die über die in den Punkten f und l getroffenen Aussagen hinausgehen.

n) Anmerkungen

- Im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ hat die Deutsche Gesellschaft e. V. ein weiteres Modellprojekt durchgeführt, den „Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus“.[446]

13. MODELLPROJEKT „PRÄVENTION VON LINKSEXTREMISMUS“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

- „‚Molotow war gestern‘ – Modellprojekt zur Prävention von Linksextremismus“

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Violence Prevention Network gGmbH[447]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.10.2010–31.07.2012

e) Zielgruppe(n)

- ideologisierte Gewalttäter*innen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Jugendliche, die bei Demonstrationen oder anderen Veranstaltungen der linksradikalen Szene straffällig geworden sind, sollten an Antigewalttrainings teilnehmen.[448] Um dies zu erreichen, verfolgte man den Ansatz, dass Multiplikator*innen aus den Jugendgerichten und dem Strafvollzug auf möglicherweise geeignete Jugendliche zugehen und in Gesprächen versuchen, deren politische Verortung zu identifizieren. Infrage kommende Jugendliche sollten die Multiplikator*innen dann an den Projektträger vermitteln. Dieser wollte die jungen Menschen im Anschluss für die Trainings gewinnen.[449]

- Es wurde ein „konfrontierende[r], verantwortungspädagogische[r] Ansatz“[450] verfolgt, der Antigewalttrainings mit politischer Bildung verknüpfte. Die Grundannahme der Verantwortungspädagogik® und des von Violence Prevention Network praktizierten Anti-Gewalt- und Kompetenztrainings AKT® besagt, „Menschen durch die Zusammenarbeit das Erlernen jener Kompetenzen zu ermöglichen, die eine Distanzierung von menschenverachtenden Ideologien ermöglichen. Dies geschieht in einer für die Person wertschätzenden Atmosphäre und bzgl. der Ideologie hinterfragenden Methode.“[451]

- Neben der Recherche nach möglicherweise linksextrem motivierten Gewalttäter*innen zielte das Projekt darauf ab, Informationen zusammenzutragen und auszuwerten, beispielsweise zu der Frage, ob bei jungen Menschen, die Autos anzünden, tatsächlich ideologisierte und politische motivierte Gewalt im Vordergrund steht.[452]

g) Thematische Schwerpunkte

- Das Trainingskonzept war auf mehreren Ebenen angelegt: Es verknüpfte „biografisches Verstehen [der eigenen Gewalttätigkeit, Anm. d. Verf.], (konfrontatives) Hinterfragen von Rechtfertigungsmustern (teilweise auch ideologischen) und Arbeiten am abweichungsverstärkenden sozialen Umfeld von Gewalttäterinnen und -tätern“[453].

h) **Ausgangspunkte und Annahmen**

- Die Trainings waren bereits mit rechtsextremen Gewalttäter*innen durchgeführt worden und sollten nun auf das Themenfeld „Linksextremismus“ übertragen werden. Aufgrund der unzureichenden Teilnehmerzahl (siehe dazu Punkt k) konnte die Übertragbarkeit jedoch nicht überprüft werden.[454]

i) **Ziele**

- Das Ziel des Modellprojekts war es, die Teilnehmenden „in ihrer Diskursfähigkeit zu stärken und eine selbst reflektierte Veränderung anzustoßen“[455].

j) **Begrifflichkeiten**

- Das Projekt hat mit dem Begriff des Linksextremismus gearbeitet.[456]

k) **Herausforderungen und Probleme**

- Hinderlich wirkte sich aus, dass Unklarheiten darüber bestanden, was ein „wirklich politisches Motiv“[457] überhaupt ist.

- Zunächst gab es nur einen Teilnehmer am Antigewalttraining.[458] Da sich auch nach der Ausweitung der Zielgruppe (bis zur Hooligan-Szene) keine weiteren Jugendlichen meldeten, wurde das Modellprojekt im August 2012 abgebrochen.[459]

l) **Rezeption und Resonanz**

- Hierzu informiert bereits der vorangehende Punkt. Reaktionen aus der (Fach-)Öffentlichkeit sind der Autorin der vorliegenden Studie nicht bekannt.

m) **Erfahrungen und Ergebnisse**

- Über die Justiz und die Jugendgerichtshilfe ließ sich die Zielgruppe ideologisierter Gewalttäter*innen nicht erreichen.[460] „Im Bereich des Linksextremismus besteht kein Bedarf für diese Art der Prävention“, teilte deshalb die Sprecherin des Projektträgers Violence Prevention Network, Cornelia Lotthammer, zu den angebotenen Antigewalttrainings mit.[461]

- Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen relativierte Violence Prevention Network die These, „dass Ideologie bei der Gewaltausübung eine motivierende und mithin zentrale Rolle spielt[,] und unterschied entsprechend zwischen ideologisierten und aktionsorientierten Gewalttäter/innen“[462]. Die Relativierung geschah aber nur in partieller Form. Damit ist zum einen gemeint, dass der Projektträger „nicht generell behauptet […], es gäbe prinzipiell keine links motivierte Gewalt – es wird aber erfahrungsbasiert mit Blick auf das Ausmaß und im Vergleich zu rechtsextrem motivierten Gewalttäterinnen und -tätern relativiert“[463]. Zum anderen meint „partiell“, dass sich der Projektträger die Möglichkeit offen hält, „dass das Phänomen mit Blick auf andere EU-Länder oder in Einzelfällen gleichwohl in naher Zukunft dennoch ein zentrales Problem werden könnte“[464].

n) **Anmerkungen**

/

14. MODELLPROJEKT „PRÄVENTIONSWORKSHOP GEGEN (LINKS-)EXTREMISMUS“

Internetpräsenz: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/bildungsangebote/bildungsangebote-archiv/167-2011-14-praeventionsworkshops-linksextremismus.html

a) Vollständiger Projekttitel

- „Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus – Initiative Demokratie Stärken“

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Deutsche Gesellschaft e. V.[465]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 16.05.2011–31.05.2014

e) Zielgruppe(n)

- Schüler*innen der Jahrgangsstufen 9 bis 13
- Berufsschüler*innen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Im Mittelpunkt des Workshops, der vier bis sechs Stunden[466] dauerte, standen der Begriff „Extremismus“ und das Phänomen des Extremismus „in seinen Ausprägungen, Ausdrucksweisen und Gefahren“[467], wobei im Zentrum der „bisher weitgehend unerforscht[e]“[468] Linksextremismus stand.

- Die Jugendlichen wurden beispielsweise mit einem Film über Autonome und indizierte Songs von Punkbands konfrontiert.[469]

Linksextremismus eine unterschätzte Gefahr?	
9:00 Uhr–9:20 Uhr	Einführung – Begriff, Merkmale, Relevanz
9:20 Uhr–9:35 Uhr	Diskussion
9:35 Uhr–10:15 Uhr	Publikationsanalyse
10:15 Uhr–10:30 Uhr	Pause
10:30 Uhr–11:00 Uhr	Film: Werbespot zur Bundestagswahl – Gruppenarbeit und Vorstellung

Linke Gewalt zwischen Dramatisierung und Verharmlosung	
11:00 Uhr–11:15 Uhr	Personenpotenzial/Straf- und Gewalttaten: empirische Befunde
11:15 Uhr–11:55 Uhr	Musikanalyse – Diskussion zu Aktionsfeldern und Argumentationsmustern » Band WIZO: Song „Kein Gerede“ » Band NORMAHL: Song „Bullenschweine“
11:55 Uhr–12:00 Uhr	Film: „Autonome: Gewalttäter oder politische Aktivisten?“ (2009)
12:00 Uhr–12:40 Uhr	Gruppenarbeit und Diskussion
12:40 Uhr–13:20 Uhr	Pause
Argumente statt Gewalt – Präventionsmaßnahmen	
13:20 Uhr–13:50 Uhr	Erarbeitung von Handlungsempfehlungen im Umgang mit (Links-) Extremismus und zur Stärkung der Demokratie
13:50 Uhr–14:30 Uhr	Rollenspiel Maybrit Illner: Auf dem linken Auge blind?
14:30 Uhr–15:00Uhr	Resümee, Abschluss und Feedback

Tab. 9: Ablauf des Präventionsworkshops gegen (Links-)Extremismus[470]

g) Thematische Schwerpunkte

- In den Workshops standen die Merkmale und Erscheinungsformen des Linksextremismus sowie Präventionsmaßnahmen dagegen im Mittelpunkt.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Das Projekt ging davon aus, dass Extremismen – Rechts- und Linksextremismus sowie religiöser Extremismus – „die freiheitlich-demokratische Basis“[471] der Gesellschaft bedrohen.

i) Ziele

- Das Ziel des Workshops war, den Schüler*innen „Handlungssicherheit“[472] im Umgang mit (Links-)Extremismus zu vermitteln und sie über Präventivmaßnahmen gegen (Links-) Extremismus aufzuklären.

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger arbeitete mit dem Begriff des Linksextremismus und orientierte sich dabei an der Definition der Verfassungsschutzbehörden bzw. der Extremismustheorie.[473]

k) Herausforderungen und Probleme

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor.

l) Rezeption und Resonanz

- 2011 wurden bundesweit dreißig Veranstaltungen, 2012 und 2013 je vierzig Veranstaltungen und 2014 15 Veranstaltungen durchgeführt.[474]

- Die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ subsummierte das Modellprojekt unter die aufklärungspädagogischen Formate[475] und kritisierte es aufgrund seiner normativen Grundlagen.[476] Außerdem sah sie die Gefahr, die

Jugendlichen zu überfordern: „Der Versuch […] ‚Linksextremismus' als zusammenhängenden Ursachen- und Problemkontext im Sinne der Extremismustheorie in seiner ganzen Bandbreite und den oftmals unterstellten Kontinuitäten zu verhandeln, überfrachtet den Workshop und steht in der Gefahr, die Jugendlichen mit der Menge des begrifflichen und empirischen Faktenwissens zu überfordern."[477] Daneben sah die Wissenschaftliche Begleitung eine weitere Gefahr: Indem man „Phänomene wie die Autonomen, die Hausbesetzer/innen, Proteste gegen Neonazis oder linke Jugendsubkulturen unter dem Fokus des Gegensatzes von Demokratie und Diktatur" thematisiere, gehe man das Risiko ein, „den Blick auf die jeweiligen Eigendynamiken und die Ursprünge problematischer Entwicklungen zu verstellen".[478]

- Die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" sprach mit Blick auf das Modellprojekt (und ein weiteres) von „‚Vereindeutigungs'pädagogik"[479] und führte dazu aus, dass den Jugendlichen lediglich ein Einordnungskonzept vorgelegt worden sei, das sie nicht hätten selbst erarbeiten müssen. Infolgedessen würden eine kontroverse Ausdifferenzierung des Phänomens „Linksextremismus" sowie „die diskursive Aushandlung und Aneignung"[480] durch die Teilnehmer*innen fehlen. Dazu trage auch der knappe zeitliche Umfang des Präventionsworkshops bei, der für Diskussionen keinen Platz lasse.[481]

- Kritik fanden aber auch die starke Steuerung der Lernprozesse und der frontale, nur wenige partizipative Elemente und wenige Methodenwechsel aufweisende Aufbau der Workshops.[482]

- Die sich alles in allem daraus ergebende „Asymmetrie", so der Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für das Jahr 2013, sei noch dadurch verstärkt worden, dass die Jugendlichen anscheinend „in ihrer Lebenswelt selbst wenige Berührungspunkte mit ‚Linksextremismus' haben".[483] Die Folge sei, dass für die jungen Leute „wenig Raum" bleibe, „sich fokussiert eine eigene Urteilskompetenz zu erarbeiten".[484]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor.

n) Anmerkungen

- Im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" hat die Deutsche Gesellschaft e. V. ein zweites Modellprojekt durchgeführt, den Plakatwettbewerb „Argumente statt Gewalt".[485]

15. MODELLPROJEKT „‚THEMATISIERUNG ISRAELBEZOGENEN ANTISEMITISMUS UND DEN DAMIT VERBUNDENEN GEFAHREN FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR‘ – ‚AKTIONSWOCHEN GEGEN ANTISEMITISMUS 2013‘“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Amadeu Antonio Stiftung[486]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 15.10.2010–31.12.2012 bzw. 15.10.2013–15.12.2013

Infokasten 10: Antisemitismus

Die heute weit verbreitete Definition der International Holocaust Remembrance Alliance definiert Antisemitismus als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ (International Holocaust Remembrance Alliance o. D.)

Folgende Erscheinungsformen des Antisemitismus lassen sich unterscheiden:

1. Primärer Antisemitismus: Dieser äußerst sich hauptsächlich in direkten Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden, denen als Angehörige einer angeblich rassischen Gruppe negative Charakteristika zugeschrieben werden. Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2018: 187 f.) bezeichnen den primären Antisemitismus auch als „traditionellen Antisemitismus“.

2. Sekundärer Antisemitismus: Der sekundäre Antisemitismus gilt als „Produkt einer Schuldabwehr nach der Shoah und äußert sich in Relativierungen deutscher Verbrechen bei gleichzeitiger Betonung eigener Opfer“ (Decker/Kiess/Brähler 2012: 77). Unter den sekundären Antisemitismus fallen somit auch die Holocaust-Relativierung und -Leugnung.

3. Manifester Antisemitismus: Hierbei handelt es sich um offen geäußerten Antisemitismus.

4. Latenter Antisemitismus: Von latentem Antisemitismus lässt sich zum einen sprechen, wenn Antisemitismus nicht explizit nach außen hin artikuliert wird. In der repräsentativen Bevölkerungsumfrage, die der Leipziger Autoritarismus-Studie von 2018 zugrunde liegt, unterscheiden Decker, Kiess und Brähler (2018: 188) zum anderen wie folgt zwischen manifestem und latentem Antisemitismus: „Wer den Aussagen ausdrücklich zustimmt, äußert sich manifest antisemitisch, wer teils zustimmt, teils ablehnt, zeigt eine Kommunikationslatenz.“

5. Islamischer Antisemitismus: Mit islamischen Antisemitismus ist Antisemitismus gemeint, der von Muslim*innen geäußert wird.

6. Israelbezogener Antisemitismus: Man spricht von israelbezogenem Antisemitismus, wenn Kritik an der Politik des Staates Israel mit antisemitischen Vorurteilen verbunden wird.

7. Antizionistischer Antisemitismus: Antizionismus meint die Ablehnung des Existenzrechts des israelischen Staates. „Diese Haltung", so Armin Pfahl-Traughber (2020), „ist unverkennbar auch unter Antisemiten zu finden, womit entsprechende Schnittmengen bestehen. Gleichwohl lässt sich keine pauschale Gleichsetzung von Antizionismus und Antisemitismus vornehmen."

8. Linker Antisemitismus: Antisemitismus kann nicht nur von rechts, sondern auch von links kommen. Dort findet man ihn vor allem auf drei Feldern: Kapitalismuskritik, Antiimperialismus und Erinnerungs- bzw. Vergangenheitspolitik. Wenn beispielsweise im Spektrum der politischen Linken Kritik am Kapitalismus geübt wird, dann kann es vorkommen, dass bei Demonstrationen eine raffgierige Krake zu sehen ist, die mit ihren Armen die Geschicke der Welt lenkt. Sie stellt eine Art „Kollektivjude" dar. Auch wenn antisemitische Ressentiments Gruppen unterschiedlicher politischer Spektren zusammenbringen können, so besteht doch ein Unterschied zwischen rechtem und linkem Antisemitismus: „Im Unterschied zur völkischen Rechten oder auch Nationalkonservativen wird innerhalb der radikalen Linken über Antisemitismus gestritten. Auf diese Auseinandersetzungen kann aufbauen, wer dem Phänomen mit politischer Bildung begegnen will." (Uhlig 2020)

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Dossier Antisemitismus, URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/ [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2018, S. 179–216, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn: Dietz, 2012, URL: https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40930&token=ed-2192cf762d370ee417f413b43ae32ff4ad401f [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

International Holocaust Remembrance Alliance: Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].

Jikeli, Günther: Muslimischer Antisemitismus in Europa. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschung, in: Grimm, Marc/Kahmann, Bodo (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2018, S. 113–133.

Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus, in: bpb.de, 30.04.2020, URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israefeindlicher-antisemitismus [zuletzt eingesehen am 18.11.2020].

Pfahl-Traughber, Armin: Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik. Kriterien zur Differenzierung und Einordnung von Positionen im Nahostkonflikt, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 24 (2015), S. 293–315.

Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl., Gießen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V., 2009, URL: http://www.salzborn.de/txt/nbkk-bd2.pdf [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

Uhlig, Tom David: Antisemitismus im linken Spektrum, in: bpb.de, 30.04.2020, URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307887/antisemitismus-im-linken-spektrum [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

Widmann, Peter: Der nahe Konflikt. Israelkritik und Antisemitismus – Herausforderungen der Schule und der politischen Bildung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen, Berlin: Metropol, 2020, S. 149–165.

e) Zielgruppe(n)

- Zum einen Multiplikator*innen aus der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit sowie zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die für das Projektthema sensibilisiert werden sollten, und zum anderen Jugendliche.[487] In Bezug auf letztere waren dem Projektträger die begrenzten Möglichkeiten der Zielgruppenerreichung bewusst: „Diejenigen, die keine Grundsensibilität [für das Thema Antisemitismus, Anm. d. Verf.] aufweisen, nehmen nicht teil."[488]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Projekt arbeitete mit mehreren Zugängen: Zum einen wurden für Jugendliche Workshops angeboten, die zur Selbstreflexion und auch zur Kritik der eigenen Position anregen sollten. Dieses Ziel wurde in drei Schritten angegangen: „Informationen über die Eckdaten eines Themas (wie z. B. der Sechs-Tage-Krieg), Abfragen des Wissens und der Befindlichkeiten, Anstoß zur Auseinandersetzung"[489]. Zentral ist jeweils die Anpassung an die Bedürfnisse und den Hintergrund der Teilnehmer*innen.

- Zum anderen gab es Fortbildungen für Multiplikator*innen aus der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit, die für das Thema „israelbezogener Antisemitismus in linken Milieus" sensibilisiert und mobilisiert werden sollten. Auch hier war bei dem Aufbau der Workshops die Anpassung an die Interessen und den Hintergrund der Teilnehmenden leitend. Darüber hinaus gab es für beide Zielgruppen „anlassbezogen […] systematische Interventionen in Alarmsituationen (z. B. in Form von Veranstaltungsreihen nach antisemitischen Vorfällen)"[490]. Diese Ereignisse wurden vor Ort in Form von sogenannten Interventionsveranstaltungen aufgearbeitet.[491]

- Die Workshops dauerten jeweils zwei Tage.[492]

- Neben dem Teilbereich „Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur" beinhaltete das Modellprojekt auch eine Förderung von Veranstaltungen und Projekten, die die Amadeu Antonio Stiftung im Rahmen der bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus im November 2013 realisiert hat. Dazu gehörten u. a.:

  » Die Ultragruppe Caillera des SV Werder Bremen hat eine Veranstaltung zum Thema „Antisemitismus im Fußball" organisiert, die am 16. November 2013 im Bremer Weserstadion stattfand. Es handelte sich um eine gemeinsame Veranstaltung der Aktionswochen mit dem Webportal „Fußball gegen Nazis" der Amadeu Antonio Stiftung. Ein Vertreter der Stiftung hat zu Beginn der Veranstaltung sowohl die Arbeit der Stiftung als auch die Aktionswochen und das Portal „Fußball gegen Nazis" vorgestellt.[493]

  » Im mecklenburgischen Grevesmühlen wurde im Rahmen der Aktionswochen ein Projekt am dortigen Gymnasium gestartet, das von der Amadeu Antonio Stiftung, der Stadt Grevesmühlen und dem Verein zur Förderung des Gymnasiums am Tannenberg e. V. gefördert wurde. Es ging darum um die Erarbeitung der jüdischen Geschichte in Grevesmühlen vom Mittelalter bis zu Gegenwart. Das Projekt, das auf ein Jahr angelegt war, sollte u. a. die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus fördern, „ein wichtiges Stück Regionalgeschichte erhalten und die letzten Zeichen jüdischer Kultur in Grevesmühlen stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken"[494].

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Mittelpunkt des ersten Teilbereichs des Modellprojekts („Thematisierung israelbezogenen Antisemitismus und den damit verbundenen Gefahren für demokratische Kultur") stand israelbezogener Antisemitismus. Im Projektverlauf fand eine inhaltliche Ausweitung von Antisemitismus in antiimperialistischen Strömungen zu Antisemitismus als spezifischem Problem in der DDR statt.[495]

- Im Rahmen der Workshops mit Multiplikator*innen ging es auch um die pädagogische Bearbeitung von israelbezogenem Antisemitismus bei Personen mit familiären Bezügen zu muslimisch geprägten Ländern. In diesem Zusammenhang wurde Merkmale vermittelt, die „die Zielgruppe der als muslimisch gelabelten Jugendlichen"[496] betreffen. Daneben thematisierten die Workshops mit Multiplikator*innen „die Wechselwirkungen zwischen erlebter Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft einerseits und antisemitischen Weltdeutungsangeboten und ihren Vermittlungswegen im Umfeld dieser Jugendlichen andererseits"[497].

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Das Modellprojekt ging davon aus, dass israelbezogener Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft kein randständiges Phänomen ist, aber in der Bildungsarbeit „ein Nischendasein"[498] fristet. Außerdem basierte das Modellprojekt auf dem Erfahrungswissen aus der Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, dass Akteur*innen aus der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit sowie aus der Zivilgesellschaft oft unsicher sind, „wie sie legitime Formen der Kritik an jüdischen Israelis und israelischer Politik von israelbezogenem Antisemitismus unterscheiden sollen"[499], wenn sie beruflich bzw. privat mit Debatten über den Nahostkonflikt konfrontiert werden. In manchen Fällen sei es sogar so, dass Pädagog*innen „de facto antisemitische Aussagen ihrer jugendlichen Bezugspersonen [unterstützen], weil sie diese nicht als antisemitisch, sondern als erwünschtes kritisches Bewusstsein wahrnehmen"[500].

i) Ziele

- Im Zentrum des Modellprojekts stand das Ziel, „eine Problemwahrnehmung für verschiedene Formen des Antisemitismus zu schärfen"[501]. Das heißt, die Teilnehmenden sollten sich der „eigene[n] Reproduktion antisemitischer Stereotype"[502] bewusst werden und Anregungen bekommen, „sich selbst ehrlich und selbstkritisch zu hinterfragen, was ihre Motivationen in der Äußerung von Kritik an Israel, Israelis oder der israelischen Politik sind"[503]. Daneben ging es in dem Projekt darum, „einen Wissenszuwachs über Zionismus, israelbezogenen Antisemitismus, aber auch die israelische Gesellschaft im Allgemeinen zu erreichen"[504].

- Bei den Multiplikator*innen aus der Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit beabsichtigte man zudem, „ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass israelbezogener Antisemitismus in jeweils spezifischer Weise in ganz heterogenen Teilen der Bevölkerung verankert ist"[505]. In diesem Zusammenhang ging es auch darum, „unterbelichteten Ursachen israelbezogenen Antisemitismus" in der deutschen Mehrheitsgesellschaft und ihren verschiedenen politischen Spektren, ihren historischen Wurzeln in der deutschen Nachkriegsgeschichte (West und Ost) und in den persönlichen Entlastungswünschen der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft nachzugehen"[506]. Der Workshop sollte bei diesen Themen stets auch zur Selbstreflexion anregen.[507] Daneben war es dessen Ziel, dass die Multiplikator*innen eine Urteilskompetenz entwickeln konnten, die es ihnen ermöglicht, Israelkritik von israelbezogenem Antisemitismus zu unterscheiden.[508] Sie bekamen Kriterien an die Hand, „wie Kritik –

auch harsche – und ‚Tarnformen' des Antisemitismus zu unterscheiden sind"[509]. Außerdem sollten die Multiplikator*innen lernen, wie sie sich israelbezogenem Antisemitismus entgegenstellen können.[510]

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger lehnte den Begriff „Linksextremismus" ab, und zwar zum einen weil Antisemitismus als ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht als ein Extremismusproblem angesehen wurde. Zum anderen wurde der Begriff des Linksextremismus zurückgewiesen, da die ihm zugrundeliegende Extremismustheorie Linksextremismus „als einen statischen und zusammenhängenden Problemkomplex definiert"[511]. Stattdessen hat sich der Projektträger für „Partialkritik" entschieden, „die ‚Aspekte rausgreifen' muss, aber auch auf ‚Ideologie-Fragmente' bei den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren selbst hindeutet".[512]

k) Herausforderungen und Probleme

- Die Mitarbeiter*innen von Gedenkstätten, die ursprünglich auch als Zielgruppe eingeplant waren, wurden nicht erreicht. Von ihnen gab es keine Anmeldungen zu den Workshops.[513]

- Als hinderlich erwies sich, dass das Projekt „aus einem in der linken Szene umstrittenen Programm"[514] gefördert wurde. Der Träger war infolgedessen mit dem Vorwurf der „politische[n] Lobbyarbeit"[515] konfrontiert.

- Als Schwierigkeit, aber zugleich auch als Chance der pädagogischen Arbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus sah das Modellprojekt die Tatsache an, „dass dieser mitunter auch von Personen getragen wird, die sich selbst explizit als anti-antisemitisch verorten, gerade weil sie ein antirassistisches und auf Gleichheit aller Menschen ausgerichtetes politisches Selbstverständnis vertreten"[516].

l) Rezeption und Resonanz

- Im Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken" für den Zeitraum 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2013 erhielt das Modellprojekt eine gute Bewertung. Es habe, so heißt es dort, „eine elaborierte Selbstaufklärungspädagogik entwickelt, um innerhalb der linken Szene israelbezogenen Antisemitismus zu thematisieren. Das Projekt zeichnete sich durch einen erfolgreichen Zugang zur Zielgruppe und eine ausgewiesene Expertise zum Thema Antisemitismus aus."[517] Zur Frage, was mit Selbstaufklärung überhaupt gemeint ist, schreibt die Wissenschaftliche Begleitung: „In dem Maße, wie er latent und unterschwellig in Deutungsmuster eingeht, ist Antisemitismus etwas, das erst einmal sichtbar gemacht werden muss: das meint Selbst-Aufklärung, d.h. die Frage, wie eigene politische Deutungsmuster mit antisemitischen Ideologiefragmenten durchsetzt sind."[518]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hanne Thoma und Jan Riebe von der Amadeu Antonio Stiftung kamen in einem Aufsatz über das Modellprojekt zu dem folgenden Schluss: „Das Feedback der Teilnehmenden und die Reflexion der Erfahrungen dieses Projektes und vorhergegangener Seminare der politischen Erwachsenenbildung zu israelbezogenem Antisemitismus zeigen, dass Information und politische Debatte zum Thema allein nicht zielführend sind. Seminare der politischen Bildung können dagegen geeignete Arbeitsformen anbieten, um an persönlichen Erfahrungen anzusetzen und ihre gesellschaftspolitische Kontextualisierung zu erreichen. Sie eröffnen damit

die Chance, Reflexionsprozesse in Gang zu setzen, die es Teilnehmenden ermöglichen, an ihrer eigenen Haltung zur Thematik zu arbeiten – und dies ist ein zentraler Punkt, um Einstellungsveränderungen bei Individuen (und vielleicht auch ihrem persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld) und anti-antisemitische Handlungssicherheit bei Pädagogen und Pädagoginnen zu erreichen."[519]

n) Anmerkungen

- Aus dem Modellprojekt gingen zwei Publikationen hervor:

  1. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, Berlin, o. J. [2012], URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

  2. Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!" Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin, o. J., URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

16. MODELLPROJEKT „WIR FAHREN NACH BERLIN – GEGEN LINKSEXTREMISMUS“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Bundesverband der Jungen Union (JU)[520]

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 03.11.2010–31.12.2010

e) Zielgruppe(n)

- junge Leute, die schon als Multiplikator*innen „in der Jugendszene“[521] engagiert sind

f) Herangehensweisen und Methoden

- Geplant waren insgesamt drei Fahrten[522] nach Berlin, die unter dem Oberthema „Linksextremismus“ stehen sollten. Unter anderem waren ein Besuch des Checkpoint Charlie, der Gedenkstätte Berliner Mauer und eines ehemaligen besetzten, heute als linkes Wohnprojekt genutzten Hauses (die „Köpi“ in der Köpenicker Straße) geplant.[523] Letzteres wurde schnell wieder verworfen.[524]

- Ursprünglich sollte mit den Teilnehmenden überlegt werden, welche Initiativen sie lokal gegen Linksextremismus entwickeln können.[525] Außerdem sollten sie zu Multiplikator*innen weiterqualifiziert werden.[526] Aber wie der Gesamtbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ feststellt, wurden „keine entsprechenden pädagogischen Anstrengungen dahin gehend angeregt“[527].

g) Thematische Schwerpunkte

- Das Modellprojekt wollte Linksextremismus sowohl aus historischer als auch aus aktueller Perspektive beleuchten.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Der Kölner Kreisgeschäftsführer der JU, Patrick Stamm, sagte zur Begründung des Reiseprogramms, dass Berlin als „Hauptstadt der angezündeten Autos“[528] bekannt sei und dass es dort eine „aktive linksextremistische Szene“[529] gebe. Wenn die Reisegruppe den Checkpoint Charlie und die Gedenkstätte Berliner Mauer besuche, dann beziehe sie sich auf den „Linksextremismus in der DDR“[530], so Stamm weiter.

i) Ziele

- Das Ziel des Projekts war es, den Teilnehmenden Wissen über Linksextremismus zu vermitteln. Dieses Wissen sollte dann in die Jugendarbeit transferiert werden.[531]

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger arbeitete mit dem Begriff „Linksextremismus".

k) Herausforderungen und Probleme

/

l) Rezeption und Resonanz

- Als die drei geplanten Fahrten öffentlich wurden, kam viel Kritik aus der Opposition. So sprach z. B. der Bundestagsabgeordnete der Grünen Sven-Christian Kindler von „dreister Klientelpflege"[532], da Bundesfamilienministerin Kristina Schröder Mitglied der Jungen Union sei. Die innenpolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke sagte: „In meinen Augen handelt es sich bei dieser extremismustheoretischen Kaffeefahrt um einen eklatanten Missbrauch von Geldern, die zum Kampf gegen den Neofaschismus dringend benötigt werden"[533].

- Die dreitägige Berlin-Fahrt des Kreisverbands Köln der Jungen Union, an der 27 Personen teilnehmen konnten[534], wurde schließlich abgesagt[535], während die Reisen der JU-Landesverbände Bayern und Hessen zwischen dem 16. und 19. Dezember 2010 wie geplant stattfanden.[536] Die Mitglieder der Jungen Union aus Bayern besuchten u. a. das ZDF-Hauptstadtstudio im Zollernhof, da Erich Honecker und Egon Krenz dort ihre Büros hatten, als sie Erste Sekretäre des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend waren. Der hessische Landesverband der JU stattete u. a. dem Stasimuseum einen Besuch ab.[537]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

/

n) Anmerkungen

/

17. MODELLPROJEKT „ZUGÄNGE DER JUGENDHILFE ZU LINKSAUTONOMEN JUGENDSZENEN IN HAMBURG – EINE BESTANDSAUFNAHME“

Internetpräsenz: https://www.ev-hochschule-hh.de/forschung-und-fortbildung/forschungsprojekte/abgeschlossene-projekte/zugaenge-der-jugendhilfe-zu-linksautonomen-jugendszenen/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Projektträger war die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie – Das Rauhe Haus in Hamburg. Dort war das Projekt am Institut für Soziale Praxis angesiedelt. In dem Projekt haben Prof. Dr. Thomas Möbius, Diplom-Psychologe und Sonderpädagoge, und die Diplom-Sozialpädagogin Anja Wendland mitgearbeitet.

c) Förderperiode

- 1. (und einzige) Förderperiode des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“

d) Laufzeit

- 01.11.2010–30.06.2011

e) Zielgruppe(n)

- Expert*innen aus den Bereichen Sozialwissenschaften und Verwaltung sowie aus der Praxis (z. B. aus der Jugendhilfe), die Bezüge zu linksautonomen Jugendlichen haben
- Jugendliche aus linksautonomen Szenen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Projekt ging von zwei zentralen Fragen aus: 1. „Inwieweit es sich bei den Vorfällen der letzen [sic] Jahre – gewalttätige Auseinandersetzungen in ‚Szenestadtteilen‘ und Sachbeschädigungen in Hamburg (als eine der deutschen Städte neben Berlin, in der eine linksautonome Szene aktiv in Erscheinung tritt) – um ein *politisch motiviertes* Agieren von *Jugendlichen* handelt, die der linksautonomen Szene nahe stehen“[538], 2. „ob bzw. wie sie von der *Sozialen Arbeit/Jugendhilfe* – etwa der offenen Jugendarbeit, Streetworker_innen etc. – erreicht werden bzw. *erreicht werden können* und *sollen*“[539]. Im Mittelpunkt des Projekts standen folglich nicht primärpräventive, sondern sekundärpräventive Maßnahmen.[540]

- Neben Literaturrecherchen waren qualitative, leitfadengestützte Interviews geplant, mit deren Hilfe „Einschätzungen von verschiedenen Expert_innen aus den Bereichen der Sozialwissenschaften, der Behörden und der Jugendarbeit über Lebenslagen von Jugendlichen in linksautonomen Jugendszenen in Hamburg sowie über sich möglicherweise daraus ableitende Handlungsbedarfe“[541] zusammengetragen werden sollten. Daneben sollten Jugendliche, die sich in linksautonomen Szenen bewegen, interviewt werden, um ihre Ansichten sowie ihre Wünsche an Jugendhilfeangebote zu ermitteln.[542]

g) Thematische Schwerpunkte

- Das Projekt war sowohl thematisch (linksautonome Jugendszenen und Jugendhilfe) als auch geografisch (Situation in Hamburg) eng begrenzt.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Die Grundannahme des Projekts lautete, „dass die Klärung der Frage nach möglichen (neuen) Zugängen der Jugendhilfe zu jungen Menschen in linksautonomen Szenen bzw. nach der Legitimierung der Jugendhilfe, in diesem [sic] Kontexten aktiv zu werden, zunächst einmal Kenntnisse über diese Szenen und insbesondere über die Präsenz von Jugendlichen (!) in der von Erwachsenen gebildeten Szenen erforderlich macht. Erst auf Basis einer Beantwortung dieser Fragen kann gegebenenfalls über Handlungsansätze sinnvoll nachgedacht werden.“[543]

i) Ziele

- Von einem Forschungsdesiderat ausgehend – bislang lagen keine Untersuchungen zu jungen Menschen in linksautonomen Szenen und deren An- bzw. Einbindung in die Jugendhilfe vor –, war es zunächst Ziel des Projekts, Wissen über die linksautonome Jugendszene (oder gegebenenfalls über die linksautonomen Jugendszenen) in Hamburg zu gewinnen. In einem zweiten Schritt sollte geklärt werden, „inwieweit überhaupt ein Handlungsbedarf seitens der Jugendhilfe und kooperierender Instanzen im Hinblick auf eine oder auch mehrere identifizierbare Gruppen in Hamburg gesehen wird“[544]. Ein weiteres Ziel war, zu eruieren, „ob und in welcher Form Jugendhilfe für diese Gruppen sinnvollerweise und legitimerweise zuständig ist“[545].

j) Begrifflichkeiten

- Das Projekt arbeitete aus unterschiedlichen Gründen mit dem Begriff „linksautonom“. So weisen der Projektleiter Thomas Möbius und die Projektmitarbeiterin Anja Wendland in ihrem Aufsatz „Jugendhilfeangebote für linksautonome Jugendszenen? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme in Hamburg“ auf die Umstrittenheit des Begriffes „Linksextremismus“ hin. Auf dem Hearing „Linksextremismus“, das im Rahmen des Bundesprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ am 9. Juni 2010 in Berlin stattgefunden habe, hätten Wissenschaftler*innen betont, (Links-)Extremismus sei „weder inhaltlich noch phänomenologisch eindeutig“[546]. Als weiteren Grund für die Verwendung des Begriffes „linksautonom“ führen Möbius und Wendland an, dass er „der Selbstbeschreibung der Gruppe eher entspricht“[547].

k) Herausforderungen und Probleme

- Das Projekt konnte nicht vollständig durchgeführt werden, da von den angefragten Jugendlichen aus der linksautonomen Szene niemand zu einem Interview bereit war. Es ist anzunehmen, dass dies mit denjenigen Studierenden der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie zusammenhing, die gegen das Projekt protestierten: Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Hochschule hat alle vom Projekt kontaktierten Einrichtungen und Personen aufgefordert, die zugesandten Fragebögen zu vernichten.[548]

- Doch nicht nur der Zugang zu den Jugendlichen erwies sich als schwierig: Auch bei den Expert*innen stieß das durchführende Institut z. T. auf Ablehnung.[549] Möglicherweise war dies ebenfalls eine Konsequenz der Protestaktionen.

I) Rezeption und Resonanz

- Am Ende konnten 18 Interviews mit Expert*innen „aus verschiedenen Bereichen mit sehr unterschiedlichen beruflichen Berührungspunkten zum Thema linksautonome Jugendliche“[550] realisiert werden. Aus diesen Interviews ergaben sich für das Projektteam sechs Thesen, die wie folgt lauten:

  1. „Die Zugänge der beiden Expertengruppen ‚Wissenschaft und Verwaltung‘ (P1) und ‚Praxis‘ (P2) zu linksautonomen Szenen differieren stark. Der Kenntnisstand über linksautonome (Jugend-)Szenen ist allgemein gering. Konkretes Wissen bzw. Eindrücke werden vor allem durch institutionell eingebundene Beobachtungen der Szene, durch professionelle Kontakte zu einzelnen Jugendlichen oder auch durch private Eindrücke geprägt.“[551]

  2. „Die Beschreibung der Rolle von Jugendlichen in linksautonomen Szenen wird in beiden Expertengruppen durch fehlende Kenntnisse und/oder Skepsis bis hin zu Ablehnung im Hinblick auf die Zuordnung von Jugendlichen zu linksautonomen Szenen (oder auch anderen Gruppen) geprägt.“[552]

  3. „Der Anteil von Jugendlichen bis zu 18 Jahren in linksautonomen Szenen wird mehrheitlich eher gering bis unbedeutend eingeschätzt. Es wird jedoch auch darauf hingewiesen, dass im Umfeld von Demonstrationen zunehmend auch Jugendliche auftreten, deren politische Motivation an den Veranstaltungen eher angezweifelt wird.“[553]

  4. „Trotz der auf der einen Seite von den meisten ExpertInnen angenommenen geringen Präsenz von Jugendlichen in linksautonomen Szenen wird der Szene eine hohe Attraktivität gerade auch für junge Menschen attestiert. Die Rote Flora im Hamburger Schanzenviertel als zentraler Treff- und Veranstaltungspunkt der Szene trägt aus Sicht einiger ExpertInnen sehr zu der Attraktivität bei.“[554]

  5. „Die Bedarfseinschätzung der ExpertInnen beider Personenkreise an Jugendhilfeangeboten fällt deutlich verhalten bis ablehnend aus. Es werden vereinzelt Ansatzmöglichkeiten für eine Angebotsentwicklung formuliert, verbunden jedoch auch hier mit dem Hinweis, dass es sich dabei nicht um spezifisch ausgerichtete Jugendhilfeangebote an linksautonome Jugendszenen handeln sollte, sondern um Angebote, die allgemein auf Missstände in der sozialräumlichen Jugendarbeit in den Szenevierteln bzw. auf problematische Lebenslagen einzelner Jugendlicher Bezug nehmen.“[555]

  6. „Wie schon bei der Einschätzung der ExpertInnen zu einer Angebotsentwicklung für linksautonome Jugendszenen deutlich formuliert, wird auch die Entwicklung von Modellprojekten von ExpertInnen fast ausnahmslos deutlich negativ eingeschätzt.“[556]

- Wie einem Online-Artikel von *jungle.world* vom 17. Februar 2011 zu entnehmen ist, sollen Fragebögen im Rahmen des Projekts nicht nur an Jugendhilfeträger, sondern auch an linke Anwaltskanzleien verschickt worden sein.[557] „Die Adressen der Angeschriebenen hatte das Rauhe Haus anscheinend aus gut informierter Quelle“, so der Autor des Artikels, Guido Sprügel.[558] Und weiter schreibt er: „Der bekannte linke Anwalt Andreas Beuth erhielt nach Informationen des Asta einen Anruf einer Studienmitarbeiterin. Auf Nachfrage, wie sie auf ihn gekommen sei, erhielt er zur Antwort, dass dem Rauhen Haus eine Liste des Hamburger Staatsschutzes vorläge. Diese habe sie abtelefoniert.“[559] Nach Bekanntwerden dieses

Sachverhalts reagierte der AStA unverzüglich: Er berief eine Vollversammlung ein, die sich in der Mehrheit für die Beendigung der Studie ausgesprochen hat. Außerdem organisierte der AStA eine Diskussionsveranstaltung, um öffentlich auf das Forschungsprojekt aufmerksam zu machen. Dort vertrat der AStA die Ansicht, dass linksorientierte Jugendliche nicht zum Ziel von Sozialarbeit werden sollten; die Gesellschaft benötige radikale Kritik.[560] Thomas Möbius, der Projektleiter, soll die Studie verteidigt haben. Es sei besser, „wenn eine eher linke Hochschule die Linke erforsche. Man arbeite in keiner Weise der Polizei oder dem Verfassungsschutz zu"[561], fasste Alexej Steinberg vom AStA die Position des Professors zusammen, nachdem dieser nicht bereit gewesen war, *jungle.world* telefonisch für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen. Stattdessen reagierte der Rektor der Hochschule, Michael Lindenberg, mit einer schriftlichen Stellungnahme, in der er betonte, dass es nicht Ziel der Studie sei, „politische Gesinnungen"[562] auszuhorchen. „Wir arbeiten nicht für den Verfassungsschutz und stehen nicht im Dienste rechtsgerichteter Politik", so Lindenberg weiter.[563] Außerdem betonte der Rektor: „Es gibt keine Extremismusstudie am Rauhen Haus und wir benutzen den Begriff ‚Linksextreme' ausdrücklich nicht, um jede falsche Gleichsetzung mit rechtsextremen Ideen zu vermeiden."[564]

- Mehrere Wochen später, Anfang April 2011, wurde sogar das Institut des Projektträgers für knapp eine Stunde von ca. siebzig Studierenden der Hochschule besetzt.[565] Dabei wurde die Kritik am Forschungsprojekt erneuert. Bereits der Studienansatz setze „faschistische Ideologien mit linken Idealen gleich"[566], und er degradiere junge Leute mit radikal linken Utopien zu Objekten von pädagogischen Maßnahmen. Kritisiert wurde aber nicht nur die Studie des Instituts, sondern auch das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken" allgemein: „Gelder, die früher für die Arbeit mit rechtsradikalen Jugendlichen ausgegeben wurden, widmet das Bundes-Ministerium jetzt für die Arbeit gegen Linksextremisten um", so Alexej Steinberg gegenüber der *taz*.[567] Autonome Jugendliche seien aber „keine Problemfälle, sondern fortschrittliche Kräfte", wird der AStA-Referent weiter zitiert.[568]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

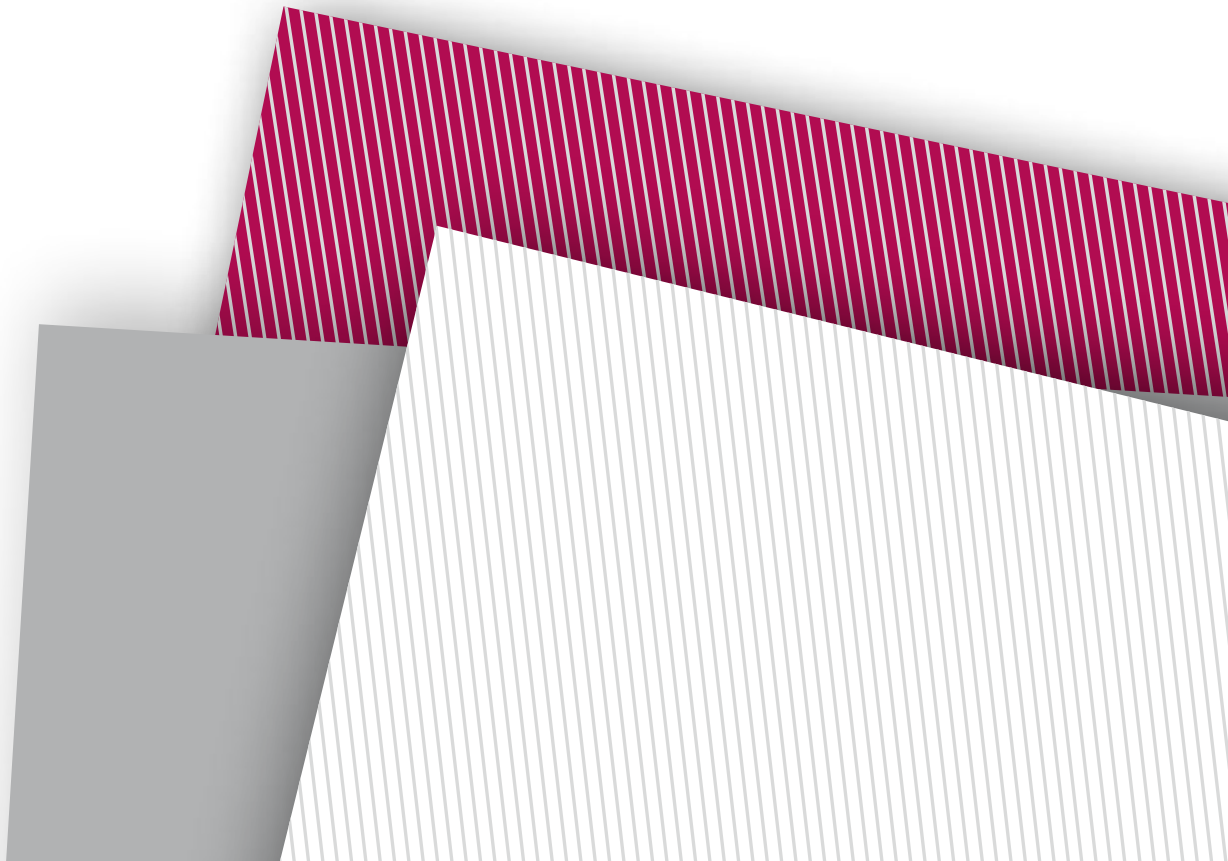
- Hier lässt sich auf die zuvor schon genannten Punkte verweisen.

n) Anmerkungen

/

II MODELLPROJEKTE UND SONSTIGE INITIATIVEN

MODELLPROJEKTE AUS DEM BUNDESPROGRAMM „DEMOKRATIE LEBEN!“ (1. FÖRDERPERIODE: 2015–2019)



1. MODELLPROJEKT „DIE ROLLE VON PROTEST IN UNSERER GESELLSCHAFT – DIE 68ER-BEWEGUNG AUS HEUTIGER SICHT“

Internetpräsenz: http://www.linke-militanz.de/aktuelles/handreichung-zum-protest-workshop-der-bundesfachstelle-linke-militanz/

a) Vollständiger Projekttitel

- „Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung. Ein Workshop für Schüler*innen des 11. Jahrgangs“

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen[569]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

01/2019–06/2020[570]

e) Zielgruppe(n)

- Schüler*innen des 11. Jahrgangs im Politik/Wirtschaft-Unterricht an Gymnasien

f) Herangehensweisen und Methoden

- Zunächst hat das pädagogische Team der Bundesfachstelle Linke Militanz den Workshop „Die 68er aus heutiger Sicht“ an mehreren Schulen in Göttingen und Umgebung durchgeführt.[571] Um einen Austausch über dessen konzeptionellen Rahmen und allgemein über pädagogische Konzepte im Bereich „Linke Militanz“ zu ermöglichen, hat die Bundesfachstelle Linke Militanz am 12. September 2019 Expert*innen aus den Bereichen der Bildungsarbeit, der Wissenschaft und der Justiz eingeladen. Anregungen aus diesem Treffen mit zwanzig Teilnehmenden flossen in die Handreichung ein, die seit Juni 2020 kostenlos im Internet verfügbar ist, die umfassend über den Workshop informiert[572] und die es nun möglich macht, dass die Lehrkräfte ihn selbst durchführen.[573]

- Am Ende der in der Pilotphase durchgeführten Workshops erfolgte eine Befragung der Lehrer*innen. Diese sollte „nicht nur dazu dienen, das Workshop-Konzept zu verbessern, sondern auch ermöglichen, erste empirische Daten zu sammeln, die aufzeigen, aus welchen Gründen und mit welchen Erwartungen dieses Angebot angenommen wurde. Auch soll sie zeigen, wie die Lehrkräfte zu dem angesprochenen Themenkomplex stehen, welche Erfahrungen sie damit im schulischen Kontext gemacht haben und ob das Thema für die Schüler*innen interessant ist.“[574] Auf dieser Basis sollen weitere Workshop-Angebote zum Thema linker Protest entwickelt werden.[575]

- Der Workshop zeichnet sich durch Methodenvielfalt aus. So wechseln sich beispielsweise Einzelarbeit, Zusammenkunft im Plenum und szenisches Spiel[576] ab.[577]

Dauer	Phase	Inhalt
10 Minuten	Begrüßung Aktivierung	» Begrüßung, Vorstellung der Workshop-Leitung » Aktivierung durch Fragen mit der Bitte, bei „Ja“ aufzustehen, z. B.: Wer war schon mal auf einer Demonstration? » Kurze mündliche Einleitung zum Thema „68er“
15 Minuten	Einstieg	» Einstieg in das geschichtliche Thema mit einem Film: https://www.youtube.com/watch?v=00_9TwmAul0 (bei 2:50 beenden/schneiden) » Hör-/Sehauftrag für das erste Mal Film gucken: ***Wofür haben die 68er gekämpft?*** » Spielauftrag für das zweite Mal Film anschauen und Bingo zur Frage: ***Mit welchen Mitteln haben sie gekämpft?***
10 Minuten	Erarbeitung I	In Kleingruppen werden Protestformen szenisch gespielt, z. B. » Demonstrationen, » Besetzungen Eine Beobachtergruppe, die während der Vorbereitung die Frage bearbeitet: ***Wie kann Meinungsäußerung bzw. politische Beteiligung aussehen?***
15 Minuten	Sicherung I	» Sehauftrag für alle: Was bzw. welche Begriffe wurden vorgespielt? » Gruppen führen ihr szenisches Spiel nacheinander auf, *Beobachtergruppe beschreibt und benennt einzelne szenische Spiele. » Reflexionsfragen an alle: Welche Gefühle wurden bei Euch durch die Aufführungen ausgelöst? Könnte es einen übergeordneten Begriff für das geben, was Ihr vorgespielt habt? (Protestformen) » Beteiligungsformen der Beobachtergruppe sammeln
25 Minuten	Erarbeitung II	» Protest-Koordinatensystem/Raster installieren (x-Achse: individuell/kollektiv, y-Achse: friedlich/konfrontativ) » Begriffe des Rasters klären („individuell“ etc.) » Anhand eines Beispiels die Einordnung erklären (z. B. mit „Hungerstreik“) » Einzelarbeit: Einordnen der Begriffe in das Raster-Arbeitsblatt » Betrachtung der unterschiedlichen Einordnungen mit Begründung der Schüler*innen » Vergleich und Diskussion über Einordnung » Kriterien zur Einordnung sammeln
10 Minuten	Sicherung II	Persönlich: Schüler*innen definieren für sich in Einzelarbeit auf einem DIN-A5-Blatt: „Für mich ist Protest okay, wenn …“
5 Minuten	Abschluss	Betrachtung der entstandenen Antworten, Nachfragen und Gespräch, Dank und Verabschiedung

Tab. 10: Ablauf des Workshops „Die 68er aus heutiger Sicht“[578]

g) **Thematische Schwerpunkte**

- Im Zentrum des Modellprojekts standen der Entwurf und die Erprobung eines Workshopkonzepts mit dem Titel „Die 68er aus heutiger Sicht“. Im Workshop selbst wurden die „Protestformen, die 68 vorwiegend aufgetreten sind“[579], thematisiert.

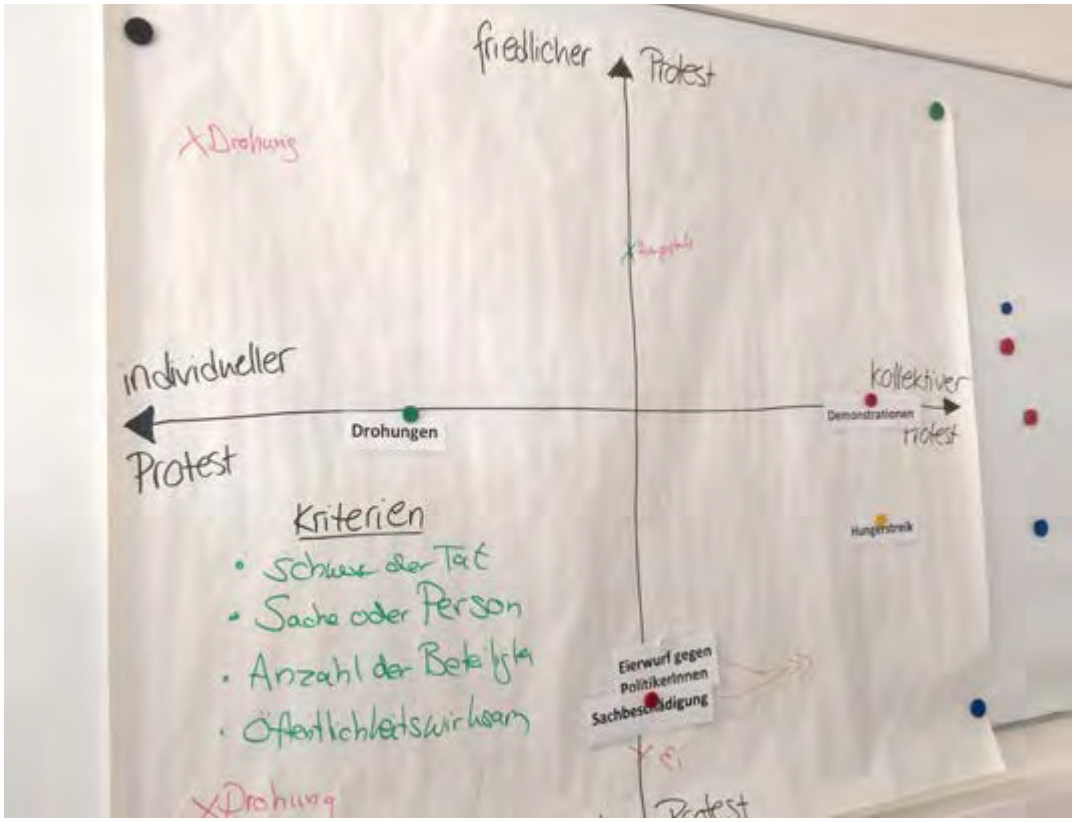


Abb. 4: Die Teilnehmenden ordnen unterschiedliche Formen von Protest in das vorgegebene Raster ein und diskutieren die gewählten Kriterien in der Gruppe.

h) **Ausgangspunkte und Annahmen**

- Das Projekt verfolgt einen phänomenübergreifenden Ansatz. Damit ist eine Herangehensweise gemeint, die „über die verschiedenen politischen Strömungen hinweg Themen aufgreift und behandelt, die in jedem politischen Lager auftreten und relevant sind“[580]. Darauf aufbauend soll es in dem Workshop darum gehen, anhand eines konkreten Beispiels aus der Geschichte politischen Protest allgemein zu behandeln.[581]

- Naheliegend ist die Frage, warum der Projektträger kein aktuelles Beispiel für politischen Protest ausgewählt hat, etwa die Bewegung Fridays for Future, besteht hier doch ein Bezug zur Lebenswelt der Schüler*innen. Darauf wurde jedoch verzichtet, da Protest „eine polarisierende und emotionalisierende Wirkung haben kann“[582]. Historischen Beispielen dagegen können die Schüler*innen zunächst mit Distanz begegnen, die es wiederum ermöglicht, auf das Thema Protest objektiver zuzugehen.[583]

i) **Ziele**

- Die pädagogische Arbeit, die im Rahmen der Bundesfachstelle Linke Militanz erfolgt, leistet politische Bildungsarbeit, die für das Thema Linke Militanz sensibilisieren soll.[584] In diesem

Rahmen wird auch der Workshop zu politischem Protest am Beispiel der 68er-Bewegung angeboten. Er hat das Hauptziel, dass die Teilnehmer*innen verschiedene Protestformen und Sichtweisen darauf kennenlernen, um Proteste einordnen und beurteilen zu können.[585]

- Das Projekt dient daneben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn: Das pädagogische Team der Bundesfachstelle Linke Militanz möchte Wissen darüber gewinnen, „wie Jugendliche zu linksmilitanten Positionen und Praktiken stehen, welches Wissen abrufbar ist und welche Assoziationen geweckt werden“[586].

j) Begrifflichkeiten

- Das Modellprojekt ist – wie bereits erwähnt – phänomenübergreifend ausgerichtet. Infolgedessen kommt der Begriff „Linke Militanz“, mit dem die Bundesfachstelle Linke Militanz normalerweise arbeitet, in der Handreichung für Lehrer*innen (vgl. dazu Punkt f) nicht vor.

k) Herausforderungen und Probleme

- In der Pilotphase (kurz vor den niedersächsischen Sommerferien 2019) wurde der Workshop in neun Klassen der 11. Jahrgangsstufe durchgeführt. Dabei fiel die unzureichende technische Ausstattung der Klassenräume auf; so war es teilweise schwierig, den Film zum Einstieg zu sehen, bzw. es kam zu einer Verzögerung des Workshopablaufs.[587]

l) Rezeption und Resonanz

- Die ersten Workshops wurden mit E-Mails beworben, wobei der Rücklauf viel größer als erwartet war: „Nachdem wir Lehrkräfte aus 15 Schulen angeschrieben hatten, erhielten wir innerhalb weniger Tage neun Interessenbekundungen, sodass unser Zeitbudget ausgereizt war und wir spätere Nachfragen leider nicht mehr berücksichtigen konnten.“[588] Ursprünglich waren lediglich fünf bis sieben Durchführungen von Seiten der Bundesfachstelle Linke Militanz angedacht.[589]

- Die Evaluationsgespräche, die in der Pilotphase mit neun Lehrer*innen über den Workshop geführt werden konnten, geben einen Einblick in verschiedene Themen, darunter in die Motivation, am Workshop teilzunehmen. Mehrfach wurde hier geantwortet, dass Protest für die Schulklasse nicht zuletzt aufgrund von Fridays For Future „eine aktuelle und auch persönlich relevante Partizipationsform“[590] darstelle.

- Der Workshop insgesamt wurde von den Lehrer*innen sehr positiv bewertet. Unter anderem wurde die Methodenvielfalt für gut befunden. Daneben machten die Lehrkräfte aber auch Verbesserungsvorschläge. So wurde vorgeschlagen, den Schüler*innen mehr Wissen – z. B. in Form eines Textes – zur Rolle von Protesten in der Gesellschaft zu vermitteln und schwierige Termini, wie beispielsweise „ziviler Ungehorsam“, zu thematisieren.[591]

- In einer Kleinen Anfrage aus dem August 2020 warf die AfD-Bundestagsfraktion dem Herausgeber der Handreichung „Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung. Ein Workshop für Schüler*innen des 11. Jahrgangs“ – die Bundesfachstelle Linke Militanz am Institut für Demokratieforschung – anhand von zwei Textstellen vor, er habe dort „eine bewusste Verharmlosung linksextremer Weltanschauungen vorgenommen, die auf eine eigens von der Bundesfachstelle vorgenommenen, abgeschwächten [sic] Begriffsdefinition zurückgeht“[592].

ARBEITSBLATT

FILM-BINGO: DIE 1968ER-BEWEGUNG

Aufgabenstellung:

Schauen Sie sich den Film nun erneut an. Achten Sie dabei auf folgende Wörter, die genannt werden, oder Bilder, die zu sehen sind. Streichen Sie diese durch. Die gesprochenen Wörter müssen genau so im Film genannt werden, wie sie hier stehen. Sobald Sie fünf in einer Reihe haben (horizontal, vertikal oder diagonal), rufen Sie laut BINGO. Wer als erstes korrekt eine Reihe erkennt und BINGO ruft, hat gewonnen.

Wenden sich an die Presse	**Plünderung**	**Petition**	**Flugblätter**	**Megaphon**
Provokation	**Brennende Lieferwagen**	**Rebellen**	**Demon-stration**	**Revolution**
Sachbeschä-digung	**Besetzung**	**Steine werfen**	**Drohungen**	**Umzingeln**
Hunger-streik	**Unter-schriften sammeln**	**Eierwurf**	**Brand**	**Plakate**
Häuser be-schmieren	**Öffentliche Ohrfeige**	**Sitzblockade**	**Waren-boykott**	**Jugend-proteste**

Abb. 5: Arbeitsblatt „Film-Bingo: Die 1968er-Bewegung“

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Für die neun Klassen, in denen der Workshop durchgeführt wurde, ließ sich feststellen, dass das Vorwissen der Schüler*innen zu „68“ „sehr, sehr gering“[593] war. Auch beim Thema Protest war das „reine Wissen […] nicht sehr groß“; es war aber „einiges an Erfahrung“ vorhanden.[594] Auffällig war die Heterogenität der Klassen. So wurden beispielsweise in mehreren Lerngruppen zahlreiche Vergleiche zu Fridays for Future gezogen, weil die Schüler*innen damit auch selbst Kontakt hatten. In anderen Klassen dagegen waren die Erfahrungen mit Protestbewegungen sehr gering.[595]

- Aufgrund der sehr positiven Rückmeldungen zu den bislang durchgeführten Workshops plant die Bundesfachstelle Linke Militanz derzeit ein neues Workshop-Konzept. Dieses Mal stehen thematisch die Schüler- und Lehrlingsbewegung der 1960er Jahre im Vordergrund.

n) Anmerkungen

/

Infokasten 11: Der Begriff Linke Militanz

Der Begriff Linke Militanz ist eine Selbstbeschreibung. Allerdings findet er in jüngerer Zeit auch als analytischer Begriff Verwendung. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) sieht den Begriff als geeignet an, weil er es gestattet, „Phänomene wie Gewalt (gegen Sachen oder Personen) stärker im Kontext gesellschaftlichen Protestgeschehens, der Jugendphase sowie als Teil von Protestbewegungen zu verorten“ (DJI-Impulse 2015: 36). Im Gegensatz zum Begriff des Linksextremismus entstammt der Begriff der (Linken) Militanz der Bewegungsforschung und thematisiert weitaus stärker „Wechselwirkungen zwischen Protestgruppen und staatlichen Institutionen oder politischen Gegnern“ (ebd.).

Andere Bestimmungen fassen unter Linker Militanz einen spezifischen linksradikalen Habitus mit dem Ziel a) kämpferischen (aber nicht zwangsläufig gewalttätigen), b) tatorientierten Handelns im Sinne c) linksradikaler Absichten und Ziele. Zentrale Handlungsfelder Linker Militanz sind u. a. die Bereiche Antifaschismus, Antikapitalismus, Antirepression und Antiimperialismus. Der Ort Linker Militanz ist der öffentliche Raum, oft auch die Straße. Militanz zielt gleichermaßen radikal auf das Grundsätzliche, auf Geschlossenheit und auf Abgrenzung nach außen (vgl. zu dieser Begriffsbestimmung Gmeiner/Micus 2018: 32). Kritiker*innen des Begriffs Linke Militanz argumentieren, er befände sich in einem schiefen Verhältnis zum Begriff des Rechtsextremismus, da die Demokratiefeindlichkeit linker Ideologie zu wenig berücksichtigt und zu sehr auf die konkreten Handlungen abgestellt würde (vgl. Mannewitz/Thieme 2020: 32 f.).

Ausgewählte Literatur:

DJI-Impulse. Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, H. 1/2015, S. 36, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull109_d/DJI_1_15_Web.pdf [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].
Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: Radikalismus der Tat. Linke Militanz und die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog. Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx), H. 2 (2018), S. 29–35, URL: https://www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2018/Demokratie-Dialog-2-18-Web.pdf [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].
Mannewitz, Tom/Thieme, Tom: Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020.

2. MODELLPROJEKT „FRONTALDISKURS. KONFRONTATIONEN DIE STIRN BIETEN MIT MEDIEN, KUNST UND KULTUR“

Internetpräsenz: https://minor-kontor.de/frontaldiskurs/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Das Projekt wurde von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH[596] umgesetzt.
- Neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wurde das Projekt „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert.[597]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.01.2015–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- Kernzielgruppe: linksaffine Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren in Jugendeinrichtungen, kulturellen Einrichtungen, Schulen sowie Sportvereinen[598]
- „Jugendliche, die sich in Frontstellung/Konflikt mit der Kernzielgruppe befinden (mit unterschiedlicher politischer Orientierung und aus verschiedenen Milieus)“[599]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Bei dem Modellprojekt handelte es sich um eine Weiterentwicklung des Ansatzes, der bei dem Modellprojekt „Kulturschock – Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken“ erprobt worden war.[600]

- Den Zugang zu den beiden Zielgruppen wollte man über Kooperationen mit lokalen Einrichtungen erreichen, darunter z. B. Träger der Jugendarbeit und der Straßensozialarbeit, Kultureinrichtungen, aber auch Schulen.[601] Diese konnten im Rahmen einer bundesweiten Ausschreibung ihre Ideen für die Umsetzung eines eigenen Projektes einreichen.[602]

- Die Projekte, die durchgeführt wurden, haben politische Bildung mit Kunst, Medien und Kultur verknüpft. In einem Jahr wurden jeweils zwei bis vier Projekte in Kooperation mit Partnern vor Ort realisiert, wobei diese und die Jugendlichen die Aktivitäten vorschlagen konnten.[603] Der Projektauftragnehmer sprach deshalb auch davon, dass eine „größtmöglich[e] Beteiligung der Jugendlichen“[604] gewährleistet werden soll.

– Wie schon das Vorgängerprojekt „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ verfolgte das neue Modellprojekt einen partizipativen Ansatz, der die „Lebenswelten und -räume“[605] der Teilnehmenden einbezogen hat und der mit vielseitigen Methoden einherging. Am Ende der durchgeführten Teilprojekte stand oftmals die Präsentation der Ergebnisse. So schreibt Minor zu einem 2018 in Leipzig realisierten Theaterprojekt: „Auch die Präsentation des Endprodukts in mehreren Aufführungen in Verbindung mit daran anschließenden Publikumsdiskussionen bieten den jungen Schauspielenden Gelegenheit, ihre gesellschaftspolitischen Themen zusammen mit Außenstehenden zu besprechen und ihre Perspektive darauf auch einmal zu wechseln.“[606] Hinter der Vorstellung der Projekte in einer Abschlussveranstaltung stand daneben auch die Absicht, die durchgeführten Aktivitäten sowie die erzielten Ergebnisse „einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren“[607] und den Teilnehmenden die Erfahrung von Wirkungsmächtigkeit zu vermitteln: Sie hätten sich selbst als wirkungsmächtig erlebt, „wenn sie am Ende die Anerkennung des Publikums und der Adressatinnen und Adressaten ihres Projekts erhielten“, so Minor im Projektabschlussbericht für das Jahr 2019.[608]

g) Thematische Schwerpunkte

– Zum einen ging es um Konfrontationssituationen bei aktionsorientierten Handlungs- und Protestformen (Besetzungen, Blockaden, Demonstrationen, …).[609] Zum anderen wurde auch die „mediale Ebene von Konfrontationen wie beispielsweise bei Mobilisierungen im Internet oder über Aufkleber, Presse etc.“[610] betrachtet.

Projektname	Kerninhalt	Jahr der Durchführung
Theater Leipzig 2015. Ein Theater- und Filmprojekt in Leipzig	Das Projekt, das in Kooperation mit dem Theatrium in Leipzig-Grünau durchgeführt wurde, beinhaltete ein sozial-integratives Theaterprojekt für Jugendliche aus Leipzig. Sie sollten die Möglichkeit erhalten, „sowohl schauspielerische und medientechnische Mittel zu erlernen und zu nutzen als auch projektrelevante Themen wie Gewalt, Gewissen und Konflikt zu bearbeiten sowie diesen Prozess mithilfe der erlernten Mittel zu präsentieren“.	2015
Theater Wendland 2016. Ein Theater- und Filmprojekt im Wendland	Hier stand ein Theater- und Filmprojekt im Mittelpunkt, diesmal angesiedelt an der Kooperativen Gesamtschule Clenze im Wendland. Gemeinsam mit einer Schauspielerin der Freien Bühne Wendland haben Schüler*innen ein Theaterstück inszeniert, das ihnen die Möglichkeit gab, sich „mit sozialpolitischen Themen – insbesondere in Bezug auf ihr Leben im ländlichen Raum – auseinanderzusetzen sowie die Reflexion eigener Handlungsweisen zu erlernen“.	2016
Jugendzentrum 2016. Eine Veranstaltungsreihe im Alternativen Jugendzentrum	Hier ging es darum, dass sich die jungen Besucher*innen des linksorientierten Alternativen Jugendzentrums (AJZ) im mittelsächsischen Leisnig mit der linken Szene bzw. – konkreter – mit linker Jugendkultur auseinandersetzen. Es wurde dazu in Kooperation mit dem Verein Regenbogenbus e. V. eine Veranstaltungsreihe organisiert, die von einem Vortrag zur Geschichte der linken Bewegung bis zu einem Textilgestaltungsworkshop reichte.	2016

Human Rights Hall 2017. Die Konzeption und Umsetzung einer Ausstellung zum Thema „Menschenrechte“	In diesem Projekt stand das Thema „Menschenrechte“ im Zentrum, das mit unterschiedlichen Medien und Kunstformen bearbeitet wurde. Ort war der Demokratiebahnhof Anklam, ein ehrenamtlich organisiertes, pädagogisch begleitetes Jugend- und Kulturzentrum, wo die jungen Menschen den Eingangsbereich zu einer „Human Rights Hall“ umgestalteten.	2017
Jugendringe in Mecklenburg-Vorpommern 2017. Eine Veranstaltungsreihe in Mecklenburg-Vorpommern	Hierbei handelt es sich um Veranstaltungen, die in Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Rostock e. V. in ganz Mecklenburg-Vorpommern unter dem Titel „kreativ statt aggressiv“ organisiert wurden. Die Teilnehmenden konnten sich über künstlerische Mittel (z. B. Musik) mit Ausdrucks- und Protestformen sowie demokratischen Werten auseinandersetzen. Zum Beispiel organisierten Jugendliche anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie ein öffentliches Straßenfest.	2017
Theater Strahl 2017. Ein Theater- und Filmprojekt in Berlin	Bei diesem Teilprojekt entstand eine (filmische) Dokumentation über den Entstehungsprozess des Theaterstücks „Das wird man doch mal sagen dürfen“. Angesiedelt war das Vorhaben am privat geführten Theater Strahl in Berlin, das auf theaterpädagogische Projekte mit Jugendlichen spezialisiert ist.	2017
Jugendzentrum 2018. Eine Veranstaltungsreihe im Alternativen Jugendzentrum	Hier ging es für die Jugendlichen darum, sich im Rahmen unterschiedlicher Aktivitäten „gewaltfreie Handlungsalternativen in Konfrontationssituationen und kreative Formen von Protest“ zu erarbeiten und sich „kritisch mit antisemitischen Einstellungsmustern im linken Spektrum“ auseinanderzusetzen. Das Projekt fand – wie schon 2017 – im Alternativen Jugendzentrums (AJZ) Leisnig statt.	2018
Performance Theater. Die Konzeption und Umsetzung einer Performance in Rostock	Die Themenpalette des Projekts, das am Performance Theater Rostock angesiedelt war, war relativ breit. Sie reichte von Ereignissen, die mit der Geschichte Rostocks verbunden sind (Pogrome in Rostock-Lichtenhagen), über die Proteste anlässlich des G8-Gipfels 2008 bis zu den Krawallen rund um den G20-Gipfel 2017. Dazu sollten die Teilnehmenden mit theaterpädagogischen Methoden eine Performance entwickeln, die am Ende öffentlich vorgestellt wurde.	2018
Teilprojekt Pankow 2018. Kreative Interventionen im öffentlichen Raum in Berlin-Pankow	Das Teilprojekt war auf den Berliner Bezirk Pankow beschränkt, wo es in Kooperation mit einem politischen Bildner stattfand. Dieser realisierte das Projekt mit einer linken Basisgruppe, die sich für eine (Re-)Politisierung des Alltagslebens in Form von originellen Interventionen im öffentlichen Raum einsetzte. Organisiert wurde neben einem Workshop zur gesellschaftspolitischen Rolle von Fußball und Fußballfans ein Aktionstag, bei dem sich die Teilnehmenden selbstreflexiv und kreativ mit ihrem eigenen Protest auseinandersetzten.	2018

Theater Leipzig 2018. Ein Theaterprojekt in Leipzig	Das Projekt fand – wie schon das im Jahr 2015 – in Kooperation mit dem Theatrium Leipzig-Grünau statt. Nun entwickelte die dortige Jugendtheatergruppe „gemeinsam mit einem Dramaturgen auf Basis verschiedener, teils subkulturell geprägter Liedtexte ein Theaterstück, das sich dem Themenfeld rund um Protest und Rebellion, speziell auch gegen die Generation der Eltern, widmet“.	2018
Satirekollektiv. Eine Workshopreihe zu Satire und dem kritischen Umgang mit Medien	Der Modellprojektträger bezeichnet das Teilprojekt als „Satireprojekt“. Es setzte sich zu Beginn „in einer Medienanalyse mit unterschiedlichen medialen Darstellungen und deren Manipulation“ auseinander. Im Anschluss wurden Formen der kreativen Intervention entwickelt, mit denen die Teilnehmenden ihrem eigenen Protest Ausdruck verleihen konnten. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der „Front Deutscher Äpfel“ realisiert, die sich seit 2004 auf satirisch-künstlerische Weise mit Themen wie Nationalismus und faschistischer Ideologie im weiteren Sinne auseinandersetzt.	2019
Jugendzentrum. Eine Veranstaltungsreihe im Parkclub Fürstenwalde	Im Jugendzentrum „Parkclub Fürstenwalde“ wurden unterschiedliche Veranstaltungen organisiert, die das Ziel hatten, gewaltfreie Handlungsalternativen in Konfrontationssituationen zu erarbeiten. Unter anderem gab es zwei Veranstaltungen zum Thema Populismus und einen mehrtägigen Comic-Workshop, in dem die bisher angesprochenen Themen kreativ umgesetzt werden konnten. Der Workshop wurde an der Gemeinschaftsschule in Fürstenwalde durchgeführt.	2019

Tab. 11: Teilprojekte im Rahmen des Modellprojekts „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“[611]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Das Modellprojekt ging davon aus, dass linksmilitante Aktionen, bei denen es auch zur Anwendung von Gewalt kommt, nicht kleinzureden sind, obwohl „rechtsextreme Gewalttaten nach wie vor klar überwiegen und ein ernsthaftes Problem für die deutsche Gesellschaft darstellen“[612]. Umso relevanter sei es, „Jugendliche in den gesellschaftlichen Diskurs um Extremismus und Gewalt einzubinden, um junge Menschen unserer Gesellschaft zu demokratischem Handeln zu befähigen und ein Abdriften in Radikalisierungen aufgrund einer immer komplexer scheinenden Welt zu verhindern“[613].

- Das Modellprojekt nahm weiter an, dass in Sozialräumen, an denen linksaffine Jugendliche partizipieren, Konfrontationskonstellationen und Konfliktdynamiken vorhanden sein können, etwa wenn zugleich auch andere jugendkulturelle Szenen vor Ort existieren, insbesondere rechtsextreme Gruppen.[614]

  Das Projekt ging des Weiteren von einem „Präventionsansatz“[615] aus, der die folgenden Merkmale aufwies:

» „Akzeptanz jugendkulturellen Verhaltens
» Keine Akzeptanz von Gewalt
» Anerkennung der Fragen von linksaffinen Jugendlichen als **legitim** und von einem echten Interesse an einer positiven Gesellschaftsentwicklung
» Wertschätzend linksorientierte politische Einstellungen aufgreifen und Stigmatisierungen vermeiden
» Radikaler Kritik Raum geben und Jugendlichen in einen Diskurs darüber einzubinden [sic]
» Konsequenter Beteiligungsansatz
» Lebensweltbezug: Einbindung der Themen der Jugendlichen
» Mit Angeboten der kulturellen und politischen Bildung Jugendliche zur reflexiven Auseinandersetzung mit den Motiven ihres Engagements und möglichen Gefährdungen anregen
» Augenmerk auf das Durchbrechen von Konfrontationsdynamiken“[616]

– Diesen Grundsätzen lag die Annahme zugrunde, dass radikale Ideologien „verkürzte und ideologisierte Antworten auf legitime Fragen“ darstellten und von „echtem Interesse an einer positiven Gesellschaftsentwicklung“ getragen seien.[617] Die Angebote des Projektträgers zur kulturellen und politischen Bildung sollten die Teilnehmenden „zur reflexiven Auseinandersetzung mit den Motiven ihres Engagements und möglichen Gefährdungen“[618] anregen.

– Den einzelnen Teilprojekten (vgl. dazu Tabelle 11) lagen zusätzlich jeweils unterschiedliche Annahmen zugrunde. Das Projekt „Jugendringe in Mecklenburg-Vorpommern 2017“ beispielsweise bezog sich sowohl auf die Bundestagswahl 2017 wie auch auf die 25. Jahrestage der rassistisch motivierten Angriffe in Rostock-Lichtenhagen. Der Modellprojektträger ging davon aus, dass junge Menschen eine Zielgruppe „populistischer und extremistischer Propaganda im Rahmen von Wahlkämpfen und politischen Organisationen“[619] seien. Das Ziel des Teilprojekts war daher, „Veranstaltungen und Aktivitäten für Demokratie und (politische) Mitbestimmung sowie gegen Gewalt und Populismus zu koordinieren und durchzuführen“[620].

i) Ziele

– Das zentrale Ziel des Projekts war es, bei Jugendlichen „Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu verhindern und gleichzeitig das Interesse von Jugendlichen an politischer Teilhabe und aktionsorientierten Handlungsformen in einem friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Sinne zu stärken“[621]. Um dies zu erreichen, sollten die jungen Leute u. a. „in den gesellschaftlichen Diskurs zu **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Untauglichkeit von Gewalt**“ eingebunden werden und die „kritische Reflexion über ggf. radikale/militante Handlungs- und Einstellungsmuster“ erlernen.[622] Dies sollte nicht nur dadurch geschehen, dass „Gruppen mit Konfrontationspotenzial“ zusammenkommen, sondern auch indem „Gruppen in (teilweise gewaltsamer) Konfrontation“ zusammengebracht werden.[623] Dies bezeichnet die Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention in ihrem Zwischenbericht für das Jahr 2015 als „ehrgeizige[s] und durchaus riskante[s] Ziel“[624].

– Die unterschiedlichen Teilprojekte hatten jeweils noch eigene Ziele. So ging es bei dem Teilprojekt „Satirekollektiv. Eine Workshopreihe zu Satire und dem kritischen Umgang mit Medien“ u. a. darum, den Teilnehmer*innen gewaltfreie, aber dennoch öffentlichkeitswirksame Möglichkeiten des politischen Protests aufzuzeigen und ihnen handwerkliche Fähigkeiten zur Erstellung von Flyern, Online-Beiträgen, Plakaten etc. zu vermitteln.[625]

j) **Begrifflichkeiten**

- Minor nahm an, dass Begrifflichkeiten wie „Linke Militanz“ und „Linksextremismus“ „im wissenschaftlichen, politischen und insbesondere gesellschaftlichen Kontext als problematisch und definitorisch unklar [gelten]“[626]. „Ausgehend von einer Vielzahl verschiedener politischer Einstellungen, Haltungen und Ziele kann Linksextremismus als Phänomen nicht pauschal charakterisiert werden“[627], so der Modellprojektträger, der weiter ausführt: „Laut der Bundeszentrale für politische Bildung findet sich dort ein Bedeutungskonsens, wo die kapitalistische Grundordnung abgelehnt, eine sozialistische Ordnung angestrebt und Gewalt zu einem legitimen Mittel der Durchsetzung jener Ziele wird. Anti-demokratische Haltungen, die Ablehnung von Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus gelten als weitere Merkmale. Das gemeinsame Kernziel liegt in der Herstellung einer absoluten Gleichheit aller Menschen in einer Gesellschaft […].“[628]

- Die begriffliche Vagheit und die von den infrage kommenden Begriffen ausgehende Stigmatisierung führte am Projektende zu der „große[n] Herausforderung zu beurteilen, inwieweit die Kernzielgruppe des Projekts erreicht wurde. Dies begründet sich zum einen in der Tatsache, dass eine Einschätzung der Zielgruppe von außen nicht ohne die Nutzung bzw. Reproduktion von Stereotypen und Stigmata stattfinden kann. Zudem besteht […] definitorische Uneinigkeit darüber, welche Merkmale konkret ‚linksaffine‘, ‚linksmilitante‘ oder ‚linksradikale‘ Personen auszeichnen. Vom Versuch einer allgemeingültigen Charakterisierung der Projektzielgruppe wird aufgrund des Respekts vor den vielseitigen politischen Motivationen und Haltungen sowie sozial-kulturellen Bedingungen der Beteiligten abgesehen. Andererseits würde sich kaum eine jugendliche oder junge erwachsene Person selbst etwa der Kategorie ‚linksaffine Jugendliche, die im Begriff sind sich zu radikalisieren‘ zuschreiben.“[629]

k) **Herausforderungen und Probleme**

- Das Vorwort des Projektberichts für das Jahr 2018 beginnt mit dem folgenden Zitat: „Ist das jetzt so ein Projekt gegen links?!“[630] Diese Frage, so der Modellprojektträger, sei „eine der häufigen Legitimationsfragen“[631] an das Modellprojekt „Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ gewesen. Er zog infolgedessen den folgenden Schluss: „Demnach ist die wohl größte Herausforderung bei der Planung und Durchführung, links orientierte junge Menschen und Träger von einer Zusammenarbeit in einem Projekt zu überzeugen, das sich dem Themenfeld ‚Linke Militanz‘ widmet.“[632] Im Projektbericht für das Jahr 2019 konkretisierte der Zuwendungsempfänger diese Herausforderung in Bezug auf die Kooperationspartner: Es „zeigte sich eine Diskrepanz zwischen den Selbstbezeichnungen und Selbstverortungen der angesprochenen Akteurinnen und Akteure und der Zuordnung des Projekts zum Bereich der Prävention linker Militanz. Daraus resultierte die immer wiederkehrende Frage danach, was die Arbeit in diesem Themenfeld für Jugendliche und gerade für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bedeuten soll. Einerseits bestehen Unsicherheiten bezüglich der wenig verbreiteten Angebote zur Radikalisierungsprävention linker Militanz, andererseits stand dabei immer ihre Sorge vor einer Stigmatisierung von linken Jugendlichen und Strukturen als ‚linksextrem‘ im Raum. Die Arbeit mit linksaffinen Jugendlichen ist stark an eine Beteiligung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gebunden. Hier werden die Verbindungen zur Zielgruppe geknüpft, Zeitfenster und Inhalte gesetzt und Jugendliche aktiv zur Mitarbeit durch Vertrauenspersonen gewonnen. Dadurch kommt ihnen eine Schlüsselfunktion bei der Projektzusammenarbeit zu.“[633]

- Diese allgemeine Bedeutung von Multiplikator*innen präzisierte der Modellprojektträger noch wie folgt: „Erschwerend hinzu kommt, dass das Themenfeld ‚Linke Militanz' bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren große Unsicherheit auslöst. Unabdingbar ist demzufolge die Förderung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der politischen Bildung sowie der Jugend- und Sozialarbeit in Bezug auf den Umgang mit Phänomenen linker Militanz und der dazugehörigen Präventionsarbeit. Die Erfahrungen im Modellprojekt zeigten deutlich, dass an dieser Stelle Bedarf besteht. Deshalb sollen Kompetenzen zur Selbstreflexion, Handlungsfähigkeit und demokratischer Selbstverortung sowie Methodenkompetenzen in der kulturellen und politischen Bildung ausgebaut werden. Dazu braucht es fundiertes inhaltliches Wissen über Demokratie, Geschichte und ‚linke' Themen, um eine kritische Beschäftigung mit linken Verschwörungstheorien, Antisemitismus, der Gewaltdebatte und Ausgrenzungsmechanismen anzustoßen. Dementsprechend[,] gilt es die bestehenden Ansätze weiterzuentwickeln und zu verstetigen."[634]

- Eine letzte Herausforderung, mit der das Projekt konfrontiert war und die bereits in den zuvor genannten Punkten angeklungen ist, bestand darin „dass ein staatlich gefördertes Projekt nicht selten als voreingenommen und damit problematisch angesehen wurde, insbesondere gegenüber dem Förderschwerpunkt ‚Linke Militanz'"[635]. Diese Skepsis sei Resultat „der wahrnehmbar zunehmenden Prägung des gesellschaftlichen Diskurses durch rechtsextreme und rechtspopulistische Themen und Gruppen. Gerade angesichts der wachsenden Bedrohung durch rechtsextreme Übergriffe und ‚Hate Speech' in der digitalen Welt, insbesondere für Angehörige linker Subkulturen, stieß das Projekt in diesen oft von Vorneherein auf Ablehnung", so der Modellprojektträger.[636]

l) Rezeption und Resonanz

- Der Modellprojektträger zieht in seinem Jahresbericht für das letzte Förderjahr (2019) ein sehr positives Fazit seines Projekts. Trotz „all der Herausforderungen, vor denen ein Projekt zur Radikalisierungsprävention heutzutage steht"[637], habe es „einen wertvollen Beitrag in der politischen Bildungsarbeit mit links orientierten Jugendlichen leisten"[638] können: „[…] in diversen Kontexten wurden viele unterschiedliche Jugendliche und junge Erwachsene dazu motiviert, sich mit Demokratie, Gewaltfreiheit und weiteren verwandten Themen auseinanderzusetzen und ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Einstellungen zu reflektieren und in ihre jeweiligen Umfelder hineinzutragen"[639].

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Nach dem ersten Projektjahr (2015) kam der Modellprojektträger zu dem Schluss, dass ein „undifferenzierter Blick auf Militanz, Radikalität und Gewalt […] auf Nichtidentifizierung und Ablehnung der Jugendlichen stoßen [kann]"[640]. Das Modellprojekt legte als Konsequenz Wert darauf, „linksorientierte Haltungen deutlich wertzuschätzen, linksradikale Einstellungsmuster und linksradikale Kritik nicht zu kriminalisieren, politische Meinungen nicht zu stigmatisieren und die Welt nicht in ‚links' und ‚rechts' oder ‚extremistisch' und ‚nichtextremistisch' einzuteilen, sondern auch radikaler Kritik Raum zu geben und Jugendliche in den Diskurs darüber einzubinden"[641]. Darüber hinaus könne „eine präventiv wirksame pädagogische Zusammenarbeit nur dann funktionieren […], wenn sich der Umgang zwischen allen Projektbeteiligten […] auf der Grundlage von Vertrauen und Offenheit – auch im Umgang mit Kritik – bildet"[642].

- Positiv wurde nach dem ersten Projektjahr auch der „konsequente Beteiligungsansatz“[643] hervorgehoben. Er habe es ermöglicht, „die Projektthemen anhand der konkreten Erfahrung und der Lebenswelten der Jugendlichen anzugehen und sich daran abzuarbeiten“[644]. Auf diese Weise sei „eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe“[645] möglich gewesen. „Diese wiederum“, so der Modellprojektträger weiter, „macht es im Umkehrschluss möglich, etwaigen Rechtfertigungen von Gewalttaten oder Abwertung von Gruppen pädagogisch entschieden entgegenzutreten, gegebenenfalls Fakten zu widerlegen und Mythen zu dekonstruieren und gemeinsam über demokratisches Handeln und mögliche Alternativen und Lösungen zu diskutieren.“[646] Auch nach Abschluss des Projekts Ende 2019 hatte sich der „konsequente Beteiligungsansatz der Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ als richtig erwiesen, denn er „erlaubte […] sowohl den Zugang zur Zielgruppe als auch zu den Projektthemen“.[647] Der Modellprojektträger gewann in diesem Zusammenhang den Eindruck, „dass sich die Angehörigen der Zielgruppe insbesondere dann im Rahmen von *Frontaldiskurs* öffneten, wenn sie über die Inhalte und künstlerischen Aktivitäten wesentlich mitentscheiden konnten“[648].

- Nach dem zweiten Projektjahr (2016) bezeichnete Minor „die zunehmende Sensibilisierung für unterschiedliche Formen linker Militanz“[649] als Erfolg, während im Projektbericht für das Jahr 2017 der „offen[e] Umgang mit den Projektthemen Gewalt, Radikalisierung und insbesondere Linksextremismus“ als „besonders erfolgreich“ bewertet wurde.[650] „In allen drei Teilprojekten“, so der Modellprojektträger, „waren die Jugendlichen bereit, ihre Meinungen zu den jeweiligen Gesprächsthemen einzubringen und auf Kontroversen kritikfähig und tolerant einzugehen.“[651]

- Schließlich ist noch eine weitere Erfahrung des Modellprojektträgers zu erwähnen. In seinem Abschlussbericht für das letzte Förderjahr schreibt er, man habe die Erfahrung gemacht, „dass junge Menschen, die bereits über ein geschlossenes Weltbild verfügen oder für die Gewalt in politischen Konflikten ein alltägliches und legitimes Mittel geworden ist, eine Teilnahme am Projekt ausdrücklich ausschließen“[652]. Minor hat daher in seinem Projekt „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“ auf primäre Prävention und Peer-to-Peer-Ansätze gesetzt, mithilfe derer die Zielgruppen angesprochen werden konnten.[653]

n) Anmerkungen

/

3. MODELLPROJEKT „LINKE MILITANZ AUF FACEBOOK, TWITTER & CO.“

Internetpräsenz: https://ileft.online/

a) Vollständiger Projekttitel

- „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co. – Zielgerichtete Onlineprävention für Jugendliche“ (LEX-On)

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.09.2017–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- Jugendliche allgemein
- Jugendliche (insbesondere 18- bis 27-Jährige), die dabei sind, sich zu radikalisieren bzw. die gefährdet sind
- Multiplikator*innen (z. B. in der Jugendhilfe tätige Personen und Sozialarbeiter*innen)

f) Herangehensweisen und Methoden

- Zunächst fand „ein Monitoring einschlägiger Seiten und Kanäle“[654] statt. Danach wurden „Formen der direkten und kontinuierlichen Intervention in aktuelle Debatten entwickelt und erprobt“[655]. Die Hauptzielgruppe (18- bis 27-jährige Personen, die dabei sind, sich zu radikalisieren) wurde anschließend über die sozialen Medien[656] und die jeweiligen zuvor identifizierten Kanäle sowie über die Projektwebsite und einen Blog (www.ileft.online.de) angesprochen.

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Mittelpunkt des Projekts stand linke Militanz im Internet und in diesem Zusammenhang „aufsuchend[e] Onlinearbeit“[657].

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Sowohl bei dem hier vorgestellten Projekt „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co.“ als auch bei dem noch im Folgenden präsentierten Projekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ ging die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen davon aus, dass „linksextremistische Aktionen“[658] in der Bundesrepublik Deutschland zugenommen haben. Dazu führte die Gedenkstätte aus: „Im Unterschied zum Rechtsextremismus kann sich linksextremistische Gewalt allerdings in stärkerem Maß auf stillschweigende politische Zustimmung oder zumindest auf größere gesellschaftliche Toleranz stützen. Dies liegt vor allem daran, dass bestimmte linksextreme Politikvorstellungen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein auf Sympathie

stoßen, sodass die Begehung von Gewalttaten als einem scheinbar ‚guten' Zweck dienend wahrgenommen wird."[659] Gerade Jugendliche, so die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, würden in ihrem Alltag regelmäßig auf Politikkonzepte stoßen, in denen sich anarchistisches und kommunistisches Gedankengut, antiamerikanische und antikapitalistische Elemente sowie Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und ihrer Funktionsträger*innen (z. B. Polizei) mischten. In der Folge würden Jugendliche „[e]ingängige linksextremistische Losungen […] oftmals unreflektiert ganz oder teilweise"[660] übernehmen.

- Das Problem sei nun, so die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen weiter, dass Jugendliche nur selten einen „Raum für eine kritische Thematisierung und Reflexion linksextremistischer Ideen"[661] finden. Doch seien sie erst einmal in linksmilitante Gruppen abgerutscht, sei es meist zu spät, um sie wieder auf demokratische Wege zu führen. „Deshalb kommt es darauf an, früher anzusetzen. Ziel muss es sein, Jugendliche gegen die Rechtfertigung linker Gewalt zu immunisieren, bevor sich die entsprechenden politischen Einstellungen verfestigen."[662]

- Das Projekt „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co." ging zudem von der wachsenden Bedeutung des Internets bei der Rekrutierung von Jugendlichen durch Linksradikale aus: „Linksmilitante bemühen sich, ihre Basis mithilfe von Blogs, Facebook, Twitter und anderen Online-Auftritten zu erweitern. Sie nutzen diese Plattformen auch, um sich zu verständigen, politische Debatten zu führen, zu Aktionen aufzurufen und Handlungsanleitungen für Gewalttaten zu verbreiten. Mit der Methode der ‚aufsuchenden Onlinearbeit' beabsichtigt die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, sich in diese Kommunikationsforen einzumischen. Dabei sollen Theorie und Praxis linker Militanz kritisch hinterfragt werden. Weil viele Jugendliche per Smartphone oder Tablet praktisch rund um die Uhr auch für linksextreme Agitation erreichbar sind, gewinnt die Online-Prävention immer mehr an Bedeutung. Im Rahmen des Modellprojektes sollen verschiedene Interventionsformate erprobt werden. Dabei sollen auch die Erfahrungen der Online-Prävention im Bereich des Rechtsextremismus ausgewertet werden."[663]

- Eine weitere Grundannahme des Projekts war schließlich, dass von einer Radikalisierung bedrohte Jugendliche „nicht nur direkt, sondern auch über ihr Umfeld angesprochen werden"[664] sollen. Der Projektträger setzte daher nicht nur auf einen Peer-to-Peer-Ansatz, sondern auch auf den Einbezug von Multiplikator*innen.

- Vor diesem Hintergrund ergaben sich für das Modellprojekt drei Aspekte der Prävention von linker Militanz in den sozialen Netzwerken: 1. „Prepare": Medienkompetenz stärken, 2. „Empower": alternative Narrative aufzeigen, 3. „Challenge": demokratiefeindlichen Inhalte widersprechen.[665]

i) Ziele

- Das Hauptziel des Modellprojekts bestand darin, sich „in aktuelle Debatten einzumischen und die gängigen Argumentationsmuster zur Rechtfertigung linker Militanz in Frage zu stellen"[666].

j) Begrifflichkeiten

- Im Vordergrund stand der Terminus der linken Militanz. Linke Militanz wurde als „militante Ausprägung von Antikapitalismus und Antifaschismus in Verbindung mit einer Ablehnung der Demokratie“[667] definiert.

k) Herausforderungen und Probleme

- Während der Projektlaufzeit musste ein längerer krankheitsbedingter Ausfall eines Mitarbeiters vom bestehenden Team aufgefangen werden. Es kam dabei zu Verzögerungen im Projektablauf und zum Ausfall von Fortbildungsveranstaltungen, von schon geplanten Fachgesprächen sowie Erfahrungsaustauschen mit Kooperationspartnern.[668]

- Bei einzelnen Interventionen auf den Plattformen der sozialen Medien trat eine Blockierung der Projektkanäle durch Personen ein, mit denen der Modellprojektträger Kontakt aufnehmen wollte. Außerdem kam es bei Websites zu Blockierungen, auf denen man interveniert hatte. Ein Abbruch der Kommunikation und die Verlegung der aufsuchenden Online-Arbeit auf andere Kanäle (wie beispielsweise „Gute-Frage.net“) waren die Folge. Daneben war „es schwierig bis unmöglich […], zum Zweck einer kritischen Debatte in die Diskussionsforen der von linksaffinen bis linksextremen Personen und Gruppierungen selbst betriebenen Social-Media-Kanäle bzw. Internetplattformen zu gelangen“[669].

l) Rezeption und Resonanz

- Bei der Fachtagung „Linke Militanz – Phänomene, Grundlagen, pädagogische Praxis“, die Ende 2019 von der Bundesfachstelle Linke Militanz und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bamberg veranstaltet wurde[670], stellte ein Projektmitarbeiter das Modellprojekt vor. Kritisch wurde im Anschluss angemerkt, dass das Projekt „fast schon sicherheitsbehördliche Methoden nachahme, indem Fake-Accounts angelegt würden“[671]. Der Referent erwiderte, „dass die Recherche so nur zu Beginn des Projekts und nur im öffentlichen Raum stattfand und journalistische Methoden angewendet wurden“, woraufhin entgegnet wurde, „dass auch Sicherheitsbehörden zu großen Teilen Erkenntnisse aus öffentlich einsehbaren Quellen gewinnen würden“.[672] Der Mitarbeiter der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen betonte daraufhin, dass „die Interventionen, die ohne Nennung der Institution stattgefunden haben, erfolgreicher gewesen seien[,] als die Interventionen unter dem Namen des Modell-Projekts. Er begründete es damit, dass staatliche Einrichtungen unter Jugendlichen nicht die Glaubwürdigkeit hätten wie reale Personen. Deshalb sei es künftig zielführender MultiplikatorInnen-Schulungen anzubieten, statt als staatliche oder staatsnahe Institution aktiv zu werden.“[673]

- Insgesamt konnte der Modellprojektträger bundesweit ungefähr 170 Online-Interventionen durchführen (vgl. dazu auch Punkt m).[674]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Eine Erkenntnis des Modellprojekts war, dass linksmilitante Gruppierungen sich häufig berechtigte Kritik an gesellschaftlichen, ökologischen oder wirtschaftlichen Entwicklungen zunutze machen, um im Anschluss für die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu werben.[675]

- Die Themen, die der Modellprojektträger zuvor in den sozialen Medien identifiziert hatte, wurden umfassend bearbeitet. Außerdem wurden über den projekteigenen Blog auf der

Homepage www.ileft.oline.de Gegennarrative entworfen (ca. dreißig Blogbeiträge insgesamt) und über die sozialen Medien sowie die erschlossenen Netzwerke in die Diskurse eingebracht. Daneben wurden neue Gruppen und Foren in den sozialen Netzwerken ermittelt, wobei eigenen Angaben zufolge besonders gute Ergebnisse in der aufsuchenden Interventionsarbeit über die Plattform „Gute-Frage.net“ erzielt wurden. Diese wird von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen genutzt, die sich dort über verschiedene Themen informieren.[676] Zu der erfolgreichen Zielgruppenansprache schreibt der Modellprojektträger: „Bei politischen Themen, die im Kontext des Projektes relevant sind, konnte oft erfolgreich interveniert werden. Gewalt befürwortende und demokratiefeindliche Aussagen blieben somit nicht unwidersprochen stehen und es gelang zunehmend, auch andere Nutzer*innen dazu zu motivieren, sich mit solchen Positionen kritisch auseinanderzusetzen.“[677]

- Daneben wurde Ende 2019 eine repräsentative Umfrage in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut Forsa durchgeführt. Darin ging es um die Akzeptanz von linksextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung.[678]

- Der Modellprojektträger hat ein pädagogisches Konzept zum Thema „Linksextremismus im Netz“ entwickelt, welches aktuelle Debatten in den sozialen Medien behandelt und die nachhaltige Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen zum Ziel hat. Obwohl die Laufzeit des Projekts „Linke Militanz auf Facebook, Twitter & Co.“ beendet ist, bietet die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen das Seminar weiterhin an.[679]

- Weil sich nach Erfahrung des Modellprojektträgers nur wenige Multiplikator*innen kritisch mit linker Militanz auseinandersetzen, hat er eine Handreichung für Multiplikator*innen ausgearbeitet. Darin werden die gesammelten Informationen und Erfahrungen aus dem Projekt zusammengefasst.[680]

n) Anmerkungen

- In ihrem 2017 veröffentlichten Tätigkeitsbericht bezeichnet sich die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen als „derzeit […] einzige Bildungseinrichtung in Deutschland, die großflächig unter Jugendlichen über das demokratiefeindliche Potential des Linksextremismus aufklärt“[681].

4. MODELLPROJEKT „LINKE MILITANZ IN GESCHICHTE UND GEGENWART“ (LIMI)

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

- „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- Kooperationspartner: Bildungszentrum Schleife des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben; Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit Braunschweig; Oberstufenzentrum Havelland in Friesack und Nauen; Marienhaus Holding GmbH – Freiwilligendienste in Bernkastel-Kues; ASB-Landesschule NRW in Erftstadt
- Mehrere Bildungsministerien und weitere Multiplikatoren wiesen auf ihren Homepages auf das Seminarangebot hin; außerdem gab es einen vierminütigen Imagefilm, der noch bei Youtube abrufbar ist.[682]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.01.2015–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- insbesondere ältere Jugendliche (ca. 16- bis 27-Jährige) der Sekundarstufe II, der Oberstufe von Berufsschulen sowie Bundesfreiwilligendienstleistende
- Jugendliche, die gefährdet oder schon dabei sind, sich zu radikalisieren
- Multiplikator*innen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen
- Bis Mitte 2017 fand über die Hälfte der Seminare in der Gedenkstätte statt. Alle übrigen wurden an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.[683]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Es wurden sogenannte Präventions-Seminare durchgeführt, die sich als außerschulische Ergänzung der Fächer Ethik, Politik und Wirtschaft, Gesellschaftslehre, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Geschichte sowie Deutsch verstehen.[684] Die Seminare wurden zu unterschiedlichen Themen veranstaltet (s. Punkt g) und konnten flexibel miteinander kombiniert werden.

- Die Projektmitarbeiter*innen haben vielfältige Materialien (z. B. Selbstzeugnisse aus dem linksextremistischen Milieu, Aussagen von Expert*innen und Fotos), Medien (z. B. Tablets) und Methoden (z. B. Diskussionen, Rollenspiele und Gespräche mit Zeitzeug*innen) ausgewählt.[685]

- Um auf die Seminare aufmerksam zu machen, wurden Schulen angeschrieben. Dazu heißt es im Tätigkeitsbericht der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen für die Jahre 2015 und 2016: „Dreimal im Jahr wurden 3.200 Gymnasien und über 1.200 Oberstufenzentren und Berufsfachschulen in Deutschland angeschrieben.“[686] Es ist aber davon auszugehen, dass nicht alle Schulsekretariate die E-Mail an die entsprechenden Fachlehrer*innen weitergeleitet haben, was unterschiedliche Gründe haben dürfte.[687]

- Zur Vor- und Nachbereitung der Seminare stand (und steht) Lehrkräften eine Handreichung[688] zur Verfügung, die das Projektteam auf Wunsch als PDF-Datei per E-Mail zuschickt.

g) Thematische Schwerpunkte

- Es gab ein Grundlagenseminar und mehrere Seminare mit spezifischen Themen, die einen historischen oder einen aktuellen Bezug hatten und die von den Lehrkräften – in enger Abstimmung mit den Schüler*innen – individuell ausgesucht und miteinander kombiniert werden konnten:

  1. Grundlagenmodul: „Linksextremismus – Was ist das?“
  2. Themenmodul: „‚Fight capitalism‘ – Feindbild soziale Marktwirtschaft“
  (später: „‚No capitalism!‘ – mit allen Mitteln und ohne Diskussion?“)
  3. Themenmodul: „‚Antifa heißt Angriff‘ – Mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?“
  4. Themenmodul: „‚Bomben bauen, Waffen klauen‘ – Mit Musik gegen die Demokratie?“
  5. Themenmodul: „Kommunismus – Eine gute Idee?“
  6. Themenmodul: „SED-Diktatur – Ideologie und Herrschaft in der DDR“
  (später: „Die SED-Diktatur– soziales Paradies oder Unrechtsstaat?“)
  7. Themenmodul: „RAF – linksextremer Terror in der Bundesrepublik“
  (später: „‚Natürlich kann geschossen werden‘ – was wollte die RAF?“)
  8. Themenmodul: „Von linksextremer Gewalt betroffene Zeitzeugen berichten“
  (später: „Linksextremismus heute – was berichten Zeitzeugen?“,
  Videointerviews, digitalisiert)[689]

- Während der Projektlaufzeit kam noch ein weiteres Modul hinzu: „‚Revolutionäre Gewalt‘ – ein Weg zu einer besseren Gesellschaft?“[690]

- Alle Module dauerten neunzig Minuten und zeichneten sich durch Methodenvielfalt aus: Ob Einzel-, Gruppen- oder Plenumsarbeit, ob Rollenspiele oder die Analyse von Fotos – die Jugendlichen sollten sich auf unterschiedliche Art und Weise dem Thema „Linksextremismus“ annähern.[691] Außerdem konnten die jungen Leute Präsentationen üben, denn am Ende der jeweiligen Seminare haben die Teilnehmer*innen ihre Antworten auf bestimmte Fragen vorgestellt.[692]

- 2017 kamen zwei neue Angebote hinzu. Zum einen ein „360-Grad-Virtual-Reality-Film“ zu linksmilitanter Gewalt für die Verwendung in den Seminaren.[693] Zum anderen wurde erstmals im September 2017 eine Jugendbildungswoche zum Thema „Linke Militanz im Visier – Wie viel Freiraum bietet die Demokratie?“ realisiert.[694] Sie wurde 2018 und 2019 unter dem Titel „Linksextremismus im Blick – wie wehrt sich die Demokratie?“ wiederholt und jeweils von 25 bis dreißig Personen besucht.[695]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Die Verantwortlichen des Projekts gingen davon aus, dass der Linksextremismus „kein zu vernachlässigendes Phänomen“ sei, „denn auch er bekämpft die offene, pluralistische Gesellschaft“.[696] Mehr noch: Es sei ein erkennbarer Anstieg von Straftaten festzustellen, die auf dem Feld der linken Militanz verübt worden seien. Der Modellprojektträger berief sich dabei auf Verfassungsschutzberichte.[697]

- Jugendliche, so der Zuwendungsempfänger weiter, seien oftmals den „Rekrutierungsbestrebungen“[698] von Linksextremist*innen ausgesetzt – „nicht nur in Großstädten mit ausgeprägter linksextremer Szene […][,] sondern auch flächendeckend in den heimischen vier Wänden, weil Propaganda und Agitation zunehmend im Internet und über soziale Medien verbreitet werden.“[699]

- Weiter wurde angenommen, dass junge Leute, die bezüglich einer Radikalisierung gefährdet sind, durch die Diskussion im Klassen- bzw. Seminarverband, d. h. über eine Peergroup, erreicht werden können.[700]

i) Ziele

- Ziel war es, dass Jugendliche Informationen „über Ideologie und Praxis des Linksextremismus“[701] erhalten und auf dieser Basis befähigt werden, selbstständig linksextremistische Einstellungen und Aktionen kritisch zu überprüfen. Auf diese Weise sollten Radikalisierungsprozesse im Bereich „Linke Militanz“ zurückgedrängt und demokratische Argumentations- und Handlungskompetenzen sowie Werte gefördert werden.[702] Damit einher ging das Ziel, dass junge Menschen „gegen demokratiefeindliche linksextreme Handlungskonzepte immunisiert werden sollen“[703]. Beabsichtigt war zudem, dass sich die Distanzierung von linksextremen Ideen und Praktiken sowie die Stärkung demokratischer Kompetenz peergruppenbedingt auch auf die soziale Umgebung der Jugendlichen auswirken.[704]

j) Begrifflichkeiten

- Bereits im Projekttitel kommen sowohl der Begriff „Linke Militanz“ als auch der Terminus „Linksextremismus“ vor. Mehr noch: Durch die offensichtliche Gleichrangigkeit der beiden Teilsätze im Projekttitel („Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“) wird nahegelegt, dass „Linke Militanz“ und „Linksextremismus“ Synonyme seien. Wie beispielsweise in einem Aufsatz deutlich wird, den der Projektmitarbeiter Gerold Hildebrand im Jahr 2017 verfasst hat, scheinen beide Begriffe jedoch gerade nicht synonym verwendet zu werden. So spricht er z. B. von der „kritische[n] Auseinandersetzung mit Linksextremismus, linker Militanz und politisch links motivierter Gewaltkriminalität“[705]. Allerdings definiert Hildebrand hier weder das Wort Linksextremismus noch den Begriff Linke Militanz. Anders ist dies in einem Aufsatz, den Hildebrand mit seiner Kollegin Andrea Prause für den 2020 erschienenen Sammelband „Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis“ verfasst hat. Hier werden die Begriffe „Linksextremismus“ und „Linke Militanz“ definiert und klar zwischen beiden unterschieden: „‚Linksextremismus‘ ist ein Sammelbegriff für politische Strömungen und Auffassungen mit dem gemeinsamen Ziel eines politischen Systems absoluter Gleichheit. Er zielt auf einen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Systemwechsel, der durch einen revolutionären Umsturz erreicht werden soll. Gewaltanwendung sowie Unterdrückung und Einschränkung von Menschenrechten Andersdenkender werden dabei nicht ausgeschlossen. Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates sowie die als ‚Kapitalismus‘

denunzierte Soziale Marktwirtschaft werden abgelehnt. Die Demokratie wird als nicht reformierbar betrachtet. Gewalt wird zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert, propagiert oder praktiziert und das staatliche Gewaltmonopol missachtet (Linke Militanz).“[706] Im Selbstverständnis des Projekts ist „Linke Militanz“ somit eine Teilmenge des „Linksextremismus“: Wenn Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele akzeptiert, propagiert oder praktiziert und das staatliche Gewaltmonopol missachtet wird, kann von linker Militanz gesprochen werden, die sich durch aggressives und gewaltförmiges Handeln auszeichnet.[707]

k) Herausforderungen und Probleme

- Unter dem Titel „Linksextremismus – eine unterschätzte Gefahr?“ hat die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen im Juli 2018 eine Podiumsdiskussion zur linksextremen Militanz anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg ein Jahr zuvor organisiert. Im Vorfeld verbreiteten lokale Antifa-Gruppen im Internet und auf Twitter eine Fotomontage, auf der Referenten, der Gedenkstättenleiter und eine die Veranstaltung mit vorbereitende Mitarbeiterin abgebildet waren. Diese fühlte sich dadurch bedroht. Am Veranstaltungstag selbst kamen etwa dreißig Angehörige der Antifa-Gruppe „Nordost“ zum Veranstaltungsort, der von der Polizei gesichert wurde. Bis auf einen Vertreter der Gruppe – es handelte sich um den Anmelder der Gegenkundgebung – lehnten alle anderen ein Gespräch mit dem Gedenkstättenleiter ab; niemand erklärte sich bereit, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Die Begründung lautete, dass die Einladung zu spät gekommen sei, um sich darauf vorzubereiten. Podiumsgäste waren u. a. Tom Schreiber, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Sprecher der SPD-Fraktion für Verfassungsschutz, sowie Cord Wöhlke, Inhaber der Drogeriemarktkette Budnikowsky. Eine der Filialen war während der Krawalle geplündert worden.[708]

l) Rezeption und Resonanz

- Nach eigenen Angaben stießen die Seminare, die im Themenfeld Linksextremismus angeboten werden, bisher auf große Resonanz. So seien 2015 und 2016 insgesamt 558 Seminare mit über 8.200 Teilnehmer*innen durchgeführt worden. Ungefähr die Hälfte der Seminare wurde in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen realisiert, die restlichen in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland.[709] Von den Lehrer*innen habe es „zahlreiche positive Rückmeldungen und Dankesschreiben“ gegeben, so die Gedenkstätte weiter in ihrem Tätigkeitsbericht für die Jahre 2015/2016.[710]

- Allein im Jahr 2015 wurden etwa 250 Seminare mit über 3.600 Jugendlichen durchgeführt. Der Anteil der Berufsschüler*innen nahm auf über 30 Prozent zu. Der Grund hierfür war, dass zunehmend Anbieter des Bundesfreiwilligendienstes Seminare gebucht hatten.[711]

- 2017 wurden 347 Seminare mit über 5.000 jungen Leuten durchgeführt.[712] Diese Zunahme lässt sich u. a. darauf zurückführen, dass Lehrer*innen sich in den vergangenen Jahren offener zeigten, mit ihren Schüler*innen neben Rechtsextremismus und religiös motiviertem Extremismus auch Linksextremismus im Unterricht durchzunehmen.[713]

- Im Jahr 2018 fanden 370 Seminare mit knapp 6.400 Teilnehmer*innen statt.[714]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Wie schon im Vorgängerprojekt „Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“ fehlten bei den Teilnehmenden häufig „demokratische Grundkenntnisse“[715]. „Spezifika und Gefahren eines militanten Linksextremismus und die Sinnhaftigkeit eines staatlichen

Gewaltmonopols bleiben weitgehend unbekannt“, so Projektmitarbeiter Gerold Hildebrand Ende 2016.[716] Außerdem konstatierte er zu diesem Zeitpunkt, dass kontroverse Diskussionen insbesondere mit Schüler*innen aus Großstädten und Ballungsräumen möglich gewesen seien, „da sich hier unterschiedliche Einstellungen und Meinungen zum Linksextremismus abbildeten, die bis hin zur Affinität für linksextreme Politikvorstellungen, Handlungsformen und Feindbilder reichten“[717].

- Rund drei Jahre später konstatierten Hildebrand und seine Kollegin Prause: „Der Ansatz einer peerbasierten Distanzierung war hilfreich, da die TN [= Teilnehmer*innen, Anm. d. Verf.] vor allem gute Argumente gegen Gewalthandeln fanden, aber auch Gefahren durch Eskalationen nach konfrontativem Handeln – vor allem gegenüber Polizeibeamten – erkennen konnten. Anzunehmen ist, dass bei manchen Jugendlichen – auch wenn schwer messbar – ein ‚Ausstieg vor dem Einstieg‘ in linksextremistische Szenen erreicht und Radikalisierungsprozesse minimiert werden konnten.“[718]

- Nach mehrjähriger Erfahrung im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz ist die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu dem Schluss gekommen, dass Prävention im Phänomenbereich „Linker Extremismus“ den folgenden Dreischritt aufweisen sollte: Wahrnehmen – Benennen – Handeln. Konkret bedeutet dies:

  „1. Wahrnehmen: Ein breites gesellschaftliches Bewusstsein für die existierenden Gefahren, die von linken Extremisten ausgehen, sollte – wie auch ein antitotalitärer Grundkonsens – gestärkt werden. Dazu braucht es neben den Sicherheitsorganen auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die entsprechende Vorkommnisse dokumentieren. Eine Analyse von linksextremen Selbstdarstellungen im Internet und den Sozialen Medien böte sich an (z. B. indymedia oder blackblogs).

  2. Benennen: Linker Extremismus sollte nicht weiter – wie noch oft – als linker Aktivismus verharmlost werden. Stattdessen sollte erkennbare Demokratiefeindschaft, die sich in Gewaltaufrufen, Selbstdarstellungen und ideologischen Versatzstücken ausdrückt, klar benannt werden. Dazu braucht es eine gesellschaftliche Debatte und Bewusstseinsschärfung verschiedenster Akteure, insbesondere an den Universitäten (Forschung!), in den Medien (angemessene Berichterstattung) und nicht zuletzt an Schulen.

  3. Handeln: Prävention bedeutet auch Stärkung der Erinnerungskultur – in diesem Feld vor allem bezüglich kommunistischer Gewaltherrschaft: Ideologie und Wirkmechanismen in der DDR und in anderen kommunistischen Staaten sowie aktive Vergegenwärtigung der Spielregeln unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Ermutigung Einzelner, sich selbstbewusst gegen extremistische, antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen oder ihre Billigung und Duldung zur Wehr zu setzen.“[719]

n) Anmerkungen

- Es handelt sich bei dem Projekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ um das Nachfolgeprojekt von „Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“, das ebenfalls von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen realisiert wurde.[720]

5. MODELLPROJEKT „LINKE MILITANZ UND ANTISEMITISMUS IN HETEROGENEN JUGENDMILIEUS: ANALYSE – ZUGÄNGE – MASSNAHMEN“

Internetpräsenz: https://www.risp-duisburg.de/de/forschungsgruppen/mikom/linke-militanz-und-antisemitismus-in-heterogenen-jugendmilieus-analyse-zugaenge-massnahmen/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Forschungsgruppe Migration und Interkulturelle Kommunikation (MIKOM) am Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung e. V. (RISP) an der Universität Duisburg-Essen

- Es gab mehrere Kooperationspartner:

  1. Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Prof. Dr. Susanne Pickel,
  2. Studierende der Universität Duisburg-Essen, die sich gegen Antisemitismus und Antizionismus engagieren,
  3. Schulpsychologische Beratungsstelle der Stadt Duisburg,
  4. Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Eltern aus Duisburg und Umgebung,
  5. Kommunales Integrationszentrum Duisburg; Integrationsrat der Stadt Duisburg[721]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 08/2017–12/2019

e) Zielgruppe(n)

- Das Modellprojekt hatte verschiedene Zielgruppen:

  » Zunächst sollten allgemein Jugendliche und Studierende erreicht werden, die sich dem linken Spektrum zuordnen. Angesprochen werden sollten „religiös wie säkular orientierte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Zuwanderungsgeschichte, mit türkischem, muslimischem und/oder kurdischem Familienhintergrund“[722].
  » Daneben waren junge Menschen, die dabei sind, sich zu radikalisieren, und Mitglieder bzw. Sympathisanten radikalisierter Cliquen/Szenen/Gruppen Zielgruppen.[723]
  » Schließlich wollte der Projektträger auch staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen erreichen, die im weitesten Sinne in der Präventionspraxis, Demokratieförderung und Verfassungsbildung tätig sind.[724]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Der Projektträger näherte sich dem Thema des Modellprojekts auf mehrere Weisen:

  1. Zunächst wurde eine Sekundäranalyse der quantitativen Erhebung „Religion & Kultur an Rhein & Ruhr“ realisiert, die zwischen April und August 2016 unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen vom RISP durchgeführt worden war.

  2. In einem nächsten Schritt wurde eine Feld- und Diskursanalyse durchgeführt, in deren Rahmen Schriften (darunter z. B. Flyer) sowie partei- und hochschulpolitische Programmatiken linker bzw. linksradikaler Gruppen mit antisemitischen Positionen und Aktivitäten aus Duisburg und Umgebung untersucht wurden, „um das Ideologie- und Gefährdungspotential einzuschätzen“[725]. Außerdem führte das Projektteam eine Internetanalyse durch, um auch die sozialen Netzwerke einbeziehen zu können.[726]

  3. Daneben wurden qualitative Interviews und Kleingruppengespräche mit Studierenden und Vertreter*innen linker Gruppierungen und Parteien realisiert und analysiert. Angefragt hatte das Projektteam insbesondere linksaffine, religiös wie säkular orientierte Jugendliche und junge Erwachsene mit bzw. ohne Migrationshintergrund. Im Rahmen dieses zugangserschließenden Ansatzes fanden zudem Gespräche mit Expert*innen statt (z. B. mit kommunalen Vertreter*innen von institutionalisierten politischen Parteien). Ferner wurden Tiefeninterviews mit Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und Lehrer*innen sowie Hochschuldozent*innen durchgeführt.[727] Der Zugang sollte stets „nicht ‚paternalistisch-dozierend‘, sondern aufsuchend, wertschätzend und akzeptierend“[728] erfolgen. Das Ziel der qualitativen Interviews bestand darin, vertiefte Kenntnisse über gegenwärtige linksradikale Ideologeme, über die Anfälligkeit für israelbezogenen Antisemitismus und die sozialräumliche Gefährdung durch Ko-Radikalisierung und Diskriminierung zu gewinnen.[729]

  4. Das Projektteam konzipierte und erprobte Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention. Sie sollten sich durch eine „pädagogische Vielfalt der Lern- und Lehrmethoden“[730] auszeichnen.

g) Thematische Schwerpunkte

- Zum einen stand im Mittelpunkt des Modellprojekts, mehr über Antisemitismus unter Linken im Rhein-Ruhr-Gebiet zu erfahren: Um welche Formen von Antisemitismus (manifester, latenter, sekundärer, israelbezogener) handelt es sich? Was beeinflusst den Antisemitismus? Eher die Religions- bzw. Staatsangehörigkeit oder die Radikalität der politischen Orientierung, persönliche Selbstdeutungen bzw. Wertorientierungen?[731]

- Zum anderen ging es in dem Projekt darum, Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention zu entwickeln und zu erproben. Am Ende wurden Peer-to-Peer-Coachings für Studierende, Fortbildungen für das lokale Community-Education-Netzwerk zur Radikalisierungsprävention und überregionale Schulungen für Multiplikator*innen durchgeführt.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Das Projekt ging davon aus, dass Antisemitismus „unter Linken […] ein oftmals unterschätztes Phänomen“[732] sei. Gerade weil parallel „Teile des linken Spektrums selbst gegen linke Militanz und Antisemitismus“ vorgingen, lasse sich Judenfeindlichkeit als „eine entscheidende Konfliktlinie innerhalb des linksradikalen Spektrums“ bezeichnen.[733]

- Dem Projekt lag eine spezifisch lokale Ausgangssituation zugrunde: In der Stadt Duisburg, wo der Modellprojektträger angesiedelt ist, kam es in den Jahren vor der Antragstellung zu mehreren „einschlägigen und auch in der bundesweiten Presse beachteten anti-israelischen und antisemitischen Vorfällen“[734]. Konkreter: Das Projekt reagierte „auf das Phänomen linksextremistischer ideologischer Entgleisungen, die in spezifischen Jugend- bzw. Studierendenmilieus vor Ort in Duisburg und Umgebung sowie der hiesigen Hochschullandschaft zu beobachten sind“[735].

- Hervorzuheben ist der religionspolitologische Ansatz, den das Modellprojekt verfolgte.[736]

- Das Projekt verstand sich als „Tandemprojekt“[737]. Das heißt, es sollte ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis stattfinden, der auch zur Qualitätssicherung und (Selbst-)Evaluation beitragen sollte.

i) Ziele

- Das Hauptziel des Modellprojekts bestand in der „Entwicklung von zugangserschließenden Ansätzen zum uneinheitlichen Milieu linker und linksextremer Gruppierungen, in denen sich vornehmlich Jugendliche und junge Erwachsene organisieren“[738] und die sich offen oder verdeckt gegen Jüdinnen bzw. Juden richten. In diesem Zusammenhang ging es auch darum, über Präventionsmaßnahmen zur Deradikalisierung Gefährdeter und über Schulungen zur Sensibilisierung von Multiplikator*innen beizutragen.[739]

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger spricht in seiner online verfügbaren Projektbeschreibung von „linksmilitant“, „linksradikal“ wie auch von „linksextrem“, ohne diese Begriffe voneinander abzugrenzen. Er arbeitete mit den „verschiedenen Ansätze[n] der Extremismusforschung“[740], verwendete aber einen erweiterten Extremismusbegriff. Konkret bedeutet dies: Extremismus wurde als Vereinseitigung, Verabsolutierung oder Verkehrung einzelner Verfassungswerte bestimmt, die auf einer Über- oder Unterschätzung von Gott oder Mensch, Gesellschaft oder Welt beruhen. In Anlehnung an die Politische Philosophie (Eric Voegelin) wurde Extremismus auch als innerweltliche Religion im Gegensatz zu außerweltlichen Religionen und im Rückgriff auf die Religionspolitologie (Claus-E. Bärsch) als Ersatzreligion verstanden. Linksextremismus wurde als Verabsolutierung von Freiheit oder Gleichheit im Unterschied zum Rechtsextremismus (identitäre Gemeinschaft, Volk statt Grundrechte) wie Islamismus (Theokratie statt Demokratie) gekennzeichnet. Gemeinsam sei den verschiedenen Formen von Extremismus, dass ihre je besonderen Vorstellungen von Gott, Mensch, Gesellschaft und Welt mit plural verfassten, auf Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung basierenden Grundrechtedemokratien nicht zu vereinbaren seien, so der Modellprojektträger. Mit Blick auf die aktuelle jüdische Theologie und ihr Nachdenken über das Böse in der Bibel wurde zudem auf Sünde und Gottesneid (‚Möchtegern und Nimmersatt: wie Gott sein wollen und wissen, was gut und böse ist‘) als spezifisch religiöse Motivlagen von Extremismus verwiesen.[741]

k) Herausforderungen und Probleme

- Es ist im Allgemeinen sehr schwierig, einen Zugang zur linksradikalen Szene zu bekommen. Im Projekt kam dieser nur durch einen Peer-to-Peer-Ansatz zustande, der über Jahre hinweg, bereits in Vorgängerprojekten, aufgebaut worden war. Genauer: Es waren Studierende, die dem Projektteam als studentische Hilfskräfte angehörten, die sehr intensiv geschult wurden und die auf diese Weise den Zugang eröffnet haben.[742]

l) Rezeption und Resonanz

- Das Modellprojekt war mit der Skepsis von linken Gruppierungen und Szenen gegenüber staatlich geförderten Programmen konfrontiert. Letztlich konnte aber ein Zugang zu allen im Projektantrag angegebenen Zielgruppen erreicht werden, auch weil die studentischen Projektmitarbeiter*innen des RISP und der Universität Duisburg-Essen bei ihren Kontaktanbahnungen in der Regel auf Verweise zum Projekthintergrund und Bezüge zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ verzichteten. Denn zuvor hatten vermeintlich „zu scharfe“ Formulierungen auf der Projekthomepage „linke“ Besucher*innen abgeschreckt. Unter anderem war die gemeinsame Nennung von linker Ideologie und Antisemitismus auf Ablehnung und Verständnislosigkeit gestoßen.[743]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Am Ende konnten 15 Interviews mit Personen geführt werden, die sich selbst als linksradikal bzw. linksextrem bezeichneten und loseren Zusammenschlüssen angehörten oder nicht organisiert waren. Der Kontakt zu ihnen kam fast ausschließlich über bereits bestehende Kontakte zustande. Das Setting und der Verlauf des Interviews wurden weitestgehend an die zu interviewenden Personen angepasst.[744]

- Keine Zugänge konnten zu „altlinken“ Personen und Parteien hergestellt werden. Auf die Zugangserschließung zu ihnen würde der Modellprojektträger in Zukunft verzichten, da deren Ansätze und Angebote für Jugendliche nicht mehr attraktiv erscheinen.[745]

- Anders als ursprünglich geplant, konnten die Peer-to-Peer-Schulungen nicht mit größeren Gruppen von gefährdeten oder schon radikalisierten Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen stattfinden. Als Ursache hierfür gibt der Modellprojektträger „die für viele extremistische oder radikale Gruppierungen zu konstatierende spezifische Gruppendynamik“ an, „die eine Infragestellung oder gar öffentliche Abkehr von bisher fraglos akzeptierten Ideologemen Einzelner vor versammelter Gruppe ohne vermeintlichen ‚Gesichtsverlust‘ äußerst schwierig bis unmöglich macht“.[746] Hilfreicher, aber zugleich zeitaufwändiger war dagegen „die direkte, teils zufällige Face-to-Face und eventorientierte persönliche Ansprache, zwanglos und im gewohnten Milieu durch Peers erfolgend“[747].

- Die Teilnehmenden stammten hauptsächlich aus linken Jugendorganisationen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Bei ihnen handelte es sich aus Sicht des Modellprojektträgers nahezu nur um Jugendliche und junge Erwachsene, die aufgrund ihrer Affinität zu linksmilitanten Ideologien zwar dem Kreis der Gefährdeten zuzurechnen waren, die aber (noch) nicht ideologisch verfestigt, bereits extrem radikalisiert oder durch Gewaltbefürwortung oder gar Gewalttätigkeit in der Vergangenheit auffällig geworden waren.[748]

- Zum Thema „Antisemitismus in der Linken“ brachte das Modellprojekt im Rahmen der qualitativen Befragung u. a. die folgenden Ergebnisse hervor:

  » Struktureller Antisemitismus war im Allgemeinen „in verkürzter, personalisierter Kapitalismuskritik, Globalisierungs- bzw. Imperialismuskritik, Antiamerikanismus zu finden“[749]. So wurden im Rahmen der Kapitalismuskritik Jüdinnen und Juden mit einer kapitalistischen Produktionsweise gleichgesetzt und damit u. a. für Kriege und soziale Ungleichheit verantwortlich gemacht.[750] Antisemitismus, der in Antiamerikanismus gekleidet war, zeigte sich darin, dass die USA und Israel als Unterdrücker nationaler und sozialer

Befreiungsbewegungen angesehen wurden und Begriffe wie „jüdische Wall Street“ und „jüdisches Hollywood“ fielen.[751] Israel wurde dargestellt „als kapitalistisches, den (US-) Imperialismus unterstützendes ‚Regime‘, als Bedrohung für den internationalen Frieden, mitverantwortlich für ‚Armut, Hunger und Umweltzerstörung‘“[752].

» Zum israelbezogenen Antisemitismus und Antizionismus konnte das Modellprojekt überdies u. a. eine „identifizierende Kollektivierung des Staates Israel mit dem Judentum“[753] konstatieren. Israelbezogener Antisemitismus und Antizionismus waren vor allem bei antiimperialistischen, palästinasolidarischen Linken festzustellen.[754]

» Zu den Formen des linken Antisemitismus, die das Modellprojekt ausmachen konnte, zählt auch sekundärer Antisemitismus. Dieser zeigte sich u. a. in dem Vorwurf, dass gesellschaftlich drängendere Probleme (wie etwa soziale Ungleichheit) durch die ständige Beschäftigung mit dem Holocaust vernachlässigt würden.[755]

– Zum Szeneeinstieg bzw. zur Radikalisierung wurden am häufigsten „indirekte“ sozio-kulturelle Motive genannt, wie z. B. die Erziehung (linke/„weltoffene“ Eltern), die Mobilisierung durch den Freundeskreis oder Musikkonzerte von einschlägigen Bands. Daneben ging es in den Interviews mit Szeneangehörigen u. a. auch um die Frage, wann Gewalt legitim sei, um das Thema „Staat und Polizei“ sowie um die Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen.[756]

– Ein weiteres zentrales Projektergebnis besteht darin, dass die heute überwiegend in der Wissenschaft verwendeten Topoi von Politik und Extremismus, zumeist daseinsrelativ und philosophiefern, ein wesentlicher Grund für die Vorbehalte der radikalen Linken gegenüber der Wissenschaft sind. Diese Vorbehalte musste das Projekt erst abbauen, um überhaupt einen Zugang zur Szene zu finden. Vor allem erwies sich das Thema „linker Antisemitismus“ als Türöffner, da es Linksextremist*innen spaltet.[757]

– Der Modellprojektträger stellt auf seiner Homepage als Projektergebnisse zwei umfangreiche PowerPoint-Präsentationen zur Verfügung (Peer-to-Peer-Coaching-Konzept und Fortbildungskonzept).[758]

n) Anmerkungen

/

6. MODELLPROJEKT „LINKS/RECHTS – TR-IN-D“

Internetpräsenz: https://www.tgbw.de/trind/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V. (TGBW)[759]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.08.2017–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- junge Türkeistämmige „jenseits konkreter Radikalisierungsgefährdungen“[760]
- Vertreter*innen aus Politik und Gesellschaft

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Modellprojekt „wollte junge Türkeistämmige aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Lagern miteinander ins Gespräch […] bringen“[761]. Die Abkürzung „TR-in-D“ steht dementsprechend für „Türkei in Deutschland“.[762]

- Laut der Internetpräsenz des Modellprojekts sollten sowohl Befragungen als auch Workshops durchgeführt werden. Die dabei erzielten Ergebnisse sollten genutzt werden, um mit Vertreter*innen aus Politik und Gesellschaft „ins Gespräch zu kommen und um phantasievolle Methoden zu entwickeln, mit denen die teilweise sehr sensiblen Befindlichkeiten und Beziehungen der verschiedenen türkeistämmigen Perspektiven bearbeitet werden können“[763].

- Außerdem sollten zwei Fachtage und ein Abschlusssymposium organisiert werden, um „Wissen zu generieren und auszutauschen, sowie die Ergebnisse des Projekts öffentlich darzustellen“[764].

- Es wurden schließlich sowohl Gruppenworkshops als auch Einzelinterviews realisiert, in denen „Identitätsfragen bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund“[765] behandelt wurden.

g) Thematische Schwerpunkte

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor, die über die in Punkt f getroffenen Aussagen hinausgehen.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Der Modellprojektträger ging davon aus, dass „junge Türkeistämmige von der aktuellen Politik und den politischen Gegensätzen, ja teilweise Feindschaften der unterschiedlichen ‚Lager‘, auch hier in Deutschland beeinflusst werden und dass sie zum Teil darunter leiden“[766].

i) Ziele

- Vor diesem Hintergrund bestand die Absicht des Modellprojekts darin, „junge Türkeistämmige aus unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Lagern miteinander ins Gespräch zu bringen“[767]. Auf diese Weise sollte die Identität und das Selbstwertgefühl der Teilnehmenden gestärkt werden: „Durch vom Projekt eingebrachte Thesen zu den Themengebieten Heimat, Religion, Sexualität und Politik und darauf aufbauende Darstellungen von Identitätskonflikten soll die Zielgruppe innerhalb der Maßnahme Handlungskompetenzen entwickeln, um zukünftige Identitätsfragen besser zu meistern. Zusätzlich sollen die Adressatinnen und Adressaten zu Reflexionen über ihre eigenen Identitäten angeregt werden und dadurch die eigene Identität stärken, was mit einer Klärung der eigenen Herkunftsbezüge einhergeht. Insgesamt geht es hier um das Vorgehen und die Erfahrungen der einzelnen Person, die individuell über ihre Identität reflektieren soll. Zugleich sollen Gemeinsamkeiten innerhalb der Gruppe dargestellt und ähnliche Prozesse bei allen Teilnehmenden angeregt werden.“[768] Die gestärkte Identität sollte den jungen Menschen einen besseren Umgang mit möglicher zukünftiger Diskriminierung ermöglichen.[769]

- Alles in allem verfolgte das Modellprojekt das übergeordnete Ziel, junge Erwachsene mit türkischem Migrationshintergrund „in politischer Hinsicht weiter an Deutschland zu binden“[770].

j) Begrifflichkeiten

- Das Modellprojekt arbeitete phänomenübergreifend. Die Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention präzisierte dazu: „Dabei wird eine Zielgruppe ohne konkrete Radikalisierungsgefährdung angesprochen, bei der linke Militanz im Kontext verschiedenster Themen aufgegriffen wird.“[771]

k) Herausforderungen und Probleme

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor.

l) Rezeption und Resonanz

- Dem für das Jahr 2018 vorliegenden Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention ist zu entnehmen, dass das Projekt „links/rechts – TR-in-D“ bei den Teilnehmer*innen nicht gut abschnitt, die Angebote sogar als „Zeitverschwendung“[772] angesehen wurden. Dies hatte verschiedene Ursachen. Zum Beispiel hatten die Teilnehmenden den Eindruck, dass es sich um ein Forschungsprojekt handeln würde, weil „eine vorstrukturierte Kleinteiligkeit die Diskussion“ geprägt habe und die „Abfragelogik“ auch dafür mitverantwortlich sei, dass über „thematisch naheliegende biografische Erfahrungen“ der jungen Menschen hinweggegangen worden sei.[773] „Dies nehmen die Jugendlichen als different zu dem eigenen Austauschbedürfnis und hemmend für die eigene Beteiligung wahr“, so die Wissenschaftliche Begleitung.[774]

- Enttäuschung kam bei den Teilnehmer*innen aber auch dadurch zustande, dass ihr Interesse, „über den eigenen Tellerrand zu schauen und auch andere politische Meinungen kennenzulernen“[775], nicht befriedigt wurde. Diese Auseinandersetzung mit jungen Erwachsenen, die andere politische Ansichten vertreten, war den Teilnehmenden gerade deshalb so wichtig, weil ihre Freundeskreise politisch relativ homogen sind. Sie sahen sich durch das Modellprojekt infolgedessen „in ihrem Selbstbild nicht verändert oder unterstützt“[776].

- Die Wissenschaftliche Begleitung zog vor diesem Hintergrund ein negatives Fazit über das Modellprojekt: „Diese Art Projekt ist in der Anlage zu wenig ein pädagogisches Projekt und auch in der Umsetzung werden die Fallstricke des eigenen Tuns nicht reflektiert.“[777]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Hierzu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor, die über die in Punkt l getroffenen Aussagen hinausgehen.

n) Anmerkungen

/

7. MODELLPROJEKT „RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION: WORKSHOPS UND BERATUNGEN MIT MULTIPLIKATOR*INNEN DER PÄDAGOGISCHEN ARBEIT“

Internetpräsenz: https://www.stiftung-spi.de/projekte/annedore/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Das Projekt wurde von der Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit[778] bei der Stiftung SPI[779] – Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung – in Berlin durchgeführt.
- Kooperationen bestanden mit der Berliner Polizei, der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, mit der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz, sowie mit dem Bundesinnenministerium.[780] Daneben wurde beispielsweise mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung zusammengearbeitet.[781]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.01.2015–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- Das Projekt richtete sich „an Multiplikator*innen der Bildungs- und Jugendarbeit“[782] mit 14- bis 27-Jährigen, darunter insbesondere Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und Sporttrainer*innen.[783]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Angeboten wurden Workshops und Beratungen, wobei die Workshops in unterschiedlichen Formaten stattfanden: Es gab Einstiegs- und Überblicksworkshops, die zwischen zwei und fünf Stunden dauerten, aber auch ein- oder mehrtägige Workshops, bei denen Themen vertieft wurden, die Teilnehmer*innen mehr Möglichkeiten hatten, sich aktiv zu beteiligen, und intensivere Diskussionen geführt werden konnten. Die Beratung wurde sowohl für Einzelpersonen als auch für Gruppen angeboten.[784] Dazu heißt es in einem von Mitarbeiter*innen der Stiftung SPI verfassten Aufsatz, dass die Beratung „die konkreten Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten der BeratungsnehmerInnen [erforscht, thematisiert und bearbeitet]. Mit verschiedenen Übungen und Methoden werden Situationen analysiert, diskutiert und gemeinsam mit den BeratungsnehmerInnen alternative Lösungsansätze entwickelt. Daran anschließend bietet die BBS ‚Annedore‘ weitergehende Beratung und Unterstützung bei der praktischen Umsetzung der erarbeiteten Lösungsansätze an.“[785]

- Leitend war stets eine Methodenvielfalt, wobei ein Schwerpunkt auf der Nutzung des Anti-Bias-Ansatzes und des Betzavta-Konzepts lag.[786] Dazu schreibt das Team der Beratungs- und Bildungsstelle: „Der Anti-Bias-Ansatz richtet sich gegen eine einseitige Betrachtung und Diskriminierung von Personen und Gruppen und folgt dabei einer vorurteilsbewussten und ganzheitlichen Selbst- und Praxisreflexion. Beim Betzavta-Konzept hingegen handelt es sich um ein der israelischen Friedensbewegung entstammendes Gruppentraining zur gemeinschaftlichen Aushandlung von Konflikten entlang der Begriffe ‚Freiheit' und ‚Gleichheit', das auf die Förderung der demokratischen Persönlichkeit und deren gewaltfreier Kommunikation abzielt."[787]

- Neben den Workshops und Beratungen wurden Informationsveranstaltungen zur Radikalisierung von Jugendlichen, Vorträge zu den Themenschwerpunkten des Projekts und Podiumsdiskussionen angeboten.[788] Außerdem kooperierte das Modellprojekt mit dem Programm „Sport mit Courage/Demokratietraining für Konfliktmanagement im Sport"[789]. Es wurden gemeinsame Informations- und Überblicksveranstaltungen angeboten, die auf den Bereich Sport zugeschnitten waren.[790]

- Sowohl die Workshop- als auch die Beratungsformate wurden ständig weiterentwickelt, „um der Komplexität der Thematik und den individuellen Bedarfen der BeratungsnehmerInnen entsprechen zu können"[791].

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Mittelpunkt des Modellprojekts stand die Radikalisierung von jungen Leuten. So lautete ein Workshopthema: „Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen: ‚Extrem radikalisiert'", ein anderes: „Radikalisierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Prävention durch Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen – Demokratie".[792]

- Daneben befassten sich die Bildungsangebote mit den folgenden Themen: politisch und religiös motivierte/r Militanz/Extremismus, Demokratiefeindlichkeit und Freund-Feind-Denken, Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (u. a. Rassismus, Homophobie, Sexismus), Populismus, Antisemitismus, Verschwörungstheorien, Europafeindlichkeit, Antiamerikanismus und Antipluralismus.[793] Im Rahmen des Workshops „‚Macht kaputt, was euch kaputt macht' – Gewalt linker Gruppierungen im öffentlichen Raum"[794] wurde beispielsweise das Thema „Linke Militanz" behandelt, während es bei dem Workshop „Populismus und Demagogie: ‚Extrem populistisch'" um populistische Strategien und die Frage, wie man diesen erfolgreich entgegentreten kann, ging.[795]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Zentral war die Annahme, dass man „nicht GEGEN bestimmte Phänomene [arbeitet], sondern FÜR demokratische Werte getreu dem Motto: eine Demokratie braucht überzeugte DemokratInnen."[796] Mit anderen Worten: Im Zentrum der Arbeit standen „die Entwicklung und die Erprobung von Handlungsstrategien zur Stärkung von Demokratiekompetenzen und Ambiguitätstoleranz als Schutzfaktoren gegen Extremismus und Militanz"[797].

- Was die Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen betrifft, ging die BBS „Annedore" von der zentralen Rolle der Pädagog*innen aus: „Pädagoginnen und Pädagogen, denen es gelingt, eine Vertrauensbasis und eine offene Diskussionskultur mit Jugendlichen herzustellen, werden von ihnen eher gehört und angenommen", heißt es in einer Broschüre der

Beratungs- und Bildungsstelle.[798] Und weiter ist dort zu lesen: „Antidemokratische Ideologien verlieren meist ihre Anziehungskraft, sobald die Fragen, Wünsche und Hoffnungen der Jugendlichen ernst genommen werden und sie durch politische Partizipation einen Platz in der Gesellschaft einnehmen können.“[799]

- Des Weiteren ging die Beratungs- und Bildungsstelle von einem „interdisziplinären Arbeitsansatz“ aus, „der die komplexen Phänomene Radikalisierung und politisch motivierter Extremismus aus sozioökonomischen, soziokulturellen, gruppenspezifischen und individuellen Perspektiven betrachtet“.[800] „Diese Herangehensweise“, so heißt es in einem Aufsatz des Projektteams weiter, „beruht auf der Auffassung, dass erfolgreiche Extremismusprävention eines ganzheitlichen Ansatzes bedarf, der phänomenübergreifende Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Extremismen berücksichtigt, Radikalität als ein dem Jugendalter gemäßes Phänomen begreift und Stigmatisierungen junger Menschen vermeidet.“[801] In diesem Zusammenhang wurde ferner davon ausgegangen, dass die phänomenübergreifende Betrachtung von Erscheinungsformen des linken, rechten und religiös begründeten Extremismus die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten wie auch Unterschieden bei den pädagogischen Präventionsansätzen erlaubt und „die Grundlage für eine systematische Entwicklung sowie wirksame Umsetzung zielgruppenspezifischer Maßnahmen dar[stellt]“[802]. Zusammengefasst: Der Modellprojektträger hat Gewalt im Zusammenhang mit islamistischer, linksradikaler und rechtsextremer Ideologie betrachtet.[803]

- Man hat sich an Erwachsene gerichtet, die in der Bildungs- und Jugendarbeit tätig sind, „da der Stand der Forschung und Fachdebatte nahelegt, dass erwachsene Bezugspersonen außerhalb der Familie ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Faktor für die Resilienz junger Menschen gegenüber politischer Radikalisierung in Richtung extremistischer Militanz sein können“[804]. Dabei wurde weiter davon ausgegangen, dass die pädagogischen Fachkräfte „[i]n Konfrontation mit extremistischen Phänomenen“[805] mit „Wahrnehmungsblockaden, Problemverdrängung, Indifferenz, normative[n] Unsicherheiten und Inkonsistenzen“[806] reagieren.

- Die BBS Annedore verfolgte einen Ansatz, der stark auf die Einbindung der Teilnehmer*innen setzte. So begannen die Workshops und Fortbildungen mit einem „intensiven Austausch über die Wünsche und Bedarfe der an einer Fortbildung interessierten Pädagog*innen“[807]. Daraufhin wurden gemeinsam die Inhalte und Themen der Veranstaltung vereinbart.[808] Auch was die Beratungsangebote betrifft, verfolgte die BBS Annedore einen „offenen moderierenden Ansatz, der die Kompetenzen, Ressourcen und das Umfeld der pädagogischen Fachkräfte in den Mittelpunkt“[809] rückte.

- Die Beratungs- und Bildungsstelle arbeitete mit einem selbst entworfenen Radikalisierungsmodell, das sich auf vier zentrale Elemente in einem Radikalisierungsprozess bezog: die Entwicklung im Jugend- sowie jungen Erwachsenenalter, die Unzufriedenheit mit dem existierenden System, die Ideologisierung und die Mobilisierung.[810]

i) Ziele

- Im Zentrum stand die „Stärkung freiheitlich-demokratischer Grundwerte und Normen“[811] bei den Multiplikator*innen, und zwar in der Form, „dass sie für die Jugendlichen authentische Vorbilder sein können“[812]. Außerdem sollte die „Handlungskompetenz von Fachkräften im Umgang mit politisch motivierter Militanz und Demokratiefeindlichkeit“[813] erhöht werden.

- Durch die Sensibilisierung für demokratische Grundnormen und die Förderung der Handlungskompetenzen der Teilnehmer*innen sollten diese wiederum im Umgang mit politischen Radikalisierungsprozessen bei jungen Leuten geschult werden.[814]

- Die Beratungs- und Bildungsstelle setzte sich zudem für einen „erfolgreichen Wissenstransfer sowie eine nachhaltige und fachliche Vernetzung zwischen der politischen Bildungsarbeit und der konkreten pädagogischen (Sozial-)Arbeit“[815] ein.

j) Begrifflichkeiten

- Das Modellprojekt war im Förderbereich „Linke Militanz“ angesiedelt, vertrat aber einen phänomenübergreifenden Ansatz. Das heißt, es ging um linken, rechten und religiös begründeten Extremismus.[816] Dazu heißt es im ersten Bericht zu den Modellprojekten, der im Rahmen der Programmevaluation „Demokratie leben!“ für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015 verfasst wurde: „Der Projektträger begründet dies mit einer prinzipiellen Vergleichbarkeit dieser Einzelphänomene, aus denen er hypothetisch die Erwartung der Übertragbarkeit konzeptioneller Ansätze der Demokratieförderung ableitet.“[817]

- Es wurde sowohl der Begriff „Extremismus“ als auch das Wort „Militanz“ benutzt, wobei letzteres nach Angaben des Modellprojektträgers „auf Gewalthandeln fokussiert“[818] und „antidemokratische Wertmuster“[819] in den Mittelpunkt stellt.

k) Herausforderungen und Probleme

- Der ursprünglich geplante sozialräumliche Ansatz ließ sich nicht umsetzen, wie relativ bald feststand. Ein Mitglied des Projektteams konstatierte dazu: „Die ursprüngliche Idee, es regional zu binden, die Idee, Wohnorte und Tatorte hängen irgendwie dichter zusammen, das hat sich nicht bewahrheitet“[820].

l) Rezeption und Resonanz

- Für den Zeitraum 2016 lässt sich sagen, dass die Anfragen meistens zu den Themen Islamismus, Radikalisierung und Rechtsextremismus kamen. Zu linker Militanz dagegen hielt sich die Nachfrage in engen Grenzen: Hierzu „scheint direkter Bedarf von den Adressaten selbst kaum angemeldet zu werden. Die Problematik aber sei als gleichsam mitlaufendes Thema in die Arbeit einbezogen (indem die […] Wahrnehmungsblockaden und Inkonsistenzen in Konfrontation mit linker Militanz zur Sprache kämen)“, heißt es im zweiten Bericht zu den Modellprojekten, der im Rahmen der Programmevaluation „Demokratie leben!“ für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016 verfasst wurde.[821] Auch für das Jahr 2017 konnte festgestellt werden, dass die Angebote für den Phänomenbereich „Linke Militanz“ nicht nachgefragt wurden. Der Projektträger sah sich infolgedessen in der konzeptionellen Auslegung – die Arbeit mit einem phänomenübergreifenden Ansatz – bestätigt.[822]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Anfangs löste der phänomenübergreifende Ansatz bei den Zielgruppen „zunächst eine gewisse Irritation“[823] aus. Bei den Lehrer*innen machte man anfangs (2015/2016) die Erfahrung, dass sie bereits mit dem normalen Schulalltag viel zu tun hatten und deshalb für das Modellprojekt nur begrenzt offen waren. Zudem hielten sich einige aufgrund ihrer Unterrichtsfächer für Demokratiebildung nicht zuständig.[824] Bei den im Sportbereich ehrenamtlich Tätigen kam zunächst (ebenfalls 2015/2016) noch hinzu, „dass diese aus organisatorischen Gründen nur schwer einzubinden seien oder dass das Angebot ‚einfach zu

kompliziert‘ sei“[825]. Der Zugang zu den Vereinen erwies sich auch in der ersten Hälfte des Jahres 2017 als schwierig[826], während sich die Probleme im Adressatenbereich der Schulen verlagerten, wie dem dritten Bericht der Wissenschaftlichen Begleitung zu den Modellprojekten zu entnehmen ist: „Zwar sei es hier durchaus gelungen, Zugang zu finden, jedoch nicht in dem geplanten Maß. Die Schwierigkeiten in diesem Bereich sind anderer Art als im Sportbereich. Hier – im Einzugsbereich einer großstädtischen Metropole – sei vielmehr ein Überangebot von Projekten aus verschiedenen Programmen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung zu verzeichnen. Dieses Problem verstärke sich noch durch Aufmerksamkeitskonkurrenz: ‚Da ist, wenn man antritt mit Radikalisierung bei Islamismus, ist man weiter oben auf der Liste, als wenn man sagt ‚wir reden mal allgemein über Extremismus. (…) Das mit Demokratieerziehung zu verbinden, ist natürlich nicht so ein Reißer und Aufmacher, wie wenn ich mich jetzt von der Dramatisierungsebene nähere, was wir ja bewusst nicht wollen‘“[827]. In der zweiten Hälfte des Jahres 2017 verbesserten sich dann die Zugänge sowohl im Sport- als auch im Schulbereich.[828]

- Auf große Resonanz stieß das Projekt bei Sozialarbeiter*innen.[829]

- Schließlich ist noch zu erwähnen, dass die Wissenschaftliche Begleitung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zwischenzeitlich die Frage aufwarf, ob der Projektträger „die Einflusschancen der Pädagoginnen bzw. Pädagogen nicht doch etwas überschätzt“[830].

n) Anmerkungen

/

8. MODELLPROJEKT „URBANE GEWALT“

Internetpräsenz: https://institut-b3.de/urbanegewalt/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.[831]
- Der Modellprojektträger hatte zahlreiche Kooperationspartner*innen, darunter der Deutsche Feuerwehrverband e. V.[832]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

- Daneben wurde das Modellprojekt aus Mitteln des Landespräventionsrates Sachsen gefördert.[833]

d) Laufzeit

- 01.10.2016–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- Die Zielgruppen waren in Leipzig verortet: Bürger*innen, Behörden, Vereine und Initiativen, Gewerbetreibende, soziokulturelle Zentren, Rettungskräfte, Senior*innen und Studierende.[834]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Projekt verfolgte mehrere Ansätze. Beispielsweise wurde aus Interviewmitschnitten unterschiedlicher Akteur*innen aus dem Leipziger Stadtteil Connewitz (z. B. Wissenschaftler*innen, eine Bürgerpolizistin und Händler*innen) das Theaterstück „The sunset looks violent“ konzipiert. Es bot den Besucher*innen „die Möglichkeit […], die eigene Definition von Gewalt und das eigene Potenzial zu hinterfragen“[835], indem es sich mit den unterschiedlichen Perspektiven auf Gewalt in Connewitz befasst hat. Im Rahmen dieses Projekts wurde auch ein Audiowalk angeboten, bei dem die Teilnehmer*innen in einer Gruppe durch Leipzig-Connewitz liefen – „ausgestattet mit Kopfhörern werden sie von den Stimmen der anderen begleitet, um den eigenen Gewalten zu begegnen“[836].

Abb. 6: Mit 0-Tönen auf den Kopfhörern begaben sich die Teilnehmer*innen auf einen Stadtrundgang durch Connewitz.

- Ein anderer Ansatz des Projekts bestand darin, Weiterbildungen zu konzipieren, beispielsweise zur Sensibilisierung und zur Stärkung von Einsatzkräften bei Gewalt gegen sie.[837]

- Es gab u. a. die folgenden Einzelprojekte: „Gewalt gegen Einsatzkräfte“, „Kindersicherheit im Stadtteil“, „Das Gegenteil von Gewalt“ (Stadtteil Grünau), „Besondere Potentiale in Kultur und Soziokultur“, „Wem gehört die Stadt“, „Fußball und Gewalt“, „Vielleicht geht es noch besser“, „Die Dynamiken politisch motivierter Gewalt“.[838]

g) Thematische Schwerpunkte

- In dem Modellprojekt ging es um die Prävention von Gewalt im städtischen Raum, und zwar um Gewalt in all seinen Facetten (Erscheinungsformen, Ausmaß, Folgen und Reaktionen).[839] In Kooperation mit Anwohner*innen, Multiplikator*innen sowie staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen trug das Projekt „belastbare Angaben zum Vorkommen und zur subjektiven Wahrnehmung von Gewalt im städtischen Raum“[840] zusammen. Gemeinsam wurden anschließend Präventionskonzepte entwickelt und erprobt.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Ausgangspunkt des Modellprojekts war das rapide Wachstum der Großstadt Leipzig und die damit verbundene Veränderung der Dynamiken der innerstädtischen Aushandlungsprozesse. Es wurde postuliert, dass ein zunehmender Dichtestress friedliche Konfliktlösungen erschwert und zu Verteilungskonflikten von Ressourcen führt, dass aber auch die Ressourcen für einen passenden Umgang damit bereits vor Ort vorhanden sind.[841]

i) Ziele

- Das Ziel war, den Begriff der urbanen Gewalt für die Stadt Leipzig zu definieren.[842] Dabei ging es „weniger darum, was genau unter ‚Urbaner Gewalt‘ verstanden, sondern vielmehr um eine Eingrenzung des Raumes, in dem Gewalt beobachtet wird“[843]. In diesem Zusammenhang sollte auch „die Diskrepanz zwischen gefühlter Unsicherheit und statistischer Empirie“[844] thematisiert werden.

- Es wurde beabsichtigt, neue Wege im Umgang mit urbaner Gewalt vor Ort mit den unmittelbar und mittelbar Betroffenen gemeinsam zu entwickeln und zu erproben.[845]

- Die Stadt Leipzig wurde ausgewählt, weil sich dort zeigt, dass „zunehmende Urbanisierung auch zu einer Gewaltzunahme führt“[846].

j) Begrifflichkeiten

- Zentral für das Projekt war der Gewaltbegriff (vgl. dazu auch Punkt k).

- Dem Terminus „Linksextremismus“ stand das Modellprojekt ablehnend gegenüber, da es sich um einen sicherheitspolitischen Begriff handele. Ein solcher sei in der Präventionsarbeit schwierig, weil er den Zugang zu den Zielgruppen versperren könne. Bei Präventionsprojekten müsse man möglichst im Vorfeld agieren und nicht erst, wenn der individuelle Radikalisierungsprozess abgeschlossen sei, so die damalige Leiterin des Modellprojekts „Urbane Gewalt“, Ulrike Geisler. Wichtig seien auch Differenzierungen. So müsse berücksichtigt werden, dass die linksextreme Szene in Ostdeutschland anders strukturiert sei als diejenige in Westdeutschland.[847]

k) Herausforderungen und Probleme

- In seinem Abschlussbericht erwähnt der Modellprojektträger anfängliche „Schwierigkeiten im Kontakt mit Trägern der Soziokultur/Freien Kultur, da es einige Vorbehalte hinsichtlich der zugrundeliegenden Motivation des Projekts gab“[848]. Man reagierte darauf mit einem „großen Maß an Freiraum für die Träger“[849], um das geplante Theaterprojekt in Connewitz (vgl. dazu Punkt f) überhaupt realisieren zu können. Darüber hinaus machte der Projektträger die Erfahrung, „dass ein Projekt in diesem Sozialraum zum Thema ‚Urbane Gewalt‘ nur akzeptiert werden kann, wenn der Gewaltbegriff weit gefasst und von der expliziten Auseinandersetzung

mit rechtsextremistischer Gewalt flankiert wird“[850]. „Als zunehmend kritisch“, so das Institut für Beratung, Begleitung und Bildung in seinem Abschlussbericht weiter, „erwies sich die Begrifflichkeit ‚urbane Gewalt‘, welche als eine kodierte Diffamierung von linken Lebenswelten und Selbstverständnissen empfunden worden ist. Hier reagierten wir mit einer offenen Ansprache und maximaler Transparenz hinsichtlich unserer Projektziele, Fördermittelgeber und Maßnahmen, was sich langfristig als nachhaltiger und guter Umgang erwies.“[851]

- Zunächst erwies sich das Zugehen der soziokulturellen Träger auf die Institution Polizei bei einigen Einzelprojekten als schwierig. Es kam dann aber doch eine Zusammenarbeit zustande. Der Modellprojektträger wünscht sich – auch vor diesem Hintergrund – für zukünftige Projekte im Bereich der Extremismusprävention Offenheit und Bereitschaft für einen Transfer zwischen Verantwortungsträger*innen, Verwaltungsmitarbeiter*innen in den Behörden und Akteur*innen der Zivilgesellschaft.[852]

- Eine weitere Herausforderung für das Projekt „Urbane Gewalt“ war die parteipolitische Instrumentalisierung. Wiederholt geriet das Projekt in politische Grabenkämpfe hinein.[853]

l) Rezeption und Resonanz

- Die Angebote des Modellprojekts wurden sehr gut nachgefragt. Es gibt sogar noch immer Anfragen, z. B. von Leipziger Stadträten.[854]

- Hervorzuheben sind außerdem die entwickelten Weiterbildungen zur Sensibilisierung und zum Empowerment von Einsatzkräften im Rettungsdienst. Mehrere der Workshops wurden in die Regelausbildung der Einsatzkräfte von Seiten der Stadt Leipzig aufgenommen.[855]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Modellprojektträger hat am Ende seines Projekts Handlungsempfehlungen für Kommunen und andere Institutionen bzw. Gruppen zum Umgang mit urbaner Gewalt vorgelegt. Diese beziehen sich auf fünf Ebenen:

  - Handlungsempfehlung 1: Analyse der Ausgangssituation,
  - Handlungsempfehlung 2: zielführende Kommunikation,
  - Handlungsempfehlung 3: Haltung entwickeln,
  - Handlungsempfehlung 4: aktive Umsetzung,
  - Handlungsempfehlung 5: prozessbegleitende Evaluation.[856]

- Als ein weiteres Ergebnis des Modellprojekts lässt sich festhalten, dass Transparenz zentral ist, um Multiplikator*innen für die Zusammenarbeit zu gewinnen. So müsse beispielsweise bereits zu Beginn offengelegt werden, aus welchen Mitteln das Projekt finanziert wird und welche Ziele es verfolgt. Diese Transparenz begünstige den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung, die überdies durch persönliche Kontakte erleichtert werde.[857]

n) Anmerkungen

- Die Ergebnisse des Modellprojekts und der durchgeführten Einzelprojekte sind in die Broschüre „Doch, es gibt Probleme …! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit urbaner Gewalt“ eingeflossen, die im Oktober 2019 im Rahmen des Fachtags „Gewalt- und Radikalisierungsprävention in Leipzig“ präsentiert wurde.[858]

- Daneben ist aus dem Modellprojekt die Publikation „Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – ein internationaler Vergleich“ hervorgegangen, in der es um das Verständnis von Sicherheit und Prävention in verschiedenen deutschen, europäischen und weltweiten Städten geht, darunter Erfurt, Stuttgart, Zürich und Toronto.[859]

- Mehrere Präventionskonzepte werden von den Kooperationspartner*innen fortgeführt, beispielsweise das Ausbildungsmodul „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ (vgl. dazu bereits Punkt I).[860]

- Ein Präventionsprojekt, das sich dem Themenfeld linker Gewalt widmet, ist bei dem Modellprojektträger aktuell in der Antragsphase. Der Arbeitstitel des Projekts, das beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beantragt wird, lautet: „Gute Gewalt – schlechte Gewalt? – Legitimationen linker Militanz“.[861]

9. MODELLPROJEKT „VON HAUSBESETZUNG ZU BLOCKUPY – (DIS)KONTINUITÄTEN ANTISEMITISCHER DEUTUNGSMUSTER IN DER DEUTSCHEN LINKEN“

Internetpräsenz: /

a) Vollständiger Projekttitel

- Teilweise, nämlich in den Publikationen des Projektträgers und auf seiner Internetseite, taucht auch der Projekttitel „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der deutschen Linken seit 1968“ auf.

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Bildungsstätte Anne Frank e. V.[862]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

d) Laufzeit

- 01.08.2017–31.12.2019

e) Zielgruppe(n)

- linkspolitisch orientierte junge Erwachsene bzw. linke Aktivist*innen

f) Herangehensweisen und Methoden

- Der Projektträger konzipierte eine Ausstellung mit dem Titel „Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken“, die im Jahr 2019 in der Bildungsstätte Anne Frank präsentiert wurde. In der Ausstellung, die nun als Wanderausstellung angeboten wird, werden u. a. sieben Interviews gezeigt, in denen antisemitische Haltungen thematisiert werden. Diese sowie die präsentierten Texte werden „als Ergebnis einer fehlgelaufenen Aneignung komplexer Theorien verstanden und gerade nicht als notwendig ressentimentgeladener Output durchgedrehter und notorisch repressiv-autoritärer Kommunisten“[863].

g) Thematische Schwerpunkte

- In der realisierten Ausstellung ging es lediglich um die Zeit nach 1968. Diese zeitliche Begrenzung wurde vorgenommen, da der Projektträger davon ausging, „dass prominente Formen linkspolitisch motivierten Antisemitismus, die auch gegenwärtig äußerst relevant sind, sich zu dieser Zeit entwickelt haben“[864]. Gemeint war hier der israelbezogene Antisemitismus.

- In der Ausstellung standen linksradikale Politiken im Mittelpunkt, wobei man das Wort „radikal“ „im wörtlichen Sinne als an die Wurzel gesellschaftlicher Problemkonstellationen gehend“[865] verstand. Linksliberale bzw. sozialdemokratische Haltungen wurden dagegen seltener thematisiert.[866]

- Schließlich gab es noch eine dritte Eingrenzung: Die Organisator*innen der Ausstellung bezogen nur Westdeutschland mit ein, „die Geschichte des Antisemitismus in der DDR hätte schlichtweg den Rahmen gesprengt“[867].

- Ein Beispiel für ein Thema, das in der Ausstellung behandelt wird, ist der sogenannte Häuserkampf in Frankfurt am Main in den 1970er Jahren. Damals besetzten linke Aktivist*innengruppen aus Protest gegen geplante Büroneubauten einige Gründerzeitvillen im Stadtteil Westend. In einem der sieben in der Ausstellung gezeigten Videogespräche konstatiert der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, dass linker Antisemitismus im Frankfurter Häuserkampf eine Rolle gespielt habe.[868]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Dem Projekt lag die Grundannahme zugrunde, dass „die Geschichte der politischen Linken in der Bundesrepublik […] immer wieder auch von Momenten gekennzeichnet [ist], in denen antisemitische Stereotype in Umlauf gebracht und ignoriert wurden oder die Szene tief spalteten“[869]. Zugleich sei linker Antisemitismus aber „die Form von Antisemitismus, die am wenigsten thematisiert wird“[870].

- Bei der Organisation der Ausstellung ging der Projektträger weiter davon aus, „dass das Potenzial, sich selbst zu reflektieren, über Widersprüche zu streiten, nicht zugunsten einer fantasierten Homogenität über Differenzen hinwegzusehen, eine genuine Stärke linker Bewegungen sein kann“[871]. Um diese Selbstreflexion auszulösen, wurde ein Zugang gewählt, der sich an der Lebenswelt der Ausstellungsbesucher*innen orientierte.[872] Das bedeutete u. a., dass die Ausstellung linke Politik- und Lebensentwürfe nicht stigmatisieren wollte.[873] In diesen Kontext ist auch der Ausstellungstitel – „Das Gegenteil von Gut“ – einzuordnen: Es geht „um das Umschlagen vom Gutgemeinten in sein Gegenteil, also von eigentlich progressiver linker Programmatik in historisch vorgespurte Bahnen anti-jüdischen Ressentiments“[874].

- Die konzipierte Ausstellung ist primär historisch angelegt, behandelt die dargestellten Phänomene aber „nicht als abgeschlossen, sondern fragt danach, welche Bedeutung die geschichtlichen Ereignisse für die Gegenwart haben, welche Kontinuitäten sich tradierten“[875].

- Die Ausstellung steht als Wanderausstellung zur Verfügung; sie kann also von anderen Organisationen etc. gebucht werden. Die Bildungsstätte Anne Frank bietet zudem Workshops an, die im Rahmen der Ausstellung durchgeführt werden können.[876]

i) Ziele

- Das Ziel der Ausstellung bestand darin, herauszuarbeiten, „warum linksradikale Kritiken in Vergangenheit und Gegenwart notwendig waren und sind, aber eben auch aufzeigen, wo in diesen Kritiken Antisemitismus kolportiert wurde, als laute Einzelstimmen oder als Hintergrundrauschen“[877].

j) Begrifflichkeiten

- Der Projektträger hat das mit der Extremismustheorie verbundene Hufeisenmodell scharf kritisiert. Es würde den „Unterschied zwischen linksradikalem Antifaschismus und Antikapitalismus sowie ‚Rechtsextremismus‘ oder ‚Islamismus‘ nivellieren“[878]. Oder mit anderen Worten: „Der Extremismusbegriff verschleiert mehr, als er erhellt; er macht vergleichbar, was nicht vergleichbar ist, und konstruiert darüber die befriedende Illusion einer gesellschaftlichen Mitte, an deren sozialen und politischen Rändern lediglich diejenigen Probleme auftauchen, mit denen man sich nicht mehr so genau befassen möchte. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus etc. sind aber keine Phänomene, die sich exklusiv in ‚Extremismen‘ verorten lassen, sondern gesamtgesellschaftliche Ideologien […].“[879]

Infokasten 12: Die Hufeisentheorie

Das Ergebnis der thüringischen Landtagswahl vom 27. Oktober 2019 und die nachfolgenden Ereignisse – insbesondere die Wahl eines FDP-Politikers zum Ministerpräsidenten des Landes Thüringen mit den Stimmen der FDP, der CDU und der AfD – wurden in Medien und Wissenschaft vielfach als Beleg für die endgültige Obsoletheit der sogenannten Hufeisentheorie gesehen.

Nach der Hufeisentheorie lässt sich das politische Spektrum mit einem Hufeisen vergleichen: Im Zentrum, d. h. an dessen Biegung, liegt die gesellschaftliche Mitte, die politisch gemäßigt ist und damit für die freiheitliche demokratische Grundordnung steht. An den beiden Enden des Hufeisens, die sich beinahe berühren, befinden sich auf der einen Seite die Rechtsextremist*innen und auf der anderen Seite die Linksextremist*innen, d. h. die Verfassungsfeinde.

Kritiker*innen werfen diesem Modell eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus vor, die problematisch sei. Der Soziologe Matthias Quent schreibt dazu: „Gegen die Links-Rechts-Gleichsetzung sprechen vor allem zwei Gründe. Erstens unterscheiden sich links und rechts grundlegend." (Quent 2020: 108) So würde die Gleichsetzung u. a. „das in der Regel antagonistische Menschenbild und Menschenrechtsverständnis in modernen linken und rechten Strömungen" (ebd.: 109) ignorieren. „Der zweite wesentliche Grund, der gegen eine Gleichstellung von links und rechts unter einem gemeinsamen Dach des Extremismus spricht, ist die unterschiedliche Gefährdungslage", so Quent weiter (ebd.). Der Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft – Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit in Jena stützt seine These mit mehreren Beispielen, darunter die unterschiedlichen Ziele von Gewalt: „Während sich rechte Gewalt und Hasskriminalität ganz selbstverständlich gegen Menschen richten, denen die Gleichwertigkeit abgesprochen wird, richten sich linke Straf- und Gewalttaten eher gegen Gegenstände." (ebd.: 109 f.)

Ausgewählte Quellen bzw. Literatur:

Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1989, S. 251–254.
Quent, Matthias: Rechtsextremismus. 33 Fragen – 33 Antworten, München: Piper, 2020.
Schneider, Johannes: Das Hufeisen muss runter, in: Zeit Online, 28.10.2019, URL: https://www.zeit.de/kultur/2019-10/linke-rechte-hufeisentheorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].
Seibt, Gustav: Das Mantra von der Mitte, in: SZ.de, 12.02.2020, URL: https://www.sueddeutsche.de/kultur/thueringen-mitte-buergerlichkeit-sprache-1.4793370 [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

k) Herausforderungen und Probleme

- Der Modellprojektträger ist bei der Durchführung des Projekts auf keine größeren Schwierigkeiten gestoßen, die das Vorhaben beeinträchtigt hätten. Aktuell steht er allerdings vor dem Problem, die Wanderausstellung wegen der COVID-19-Pandemie nur begrenzt zeigen zu können.[880]

- Herausfordernd war die Komplexität des Gegenstands und dessen Vermittlung.[881]

l) Rezeption und Resonanz

- Die Ausstellung, die ein „Besuchererfolg"[882] war, wurde auch medial breit wahrgenommen. So gab es darüber u. a. in der Online-Ausgabe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*[883] und in der gedruckten Fassung der *Jüdischen Allgemeinen*[884] Berichte, die positiv waren.

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Modellprojektträger hat die Erfahrung gesammelt, dass Antisemitismus in linken Zusammenhängen am besten kritisiert werden kann, wenn die linkspolitischen Auseinander-

setzungen um das Thema selbst aufgegriffen werden. Wichtig ist es nach Auffassung des Projektverantwortlichen, an einen innerlinken Diskurs anzuknüpfen und dabei auch an der Legitimität linker Gesellschaftskritik festzuhalten, entgegen extremismustheoretischer Erledigung.[885]

n) Anmerkungen

- Die im Jahr 2019 in der Bildungsstätte Anne Frank gezeigte Ausstellung war mit einem Begleitprogramm in Form von vier Diskussionsveranstaltungen verknüpft.[886]

II MODELLPROJEKTE UND SONSTIGE INITIATIVEN

SONSTIGE INITIATIVEN

1. AUFKLÄRUNGSKAMPAGNE „AUFGEKLÄRT STATT AUTONOM“

Internetpräsenz: https://aufgeklärt-statt-autonom.de/

a) Vollständiger Projekttitel

- „Aufgeklärt statt autonom – Hessische Aufklärungskampagne zur Prävention von Linksextremismus für die Schulen“

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V.[887]
- Eduversum GmbH[888]
- Das Projekt wurde im Rahmen des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Innenministeriums gefördert.
- Fachliche und pädagogische Beratung: Dr. Alexander Jehn (Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung), Dr. Klaus Bott (Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus[889]), Dr. Iris Pilling (Landesamt für Verfassungsschutz Hessen), Klaus Schilling (Kultusministerium Hessen)

c) Förderperiode

/

d) Laufzeit

- November/Dezember 2019

e) Zielgruppe(n)

- Schüler*innen (Sekundarstufe I, Sekundarstufe II, berufliche Bildung)

f) Herangehensweisen und Methoden

- Es gibt zum einen zwölf Plakate, die im Schulgebäude aufgehängt und als Ausstellung präsentiert werden können. Zum anderen können Lehrer*innen der beiden Fächer Politik/Wirtschaft und Geschichte die Plakate im Unterricht verwenden, wobei zu jedem Plakat Arbeitsblätter existieren, „mit denen die Schülerinnen und Schüler die Plakatthemen vertiefend erarbeiten können“[890]. Im Herbst 2019 wurden die Plakate und die Unterrichtsmaterialien unaufgefordert an alle hessischen Schulen mit einer neunten und zehnten Jahrgangsstufe verschickt.[891]

- In digitaler Form sind sowohl die Plakate als auch die Unterrichtsmaterialien auf der Homepage www.lehrer-online.de kostenlos abrufbar.

g) Thematische Schwerpunkte

- Im Mittelpunkt, so heißt es in einer der beiden Projektbeschreibungen des Projektträgers Eduversum GmbH, stünde „die Auseinandersetzung mit linksextremistischen Strategien, Strömungen, Anti-Haltungen und ihr mediales Auftreten“[892].

- Die Plakate, die im Comicstil gestaltet sind, tragen die folgenden Überschriften:
  - Plakat 1: Titel „Extremismus. Gegen die Demokratie“,
  - Plakat 2: Titel „Die Demokratie. Bist Du“,

» Plakat 3: Titel „Jugendkultur und Medien. Wie sich Linksextremisten vernetzen“,
» Plakat 4: Titel „Linksextremisten global. Linksextremismus spricht viele Sprachen“,
» Plakat 5: Titel „Ideologie. Wie und was Linksextremisten denken“,
» Plakat 6: Titel „Gewalt und Militanz. ‚Macht kaputt, was euch kaputt macht‘?“,
» Plakat 7: Titel „Anarchie und Freiheit. Willst Du nicht auch frei sein?“,
» Plakat 8: Titel „Antifaschismus. Bist Du etwa nicht gegen Nazis?!“,
» Plakat 9: Titel „Antikapitalismus. Du willst doch auch Gerechtigkeit?“,
» Plakat 10: Titel „Antiimperialismus und Antiglobalisierung. Wer will eine gerechtere Welt?“,
» Plakat 11: Titel „Die DDR – der Sozialismus wird Realität“,
» Plakat 12: Titel „Friedlich für Demokratie und Menschenrechte. Die friedliche Revolution in der DDR 1989/1990“.[893]

– Wie bereits erwähnt, gibt es zu allen zwölf Plakaten Unterrichtmaterial.[894] Dieses umfasst jeweils zwei Arbeitsblätter und ein Lösungsblatt. Außerdem finden die Lehrer*innen online Informationen zum Inhalt des jeweiligen Arbeitsmaterials, zur Zielgruppe und zu den vermittelten Kompetenzen. Diese gliedern sich stets in Sozial- und Fachkompetenz auf.

h) Ausgangspunkte und Annahmen

– Ausgangspunkt des Projekts waren die Ausschreitungen beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg.[895]

– Linksextremismus werde nicht thematisiert, „weil die momentane Gefahr durch Linksextremisten größer ist als durch andere Extremismusformen, sondern, weil der Linksextremismus, wie jeder Extremismus, eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben in unserem freien und demokratischen Staat ist“[896].

– In einer der beiden Projektbeschreibungen des Projektträgers Eduversum GmbH findet sich die folgende These: „Die größte Gefahr geht von der Autonomen Szene aus, der auch ein Großteil der gewalttätigen Demonstranten beim G20-Gipfel in Hamburg zugerechnet werden.“[897] „Linker Extremismus“, so heißt es weiter, „beginnt nicht mit einem Steinwurf auf einer Demonstration. Linker Extremismus beginnt mit der Herausbildung von Meinungen und Überzeugungen, die sich zunehmend radikalisieren. An diesem Punkt kann und sollte politische Bildungsarbeit in den Schulen und außerschulischen Einrichtungen entgegenwirken.“[898]

– Es wurde weiter davon ausgegangen, dass „kaum Unterrichtsmaterial zur Verfügung“ steht, welches „Linksextremismus thematisiert und das sich in der schulischen Extremismusprävention einsetzen lässt“.[899]

i) Ziele

– „Aufgeklärt statt autonom“ geht es um die Prävention von Linksextremismus.[900] Explizitere Ziele des Projekts werden in den online verfügbaren Beschreibungen aber nicht genannt. Lediglich bei den Arbeitsmaterialien finden sich die Ziele der einzelnen Unterrichtseinheiten. So heißt es z. B. zu dem Unterrichtsmaterial zum Thema „Linksextremistische Ideologien“: „In diesem Arbeitsmaterial zum Thema ‚Linksextremistische Ideologien‘ lernen die Schülerinnen und Schüler die wichtigsten linksextremistischen Lehren kennen sowie eine Auswahl an Staaten, in denen die Ideologien angewandt wurden beziehungsweise heute noch praktiziert werden. Dabei sollen auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede erarbeitet werden.“[901]

j) Begrifflichkeiten

- Das Projekt arbeitet mit dem Begriff des Linksextremismus.

k) Herausforderungen und Probleme

- Dazu liegen der Verfasserin der vorliegenden Studie keine Informationen vor.

l) Rezeption und Resonanz

- Bereits für den 19. November 2020 liegen zwei Parlamentsdokumente im Landtagsinformationssystem des Hessischen Landtages vor. Zum einen handelt es sich um einen sogenannten dringlichen Berichtsantrag der Linken-Abgeordneten Elisabeth Kula und ihrer Fraktion mit dem Titel „Schulkampagne ‚Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule' durch Medienunternehmen". In dem Antrag wird die Landesregierung ersucht, im Kulturpolitischen Ausschuss (KPA) insgesamt 28 Fragen zu dem Projekt zu beantworten, darunter: „Teilt das HKM [= das Hessische Kultusministerium, Anm. d. Verf.] die Definition der Kampagne des Phänomenbereichs ‚Linksextremismus' und wie bewertet sie die Definition von Linksextremismus durch die Zuordnung eines Zusammenhangs von Kapitalismus und sozialer Ungleichheit?"[902] und: „Sieht das HKM einen Interessenkonflikt in der Kooperation mit diesem Unternehmenskonglomerat, welches in der Vergangenheit durch seine unmittelbare Nähe zur FDP schon mehrfach in die Schlagzeilen geraten war?"[903] In dem Berichtsantrag ging es insgesamt sowohl um inhaltliche als auch um organisatorische Fragen. Laut eines Online-Artikels der *Frankfurter Rundschau* soll daraufhin der hessische Kultusminister Alexander Lorz (CDU) „Aufgeklärt statt autonom" im Kulturpolitischen Ausschuss verteidigt haben. Rückendeckung erhielt die Aufklärungskampagne außerdem vom Hessischen Innenministerium.[904]

- Zum anderen ist im Landtagsinformationssystem des Hessischen Landtages ein Berichtsantrag des Linken-Abgeordneten Hermann Schaus und seiner Fraktion mit dem Titel: „Durch Innenministerium geförderte Schulkampagne ‚Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule' durch FDP-nahes Medienunternehmen", zu finden. Darin wird vor allem die Nähe zur FDP der beiden Projektträger „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung" und „Eduversum" beklagt. „Materialien zur extremen Rechten, Marktradikalismus oder zum Jihadismus"[905] würde man auf der Homepage www.lehrer-online.de nicht finden. Vor diesem Hintergrund ersuchten Schaus und seine Fraktion die hessische Landesregierung, im Innenausschuss des Landtags elf Fragen zu beantworten. Diese betrafen zum einen die „Ausschreibung, Gestaltung und Kosten der Kampagne", zum anderen die „Kooperation mit FDP-nahen Medienunternehmen".[906] Es standen also vor allem organisatorische Aspekte im Mittelpunkt.

- Die Aufklärungskampagne wurde außerdem bald inhaltlich kritisiert: Am 12. Februar 2020 gab der Landesverband Hessen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) eine Pressemitteilung mit der Überschrift „‚Aufgeklärt statt autonom'. Gutachten im Auftrag der GEW Hessen zeigt erhebliche Mängel in Ausstellung zur Extremismusprävention an Schulen auf" heraus. Demnach hatte der hessische GEW-Landesverband Christoph Bauer (Gymnasiallehrer in Frankfurt am Main) und Martina Tschirner (Akademische Oberrätin an der Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt politische Bildung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main) beauftragt, ein Gutachten[907] zu der Plakatreihe zu erstellen. Die Autoren hätten, so heißt es in der Pressemitteilung weiter, „gravierende fachliche und fachdidaktische Mängel"[908] festgestellt. Die Vorsitzende der GEW Hessen,

Birgit Koch, forderte infolgedessen alle Schulen auf, die Ausstellung nicht mehr einzusetzen.[909] Ein Sprecher des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport verteidigte die Kampagne dagegen: Es sei ein „sehr ordentliches Produkt entstanden"[910]. Außerdem teilte das Ministerium mit, dass Lehrer*innen kaum Unterrichtsmaterial zur Verfügung stehe, das Linksextremismus thematisiere und sich in der schulischen Extremismusprävention verwenden lasse.[911] In Bezug auf den benutzten Begriff des Linksextremismus hielt ein Ministeriumssprecher zudem fest: „Kritiker versuchen […] meist den Begriff Linksextremismus in Gänze infrage zu stellen"[912]. Zudem dränge „sich der Eindruck auf, dass vornehmlich kritisiert wird, dass Linksextremismus überhaupt thematisiert wird"[913]. Auch die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag verteidigte die Aufklärungskampagne.[914]

- Der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traughber, auf den sich die Verantwortlichen von „Aufgeklärt statt autonom" mehrfach berufen[915], nahm ihr gegenüber eine neutrale Haltung ein: „Er sagt", so heißt es in einem *Spiegel.de*-Artikel vom 14. Februar 2020, „das Gefahrenpotenzial des Linksextremismus in der Bundesrepublik dürfe weder dramatisiert noch verharmlost werden. ‚Es gibt gute Gründe dafür, die Gefahr durch Islamismus und Rechtsextremismus höher einzuschätzen. Diese Einsicht gestattet aber weder Desinteresse noch Ignoranz gegenüber dem Linksextremismus.'"[916]

- Konkret haben Gutachterin Tschirner und Gutachter Bauer folgende Kritikpunkte:

  - Sie sprechen von der „Problematik des Extremismuskonzeptes"[917], welches sich in der Kampagne aber nicht widerspiegeln würde. Stattdessen werde einfach auf den vielfach kritisierten Extremismusbegriff zurückgegriffen, der von den Sicherheitsbehörden verwendet werde. Auf diese Weise sehen Bauer und Tschirner einen zentralen Bestandteil des Beutelsbacher Konsenses, nämlich das sogenannte Kontroversitätsgebot, verletzt.[918]

  - Bauer und Tschirner werfen den Verantwortlichen der Plakatreihe und des didaktischen Begleitmaterials ungerechtfertigte Vereinfachung und Einseitigkeit vor. So schreiben sie beispielsweise zu Plakat 5 mit dem Titel: „Ideologie. Wie und was Linksextremisten denken": „Wissenschaftlich sind solche Darstellungen unhaltbar und auch nicht durch eine möglicherweise beabsichtigte didaktische Reduktion zu legitimieren, die angesichts der Komplexität der Thematik letztlich gar nicht gelingen kann. ‚Aufklärung' findet hier nicht statt. Vielmehr wird Angst vor gewaltbereiten Linksextremisten geschürt, deren zentrales Anliegen es sei, den Staat und seine Institutionen abzuschaffen, die Bevölkerung zu terrorisieren und ihr das Eigentum zu entwenden. Die Hinweise auf viele Millionen Tote im Stalinismus und Maoismus tragen dazu ihr Übriges bei."[919]

  - In Bezug auf das von ihnen beispielhaft analysierte Plakat 1 mit dem Titel: „Extremismus. Gegen die Demokratie", kommen Bauer und Tschirner zu dem Schluss, dass ein inhaltlicher Fehler vorliege: „Dieses erste und zentrale Plakat greift als einziges überhaupt soziale Gruppen jenseits der ‚Linksextremisten' auf, nämlich Rechtsextreme und Islamisten. Deren exklusive Bezugnahme in diesem Plakat stellt folglich einen Blick über den Tellerrand dar und stellt die genannten Gruppen auf eine Stufe. Im Kern des Plakats ist keine Hierarchie der Gefährdungslage oder anderer Kriterien ersichtlich, sie stehen bei allen inhaltlichen Unterschieden auch grafisch auf einer Stufe. Die Mini-Statistik am unteren Rand stellt dagegen die Linksextremisten als die mit Abstand größte Gefährdung dar: Sie werden mit 32.000 Personen als größte Gruppe vor Rechtsextremen (24.100) und

Islamisten (26.560) vorstellt. Ein Blick in den auf dem Plakat als Quelle angegeben [sic] Verfassungsschutzbericht von 2018 zeigt, dass die auf dem Plakat abgedruckten Zahlen falsch sind, weil unterschiedliche Kriterien abgerufen werden. Folgt man der Begrifflichkeit und der Methodik des Verfassungsschutzes, wären beim Kriterium ‚gewaltbereit' 12.700 ‚Rechtsextremisten', 9.000 ‚Linksextremisten' und 26.500 bei ‚Islamisten' auszumachen."[920]

» Ein weiterer Kritikpunkt der Gutachterin und des Gutachters ist die fehlende Quellenkritik – Angaben aus Verfassungsschutzberichten würden unhinterfragt übernommen: „So werden in den Zahlen des Verfassungsschutzes beispielsweise Salafisten, der IS und die Hisbollah mit Autonomen und Anarchisten zahlenmäßig gleichgesetzt, was angesichts der extrem unterschiedlichen politischen Handlungen der beiden ‚Gruppen' wissenschaftlich nicht haltbar, sondern als politisch motiviert zu verstehen ist."[921]

» Was das zu Plakat 1 vorliegende Arbeitsmaterial[922] betrifft, kritisieren Bauer und Tschirner, dass im Gegensatz „zu anderen, professionell erstellten Unterrichtsmaterialien" „kein didaktischer Begleittext" bereitgestellt werde, „bei dem beispielsweise die nötigen inhaltlichen Differenzierungen und Vertiefungen zumindest benannt würden".[923] Daneben sehen Gutachterin Tschirner und Gutachter Bauer in dem Arbeitsblatt für die Schüler*innen zu Plakat 1 einen Verstoß gegen das Indoktrinationsverbot, das ebenfalls im Beutelsbacher Konsens festgeschrieben ist: „Es geht hier überhaupt nicht um eigene Sichtweisen oder gar Kontroversen, die SchülerInnen werden von Anfang bis Ende mit einer bestehenden Sichtweise konfrontiert, die sie zu reproduzieren haben und deren Verständnis am Ende getestet wird. Kritische Gegenpositionen kommen nicht zu Wort – doch nur auf diese Weise hätten SchülerInnen überhaupt eine faire Chance, sich eine eigene Meinung zu bilden."[924] Eine Verletzung des Überwältigungsverbotes sehen Bauer und Tschirner aber nicht nur in den Arbeitsmaterialien zu Plakat 1: „Auch in den übrigen Arbeitsblättern und Materialien kommt eine ernstzunehmende andere Sichtweise nicht vor. Verschärft wird diese Herangehensweise zudem dadurch, dass das Material die Beteiligung der SchülerInnen aktiv vortäuscht (und sie dann aktiv marginalisiert)."[925]

» Sehr kritisch stehen Bauer und Tschirner überdies den Lösungsvorschlägen gegenüber, die zum Arbeitsmaterial zu Plakat 1 bereitgestellt werden. Hier kritisieren sie die unreflektierte Einführung neuer Begriffe und das Fehlen von weiterführender Literatur: „Didaktisch ist festzuhalten, dass hier völlig neue Begrifflichkeiten (nur für die Lehrkraft) Einzug halten: Auf einmal geht es nicht nur um Extremismus, sondern auch um konservative und rechtspopulistische Positionen. Inhaltlich sind diese Thesen unhaltbar oder zumindest kontrovers und müssten in einem didaktischen Begleitmaterial als solche kenntlich gemacht und besprochen werden. Die Vermischung von rechts und konservativ verharmlost rechte Positionen […]. In den Lösungsvorschlägen zu dieser Teilaufgabe ist eine hoch problematische fachliche Position enthalten, die zudem mit keinerlei Darstellung der fachlichen Debatte oder auch nur mit Quellenangaben versehen ist."[926]

» Die Prävention, die die Macher*innen der Plakatserie und der Unterrichtsmaterialien bezweckten, bezeichnen Bauer und Tschirner als „‚Prävention durch Abschreckung'"[927]: Die Dokumente „schüren bewusst Angst vor einer Gefahr von links"[928].

» Alles in allem kommen die Gutachterin und der Gutachter zu sehr negativen Schlussfolgerungen. So schreiben sie beispielsweise, dass es nicht nachzuvollziehen sei, „wie ein Regierungsprogramm zur Förderung demokratischer Kultur ein Material finanziell, organisatorisch und symbolisch fördert, dessen Aufbau einer eigenständigen Meinungs- und Urteilsbildung diametral entgegen zu wirken versucht“[929]. Gleichzeitig machen sie aber aus ihrer eigenen skeptischen Haltung gegenüber dem Verfassungsschutz keinen Hehl, wenn sie schreiben: „Die Texte und Gestaltung der Plakate weisen eine so große Nähe zu den Publikationen des Verfassungsschutzes auf, dass man geneigt ist, die Plakatserie als didaktisierten und illustrierten Verfassungsschutzbericht zu bezeichnen.“[930]

» Vor diesem Hintergrund fragen Bauer und Tschirner, ob nicht das eigentliche Ziel der Aufklärungskampagne darin bestehe, die Tätigkeiten des Verfassungsschutzes zu legitimieren.[931] Dies umso mehr, als „der hessische Verfassungsschutz seit langem Legitimationsprobleme [hat], da er seinen Aufgaben, der präventiv-geheimdienstlichen Überwachung von ‚Extremisten‘, nicht gerecht wird“, so das Gutachten.[932] Zuletzt hätten dies „der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und natürlich auch das Versagen des (hessischen) Verfassungsschutzes im Zusammenhang der NSU-Affäre“ gezeigt, zusätzlich aber auch die Skandale, „die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer Verstrickungen in die rechte Szene immer wieder ausgelöst haben“.[933] Bauer und Tschirner ziehen daher ein unmissverständliches Fazit: „Eine Behörde, deren Zweck vor allem in der Abwehr geheimer Gefahren besteht, hat auf ganzer Linie versagt und kann ihre Existenzberechtigung deshalb nicht mehr rechtfertigen. Was liegt da näher, als von den Problemen abzulenken, indem man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine andere Zielgruppe lenkt? Die Fokussierung auf den Linksextremismus eignet sich hervorragend, um von diesem Versagen abzulenken.“[934] Vor diesem Hintergrund plädiert das GEW-Gutachten dafür, die Plakate und die Unterrichtsmaterialien „unverzüglich aus den Schulen zu entfernen und bildungs- und sicherheitspolitisch aufzuarbeiten“[935].

m) Erfahrungen und Ergebnisse

– Ein Austausch über die Ansätze, Erfahrungen etc. war nicht möglich, da das Projekt am 31. Dezember 2019 ausgelaufen ist und der Mitarbeiter, der es betreut hat, nicht mehr bei der Eduversum GmbH arbeitet.[936] Rückmeldungen aus den Schulen liegen bisher nicht vor.[937]

n) Anmerkungen

/

2. PROJEKT „EXLEX. BERATUNGSMASSNAHME UND DISTANZIERUNGSUNTERSTÜTZUNG IM KONTEXT LINKER MILITANZ“

Internetpräsenz: https://kast-sh.de/exlex/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- KAST e. V.[938]
- Neben dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gibt es drei weitere Förderer: das Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein, das Landesdemokratiezentrum Schleswig-Holstein und den Landespräventionsrat Schleswig-Holstein.[939]
- Bei Fortbildungen zum kurdischen Ultranationalismus fungiert oft die Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein als Kooperationspartner.[940]

c) Förderperiode

- 1. Förderperiode (2015–2019) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
- 2. Förderperiode (2020–2024) des Bundesprogramms „Demokratie leben!“
- „Demokratie leben!“ fördert Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung, der Mobilen Beratung und der Opferberatung. In diesem Rahmen erhält ExLex Gelder.[941]

d) Laufzeit

- Das Projekt wurde erstmalig zum 1. Januar 2017 bewilligt. Die Bewilligungszeiträume wurden jeweils um ein Jahr verlängert. Im Moment läuft das Projekt bis zum 31. Dezember 2020. Der Projektträger rechnet mit einer Weiterbewilligung.[942]

e) Zielgruppe(n)

- Das Projekt hat erstens Personen als Zielgruppe, die sich über Linksextremismus informieren wollen (z. B. ehrenamtlich Tätige, Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen) bzw. die besorgt sind, weil sich Angehörige oder Freunde „in diese Richtung orientieren oder sich bereits in linksextremen Gruppierungen bewegen“[943].
- Zweitens wendet sich das KAST mit „ExLex“ an Beschäftigte der Justiz (JVA-Mitarbeiter*innen, Bewährungshelfer*innen, Gerichtshilfen etc.).[944]
- Drittens schließlich richten sich Angebote des Projekts auch an junge Leute sowie Erwachsene, die durch eigene Aktivitäten im Kontext linker Militanz in schwierigen Lebenssituationen sind und sich eine Veränderung wünschen. Eine Verurteilung von Gericht kann ein solcher Fall sein, muss aber nicht.[945]

f) Herangehensweisen und Methoden

- Das Projekt macht drei Angebote: neben einem Informationsangebot zu den unterschiedlichen Aspekten von linker Militanz bzw. Linksextremismus ein Unterstützungsangebot für Multiplikator*innen und ein Ausstiegsangebot für Menschen, die sich aus ihrem linksextremistischen Umfeld lösen möchten.[946]

- Das Unterstützungsangebot enthält Fortbildungen, in denen „ein Verständnis für die Thematik Linke Militanz geschaffen werden [soll]“[947]. Die Fortbildungen beruhen auf dem Drei-Stufen-Modell „Erkennen – Verstehen – Handeln“.[948] Daneben sollen die Fortbildungen aber auch „einen Raum für Diskussionen bieten – besonders vor dem Hintergrund, dass der Diskurs ‚Linke Militanz‘ sich in der Mehrheitsgesellschaft erst noch entwickelt“[949].

g) Thematische Schwerpunkte

- Thematisch steht gewalttätiges Handeln im Mittelpunkt. Diesem soll der Nährboden entzogen werden, um so „zum Schutz Betroffener beizutragen“[950].

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Beim Thema Gewalt geht es darum, zu zeigen, „dass ideologisch begründete Gewalt auch in der Gegenwart vielerorts eine Legitimation erfährt“[951]. Damit eng verknüpft sind die Opfer: Das KAST nimmt an, dass eine umfassende Auseinandersetzung mit gewaltbereiten Personen ein aktiver Opferschutz sei, da das zentrale Ziel von Unterstützungsmaßnahmen darin bestehe, zukünftige Straftaten zu verhindern. Die Teilnehmer*innen sollen unterstützt werden, Ressourcen aufzubauen, enger in ein soziales Netzwerk eingebunden zu sein etc. In diesem Zusammenhang geht das Projekt auch davon aus, dass die Legitimationsstrategien der Täter*innen aufgebrochen werden können und auf diese Weise eine Verhaltensveränderung herbeigeführt werden kann.[952]

- Was die Ausstiegsarbeit betrifft, geht das KAST davon aus, dass sich mehrere Indikatoren, die im Bereich Rechtsextremismus „eine beginnende Irritation der Weltanschauung sichtbar machen“[953], auf die Arbeit im Bereich Linke Militanz übertragen lassen. So seien z. B. Veränderungen in der Musikauswahl, die Frage, ob eine Entfernung von Tattoos möglich sei, oder die Neugier auf andere Themen Indikatoren für einen Ausstiegswillen in beiden Phänomenbereichen. Bei diesen (und weiteren) Indikatoren handelt es sich um diejenigen, die der Projektträger aus dem Kontext Rechtsextremismus kennt. Auch wenn sie sich sicherlich nicht eins zu eins auf den Kontext Linke Militanz übertragen lassen, so haben sie sich im Projektverlauf doch als sehr hilfreich erwiesen.[954]

i) Ziele

- Die Ziele des Projekts variieren nach Form des Angebots. So hat beispielsweise die Präventionsarbeit im Bereich der Fortbildungen zum Ziel, „ein Verständnis von linksmilitanten Strukturen in der Gesellschaft und von der Erlebniswelt linksmilitanter Personengruppen zu bewirken“[955].

- Das Ziel der Fortbildungen, die speziell für Beschäftigte im Bereich Justiz angeboten werden, besteht darüber hinaus darin, dass sie Indikatoren, die auf einen Ausstiegswillen hindeuten könnten, besser und schneller erkennen und in der Folge einen Kontakt zur Ausstiegsberatung vermitteln können, „damit sich anschließend Möglichkeiten eines individuell gestalteten Unterstützungsangebotes erörtern lassen“[956].

- Das spezielle Ziel der Fortbildungen für Personen, die mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen arbeiten oder dies in Zukunft tun werden (z. B. ehrenamtlich Tätige, Lehramtsstudierende und Lehrer*innen), ist dagegen anders gelagert: Hier geht es darum, zu vermitteln, „dass auch Familien, deren Lebensmittelpunkt mit einem kurdischen oder türkischen Bezug in Deutschland liegt, trotzdem in linksmilitante Konflikte verwickelt sein können“[957].

- Übergeordnetes Ziel der Angebote ist es, Straftaten und damit auch Opfer in Zukunft zu verhindern.[958]

j) Begrifflichkeiten

- Das Projekt arbeitet sowohl mit dem Begriff der linken Militanz als auch mit dem Begriff des Linksextremismus.[959]

k) Herausforderungen und Probleme

- Während der Projektlaufzeit (2017 bis heute[960]) gab es keine interessierten ausstiegs- bzw. distanzierungswilligen Personen aus dem Bereich Linke Militanz. Der Projektträger vermutet daher, „dass es in diesem Kontext entweder keinen oder sehr geringen Bedarf innerhalb Schleswig-Holsteins gibt“[961].

- Dass sowohl der Begriff des Linksextremismus als auch der Begriff der linken Militanz nicht klar umrissen sind, stellte den Projektträger vor die Schwierigkeit, die eigenen Angebote zu adressieren. Außerdem war man mit der stigmatisierenden Wirkung des Begriffs „Linksextremismus“ konfrontiert, die bei manchen Akteur*innen in Schleswig-Holstein zur Zurückhaltung angesichts einer eventuellen Kooperation führte.[962]

l) Rezeption und Resonanz

- 2019 fanden zwei halbtägige Fortbildungen im Bereich der Justiz (Vollzug und Bewährungshilfe) statt, die jeweils zwei Termine beinhalteten und bei denen es um kurdischen Ultranationalismus und die in Deutschland und der EU als Terrororganisation eingestufte PKK ging. Außerdem führte der Projektträger zwei ganztägige Fortbildungen zum Thema Linke Militanz durch, die ebenfalls die Zielgruppe der Justizmitarbeiter*innen (Vollzug und Bewährungshilfe) adressierten.[963]

m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Projektträger hat seine Arbeit in der vergangenen Projektlaufzeit auf die Fort- und Weiterbildung im Kontext Justiz konzentriert, „um bei Vollzugsbeamt*innen, Bewährungshilfe und andere Akteur*innen einen differenzierten Diskurs anzuregen und für gegebene Hinweise einer extremistischen Motivation zu sensibilisieren“[964].

- Bei den bisherigen Fortbildungen im Bereich der Justiz fiel dem Projektteam auf, dass die Teilnehmenden Schwierigkeiten hatten, zwischen linksdemokratischen und linksmilitanten Aussagen zu unterscheiden.[965] Das KAST konstatiert daher einen Bedarf an Bildungsarbeit in diesem Bereich.[966]

- Die vom Projekt angebotenen Distanzierungs- und Ausstiegsmaßnahmen richten sich an Personen, die sich durch selbstverschuldete Aktivitäten im Bereich Linke Militanz in schwierigen Lebenssituationen befinden. Im Kontext Gefängnis und Bewährungshilfen hat der Zuwendungsempfänger diese Zielgruppe am ehesten erwartet; bisher gab es hier aber, wie bereits erwähnt, keinen Beratungsfall.[967]

n) Anmerkungen

/

3. FERIENAKADEMIE POLITIK

Internetpräsenz: https://www.vfh-online.de/seminar-format/ferienakademie/

a) Vollständiger Projekttitel

/

b) Träger*innen und weitere Akteur*innen

- Verein zur Förderung politischen Handelns e. V. (v.f.h.)[968]

c) Förderperiode

/

d) Laufzeit

- Die FerienAkademie Politik wird seit 1992 angeboten. Sie ist in kein Förderprogramm wie z. B. „Demokratie leben!“ eingebunden. Lediglich der v.f.h. insgesamt erhält Zuwendungen, darunter von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

e) Zielgruppe(n)

- Schüler*innen zwischen 15 und 19 Jahren

f) Herangehensweisen und Methoden

- Die klassische FerienAkademie Politik dauerte acht Tage und umfasste sowohl Kerninhalte als auch Ergänzungsmöglichkeiten.[969] Sie zeichnete sich durch eine große Methodenvielfalt aus, wobei insbesondere partizipative und interaktive Methoden zum Einsatz kamen.[970] Zu Beginn der 2000er Jahre gab es beispielsweise biografisches Lernen, Referate, Textarbeit, verschiedene Diskussions- und Debattenformate (American Debate, Podiumsdiskussionen, Fish Bowls, …), Plan- und Rollenspiele, wie die Simulation von Gemeinderatsentscheidungen oder Koalitionsverhandlungen, das Inselspiel sowie das sogenannte Hammerspiel, bei dem in Kleingruppen kapitalistisches Wirtschaften simuliert wird.[971] Außerdem kam dem (nach Geschlecht und parteipolitischer Orientierung divers zusammengesetzten) Leitungsteam aus drei Personen eine zentrale moderierende Rolle zu, wobei auch Metaplan-Methoden zum Einsatz kamen und für lernförderliche gruppendynamische Prozesse sowie abendliche Ausgleiche (z. B. in Form von Spielen oder eines Spaziergangs) gesorgt wurde. Zum Einsatz kamen außerdem drei Referierende, die einzelne Tage der FerienAkademie inhaltlich-didaktisch gestalteten, so z. B. am dritten Tag eine Referentin bzw. ein Referent, die/der die marxistische Analyse des Kapitalismus immanent vermittelte.[972]

g) Thematische Schwerpunkte

- Die thematischen Schwerpunkte der FerienAkademie Politik variieren. Zu Beginn der 2000er Jahre beispielsweise standen der erste und zweite Seminartag unter dem Motto: „Ideen machen Politik! Was haben wir mit Politik zu tun?“. Unter anderem ging es hier darum, sich anhand von fiktiven Biografien mit dem eigenen Menschenbild auseinanderzusetzen (sind Menschen zum Guten und/oder zum Bösen fähig, vernunftbegabt, haben sie einheitliche oder unterschiedliche Werte und Interessen, sind sie frei und verantwortlich für ihr Handeln?) und den Zusammenhang zwischen Menschenbild und politischer bzw. wirtschaftlicher Ordnung herauszuarbeiten. Im Zentrum stand die Frage, wie eine menschengemäße

Ordnung des Zusammenlebens beschaffen sein muss, wobei eine normative Orientierung am Prinzip der allgemeinen Menschenwürde und einer freiheitlich-demokratischen politischen Ordnung erfolgte.[973]

- Der dritte Seminartag hatte dann das Thema: „Uns geht es gut... und was Marx dazu sagen würde. Einführung in die Kapitalismuskritik nach Karl Marx". Eines der Ziele dieser Einheit war die Schaffung eines kritischen Bewusstseins. Das heißt, die Teilnehmer*innen sollten „spüren, dass es möglich ist, *Überzeugungen, Konventionen und Institutionen in Frage zu stellen*, auch wenn sie seit langer Zeit existieren und evtl. von ihrem gesamten Umfeld für richtig gehalten werden"[974]. Zu den Kerninhalten des dritten Seminartags zählte die Kapitalismusanalyse von Karl Marx, wobei es auch darum ging, die Aktualität und den Praxisbezug seiner Lehren aufzuzeigen, und zwar durch den Einbezug tagesaktueller Ereignisse, wie Arbeitslosigkeit, Krieg oder ökologischen Problemen. Arbeitsgruppen beschäftigten sich auch mit dem Thema Entfremdung.[975]

- Auf diesem dritten Seminartag aufbauend standen der vierte und fünfte Tag unter dem Titel: „Politik und Wirtschaft: wie wir sie haben und wie wir sie wollen". Einer der Kerninhalte lautete hier wie folgt: „In der Gegenüberstellung der verschiedenen Ebenen der marxistischen Kritik mit den Inhalten der ersten beiden Tage setzen sich die Teilnehmenden mit dem Erklärungsansatz des dritten Tages auseinander. Dabei erkennen sie die wesentlichen Schwächen des Marxschen Konzepts."[976] Im Zentrum stand nun die kritische Auseinandersetzung mit dem positiv-eschatologischen (Arnold Künzli) Menschenbild, das den am dritten Tag präsentierten Ordnungsvorstellungen zugrunde liegt. Dem wurde anknüpfend an die ersten beiden Seminartage ein kritisch-realistisches Menschenbild gegenübergestellt. Ein weiteres Ziel der Tage vier und fünf war, dass die Teilnehmer*innen die zentralen Funktionsprinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft erkennen und verstehen.[977] Wie auch bei den vorangehenden Seminartagen standen dem Leitungsteam verschiedene Einheiten und Methoden zur Auswahl zur Verfügung, darunter die Möglichkeit, Artikel des Grundgesetzes, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung wesentlich sind, zu erarbeiten und in ihrer Bedeutung für die Teilnehmenden fassbar zu machen.[978]

- An den fünften Tag der FerienAkademie Politik schlossen sich noch drei weitere Seminartage an, die unter dem Motto: „Politik kontrovers! – Wenn die Wirklichkeit nicht mit meinen Träumen übereinstimmt – Was bleibt?", standen. Hier ging es darum, „eine *Verbindung der Seminarinhalte zum persönlichen Handlungskreis der Teilnehmenden*"[979] herzustellen. Diesem Ziel lag die Annahme zugrunde, dass auf diese Weise „der entscheidende *Motivationsschub zum politischen Engagement*"[980] erfolgen kann. Vor diesem Hintergrund lautete einer der beiden Kerninhalte des sechsten Seminartags: „Motivation zu politischem Engagement". Hier sollte den Teilnehmenden deutlich werden, dass die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ihnen Möglichkeiten eröffnet, sich für die Lösung von politischen und wirtschaftlichen Problemen einzusetzen. „Fehlentwicklungen sind nicht unvermeidbare Folge der ‚bestehenden Verhältnisse' – der freiheitlich-demokratischen Grundordnung –, sondern können im Rahmen dieser Ordnung und durch politisches Handeln der Teilnehmenden verändert werden."[981] Der zweite Kerninhalt des sechsten Seminartags stand unter dem Motto: „Selbst organisierte Diskussion zu einer politischen Streitfrage". Damit war gemeint, dass die Teilnehmer*innen die eigene Meinungs- und Entscheidungsbildung lernen. Dies sollte auf folgende Weise geschehen: „Die Teilnehmenden diskutieren ein aktuelles politisches Thema ohne Intervention der Leitung in begrenzter Zeit

und müssen zu einem (Gruppen-)Ergebnis kommen. Das Diskussionsthema sollte *aktuell*, für die Teilnehmenden *interessant* und auf *grundlegende Wertekonflikte* zurückführbar sein. Unter Umständen können mehrere Themen zur Auswahl gestellt werden. Die Leitung wertet die Diskussion zur aktuellen Streitfrage aus und weist auf Defizite hin. Wie jede Kritik durch die Leitung sollte auch diese Auswertung praktische Ansatzpunkte für Verbesserungen vermitteln."[982] Auch darüber hinaus war die Rolle der Seminarleiterin bzw. des Seminarleiters wichtig: „Die Beschäftigung mit konkreten tagespolitischen Fragen sollte auch dazu genutzt werden, die *Ergebnisse der ersten fünf Tage auf politische Diskussionen anzuwenden*. Die Herstellung dieser Verbindung ist neben der Motivation zu politischem Engagement eine Kernaufgabe der Leitung. Die Teilnehmenden sollten zudem erkennen, dass sie selbst von solchen Streitfragen betroffen sind."[983] Eine der beiden Ergänzungseinheiten trug den Titel: „Politisches Handwerkszeug und Möglichkeiten des Engagements". Hier bestand für das Leitungsteam u. a. die Möglichkeit, Grundlagenkenntnisse zu den Themen Öffentlichkeitsarbeit und Projektmanagement zu vermitteln.[984]

- Am siebten Tag der FerienAkademie Politik stand die Simulation politischer Prozesse im Mittelpunkt, um den jungen Leuten einerseits ein glaubwürdiges Bild von Politik in der Praxis zu vermitteln und ihnen andererseits „‚Lust' auf Politik zu machen"[985]. Als Methode wurde ein Planspiel ausgewählt, wobei auch hier wieder Themen behandelt werden sollten, die einen Bezug zur Lebenswelt der Teilnehmenden aufwiesen.[986]

- Am achten und letzten Tag der FerienAkademie Politik ging es zu Beginn der 2000er Jahre hauptsächlich um eine Rekapitulation der Seminarinhalte sowie das Herausarbeiten konkreter Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten für das eigene politische Engagement, wobei ein „motivierende[r], positive[r] Seminarausklang"[987] wichtig sein sollte.

- Die FerienAkademien Politik finden immer noch statt; das Thema Linksextremismus ist aber heute aufgrund des weiter zurückliegenden Endes der DDR weniger präsent als früher, wo es „fester Bestandteil des Seminars"[988] war. Vom 29. Juli bis zum 2. August 2019 standen die Seminartage, veranstaltet im Jugendhaus St. Altfrid in Essen, unter dem Titel „Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit". Dazu heißt es in der Ankündigung: „Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind Grundwerte, die die Menschheit seit Jahrhunderten beschäftigen. Ganze Bibliotheken könnte man mit Büchern über sie füllen. Auch heute haben sie in keinster Weise an Relevanz verloren. Im Gegenteil, die aktuellen und oft leidenschaftlichen Diskussionen zu Themen wie Flucht und Migration, Asyl- und Sicherheitspolitik, Chancengleichheit oder Klimawandel machen deutlich – die Debatte über die konkrete Deutung und Bedeutung von Grundwerten ist noch lange nicht abgeschlossen. Gemeinsam mit politisch interessierten Jugendlichen aus ganz Deutschland steigst Du in die Debatte mit ein. Anhand aktueller politischer Themen setzt Du dich mit rechtlichen und philosophischen Grundlagen und Werten der Politik auseinander. Du analysierst und diskutierst unterschiedliche Positionen und entwickelst eigene Ideen. Was bedeutet Freiheit für Dich? Was ist Gerechtigkeit? Und wie weit würdest Du gehen, um beides zu verteidigen oder dafür zu kämpfen? Wie sollte eine freie und gerechte Gesellschaft gestaltet sein?"[989]

- Vom 18. bis 22. Oktober 2020 fand die FerienAkademie Politik ebenfalls zu dem Thema „Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit" statt, dieses Mal im Haus Venusberg in Bonn.[990] Daneben bietet der v.f.h. die FerienAkademie derzeit zu zwei weiteren Schwerpunktthemen an: „Marktmacht, Staatsmacht – meine Macht?" und „Globalisierung. Gerecht. Gestalten".[991]

h) Ausgangspunkte und Annahmen

- Die FerienAkademie Politik war ursprünglich eine Reaktion auf die links ausgerichteten Studierendenausschüsse im Gefolge der 68er-Bewegung. Da es bürgerliche bzw. sozialliberale Gruppen damals schwer hatten, eine Mehrheit zu gewinnen, entwickelte der Vorgängerverein des v.f.h., das Fortbildungswerk für Studenten und Schüler (FWS), die Idee, Studierenden näherzubringen, „wie die andere Seite tickt“[992], und sie im Argumentieren zu schulen. Da auch die Schüler*innenvertretungen damals häufig links orientiert waren und man mehr und mehr merkte, dass man nicht erst bei den Studierenden, sondern schon bei den Schüler*innen beginnen müsse, wurden die Seminare bald auch für Schüler*innen angeboten.[993]

- Bei den FerienAkademien Politik ist eine starke Orientierung an den Vorkenntnissen und den Erwartungen der Teilnehmenden gewünscht, insbesondere zu Beginn des Seminars, der an die Lebenswelt der Schüler*innen anknüpfen soll und „die Relevanz der behandelten Inhalte für den persönlichen Alltag jedes Einzelnen deutlich werden lässt“[994].

i) Ziele

- Das Hauptziel der FerienAkademien Politik ist es, „eine Dynamik in Gang zu setzen, die die Motivation zum politischen Engagement bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern stärkt oder sogar weckt“[995]. Außerdem sollen sie Wissen erwerben und Fähigkeiten entwickeln, die für politisches Engagement im Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wichtig sind.[996]

- Die Schüler*innen sollen überdies lernen, klar begründet für ihre eigene Position einzutreten.[997]

j) Begrifflichkeiten

- Der v.f.h. arbeitet mit dem Extremismusbegriff. Vor allem in den 1970er und 1980er Jahren setzten sich die Seminare stark mit dem Thema Extremismus auseinander. Dieser wurde als eine Haltung definiert, die die freiheitliche demokratische Grundordnung mit ihren Grundprinzipien (wie Menschenwürde, Grundrechte, Gewaltenteilung und Mehrparteienprinzip) ablehnt und beseitigen will.[998]

- Aber auch heute noch wird in den Seminaren des v.f.h. Extremismus thematisiert. Zum Beispiel sollte vom 13. bis 15. November 2020 das Seminar „Extrem. Populistisch. Radikal. Ein Blick nach rechts und links“ für Jugendliche ab 16 Jahren im Haus Venusberg in Bonn angeboten werden. Aufgrund der mit der Corona-Pandemie verbundenen Einschränkungen musste es jedoch abgesagt werden.[999] In der Seminarankündigung heißt es u. a.: „Populismus, Extremismus – zwei Begriffe, die fast jeden Tag in den Schlagzeilen zu finden sind. Doch was steckt dahinter? Gemeinsam möchten wir herausfinden, wer und was eigentlich als extrem, populistisch oder radikal bezeichnet wird. Wo liegt die Grenze zwischen radikalen politischen Forderungen und Extremismus? Wie erkennen wir Extremist*innen? Wie, wo und wann treten sie in Erscheinung und was macht sie attraktiv? Gibt es trotz verschiedener inhaltlicher Ziele strukturelle Ähnlichkeiten? Wir betrachten aktuelle Entwicklungen und schauen dabei sowohl nach links[,] als auch nach rechts, um Populismus und Extremismus zu erkennen und gemeinsam zu überlegen, wie wir dem begegnen und entgegentreten können.“[1000]

– Konkret sollte das Seminarprogramm wie folgt aussehen:

1. Tag
Anreise bis 18:00 Uhr **Extrem. Populistisch. Radikal – Im Dschungel der Begriffe** Einführung und Begriffsklärung

2. Tag
Mit zweierlei Maß? Positionierung im Raum zum Umgang und der Bekämpfung des politischen Extremismus in der Bundesrepublik, mit anschließender Diskussion **Extremist*innen von heute im Visier** Gemeinsamkeiten und Unterschiede rechts- und linksextremistischer Strömungen **Faktencheck Extremismus** Input-Vortrag zu aktuellen Zahlen und Fakten rund um Rechts- und Linksextremismus **„Ist das schon extremistisch?“** **Umgang mit Extremismus in der Politik, in Institutionen und Gesellschaft** Planspiel **Extremismus verfilmt** Spielfilm zum Thema

3. Tag
Populismus als Waffe der Extremist*innen? Was ist Populismus? Eine Analyse von Gefahren und Möglichkeiten **Die Waffen entschärfen: Extremismus und Populismus erkennen und entgegentreten** Eigene Positionen und Handlungsmöglichkeiten entwickeln Das Seminar endet um 15:00 Uhr.

Tab. 12: Geplanter Ablauf des Seminars „Extrem. Populistisch. Radikal. Ein Blick nach rechts und links“[1001]

k) Herausforderungen und Probleme

– Die zu Beginn des dritten Seminartages angekündigte immanente Darstellungsweise der marxistischen Kritik am politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland führte oft zu einer starken kognitiven und auch emotionalen Herausforderung für die Teilnehmer*innen; die kommunikative und argumentative Stärke der Referent*innen tat ihr Übriges. Die damit verbundene, bewusst herbeigeführte Erschütterung des Weltbildes vieler Teilnehmer*innen wurde durch eine intensive inhaltliche und methodische Aufarbeitung an den Folgetagen aufgefangen. Der Abend des dritten Seminartages verlief regelmäßig mit vielen Gesprächen oder gemeinsamen Spaziergängen, um für Entlastung zu sorgen. Auch Tränenausbrüche kamen vor.[1002]

– Geprägt waren die Seminartage auch durch ihre hohe Arbeitsintensität: Um 9.00 Uhr begann die Plenarphase; bis 18.30 Uhr wurde inhaltlich am Tagesthema gearbeitet.

Nach dem Abendessen folgten dann oftmals noch Rhetorikübungen, eine kurze Presseschau und die gemeinsame Tagesevaluation, bevor der Tag mit einem „gemütlichen Teil“ mit Gesprächen, interaktiven Spielen, Liedern zur Gitarre usw. ausklang. Das bedeutete auch eine intensive Belastung für das Leitungsteam, das spät abends noch den vergangenen Tag und den Folgetag mit den jeweiligen Referierenden besprach und vorbereitete, die eigene Rolle reflektierte und erörterte, ob problematische gruppendynamische Prozesse aufgetreten waren, die eine Reaktion des Leitungsteams erforderlich machten, oder es einzelne Teilnehmer*innen gab, um die man sich besonders kümmern sollte.[1003]

l) Rezeption und Resonanz

- Wie bereits dargestellt, ist die FerienAkademie Politik so erfolgreich, dass sie bis heute durchgeführt wird, wenn auch nicht mehr ganz so lange wie früher (statt achttägige Seminare nur noch fünf- oder dreitägige Seminare).

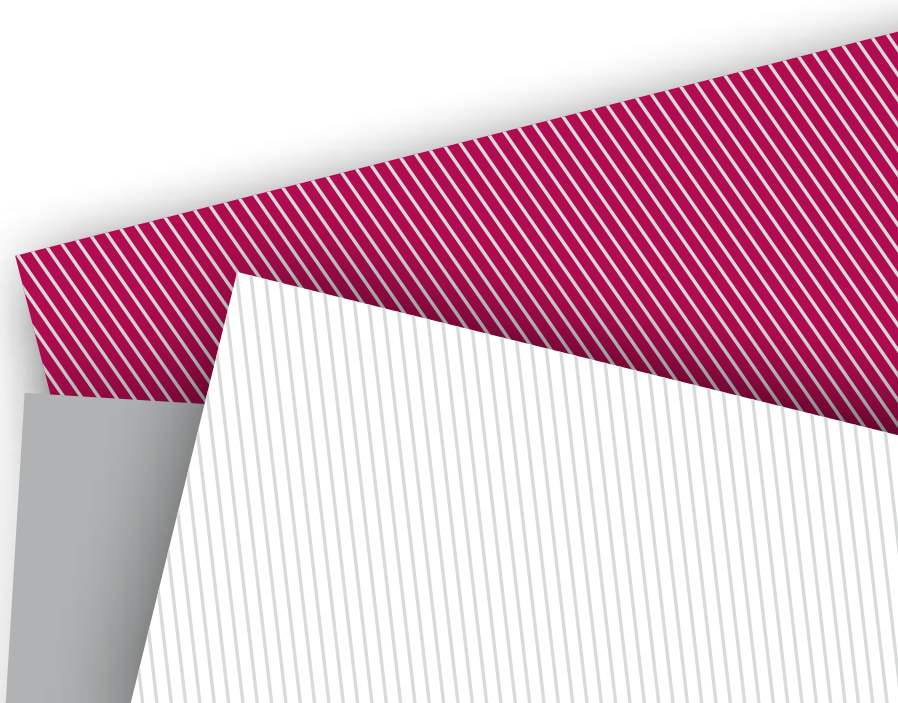
m) Erfahrungen und Ergebnisse

- Der Berater, Coach und Trainer Michael Ohnesorge, der selbst viele FerienAkademien geleitet hat oder als Referent beteiligt war, erinnert sich, dass die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus der DDR „für die Teilnehmenden ganz oft der spannendste Tag des Seminars“[1004] gewesen sei. Denn „es bedeutete, sich mal intensiv mit einem völlig anderen Menschen- und Weltbild und Wirtschaftsbild und so weiter auseinandersetzen zu müssen“[1005]. In ihren Seminarkritiken berichteten die Teilnehmer*innen laut Ohnesorge, dass der Marx-Tag oftmals zu einer fundamentalen Erschütterung ihres bisherigen Weltbildes geführt und sie in große Argumentations- sowie Begründungsnöte gebracht habe, die freiheitliche Demokratie zu verteidigen. So seien sie motiviert worden, sich intensiv mit dem politischen und wirtschaftlichen System der Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen, ihren Vorzügen ebenso wie mit ihren möglichen Problemen und Legitimationsdefiziten. Das habe sie dazu ermuntert, ihre eigenen Positionen zu schärfen und besser zu begründen. Viele Teilnehmer*innen bezeichneten diesen dritten Tag als den für sie wertvollsten des Seminars, gerade weil er so herausfordernd war und ganz neue Einsichten ermöglichte.[1006]

n) Anmerkungen

- Frühere Seminarteilnehmer*innen wirken heute oft als Leiter*innen der FerienAkademie Politik bzw. treten dort als Referent*innen auf. Sie hatten „Lust, da weiter mitzumachen“[1007]. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der sogenannte Peer-to-Peer-Ansatz, den der v.f.h. verfolgt. Das heißt, dass die Seminarleitenden in der Regel nur wenig älter sind als die Teilnehmer*innen.[1008]

III FAZIT UND AUSBLICK



Zehn Jahre sind inzwischen vergangen, seitdem erstmals auf Bundesebene Projekte im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz gefördert wurden. Nach welchen Kategorien lassen sich die seit dieser Zeit durchgeführten Modellprojekte ordnen? Welche Auffälligkeiten und Tendenzen gibt es? Grob – und ohne systematischen Anspruch – lassen sich die folgenden Parameter unterscheiden:

» Die Angebote zielen auf **Wissensvermittlung** (Aufklärung in Form von Informationsvermittlung) und/oder auf **Erfahrungslernen** (Erwerb und Förderung von Kompetenzen). Damit ging einher, dass die **Lernprozesse** z. T. **stark gesteuert** wurden, während sich andere Modellprojekte durch sehr **offene Lernsettings** auszeichneten. Oder mit anderen Worten: Während teilweise eine „starke Ziel- und Inhaltsorientierung“[1009] vorherrschte, bemühten sich andere Modellprojekte um eine „ausgeprägte Teilnehmenden- und Prozessorientierung“[1010]. Gegenwärtig scheint diese zu dominieren.

» Vorwiegend agierten die Modellprojekte auf der Ebene der **Primär- und Sekundärprävention**; Tertiärprävention fand weitestgehend nicht statt. Eine Ausnahme stellt in Ansätzen das Modellprojekt „‚Molotow war gestern‘ – Modellprojekt zur Prävention von Linksextremismus“ der Organisation Violence Prevention Network dar, das sich der Deradikalisierungs- bzw. Ausstiegsarbeit zuordnen lässt. Es konnte jedoch nur einen Teilnehmer für das angebotene Antigewalttraining rekrutieren. Nicht zu den Modellprojekten, aber dennoch in den Förderbereich des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zählt die in der vorliegenden Studie ebenfalls vorgestellte Initiative „ExLex. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext linker Militanz“ von KAST e. V. (Laufzeit: seit 01.01.2018). Bislang konnte es aber keine ausstiegs- bzw. distanzierungswilligen Personen aus dem Bereich Linke Militanz erreichen.

» Die Modellprojekte hatten **unterschiedliche Hauptzielgruppen**, wobei auffällt, dass Eltern praktisch nicht vorkommen. Der Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung der „Initiative Demokratie Stärken“ für das Jahr 2011 traf damals die folgende Feststellung: „Im Rahmen des Abgleichs mit den Programmleitlinien fällt bezüglich der Verteilung der Zielgruppen auf, dass es v. a. im Bereich der Elternarbeit, wie auch im Bereich der bildungsfernen Jugendlichen, noch keinerlei Projekte gibt. Dies könnte eventuell auch mit dem Gegenstand zusammenhängen, da es Hinweise gibt, dass ‚Linksextremismus‘ nicht als spezifisches Problem bildungsferner Schichten klassifiziert werden kann […].“[1011] Diese These lässt sich gegenwärtig weiterhin vertreten, und zwar sowohl was die Eltern als auch was die bildungsfernen jungen Menschen betrifft. Die Hauptzielgruppen der 2014/2015 durchgeführten linkspräventiven Maßnahmen waren sowohl bei den staatlichen wie auch bei den zivilgesellschaftlichen Projekten vor allem „Betroffene“ sowie die „Allgemeinbevölkerung“.[1012] Auch dies gilt weiterhin. Bei der Fachtagung „Linke Militanz – Phänomene, Grundlagen, pädagogische Praxis“, die Ende 2019 von der Bundesfachstelle Linke Militanz und der Bundeszentrale für politische Bildung in Bamberg veranstaltet wurde, wurde jedoch deutlich, dass gerade bei den Sicherheitskräften ein Interesse an Angeboten zu linker Militanz besteht, zumindest für den Bereich der Fortbildung.[1013] Möglicherweise können zukünftige Modellprojekte hier ansetzen.

» Die **Zugänge zum linksmilitanten Milieu** waren unterschiedlich einfach. Modellprojektträger, die bereits über einen solchen Zugang verfügten, waren hier im Vorteil, während es für Modellprojekte, denen der Zugang zum linksmilitanten Milieu bisher fehlte,

schwierig war, sich einen solchen zu verschaffen. Überhaupt stellt der „Zugang zu radikalisierungsgefährdeten Personen […] eine besondere Herausforderung“[1014] dar. Dass die Erreichung der jeweils eigenen Zielgruppen eine der größten Herausforderungen im Verlauf des Projekts gewesen sei, sagten im Jahr 2019 57,1 Prozent der Modellprojekte, die in der ersten Förderperiode von „Demokratie leben!“ im Bereich Linke Militanz gefördert wurden und zum Abschluss an einer quantitativen Befragung aller Modellprojekte (Monitoring) teilnahmen. Im Bereich Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen stimmten diesem Item nur 22,7 Prozent der befragten Projekte zu, im Bereich Islamistische Orientierungen und Handlungen 25,6 Prozent.[1015]

» Die Modellprojekte hatten daneben **unterschiedliche regionale Schwerpunkte**. Zum Teil waren sie auf ein Bundesland fokussiert; zum Teil agierten sie bundesweit mit dem Fokus auf Berlin. Wiederum andere Projekte waren auf andere Großstädte konzentriert, darunter Frankfurt am Main.

» Manche Projekte verfolgten **sozialräumliche Ansätze**, d. h. es ging um einen „Lebensraum und sozialen Mikrokosmos, in dem sich gesellschaftliche Entwicklungsprozesse manifestieren“[1016].

» Was die verwendeten **Begrifflichkeiten** betrifft, lässt sich eine große Heterogenität feststellen. So sprach ein Teil der Modellprojekte von „Linksextremismus“, ein anderer von „Linker Militanz“, während wiederum andere Modellprojekte begriffliche Festlegungen vermieden. Daneben stößt man auf die Termini „linksalternativ“ und insbesondere „linksradikal“.

» Zum Teil wurde Wert gelegt auf einen **Diskurs zwischen Theoretikern und Praktikern**, d. h. zwischen Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie Organisationen, die in der politischen Bildungsarbeit tätig sind. Auch zwischen Universitäten und Behörden gab es teilweise einen Austausch. Diese Kooperationen, von denen beide Seiten in Form von Wissenszuwächsen profitieren können, scheinen noch ausbaufähig zu sein.

» Nur selten wird ein Projekt in weiterentwickelter Form vom bisherigen Modellprojektträger innerhalb des Bundesprogramms bzw. innerhalb eines Nachfolgeprogramms fortgeführt. Die meisten Modellprojektträger haben sich – zumindest vorerst – **einmalig** im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz **engagiert**.

» Karim Fereidooni, Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum, problematisierte 2019 den „Evaluationsdruck“, unter dem die in der „Förderungsmaschinerie“ befindlichen Präventionsprojekte stünden.[1017] Auch „jene, die nicht die erwünschten oder erhofften Erfolge vorweisen können, geben natürlich vor, effektiv zu sein – sonst würden sie in Rechtfertigungsnot und damit in eine finanziell schwierige Lage kommen“[1018]. Dies trifft sicher auf das eine oder andere Modellprojekt zu, das in der vorliegenden Studie betrachtet wurde. Insgesamt kommt sie aber zu dem Ergebnis, dass zahlreiche Projekte durchaus selbstkritisch auf ihre eigene Arbeit schauen, problematische Aspekte auch transparent machen und ihre Tätigkeit weiterentwickeln. Ein Beispiel ist das Modellprojekt „Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“ der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, die in ihrer für politische Bildner*innen gedachten Broschüre „Links. Rechts. Mitte. Ein

Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus“ die eigene Arbeit sehr genau reflektiert.[1019]

Evaluationen bleiben dennoch wichtig. Mit Monika Oberle ist diesbezüglich zu konstatieren, dass sich eine „multiperspektivische Evaluation“ nicht flächendeckend realisieren lasse, „weil der finanzielle Aufwand für die Evaluation schnell größer wird als für die eigentlichen Vorhaben“[1020]. Es sei „aber sicherlich und in sinnvoller Weise möglich, Pilotprojekte und verschiedene Arten von präventiven Maßnahmen sowie Maßnahmen politischer Bildung mithilfe verschiedener Evaluationsansätze zu beleuchten und zu eruieren, inwiefern sie präventiv wirken“[1021].

Es stellt sich nun die Frage, ob es im linkspräventiven Bereich inzwischen Best-practice-Beispiele gibt. Da keine Evaluationen der Modellprojekte vorliegen, lässt sich hier keine gesicherte Aussage machen. Doch es kristallisiert sich heraus, dass die Stärkung von demokratischen Einstellungen und Schlüsselkompetenzen (wie die Förderung der kritischen Auseinandersetzung mit antidemokratischen Ideologien) ein vielversprechender Weg ist, wenn es um Präventionsmaßnahmen im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz geht. Letztlich ist wohl eine Feststellung richtig, die Juliette Brungs und Rüdiger José Hamm von der Stiftung SPI 2016 in einem Aufsatz über ihr Modellprojekt[1022] trafen: „Die unterschiedlichen Projekte und Ansätze der Radikalisierungsprävention sollten in Zukunft näher zusammenarbeiten, da es im demokratischen Sinne sicherlich nicht den **einen, richtigen** Ansatz gibt, sondern vielfältige Umgangsweisen mit Radikalisierungen, die in der Vielfalt geeint für die Demokratie vorgehen sollten.“[1023]

Neben den durch die Bundesprogramme „Initiative Demokratie Stärken“ und „Demokratie leben!“ geförderten Modellprojekten gab und gibt es noch viele weitere Projekte, die sich in den Bereichen Linksextremismus/Linke Militanz engagiert haben bzw. dort noch tätig sind. In der vorliegenden Untersuchung wurden drei dieser Projekte ausführlich vorgestellt: erstens die „Hessische Aufklärungskampagne zur Prävention von Linksextremismus für die Schulen“ namens „Aufgeklärt statt autonom“, zweitens die FerienAkademie Politik des Vereins zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) und drittens das Projekt „ExLex. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext linker Militanz“ von KAST e. V. Daneben gab und gibt es aber viele weitere Initiativen und Projekte, die hier zumindest kurz erwähnt werden sollen, um deren Vielfalt aufzuzeigen:

» Unter dem Motto „Egal ob links oder rechts, extreme Entwicklungen gefährden unsere Demokratie – deshalb wollen wir was dagegen tun! Mitmachen lohnt sich!“ hat der Politik/Wirtschaft-Kurs des 12. Jahrgangs der Kooperativen Gesamtschule (KGS) Salzhemmendorf um 2010/2011 herum das **Aufklärungsprojekt „(Links)Extrem – nicht mit uns! – Schüler schulen Schüler“** durchgeführt. Es handelte sich dabei um ein von den Schüler*innen entworfenes Unterrichtskonzept, das auf die Entwicklungen und Gefahren des (Links-)Extremismus in Deutschland aufmerksam machen wollte. Die Schüler*innen des 10. Jahrgangs sollten in einer gemeinsamen Informationsveranstaltung sowie zwei Workshops zu den Themen „Parteienverbote“ und „RAF – heute noch möglich“ geschult werden. Das Projekt wurde als eine von zwanzig Ideen beim bundesweiten Wettbewerb „Augen auf: Demokratie stärken – (Links)Extremismus verhindern“[1024] ausgezeichnet.[1025]

» Auch die Berufsbildenden Schulen II (BBS II) in Göttingen haben sich 2011 bei dem Wettbewerb „Augen auf: Demokratie stärken – (Links)Extremismus verhindern“ beteiligt, und zwar mit dem **Beitrag „Gegen Extremismus – Demokratie stärken“**. Es handelte sich dabei um einen Blog, den die damaligen Schüler*innen der 11. Klasse des beruflichen Gymnasiums im Fach Politik als Jahrgangsprojekt aufgebaut und betrieben haben. Ziel war es, anderen Schüler*innen „bekannte Extremismusformen“[1026] vorzustellen, darunter Linksextremismus, Rechtsextremismus, religiöser Extremismus und Totalitarismus. Das „fortlaufend[e] Schülerprojekt“[1027] wurde bis 2015 fortgesetzt und eröffnet bis heute den Zugang zu Beiträgen wie: „Wer war eigentlich die RAF und was heißt RAF?“, „Woher kommt die Bezeichnung Schwarzer Block? Wer ist das?“ oder „‚A‘, wie Anarchie“. Die Beiträge lassen sich sowohl über ein Archiv (0ktober 2011 bis Juni 2015) als auch über 26 Kategorien (z. B. „Antifa nicht gleich Antifa“, „Die NPD – Das Verbot“, „linksextremistische Parteien“ und „linksorientierte Parteien“) finden.

» Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hat 2018 bei Youtube das Video **„10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt – Dieses Mal von autonomen Linksextremisten“** veröffentlicht.[1028] Im Begleittext heißt es: „Linksextremistisch motivierte Straftaten haben in den letzten Jahren zugenommen. Die Täter kommen meist aus der autonomen linksextremistischen Szene, in der Straftaten als legitimes Mittel im Kampf gegen den Staat angesehen werden. Auch Gewalt gegen die Polizei oder Vertreter anderer staatlicher Institutionen wird von Autonomen gutgeheißen, wenn sie den politischen Zielen dient.“[1029] Der drei Minuten und 39 Sekunden dauernde „Informationsfilm“ solle Internetnutzer*innen zeigen, „wie sie durch umsichtiges Verhalten vermeiden können, selbst in die Fänge von Linksextremisten zu geraten“, heißt es in einer Pressemitteilung anlässlich der Veröffentlichung des Films.[1030]

» Der Berliner Verfassungsschutz hatte eine **Fortbildung für Schulleiter*innen zum Thema Linksextremismus** geplant. Sie musste jedoch abgesagt werden, da die Zahl der Anmeldungen nicht ausreichte.[1031]

» Der Niedersächsische Verfassungsschutz hat um 2010 die **Ausstellung „Unsere Demokratie schützen – Verfassungsschutz gegen Extremismus“** angeboten. Es handelte sich um eine Wanderausstellung, die im gesamten Niedersachsen gezeigt werden konnte und auch über „linksextremistische Erscheinungsformen und Werbemethoden“[1032] informiert hat. Für Schulklassen und andere Gruppen wurden Führungen durch die Ausstellung angeboten.[1033]

» Daneben sind **Aussteigerprogramme für Linksextremist*innen** zu nennen. Ein solches wird sowohl vom Bundesamt für Verfassungsschutz[1034] als auch vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen („left“[1035]) angeboten.

Abschließend soll noch ein kurzer Ausblick gegeben werden. Aktuell sind Präventionsprojekte in allen Phänomenbereichen – wie allgemein Veranstaltungen in der politischen Bildung – mit den Herausforderungen konfrontiert, die die Corona-Pandemie hervorgerufen hat. So müssen zahlreiche Veranstaltungen online stattfinden. Dies spiegelt sich auch in der Arbeit der Modellprojekte im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz wider, die in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (2020–2024) gefördert werden. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen beispielsweise führt

gegenwärtig Online-Seminare mit Lehrkräften durch. Dazu wurden bundesweit Bildungseinrichtungen von Gymnasien bis zu Oberstufenzentren angeschrieben. Die Resonanz ist laut eigenen Angaben gut; pro Woche werden ca. zehn bis 15 Lehrkräfte (der Fächer Geschichte, Politik, Ethik, ...) erreicht.[1036] In dem 45-minütigen Webseminar werden „grundsätzliche Eckpfeiler und Ausprägungen der historischen und aktuellen extremistischen Linken erläutert und zusammen mit den Lehrkräften erörtert, inwiefern dieses Thema im Unterricht als Teil der allgemeinen Demokratiebildung genutzt werden kann“[1037].

Die Präsenzseminare mit Jugendlichen bietet die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zwar weiterhin an, aber COVID-19-bedingt pausieren sie seit März 2020. Infolgedessen entwickelt das Projektteam Online-Seminare, an denen die Schüler*innen vom Klassenraum aus teilnehmen können, wenn die entsprechende digitale und technische Ausstattung in der Schule vorhanden ist.[1038] Momentan ist ein 60- bis 90-minütiges historisches Online-Seminar für Schüler*innen „zum Kontrast zwischen der Selbstdarstellung der SED-Diktatur als soziales sowie humanistisches Paradies und der realen repressiven Verfolgung von Menschen, die in politischer oder gesellschaftlicher Hinsicht anderer Meinung waren, buchbar“[1039].

Von diesen aktuellen Herausforderungen einmal abgesehen, liegt zukünftiges Innovationspotenzial in menschen- und demokratiefeindlichen Brückennarrativen, d. h. in „phänomenübergreifende[n], identitätsstiftende[n] Erzählungen“[1040], wie beispielsweise Antisemitismus, der sowohl von rechts als auch von links kommen kann. David Meiering, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) und Naika Foroutan, Professorin für „Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik“ und Direktorin des BIM, haben diese Brückennarrative in ihrem sehr lesenswerten Aufsatz „Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention“ entwickelt.[1041] „Für die Präventionsarbeit bedeutet unser Ansatz ein Umdenken“, konstatieren sie darin.[1042] Der Vorteil von Präventionsangeboten, die mit Brückennarrativen arbeiten, besteht darin, dass sie die Entstehung von Diskriminierungs- und Stigmatisierungsgefühlen verhindern können. In Bezug auf Antisemitismus schreiben Meiering und Foroutan dazu: „Wird ein Schwerpunkt zu Antisemitismus in der Schule behandelt, kann man sowohl linken wie rechten wie islamistisch motivierten Antisemitismus thematisieren, ohne bestimmte Individuen beispielsweise in einer Schulklasse zu markieren.“[1043] Für die Präventionsarbeit hätte dieses Vorgehen weitreichende Folgen: „Gesonderte Programme gegen spezifische Formen von ‚Linksextremismus‘ bzw. ‚linke Militanz‘, ‚Rechtsextremismus‘ oder Islamismus könnten abgelöst werden von thematisch ausgerichteten Projekten, die Brückennarrative wie Antisemitismus, Widerstandsdenken, Antifeminismus oder auch Verschwörungsdenken in den Vordergrund stellen.“[1044]

Möglicherweise setzt eines der vier Modellprojekte, die gegenwärtig (Stand: 12.11.2020) im Themen- und Strukturfeld Linker Extremismus/Linke Militanz in der zweiten Förderperiode des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert werden, diese Brückennarrative bereits bewusst oder unbewusst um, weil es phänomenübergreifend arbeitet.

Projekttitel	F.A.N. Berlin-Brandenburg – Für Demokratie, Recht und Freiheit* * F.A.N. steht für „Fortbildung, Austausch, Netzwerk“.
Laufzeit	01.01.2020–31.12.2024
Projektträger	Stiftung SPI
Zielgruppe(n)	» allgemein Jugendliche ab 16 Jahren » Einrichtungen der Jugendhilfe » Multiplikator*innen der Sozialarbeit » Polizist*innen
Herangehensweisen und Methoden	Das Projekt umfasst mehrere Phasen: 1. Den Multiplikator*innen wird in Workshops Wissen zum linken Extremismus und zu anderen Formen des Extremismus vermittelt. 2. Die Multiplikator*innen treten im Rahmen von onlinebasierten Formaten in einen direkten Austausch mit Jugendlichen, die mit linksextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen sympathisieren. Es werden dabei jeweils konkrete Themen vorgegeben, „die aktuelle Debatten innerhalb der Szene aufgreifen und für eine breite Gruppe von Jugendlichen interessant sind“. 3. Die Projektergebnisse werden zusammengetragen, evaluiert und für die Öffentlichkeit aufbereitet. Das Modellprojekt geht insgesamt von der großen Bedeutung virtueller Lebenswelten bei Radikalisierungsprozessen aus. Bei der Radikalisierungsprävention sei daher „die Stärkung der Medien- und Internetkompetenzen“ sehr wichtig.
Hauptziel	Das Hauptziel ist es, „politisch motivierter und religiös begründeter Militanz präventiv entgegenzuwirken“, indem die Handlungssicherheit von Multiplikator*innen im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Einstellungen sowie Handlungen gestärkt wird und Jugendliche lernen, Feindbildkonstruktionen kritisch zu reflektieren und Diskurse demokratisch zu führen.
Internetpräsenz	https://www.stiftung-spi.de/projekte/fan/ https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/fan-berlin-brandenburg-fuer-demokratie-recht-und-freiheit

Projekttitel	Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen
Laufzeit	01.01.2020–31.12.2024
Projektträger	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Zielgruppe(n)	» Beschäftigte in Schule, Polizei und Behörden, die Zugang zu Jugendlichen haben, die zu linksextremen Einstellungen neigen könnten » allgemein Jugendliche ab 16 Jahren

Herangehensweisen und Methoden	Insgesamt werden in Seminaren „auf die jeweiligen Zielgruppen zugeschnittene Argumentations- und Deeskalationsstrategien entwickelt sowie Methoden erprobt, die politische Mündigkeit und Partizipation und Ambiguitätstoleranz bei gefährdeten Jugendlichen fördern sollen“. In diesem Rahmen bietet die Gedenkstätte u. a. Fortbildungen für Lehrer*innen der Fächer Gemeinschaftskunde, Ethik, Deutsch und Geschichte an, z. B. zu dem Thema „Extremismus damals und heute – Was ist aus der Geschichte der DDR zu lernen?“. Für Jugendliche gibt es ein Einführungsseminar zum Thema „Linksextremismus – Was ist das?“, das mit vier Vertiefungsveranstaltungen kombiniert werden kann: 1. „Die DDR – Soziales Paradies oder Unrechtsstaat?“, 2. „Die Rote Armee Fraktion (RAF) – Terror für die Befreiung?“, 3. „‚No capitalism!‘ – Leben ohne Marktwirtschaft?“, 4. „‚Antifa heißt Angriff‘ – mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?“.
Hauptziel	Das Projektziel ist, „neue Ansätze zu erarbeiten, die staatliche oder zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure dazu befähigen, linksextreme Einstellungen, Äußerungen und Handlungen zu erkennen“. Je nach Seminar/Fortbildung gibt es weitere Ziele. So hat z. B. die für Lehrer*innen gedachte Fortbildung „Extremismus damals und heute – Was ist aus der Geschichte der DDR zu lernen?“ die vier folgenden Ziele: 1. „Die Teilnehmer sind fähig, die SED-Diktatur und die Erscheinungsformen des heutigen (Links)Extremismus zu analysieren, miteinander zu vergleichen und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede zu beurteilen.“ 2. „Sie diskutieren die Vergleichbarkeit mit anderen Extremismusformen.“ 3. „Die Teilnehmer kennen den Beitrag von Fake News und Verschwörungstheorien zum Machterwerb und -erhalt extremistischer Akteure.“ 4. „Die Teilnehmer können antidemokratsche Denk- und Handlungsweisen in Vergangenheit und Gegenwart analysieren und diskutieren Ansätze, um extremistischen Entwicklungen vorzubeugen.“ (zit. nach Landesamt für Schule und Bildung: Fortbildung im Detail: Z03881: Extremismus damals und heute – Was ist aus der Geschichte der DDR zu lernen?, URL: https://www.schulportal.sachsen.de/fortbildungen/detail.php?menuid=338&dokumentid=157064&dokumentsc=n3tTFG3FDo&aktion=direkt [zuletzt eingesehen am 27.10.2020])
Internetpräsenz	https://www.stiftung-hsh.de/bildung/linksextremismus-in-geschichte-und-gegenwart/ https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/linken-extremismus-ueberzeugend-kontern-koennen-schulung-im-umgang-mit-gefaehrdeten-jugendlichen

Projekttitel	RadikalDemokratisch
Laufzeit	01.01.2020–31.12.2024
Projektträger	KARUNA eG – die Sozialgenossenschaft mit Familiensinn
Zielgruppe(n)	junge Menschen mit sozialen Ausgrenzungserfahrungen und die sich selbst im linken Spektrum verorten
Herangehensweisen und Methoden	Das Projekt möchte rund hundert Multiplikator*innen ausbilden, die anschließend Jugendliche erreichen sollen, indem sie die Lerninhalte der geplanten Workshops an den Wohnorten und in den Gemeinschaften der Jugendlichen verbreiten. Die Belange der jungen Menschen werden mittels Aktionskunst in Lernmodulen aufgegriffen und erprobt.
Hauptziel	Ziel ist es, „ein überregionales Ausbildungsprogramm zu entwickeln und zu erproben, das den Teilnehmenden Alternativen zu illegalen Protestformen oder Gewalthandlungen vermittelt. Sie sollen so mit demokratischen Methoden, die konstruktive politische Teilhabe ermöglichen und demokratisches Engagement fördern, vertraut gemacht werden." Die neuen Ausdrucksformen der Jugendlichen sollen „die Gesellschaft anregen, nachzudenken und Meinungen respektvoll auszutauschen". Auf diese Weise soll die demokratische Verfasstheit gestärkt werden. Außerdem sollen die Jugendlichen die Erfahrung machen, dass ihre Interessen berücksichtigt werden.
Internetpräsenz	https://karuna.family/de/streetwork/aktivismus https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/radikaldemokratisch

Projekttitel	Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken
Laufzeit	01.01.2020–31.12.2024
Projektträger	Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Zielgruppe(n)	junge Erwachsene (auch solche, die sich selbst im linksextremen Spektrum verorten) sowie ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und anderen Sozialisationsorten Tätige
Herangehensweisen und Methoden	Das Projekt geht davon aus, dass linksradikale Politisierung nicht mehr lediglich in Gruppen verläuft, die sich physisch treffen, sondern vermehrt in digitalen Netzwerken, wo sich über politische Inhalte und Strategien ausgetauscht wird. Das Projekt kommt diesem Nachbesserungsbedarf nach, indem es einen starken Fokus auf digitale Formate legt. Die digitalen Maßnahmen umfassen die regelmäßige Durchführung von Online-Seminaren, die Produktion qualitativ hochwertiger Videos, die Präsenz auf einem Blog der Bildungsstätte Anne Frank, die digitale Bereitstellung von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen sowie die Virtualisierung der Wanderausstellung „Das Gegenteil von gut" und der Vorbereitung von Sonderausstellungen für die Folgejahre.

Hauptziel	Antisemitismus wird in Teilen der zeitgenössischen Linken kaum beachtet – auch da, wo sie intersektional und merkmalsübergreifend antidiskriminierend handeln möchte. Der Hauptzielgruppe, junge Erwachsene im linksradikalen Umfeld, soll es ermöglicht werden, über antisemitische Denkformen und menschenverachtende Ideologien in der Linken zu reflektieren und Handlungskompetenzen dagegen zu erwerben. Mit dem Modellprojekt soll dieser Ansatz ausgebaut und um andere Ideologeme gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erweitert werden: Nicht nur Antisemitismus, auch (antimuslimischer) Rassismus, Autoritarismus, Sexismus und LGBTTIQ-Feindlichkeit finden sich in linken Szenen – oftmals jedoch unbemerkt, da der Glaube weitverbreitet ist, sich mit der linken Identität ein „Ticket" eingekauft zu haben, von derlei Ressentiments gefeit zu sein. Der Modellprojektträger möchte digitale Angebote schaffen, die die Zielgruppe selbstaufsuchend nutzt bzw. auf die sie angesprochen wird.
Internetpräsenz	https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/radikale-reflexion-nachhaltige-praeventionsstrategien-gegen-vereinfachte-weltbilder-und-antisemitismus-in-der-extremen-linken Eine eigene Website steht noch nicht zur Verfügung.

Tab. 13: Übersicht über die seit dem 1. Januar 2020 geförderten Modellprojekte im Handlungsfeld Linker Extremismus[1045]

Das Projekt „F.A.N. Berlin-Brandenburg – Für Demokratie, Recht und Freiheit" wird nicht nur aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!", sondern auch von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt gefördert.[1046] Dieses Projekt arbeitet phänomenübergreifend, während die drei übrigen Projekte – „Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen", „RadikalDemokratisch" und „Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken" – hauptsächlich auf den Phänomenbereich Linker Extremismus setzen.

Dass aktuell nur vier Modellprojekte gefördert werden, könnte damit zusammenhängen, dass in Teilen der politischen Bildung noch immer Zurückhaltung gegenüber Präventionsprojekten im Bereich Linke Militanz bzw. Linksextremismus besteht – andere Themen werden als drängender angesehen.[1047] In seinem Kommentar zur Fachtagung „Linke Militanz – Phänomene, Grundlagen, pädagogische Praxis" Ende 2019 warnte Ulrich Ballhausen gar vor einem „Verständnis von politischer Bildung als Prävention"[1048]. Dies entspreche nicht „dem eigentlichen Professionsverständnis der nonformalen politischen Bildung"[1049]. In Bezug auf linke Militanz führte Ballhausen dazu aus: „Welches der […] Phänomene in Bezug auf die ‚Linke Militanz*' – Gewallt [sic], Hausbesetzungen, Blockaden etc. – fällt eigentlich in den ‚Zuständigkeitsbereich' von politischer Bildung? Was gehört nicht eher in den Bereich der Strafverfolgung, der sozialen Arbeit oder der Sozialpolitik? Oder ist politische Bildung – wenn es brennt (Feuerwehrfunktion) – für alles zuständig. Dies bedarf auch einer kritischen Selbstreflexion der Fachprofession der politischen Bildung!!! Und damit gegebenenfalls einer deutlichen Zurückweisung an politische EntscheidungsträgerInnen, die der politischen Bildung – bei all dem Optimismus, den auch ich mit Bildung verbinde – ‚zu vieles' übertragen!"[1050]

Ballhausen kritisierte in diesem Zusammenhang auch generell die unterschiedliche finanzielle Ausstattung von Sonderprogrammen (wie „Demokratie leben!“) und allgemeinen Fördertöpfen für die politische Bildung: „Ich halte die Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus im Rahmen der Sonderprogramme – als Sonderprogramme – für extrem wichtig. Das ist überhaupt keine Frage. Aber aus meiner Sicht gibt es eine bedenkliche Verschiebung zwischen allgemeiner politischer Bildung und den Sonderprogrammen auf Bundes- und Länderebene. Das Verhältnis im Rahmen der Finanzierung und der Gewichtigkeit ist deutlich gestört.“[1051] Konkreter: „Den Sonderprogrammen mit oft sehr guter finanzieller Ausstattung stehen allzu oft leere beziehungsweise zu gering ausgestatte Fördertöpfe für andere gesellschaftliche Herausforderungen und Themenstellungen der politischen Bildung gegenüber“, so der Politikwissenschaftler Ballhausen.[1052] Die politischen Bildner*innen sollten „für diese Widersprüche sensibel sein“, auch wenn sie sich an den Sonderprogrammen beteiligten. Für Ballhausen selbst ist die Antwort auf drängende Fragen klar: „Brauchen wir nicht mehr Menschenrechtsbildung? Brauchen wir nicht mehr ökologische Bildung? Brauchen wir nicht mehr Demokratiebildung? Brauchen wir nicht mehr gesellschaftskritische politische Bildung? Brauchen wir nicht mehr Global Citizenship Education? Und brauchen wir nicht mehr kritische Medienbildung? Ich meine, ja. Aber dazu müssen die Förderinstrumente gleichgewichtiger ausgestattet werden.“[1053]

Dass seit dem 1. Januar 2020 nur vier Modellprojekte im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden, könnte aber nicht nur mit der Skepsis gerade linksorientierter politischer Bildner*innen gegenüber Präventionsprojekten im Bereich Linke Militanz bzw. Linksextremismus zusammenhängen, sondern auch mit der Tatsache, dass dieses Themen- und Strukturfeld praktisch einem politischen Minenfeld gleicht. Die vorliegende Studie hat gezeigt, dass viele Modellprojektträger im Laufe ihrer Arbeit von unterschiedlichen Organisationen und Akteuren kräftigen Gegenwind erfahren mussten. Eine Versachlichung und Professionalisierung über pädagogische Zugänge, Methoden und Herausforderungen in diesem Themenfeld erscheint deshalb umso dringender, um den immer noch rudimentären pädagogischen sowie wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu verbessern und den kontroversen Austausch zu fördern.

Für die Zukunft – und damit auch für mögliche weitere Modellprojekte – könnten neben den menschen- und demokratiefeindlichen Brückennarrativen die verschiedenen Logiken mit handlungsleitend werden, die Ulrich Ballhausen sehr gut für die einzelnen Akteur*innen herausgearbeitet hat. In seinem Kommentar zur Fachtagung „Linke Militanz – Phänomene, Grundlagen, pädagogische Praxis“ Ende 2019 hielt er fest: „Einen weiteren Nebensatz aus der Tagung möchte ich an dieser Stelle noch klarrücken. Zitat: *‚Wir als Sicherheitsbehörden brauchen die Expertise der Sozialen Arbeit und der politischen Bildung, um unsere Arbeit machen zu können‘.* Wenn dieser Satz aus der Sicherheitslogik heraus formuliert wird, widerspricht er geradezu dem Selbstverständnis der genannten Professionen. Ich betone dies, damit wir gegenseitig auch die jeweiligen Logiken wahrnehmen und mit unserm jeweiligen Fachverständnis abgleichen.“[1054] Hier scheint in der Tat Reflexions-, ja gar Handlungsbedarf zu bestehen, gerade auch vor dem Hintergrund, dass Präventionsangebote von den Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit von politischen Bildner*innen scharf kritisiert wurden (dies zeigt die vorliegende Untersuchung wie im Brennglas); die Konzepte der Sicherheitsbehörden (also des Verfassungsschutzes) folgen im Allgemeinen anderen Logiken als die der politischen Bildung.

Auf das „Themenfeld linker Extremismus“[1055] Bezug nehmend, möchte die vorliegende Studie nun mit einem Hinweis auf den begrifflichen Wandel enden: Während das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ (2010–2014) explizit von „Linksextremismus“ und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2015–2019) in seiner ersten Förderperiode von „Linker Militanz“ sprach, ist nun – in der zweiten Förderperiode (seit 2020) – von „Linkem Extremismus“ die Rede.[1056] Die unterschiedlichen begrifflichen Rahmungen der Bundesprogramme dürften dabei weniger aus wissenschaftlichen Kriterien als vielmehr aus parteipolitischen Präferenzen resultieren. Ob diese terminologische Sprunghaftigkeit dem hier behandelten komplexen Themenfeld und der pädagogischen Auseinandersetzung dienlich ist, sollte zukünftig kritisch diskutiert werden.

Infokasten 13: Zum Verhältnis von politischer Bildung und (Primär-)Prävention

Über das Verhältnis von politischer Bildung und Prävention gab es zuletzt intensive Debatten. Das *Journal für politische Bildung* stellte im Jahr 2019 Heftnummer 2 sogar unter die Überschrift: „Demokratieförderung vs. politische Bildung?“. Auch die im Fazit der vorliegenden Studie wiedergegebene Position von Ulrich Ballhausen ist in die Diskussion um einen Strukturwandel der politischen Bildung einzuordnen. Diese Debatte war auch Anlass für ein Fachgespräch, das im August 2019 auf Einladung der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Bonn stattfand. Karim Fereidooni (Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum), Thomas Krüger (Präsident der bpb), Götz Nordbruch (Ufuq e. V.) und Monika Oberle (Professorin für Politikwissenschaft/Didaktik der Politik an der Universität Göttingen) sprachen damals mit der Moderatorin Helle Becker über das Verhältnis von politischer Bildung und Primärprävention.

Die Diskutant*innen stimmten darin überein, dass politische Bildung u. a. die Aufgabe habe, antidemokratischen Einstellungen vorzubeugen, und dass Sekundär- sowie Tertiärprävention nicht in den Bereich der politischen Bildung fallen. Was das Verhältnis von politischer Bildung und Primärprävention betrifft, wurden in dem Gespräch allerdings unterschiedliche Akzente gesetzt. **Karim Fereidooni** etwa wandte gegen ein Verständnis von politischer Bildung als Prävention ein, dass oft Personen als Zielgruppe von Prävention gelten würden, die als außerhalb der „Mitte der Gesellschaft“ stehend angesehen würden, wie z. B. Islamist*innen. Für problematisch hielt er, dass sich diese „Mitte der Gesellschaft“ nicht selbst in die Präventionsprogramme einbeziehe: „Präventionsprogramme werden häufig dahingehend instrumentalisiert, unterstelltes oder tatsächliches deviantes Verhalten zu sanktionieren. Die ‚Mitte der Gesellschaft‘ bleibt außen vor; sie exkulpiert und legitimiert sich selbst, indem sie sagt: ‚Wir sind nicht Teil des Problems, sondern diejenigen, die Zentrum und Peripherie sowie Norm und Devianz definieren.‘ Deswegen stehe ich dem Präventionsbegriff und Konzepten von Prävention kritisch gegenüber. In der politischen Bildung geht es meiner Ansicht nach darum, allen Personen die Kompetenz zu vermitteln, Demokratie und demokratische Strukturen zu begreifen, sich einzubringen und wissensbasierte Werturteile zu fällen.“ (Becker et al. 2020: 172)

Monika Oberle teilte diese Sichtweise mit Blick auf die Sekundär- und Tertiärprävention. Hinsichtlich der Primärprävention vertrat sie bei dem Fachgespräch jedoch die Ansicht, dass sich die Ziele von politischer Bildung und von Primärprävention weitgehend entsprächen, politische Bildung also das Potenzial besitzt, primärpräventiv zu wirken. Primärprävention „fördert Einstellungen, Wissen und Fähigkeiten, die Menschen gar nicht erst extremistischen Versuchungen anheimfallen lassen, und fördert Sensibilität für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Damit stärkt sie die Resilienz gegen extremistische Tendenzen noch vor einer möglichen Hinwendung.“ (ebd.: 173) Politische Bildung arbeitet in diesem Verständnis nicht gegen, sondern für etwas: „für das Gegenteil von Extremismus und Totalitarismus, sprich: für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, für Menschenwürde, Grundrechte, Pluralismus, institutionalisierte Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit“ (ebd.). Grundständige politische Bildung spiele hierbei – „neben gezielten primär- und sekundärpräventiven Programmen“ – eine wichtige Rolle und müsse daher „dringend besser gefördert werden“ (ebd.: 175).

Götz Nordbruch arbeitet beim Verein Ufuq, der in der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus tätig ist. Er schloss sich Fereidoonis Kritik am extremismustheoretischen Modell, welches die „Mitte“ nicht berücksichtige, an. Primärprävention ist für Nordbruch politische Bildung, die auf aktuelle gesellschaftliche Defizite oder Herausforderungen reagiert, z. B. auf Antisemitismus oder Rechtsextremismus. Gleichzeitig betonte Nordbruch die Bedeutung von „grundständige[r] politische[r] Bildungsarbeit“ (ebd.: 174): Würden deren Anbieter mehr Personal im Bereich der Rechtsextremismus- oder Islamismusprävention als beispielsweise in der geschlechtersensiblen politischen Bildungsarbeit beschäftigen, „dann stimmt etwas nicht und dann bringt das meiner Ansicht nach tatsächlich eine Schieflage zum Ausdruck“ (ebd.).

Für **Thomas Krüger** ist klar, dass sich die politische Bildung bereits in einer solchen Lage befindet. „Prävention“, so Krüger während der Fachdebatte, „erlebt derzeit eine Hochkonjunktur und wird instrumentalisiert, um eine Versicherheitlichung der Landschaft politischer Bild zu organisieren.“ (ebd.) Der Präsident der bpb bezeichnete Prävention in diesem Zusammenhang als „ein Instrument von Sicherheits- und Ordnungspolitik“ und betonte, dass in der Prävention „immer defizitorientiert gearbeitet“ werde (ebd.). Politische Bildung gehe dagegen von Möglichkeiten aus. Krüger sprach deshalb davon, „dass die Funktionslogiken von Primärprävention und politischer Bildung komplett unterschiedlich sind“ (ebd.: S. 174 f.). Während des Fachgesprächs problematisierte er, dass Ansätze aus der grundständigen politischen Bildung, wie z. B. theater- und medienpädagogische Arbeit, in den Bereich der Primärprävention übertragen werden und am Begriff der Primärprävention festgehalten wird. Auf diese Weise würden „Felder, in denen originär eigentlich Bildungsarbeit völlig unterschiedlicher Provenienz stattfindet, normativ aufgeladen, während gleichzeitig ihre professionsspezifische Eigenständigkeit unterminiert wird“ (ebd.: 178). In den letzten Jahren sei hier eine Disparität entstanden, die in den Förderprogrammen ihren Ausdruck finde, so Krüger weiter. Das Ergebnis sei, „dass mittlerweile fast alle Akteure Prävention machen – also irgendwas verhindern wollen, deshalb mit normativen Aufladungen operieren und die pädagogische Arbeit versicherheitlichen“. Zugespitzt sprach sich Krüger daher dafür aus, „den Begriff der Primärprävention weitgehend aufzugeben und von präventiven Effekten politischer Bildungsarbeit zu sprechen“ (ebd.).

Ein hilfreicher Ansatz in der Debatte um das Verhältnis von politischer Bildung und Prävention sind die von David Meiering und Naika Foroutan beschriebenen **menschen- und demokratiefeindlichen Brückennarrative**, wie z. B. Antisemitismus, Antifeminismus oder Verschwörungsmythen. Mit der Aufklärung darüber lassen sich ihrer Ansicht nach „gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe“ (Meiering/Foroutan 2020: 136) schlagen: „Sie kontextualisiert Inhalte, mit denen viele Jugendliche täglich in sozialen Medien, aber auch in subkulturellen Milieus konfrontiert sind, und kann somit auch in die soziale ‚Mitte‘ der Gesellschaft hineinwirken. Außerdem ist es möglich, viele Angebote, die bis vor Kurzem noch unter dem Label der Präventionsarbeit liefen, wieder in die politische Bildungsarbeit zurückzuholen, die breiter wirkt und die typischen negativen Nebenwirkungen der Adressierung bestimmter als gefährdet geltender Gruppen vermeidet.“ (ebd.)

Ebenso wie Monika Oberle und Götz Nordbruch in dem bpb-Fachgespräch plädieren David Meiering und Naika Foroutan für eine präventive politische Bildung, die nicht gegen etwas, sondern für etwas arbeitet: „Kontrovers diskutiert wird in der Forschung […] die Frage, ob es ausreiche, *gegen* derlei Brückennarrative zu arbeiten, oder ob die politische Bildungsarbeit nicht wirksamer sein könnte, wenn sie *für* emanzipativdemokratische Narrative einträte. Es gibt erste Hinweise darauf, dass ein reines Dagegen in der politischen Aufklärungsarbeit nicht ausreicht, um fehlerhafte Annahmen dauerhaft zu entkräften. So werden Online-Videos, die *gegen* Radikalisierung argumentieren, negativer bewertet als Videos, die *für* demokratische Werte werben. *Counternarratives* alleine scheinen nicht auszureichen für eine nachhaltige Deradikalisierung. Dennoch sind Erzählungen ein wichtiger Baustein für eine erfolgreiche Radikalisierungsprävention. […] Erfolgreiche Radikalisierungsprävention sollte sicher beides miteinander verbinden: die Aufklärung über menschen- und demokratiefeindliche Brückennarrative und ihre radikalisierende Wirkung sowie alternative Narrative, die Jugendliche für pluralistische Werte gewinnen können. Dazu muss Präventionsarbeit in die Regelstrukturen eingehen. Erkenntnisse der sektoral geförderten Programme wie ‚Demokratie leben!‘ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend müssen in die Arbeit institutioneller Träger*innen der Zivilgesellschaft einfließen.“ (ebd.: 136 f., Hervorhebungen im Original)

Ausgewählte Literatur:

Achour, Sabine/Gill, Thomas: „Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Journal für politische Bildung, Jg. 9 (2019), H. 2, S. 32–36.

Becker, Helle et al.: Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte, in: Hößl, Stefan E./Jamal, Lobna/Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 165–185.

Deichmann, Carl: Extremismusprävention in der politischen Bildung, in: Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/Piepenschneider, Melanie (Hrsg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung, Berlin/Münster: LIT, 2017, S. 137–169.

Meiering, David/Foroutan, Naika: Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 127–137.

Hafeneger, Benno: Politische Bildung ist mehr als Prävention, in: Journal für politische Bildung, Jg. 9 (2019), H. 2, S. 22–25.

Heinzelmann, Claudia/Marks, Erich (Hrsg.): Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH, 2019.

Schmidt, Sophie: Prävention oder politische Bildung? Kooperationen von Schule und außerschulischen Trägern politischer Bildung im Kontext von „Extremismusprävention“ und „Demokratieförderung“, in: Polis, Jg. 11 (2019), H. 2, S. 11–13.

IV ANHANG

ENDNOTEN

1 Zit. nach Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2018, Berlin, o. J., S. 3, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_Frontaldiskurs_Jahresbericht-2018_2019.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

2 Vgl. Maximilian Fuhrmann: Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2019, S. 277.

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, S. 4, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Abschlussbericht-IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].

4 Eine Übersicht über die Präventionsprogramme im Verantwortungsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2001 bis 2019 bietet: Fuhrmann: Antiextremismus, S. 266.

5 Vgl. Bruno Hafeneger et al.: Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 1, S. 7–10.

6 Ebd., S. 8.

7 Ebd.

8 Ebd.

9 Ebd., S. 9.

10 Vgl. dazu Albert Scherr: Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen?, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 6, S. 251–255, hier S. 251. Zu der damaligen Kritik vgl. auch Ulrich Ballhausen: Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen? Anmerkungen zur aktuellen Debatte, in: Journal für politische Bildung, Jg. 1 (2011), H. 1, S. 56–61, hier S. 56 f.

11 Vgl. INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff): Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns, URL: http://inex.blogsport.de/2010/02/09/gemeinsam-gegen-jeden-extremismus-nicht-mit-uns/ [zuletzt eingesehen am 01.11.2020].

12 INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff): Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns vom 28.01.2010, S. 1, URL: http://inex.blogsport.de/images/gemeinsamgegenjedenextremismus_einzelseiten.pdf [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

13 Vgl. ebd., S. 1 und S. 3.

14 Ebd., S. 1.

15 Ebd., S. 2.

16 Ebd.

17 Vgl. Michaela Glaser: ‚Linke' Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: René Schultens/Michaela Glaser (Hrsg.): ‚Linke' Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2013, S. 4–21, hier S. 8, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_16388_Linke_Militanz_im_Jugendalter.pdf [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

18 INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff): Gemeinsam gegen jeden Extremismus?, S. 2.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesfamilienministerium startet Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus, Pressemitteilung vom 01.07.2010, URL: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundesfamilienministerium-startet-modellprojekte-zur-praevention-von-linksextremismus-und-islamischem-extremismus/102634?view=DEFAULT [zuletzt eingesehen am 28.07.2020];

Fuhrmann: Antiextremismus, S. 278; Kristina Schröder: „Demokratie stärken – Toleranz fördern“, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 107–110, hier S. 110.

22 Ein Projekt, das im Themen- und Handlungsfeld Linksextremismus angesiedelt war, musste vorzeitig beendet werden, „da die Zielgruppe nicht erreicht werden konnte“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit [Hrsg.]: Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 10).

23 Vgl. ebd.

24 Alexander Leistner/Katja Schau/Susanne Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011–31.12.2014, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2014, S. 96, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Gesamtbericht_2011_bis_2014_wiss_Begleitung_IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

25 Drucksache 17/10204: Antwort der Bundesregierung vom 29.06.2012 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Diana Golze, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/9935 –: Initiative Demokratie stärken, S. 8, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/102/1710204.pdf [zuletzt eingesehen am 14.09.2020].

26 Der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“ oblag (und obliegt) es, „auf der Basis der Erfahrungen aus den bewilligten Projekten mögliche Ansatzpunkte für eine Feinsteuerung und Weiterentwicklung des Programms zu benennen sowie Vorschläge zur Weiterentwicklung des Programms IDS zu unterbreiten“ (Drucksache 17/13430: Antwort der Bundesregierung vom 08.05.2013 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Diana Golze, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/13216 –: Lehr- und Informationsmaterialien im Rahmen der Bundesprogramme zum Thema Linksextremismus, S. 5, URL: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713430.pdf [zuletzt eingesehen am 16.10.2020]).

27 Maximilian Fuhrmann/Susanne Johansson/Katja Schau: Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, München: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2011, S. 65, URL: https://taz.de/fileadmin/static/pdf/2012-03-01_dji_ergebnisbericht_demokratie_staerken_sw.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

28 Ebd.

29 Ebd., S. 109.

30 Vgl. Sebastian Fischer/Wolf Schmidt: Den Linksextremen erst verstehen, dann vorbeugen, in: taz, 28.02.2012.

31 Vgl. ebd.

32 Zit. nach ebd.

33 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 34.

34 Frank Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2015, S. 137, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Bundesprogramm/Programmevaluation_und_WB/Erster_Zwischenbericht_MP_2015__2_.pdf [zuletzt eingesehen am 20.08.2020].

35 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 35. Vgl. dazu auch Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 68.

36 Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 138.

37 Vgl. Frank Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und

Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2016, S. 180, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Zweiter_Bericht_Modellprojekte_2016.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

38 Vgl. Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 65 f.

39 Ebd., S. 66.

40 Vgl. ebd.

41 Alexander Leistner/Katja Schau/Susanne Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2013, S. 96, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_17193_Ergebnisbericht_WB_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 31.08.2020].

42 Ebd., S. 81.

43 Ebd., S. 77. Vgl. auch Konrad Litschko: „Diesen Unsinn schnell beenden", in: taz.de, 02.02.2014, URL: https://taz.de/Programm-gegen-Linksextremismus/!5049486/ [zuletzt eingesehen am 02.08.2020].

44 Zit. nach Litschko: „Diesen Unsinn schnell beenden".

45 Zit. nach ebd.

46 Zit. nach ebd.

47 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 50.

48 Vgl. Maximilian Fuhrmann/Martin Hünemann: Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen, Analysen Nr. 38, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2017, S. 6 f., URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen38_Fehlschluesse.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020];
Nils Schuhmacher: „Linke Militanz" – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmerschaft, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz" im Bundesprogramm „Demokratie leben!" am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 2–4, hier S. 2, URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

49 Vgl. Saskia Lützinger/Florian Gruber: Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential. Modulabschlussbericht, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2017, S. 21 f., URL: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Herausforderung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

50 Vgl. Antonie Rietzschel: Kristina Schröders „linksextremes" Erbe, in: SZ.de, 05.02.2014, URL: https://www.sueddeutsche.de/politik/projekte-der-ehemaligen-familienministerin-kristina-schroeders-linksextremes-erbe-1.1879397 [zuletzt eingesehen am 25.07.2020].

51 Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 136 f. (Hervorhebungen im Original).

52 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, Berlin, 2017, S. 5, URL: https://www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e-2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-exemismuspraevention-data.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

53 Vgl. Daniel Grunow: Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz, in: Anne-Kathrin Meinhardt/Birgit Redlich (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 138–145, hier S. 142.

54 Vgl. dazu bereits S. 12 der vorliegenden Studie.

55 Vgl. Marcus Kober: Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Eine Übersichtsarbeit, in: Berichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, H. 1/2019, S. 6,

URL: https://www.nzkrim.de/fileadmin/nzk/NZK_Berichte/NZK_2019_001.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].
Eine Zusammenfassung dieser Studie liegt ebenfalls vor: Marcus Kober: Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Systematische Übersicht und Erkenntnisse zur Evaluation, in: Forum Kriminalprävention, H. 2/2019, S. 20–26, URL: https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2019-02/linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].

56 Vgl. Lützinger/Gruber: Extremismusprävention in Deutschland. Modulabschlussbericht, S. 5 und S. 20.

57 Vgl. Florian Gruber/Saskia Lützinger: Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2017, S. 22, URL: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Erhebung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

58 Ebd., S. 23.

59 Darunter das Aussteigerprogramm für Linksextremist*innen (AP LEX) des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

60 Vgl. Gruber/Lützinger: Extremismusprävention in Deutschland. Modulabschlussbericht, S. 22 f.

61 Ebd., S. 22 (Hervorhebung im Original).

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Vgl. ebd.

65 Ebd.

66 Vgl. ebd., S. 22 f.

67 Ebd., S. 23.

68 Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 7.

69 Vgl. Maximilian Fuhrmann/Susanne Johansson/Katja Schau: Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, München: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2011, URL: https://taz.de/fileadmin/static/pdf/2012-03-01_dji_ergebnisbericht_demokratie_staerken_sw.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

70 Vgl. Kober: Evaluation, S. 6.

71 Gruber/Lützinger: Extremismusprävention in Deutschland. Modulabschlussbericht, S. 23.

72 Vgl. ebd.

73 Vgl. dazu Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.: Strategien zur Prävention des Linksextremismus in Niedersachsen, URL: https://kfn.de/forschungsprojekte/strategien-zur-praevention-des-linksextremismus-in-niedersachsen/ [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

74 Vgl. Ramboll Management Consulting GmbH: Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie, hrsg. vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, Kiel, 2019, URL: https://www.landesdemokratiezentrum-sh.de/index/materialien.html?file=files/ldz/Downloads/Event-Donwloads/Brosch%C3%BCre%3A%20Linksextremistische%20Erscheinungsformen%20und%20insbesondere%20linke%20Gewalt%20in%20Schleswig-Holstein.pdf [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

75 Die Broschüre lässt sich aber noch unter https://www.vielfalt-mediathek.de/data/zb_wissen_demokratiesta776rken_februar2012.pdf abrufen [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

76 Die Zeitbild Stiftung, die ihren Sitz in München hat, wurde 2006 von der Zeitbild Verlag und Agentur für Kommunikation GmbH gegründet, die in den Bereichen Bildung und Kommunikation tätig ist. Die Stiftung verfolgt eigenen Angaben zufolge gemeinnützige Zwecke und beschreibt sich als „operative Stiftung, die eigene Projekte initiiert und durchführt“ (Zeitbild Stiftung: Zeitbild Stiftung, URL: http://www.zeitbild-stiftung.de/ueber-uns.html [zuletzt eingesehen am 07.10.2020]).

77 Vgl. Drucksache 17/8280: Antwort der Bundesregierung vom 30.12.2011 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Caren Marks, Sönke Rix, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/8192 –: Verwendung des Magazins „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“ im Unterricht an den Schulen, S. 7, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/082/1708280.pdf [zuletzt eingesehen am 12.09.2020].

78 Vgl. Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern, Jg. 53 (September 2011), aktualisierte Ausgabe vom Februar 2012, S. 36, URL: https://www.zeitbild.de/wp-content/uploads/2011/09/ZB_Wissen_DemokratieSta%CC%88rkenB.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

79 Vgl. ebd., S. 10 f.

80 Vgl. ebd., S. 16 f.

81 Vgl. ebd., S. 26.

82 Vgl. ebd., S. 31.

83 Vgl. ebd., S. 5.

84 Ebd., S. 6.

85 Vorwort von Kristina Schröder, in: Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken, S. 3.

86 Ebd.

87 Zit. nach Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken, S. 5.

88 Zit. nach ebd., S. 5 und S. 32.

89 Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 69.

90 Vgl. Simone Schmollack: Wachsam nach allen Seiten, in: taz, 14.12.2011; Deniz Yücel: Die Ministerin weiß von nichts, in: taz.de, 09.01.2012, URL: https://taz.de/Kristina-Schroeder-und-Linksextremismus/!5103609/ [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

91 Zit. nach Schmollack: Wachsam nach allen Seiten.

92 Vgl. dazu auch Wolf Schmidt: Marx, Engels, Lenin, Lassalle?, in: taz, 27.02.2012.

93 Vgl. Zeitbild Stiftung: Demokratie stärken, S. 11.

94 Tino Heim/Patrick Wöhrle: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus, in: Jan Ackermann et al.: Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 13–68, hier S. 16 (Hervorhebung im Original).

95 Philipp Mattern: Die Extremismusdebatte. Zur Broschüre „Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern“, in: blz. Zeitschrift der GEW Berlin, Jg. 65 (2012), H. 2, S. 23 f., hier S. 23, URL: https://www.gew-berlin.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91799&token=9a160333a5410b-078f763e61f47b7ba3bc9ee9c7&sdownload=&n=blz-2012-02.pdf [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].

96 Ebd., S. 24.

97 Ebd.

98 Ebd.

99 Vgl. Fuhrmann/Hünemann: Fehlschlüsse der Extremismusprävention, S. 19. Auf ihrer Homepage führt die Zeitbild Stiftung den Wettbewerb aber noch als abgeschlossenes Projekt auf. Vgl. Zeitbild Stiftung: Augen auf – gegen Extremismus, URL: http://www.zeitbild-stiftung.de/projekte/augen-auf-gegen-extremismus.html [zuletzt eingesehen am 07.10.2020].

100 Vgl. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: Gefahr von links?, URL: https://www.politische-bildung-brandenburg.de/gefahr-von-links [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

101 Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen befindet sich auf dem Gelände der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. Die Gedenkstätte gibt es seit 1994; seit Mitte 2000 ist sie eine selbstständige Stiftung öffentlichen Rechts. Die Aufgabe der Gedenkstätte besteht darin, „die Geschichte der Haftanstalt Hohenschönhausen in den Jahren 1945 bis 1989 zu erforschen, durch Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in

der kommunistischen Diktatur anzuregen“ (Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Über uns, URL: https://www.stiftung-hsh.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020]).

102 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute. Seminare und Workshops der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J., S. 1, URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/Flyer-Angebot-Linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 31.08.2020].

103 Vgl. ebd.

104 Vgl. ebd.

105 Ebd.

106 Vgl. ebd.

107 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) an Dr. Teresa Nentwig vom 27.10.2020.

108 Vgl. ebd. Vgl. auch Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen: Linksextremismus? Linke Militanz? Eine Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Extremismus-Prävention. Problemaufriss, Unterrichtsvorschläge und Materialien. Erstellt im Rahmen des Modellprojektes: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt, Berlin, 2018.

109 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Alles Geschichte?, S. 2.

110 Ebd.

111 Zu den Inhalten der Vertiefungseinheiten vgl. ebd.

112 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 70 und S. 78–81.

113 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 27.10.2020.
Vgl. auch Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen: Linksextremismus? Linke Militanz?, S. 12–17.

114 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Alles Geschichte?, S. 1.

115 Vgl. dazu auch S. 10 f. der vorliegenden Untersuchung.

116 E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 27.10.2020.

117 Vgl. ebd.

118 Vgl. Gerold Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken. Radikalisierungspräventionsprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“, in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 68 (2016), H. 11/12, S. 497–504, hier S. 502.

119 Ebd.

120 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 79.

121 Ebd., S. 80.

122 „Materialien und Beispiele“, so heißt es im Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung für das Jahr 2013, „sind so ausgewählt, dass sie die Antworten auf die Frage: ‚Sind diese Gruppen und Strömungen extremistisch?‘ schon enthalten.“ (ebd.)

123 Dies wurde im Folgeprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ geändert. Unter anderen gab es jetzt Rollenspiele. Zu diesem Modellprojekt vgl. S. 120–124 der vorliegenden Studie.

124 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 81.

125 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 116–118.

126 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 27.10.2020.

127 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 502.

128 Ebd.

129 Ebd.

130 Ebd., S. 503.

131 Vgl. ebd.

132 Ebd.

133 Ebd. Zu dem Folgeprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ vgl. S. 120–124 der vorliegenden Untersuchung.

134 Vgl. dazu S. 120–124 der vorliegenden Untersuchung.

135 Vgl. dazu S. 116–119 der vorliegenden Studie.

136 Vgl. dazu S. 169 f. der vorliegenden Untersuchung.

137 Die Stiftung Partner für Schule NRW fungierte als Modellprojektträger. Ihr kam die Aufgabe zu, für die Verbreitung des dritten „Andi“-Comics in den Schulen zu sorgen (vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Prof. Dr. Thomas Grumke [Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen] am 05.10.2020). Die Stiftung bestand zwischen 2003 und 2014 und engagierte sich im Schulsponsoring. Es handelte sich um eine gemeinsame Stiftung der Wirtschaft und der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Vgl. zu ihr Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen: Schulsponsoring heute. Ein Leitfaden für Schulen, Schulträger und Unternehmen, Düsseldorf, 2010, S. 9 f., URL: https://www.spendenideen.org/wp-content/uploads/2014/03/schulsponsoring_NRW.pdf [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

138 Thomas Grumke: „Andi“ – Bildungscomic und Website für Demokratie und gegen Extremismus, in: ders./Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010, S. 94–104, hier S. 94.

139 Vgl. ebd., S. 95 f.

140 Ebd., S. 96.

141 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Andi. CoDeX – Comic für Demokratie und gegen Extremismus“, H. 3, 3., leicht veränderte Auflage aus dem Oktober 2017, S. 12, S. 19 und S. 24.

142 Vgl. ebd., S. 29–38.

143 Vgl. Grumke: „Andi“, S. 97; o. V.: Andi entlarvt Propaganda, in: Die Welt, 24.11.2009.

144 Die Zeichnungen stammen von Peter Schaaff, der über den Comic und dessen Entwurf auch einen Aufsatz verfasst hat: Peter Schaaff: „Kein Auftrag wie jeder andere“ – Über die Arbeit am Bildungscomic *Andi*, in: Ralf Palandt (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, Berlin: Archiv der Jugendkulturen, 2011, S. 192–203.

145 Grumke: „Andi“, S. 94.

146 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Prof. Dr. Thomas Grumke am 05.10.2020.

147 Grumke: „Andi“, S. 95.

148 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Andi 3, S. 2 und S. 29 f.

149 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Prof. Dr. Thomas Grumke am 05.10.2020.

150 Rudolf van Hüllen: Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus – Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie, in: Gerhard Hirscher/Eckhard Jesse (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden: Nomos, 2013, S. 489–504, hier S. 501, Anm. 39.

151 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Neuer Bildungscomic gegen Linksextremismus/Minister Dr. Ingo Wolf: Politisch aufgeklärte Jugendliche sind Fundament und Zukunft unserer Demokratie, Pressemitteilung vom 23.11.2009, URL: https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/neuer-bildungscomic-gegen-linksextremismus-minister-dr-ingo-wolf-politisch [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

152 Vgl. Grumke: „Andi“, S. 101.

153 Felix Werdermann: Coole Mandi gegen Andi vom Verfassungsschutz. Ein Comic zeigt, wozu Patriotismus führen kann, in: nd.de, 22.06.2010, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/173617.coole-mandi-gegen-andi-vom-verfassungsschutz.html [zuletzt eingesehen am 27.08.2020]. Kritisch auch: Felix Lee: Links unter Linksextremisten, in: taz, 25.11.2009.

154 Vgl. dazu mit Beispielen Grumke: „Andi", S. 101–103; ders./Rudolf van Hüllen: Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Perspektiven?, 2. Aufl., Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2019, S. 184 f.

155 Heim/Wöhrle: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus, S. 18, Anm. 24.

156 Ebd., S. 57. Als Beispiel führen Heim und Wöhrle die folgenden Ausführungen zur Frage: „Was ist Sozialismus?", an: „Sozialismus ist eine politische Idee, die […] die Emanzipation sozial benachteiligter Menschen zum Ziel hat. Deshalb ist Sozialismus nicht automatisch extremistisch, sondern hat als Sozialdemokratie die wahrscheinlich längste demokratische Tradition in Deutschland. Erst die Kommunisten haben durch die Spaltung der Arbeiterbewegung 1917 einen Teil der sozialistischen Idee in Zusammenhang mit Diktatur und Gewalt gebracht (siehe unten *Marxismus-Leninismus*)." (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen [Hrsg.]: Andi 3, S. 30, Hervorhebung im Original)

157 Arbeitskreis Extremismusbegriff: Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen „Extremismus" scheitert, Münster: Unrast, 2012.

158 Vgl. ebd., S. 81 und S. 85.

159 Ebd., S. 82.

160 Vgl. Jonas Engelmann: Andi Anti Alles. Die „subversive Verunsicherung" der *Andi*-Comics, in: Susanne Feustel/Jennifer Stange/Tom Strohschneider (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus" umgehen, Hamburg: VSA, 2012, S. 71–80, hier S. 72.

161 Vgl. auch Hüllen: Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus, S. 501, Anm. 39.

162 Vgl. Thomas Grumke: Andi – Bildungscomic für Demokratie und gegen Extremismus, in: Palandt (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, S. 182–191, hier S. 190.

163 Vgl. Arbeitskreis Extremismusbegriff: Schulverweis für Andi!, S. 65; Heim/Wöhrle: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus, S. 47, Anm. 122; Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2011, S. 27 f., URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/59786/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

164 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, NEIS beim Verfassungsschutz (Hrsg.): Andi. CoDeX – Comic für Demokratie und gegen Extremismus", H. 3, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/53766/ANDI_Linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

165 Die NEIS wurde 2009 vom damaligen niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann (CDU) geschaffen. Angesiedelt bei der Verfassungsschutzbehörde des Landes Niedersachsen, sollte die NEIS für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Behörde sowie das Thema Prävention zuständig sein. Ausführlich zur NEIS vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 25–32. Bereits nach dem Regierungswechsel Anfang 2013 wurde die NEIS wieder abgeschafft. Vgl. Grumke/Hüllen: Der Verfassungsschutz, S. 182; Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz –, 2013, S. 26, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/81274/Verfassungsschutzbericht_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

166 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2011, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2011, S. 29, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/71640/Verfassungsschutzbericht_2011.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

167 Vgl. Drucksache 17/10204: Antwort der Bundesregierung vom 29.06.2012: INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN, S. 10; Heim/Wöhrle: Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus, S. 47, Anm. 122; Schaaff: „Kein Auftrag wie jeder andere", S. 196.

168 Die Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg beschreibt sich selbst als „das Zentrum für die kulturelle, soziale und politische Jugendbildung in Schleswig-Holstein, ein Ort der Vernetzung von Verbänden, Institutionen und Organisationen" (Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg: Häuser und Räume, URL: https://www.scheersberg.de/scheersberg/haeuser-raeume/allgemein [zuletzt eingesehen am 13.11.2020]). Die Bildungsstätte arbeitet vor allem in den Themenbereichen „Theater", „Musik & Tanz", „Film & Medien", „Pinsel, Farbe & Co.", „Soziale Bildung & Abenteuer" sowie „Politische Bildung". Zu dieser heißt es auf der Website der Bildungsstätte: „Die historisch-politische Bildung setzt sich kritisch mit der Gesellschaft auseinander. Sie vergleicht, hinterfragt und bewertet die Verhältnisse, in denen wir Leben. Diese Kompetenzen zu fördern und im Rahmen von individueller Freiheit und Toleranz zu diskutieren ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit." (Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg: Politische Bildung, URL: https://www.scheersberg.de/scheersberg/unsere-bereiche/politische-bildung [zuletzt eingesehen am 13.11.2020])

169 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 83.

170 Vgl. ebd.

171 Vgl. Frank Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen, in: Zeit Online, 06.07.2012, URL: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-07/bundesprogramm-linksextremismus/komplettansicht [zuletzt eingesehen am 09.08.2020].

172 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 82.

173 Ann-Christin Jessen: Einführung, in: Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg: Die Gewalt der Kritik. Eine künstlerische Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Umwälzungen der 60er und 70er Jahre. Wanderausstellung 2012, o. O., o. J. [2012], S. 5 f., hier S. 5, URL: https://www.vielfalt-mediathek.de/data/die_gewalt_in_der_kritik.pdf [zuletzt eingesehen am 19.10.2020].

174 Ebd.

175 Ebd.

176 Ebd., S. 5 f.

177 Ebd., S. 6.

178 Vgl. ebd., S. 5.

179 Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg: Die Gewalt der Kritik, S. 37.

180 Vgl. ebd.

181 Vgl. Karsten Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus, hrsg. von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Steinbergkirche, 2015, S. 11.

182 Vgl. Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen.

183 Tabelle 3 beruht auf: Karsten Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus, hrsg. von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Steinbergkirche, 2015. Die in der Tabelle enthaltenen Zitate sind dieser Broschüre entnommen. Für deren Zusendung dankt die Verfasserin der vorliegenden Untersuchung Frau Lorenz-Cordsen und Herrn Biermann.

184 Zit. nach Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen.

185 Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte, S. 11.

186 Vgl. ebd.

187 Vgl. ebd., S. 16.

188 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesfamilienministerium startet Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus.

189 Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte, S. 26.

190 Vgl. Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen.

191 Vgl. ebd.

192 Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte, S. 6.

193 Zit. nach Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 85.

194 Vgl. Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen.

195 Zit. nach Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg: Die Gewalt der Kritik, S. 44.

196 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 83 f.

197 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 105.

198 Ebd.

199 „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln" war der Arbeitstitel. Vgl. Christian-Friedrich Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln", in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 61 (2013), H. 6, S. 265–272, hier S. 271, Anm. 1.

200 Die Europäische Jugendbildungs-und Jugendbegegnungsstätte Weimar wird von der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar" betrieben. Die EJBW verfolgt das „Ziel, Jugendbildung, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit zu fördern und zu ermöglichen" (Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar": Leitbild der EJBW, URL: https://www.ejbweimar.de/de/ueber-uns/leitbild/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020]). „Demokratiestärkung" ist das Leitmotiv der EJBW – die Frage: „Was stärkt und was gefährdet Demokratie?", leitet infolgedessen die pädagogische Arbeit. Aus diesem Ansatz, aber z. B. auch aus aktuellen Herausforderungen, mit denen die Demokratie in Thüringen, Deutschland und Europa konfrontiert ist, resultieren die verschiedenen Arbeitsbereiche der EJBW, darunter die historisch-politische Bildung und die Menschenrechtsbildung. Vgl. Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar": Konzeption der pädagogischen Arbeit, URL: https://www.ejbweimar.de/de/ueber-uns/profil-und-konzept/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

201 Zu Beginn waren es sieben. Es zählte noch die Demokratiekompetenz hinzu. Vgl. Ulrich Ballhausen: Demokratische Kompetenzen im Diskurs fördern. Präventive Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen, gewaltorientierten Tendenzen im Linksextremismus, in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 111–115, hier S. 114; ders.: Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen?, S. 60.

202 Vgl. zu den einzelnen Kompetenzdomänen: Ballhausen: Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen?, S. 59–61. Vgl. insgesamt dazu Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 266; Christian-Friedrich Lohe: „Extrem demokratisch" – Das „DeKo-Projekt" der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 149–159, hier S. 154 f.

203 Ballhausen: Demokratische Kompetenzen im Diskurs fördern, S. 113.

204 Vgl. Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 266. Für die Politik- und Diskurskompetenz sowie für die Engagement- und Partizipationskompetenz wurden keine eigenständigen Module entwickelt, da sich herausgestellt hatte, dass sie „die bereits realisierten Module als Querschnittsthema durchziehen" (ebd., S. 271, Anm. 4).

205 Vgl. ebd., S. 270; Lohe: „Extrem demokratisch", S. 155.

206 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 271, Anm. 4.

207 Vgl. Alexander Leistner/Katja Schau/Susanne Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2013, S. 151 f., URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_Ergebnisbericht_2012_der_WB_IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020]; Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 153 f.; ders. et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 267.

208 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 151 f.

209 Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 155.

210 Ballhausen: Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen?, S. 59.

211 Ballhausen: Demokratische Kompetenzen im Diskurs fördern, S. 113.

212 Lohe: „Extrem demokratisch, S. 156.

213 Ebd., S. 151.

214 Ebd.

215 Ebd.

216 Ebd., S. 152.

217 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 265.

218 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bundesfamilienministerium startet Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus.

219 Zu Teilzielen des Modellprojekts vgl. ausführlich Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 153; ders. et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 267 f.

220 Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 156.

221 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 268 (Hervorhebungen im Original). Ähnlich distanzierend: Ballhausen: Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen?, S. 58 (Ballhausen war damals Leiter der EJBW); Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 150.

222 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 269 (Hervorhebung im Original).

223 Ebd.

224 Ebd.

225 Ebd.

226 Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 153.

227 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 267 (Hervorhebung im Original).

228 Zit. nach Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 151.

229 Vgl. Professur für Didaktik der politischen Bildung: Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln, URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/forschung/tagungen/dkide [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

230 Ebd.

231 Vgl. Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 270 f.

232 Vgl. Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 157.

233 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 122 f.

234 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 269 (Hervorhebung im Original).

235 Ebd., S. 271 (Hervorhebungen im Original). Ähnlich: Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 157.

236 Lohe et al.: Fokus (Links-)Extremismus?, S. 271 (Hervorhebungen im Original).

237 Lohe: „Extrem demokratisch“, S. 157.

238 Ulrich Ballhausen: Linke Militanz und politische Bildung? Tagungskommentar zur Fachtagung „Linke Militanz. Phänomen, Grundlagen, pädagogische Praxis“ vom 13. bis 14. November 2019 in Bamberg, gehalten zum Abschluss am 14. November 2019, URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/302765/tagungskommentar [zuletzt eingesehen am 03.11.2020].

239 Das 1997 gegründete Archiv der Jugendkulturen (AdJ) in Berlin ist ein Kompetenzzentrum für Jugend-, Pop- und Subkulturen und bewahrt Unterlagen (z. B. Fanzines und Konzertflyer) aus verschiedenen Jugendkulturen, wie etwa Graffiti, Hip Hop, Metal, Punk und Techno. Daneben gehört die politische und kulturelle Bildung zu den zentralen Tätigkeitsfeldern des AdJ, das ein anerkannter Träger der politischen Bildung sowie der freien Kinder- und Jugendhilfe ist (vgl. Daniel Schneider: Zwischen Bewegungs- und Poparchiv. Das Archiv der Jugendkulturen e. V., in: Archivar, Jg. 70 [2017], H. 2, S. 164–166, URL: https://www.archive.nrw.de/sites/default/files/media/files/Archivar_2_2017.pdf [zuletzt eingesehen am 17.10.2020]).

240 E-Mail von Gabriele Rohmann (Leiterin des Archivs der Jugendkulturen e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

241 Glaser: ‚Linke' Militanz im Jugendalter, S. 7.

242 E-Mail von Gabriele Rohmann an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

243 Ebd.

244 Drucksache 17/4334: Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Ulrich Maurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/4127 –: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, S. 5, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/043/1704334.pdf [zuletzt eingesehen am 12.09.2020].

245 Vgl. E-Mail von Gabriele Rohmann an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

246 So Klaus Farin, bis 2011 Leiter des Archivs der Jugendkulturen, in einem Interview von 2011. Es ist unter dem Titel „Der Staat, die Autonomen und der Archivar der Jugendfrisuren" online abrufbar unter: http://klausfarin.de/presse/interviews/der-staat-die-autonomen-und-der-archivar-der-jugendfrisuren [zuletzt eingesehen am 08.10.2020].

247 Ebd.

248 Drucksache 17/4334: Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, S. 5.

249 Zit. nach o. V.: „Der Staat, die Autonomen und der Archivar der Jugendfrisuren".

250 Zur Demokratieerklärung vgl. den Infokasten 2 auf S. 14 der vorliegenden Untersuchung.

251 E-Mail von Gabriele Rohmann an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

252 Vgl. ebd.

253 Vgl. ebd.

254 Vgl. ebd.

255 Vgl. ebd.

256 Ebd.

257 Vgl. ebd.

258 Ebd.

259 Klaus Farin: Die Autonomen, Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag KG, 2015. Eine Rezension des Buches von Bernd Hüttner, Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ist im Internet abrufbar: Bernd Hüttner: Farin (Hrsg.): Die Autonomen, Berlin 2015, URL: https://www.rosalux.de/news/id/4154 [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

260 So Klaus Farin in dem Interview „Der Staat, die Autonomen und der Archivar der Jugendfrisuren".

261 Ebd.

262 Der Verein mit Sitz in Berlin wurde im April 1993 gegründet. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Vorstands ist der Historiker Bernd Faulenbach, langjähriger Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD. Weitere Vorstandsmitglieder sind u. a. der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen, die frühere Generalsekretärin der FDP Linda Teuteberg sowie die Bundestagsabgeordnete Ekin Deligöz von Bündnis 90/Die Grünen. In der Vergangenheit wurde der Verein stark geprägt durch den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel sowie Joachim Gauck (Vorsitzender von 2003 bis 2012), bis dieser zum Bundespräsidenten gewählt wurde. Vorsitzende des Beirats ist die ehemalige Bundestags-

präsidentin Rita Süssmuth. Hauptziel des Vereins ist es, „die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und das Unrecht der SED-Diktatur wach zu halten“ (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Verein, URL: https://www.gegen-vergessen.de/verein/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020]). Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements und politischer Teilhabe sowie die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus. Im Hintergrund steht stets der Gedanke, „die Demokratie in Deutschland zu stärken“ (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Was ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020]).

263 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2013, Berlin, o. J. [2014], S. 18, URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

264 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2011, Berlin, o. J. [2012], S. 11, URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2011.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

265 Ebd.

266 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.) am 11.09.2020.

267 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2012, Berlin, o. J. [2013], S. 15, URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

268 Vgl. ebd.

269 Ebd.

270 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2013, S. 18.

271 Ebd.

272 Ebd.

273 Ebd.

274 Im Internetportal wird die Wendung „systemisch-lösungsorientiert“ dennoch erklärt. Dort heißt es: „In einer systemisch-lösungsorientierten Herangehensweise werden konflikthafte Situationen zwischen verschiedenen Akteuren angesprochen und ihr Potential hervorgehoben. Das Ergebnis ist eine möglichst breite Darstellung der Verhältnisse sowie eine Analyse der Handlungsmöglichkeiten in einem aussichtslos erscheinenden Konflikt. Hierbei geht es nicht um eine wertende und durchweg positive oder negative Beschreibung, sondern um das Aufzeigen unterschiedlicher Sichtweisen auf ein Problem.“ (Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Was bedeutet „systemisch-lösungsorientiert“?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020])

275 Unter anderem verfügt der Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ mit der „Online-Beratung gegen Rechtsextremismus“ bereits seit 2008 über ein Angebot zum Thema Rechtsextremismus.

276 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

277 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Was ist das Anliegen dieses Portals?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

278 Die drei Herausforderungen werden ausführlich beschrieben unter: https://www.dialoge-foerdern.de/herausforderungen/ [zuletzt eingesehen am 13.09.2020].

279 Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Wie wurde bei der Recherche vorgegangen?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020]; Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

280 Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

281 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Wie wurden die Geschichten ausgewählt?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

282 Ebd.

283 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Positionspapier (Stand 26.05.2014). Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Themenfeld Linksextremismus, S. 2, URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Diverses/PositionspapierV6.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

284 Ebd., S. 3.

285 Ebd.

286 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2011, S. 11.

287 Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Welchen Ansatz verfolgt das Portal?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

288 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 107.

289 Ebd., S. 108.

290 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

291 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Positionspapier, S. 6.

292 Ebd., S. 7.

293 Ebd.

294 Ebd.

295 Ebd., S. 8.

296 Ebd.

297 Zur Skepsis der Szene gegenüber Gegen Vergessen – Für Demokratie vgl. z. B. Jenz Steiner: Der zivilgesellschaftliche Arm des Bundesfamilienministeriums oder Verfassungsschutz light, in: telegraph #127|128, URL: https://telegraph.cc/archiv/telegraph-127-128/der-zivilgesellschaftliche-arm-des-bundesfamilienministeriums-oder-verfassungsschutz-light/ [zuletzt eingesehen am 24.09.2020].

298 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

299 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 131.

300 Vgl. ebd., S. 131 f.

301 Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Jahresbericht 2011, S. 11.

302 Vgl. Telefongespräch am 11.09.2020.

303 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 141.

304 Ebd.

305 Zit. nach ebd.

306 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Liane Czeremin am 11.09.2020.

307 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 141.

308 Vgl. Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: Positionspapier.

309 Vgl. Bernd Faulenbach: Nach dem G20-Gipfel – Zur Diskussion um linksextremistische Gewalt, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie. Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Nr. 94 (Oktober 2017), S. 22 f., URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_94_web.pdf [zuletzt eingesehen am 24.09.2020].

310 Zur nicht mehr existierenden NEIS vgl. bereits S. 185, Anm. 165 der vorliegenden Studie.

311 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 72 und S. 103.

312 Rechtsextremist*innen wollen ein „Heldengedenken" für deutsche Soldaten veranstalten; Linksextremist*innen planen, der „Helden der proletarischen Revolution" zu gedenken; Islamist*innen sehen eine „Ehrung der Helden des wahren Glaubens" vor. Vgl. Verfassungsschutz Brandenburg:

Verfassungsschutz durch Aufklärung. Planspiel Demokratie und Extremismus, S. 2, URL: https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Planspiel_Demokratie_und_Extremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 30.09.2020].

313 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2010, S. 28.

314 Ausführlich zu den einzelnen Gruppen, zu ihren Rollen etc. vgl. Verfassungsschutz Brandenburg: Verfassungsschutz durch Aufklärung.

315 Vgl. dazu Jonas Grutzpalk: Das Planspiel „Demokratie und Extremismus" des Verfassungsschutzes Brandenburg, in: Grumke/Pfahl-Traughber (Hrsg.): Offener Demokratieschutz, S. 105–114, hier S. 110 f.

316 Vgl. auch Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus" als beispielhaftes Präventionsprojekt ausgezeichnet, Pressemitteilung vom 16.12.2011, URL: https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/-101559.html [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

317 Vgl. Grutzpalk: Das Planspiel „Demokratie und Extremismus", S. 107. Zu dem Planspiel des Bundestags vgl. Deutscher Bundestag: Das Planspiel zur parlamentarischen Demokratie, URL: https://www.bundestag.de/planspiel [zuletzt eingesehen am 30.09.2020].

318 Vgl. Gregor Wiedemann: Verfassungsschutz durch Aufklärung? Zum Widerspruch von politischer Bildungsarbeit und geheimdienstlicher „Extremismusprävention", in: Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Erweiterter Tagungsband 2013, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen in Zusammenarbeit mit Sebastian-Cobler-Stiftung für Grundrechte, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Amadeu Antonio Stiftung, DGB Dresden, Dresden, 2013, S. 131–144, hier S. 136, URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/verfassungsschutz_2013_download_m.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

319 Vgl. ebd., S. 135; Grumke/Hüllen: Der Verfassungsschutz, S. 182.

320 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – (Hrsg.): Niedersächsische Extremismus Informationsstelle, o. J., URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/73349/Flyer_Niedersaechsische_Extremismus_Informationsstelle.pdf [zuletzt eingesehen am 03.10.2020].

321 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus".

322 Ebd.

323 Die nachfolgenden Tabellen sind entnommen: Drucksache 17/10204: Antwort der Bundesregierung vom 29.06.2012: Initiative Demokratie stärken, S. 8 f.

324 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 72.

325 Ebd., S. 72 f.

326 Ebd., S. 73.

327 Ebd., S. 137.

328 Ebd., S. 103, Anm. 40.

329 Ebd.

330 Zit. nach ebd.

331 Ebd., S. 103.

332 Ebd., S. 119. Vgl. auch den „Exkurs: Der Verfassungsschutz als Träger politischer Bildung" in: dies.: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 160 f.

333 Hartmut Rübner: In ziviler Gesellschaft. Gegenaufklärung von Extremismusforschern und Verfassungsschützern, in: Markus Mohr/Hartmut Rübner: Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit", Münster: Unrast, 2010, S. 19–187, hier S. 153.

334 Wiedemann: Verfassungsschutz durch Aufklärung?, S. 135.

335 Ebd., S. 136.

336 Ebd., S. 138.

337 Ebd., S. 137.

338 Ebd.

339 Ebd., S. 139. Kritik am Planspiel „Demokratie und Extremismus“ – und generell an Auftritten des Verfassungsschutzes in Schulen – üben schließlich auch: Werner Koep-Kerstin/Heiko Stamer: Verfassungsschutz an Schulen. Wie der Geheimdienst unzulässig politische Bildungsarbeit betreibt, in: bbz. Berliner Bildungszeitschrift. Zeitschrift für die Mitglieder der GEW Berlin, Jg. 68 (2015), H. 10, S. 17, URL: https://www.gew-berlin.de/fileadmin/media/publikationen/be/bbz/2015/bbz-2015-10.pdf [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

340 Zu dem Wettbewerb vgl. auch S. 28 der vorliegenden Untersuchung.

341 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus“.

342 Vgl. dazu ausführlich S. 24–28 der vorliegenden Studie.

343 Vgl. Kerstin Brümmer: „Augen auf gegen Extremismus“: 20 mal 500 Euro für Projekte und Ideen an Schulen und Jugendeinrichtungen, in: Sächsischer Bildungsserver – Serviceportal, 11.10.2011, URL: https://www3.sachsen.schule/sbs/startseite/aktuelles/news/detail/News/augen-auf-gegen-extremismus-20-mal-500-euro-fuer-projekte-und-ideen-an-schulen-und-jugendeinr/ [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

344 Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus“.

345 Vgl. Grutzpalk: Das Planspiel „Demokratie und Extremismus“, S. 107.

346 Vgl. ebd., S. 113; Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Planspiel „Demokratie und Extremismus“, URL: https://www.bpb.de/lernen/projekte/273430/planspiel-demokratie-und-extremismus- [zuletzt eingesehen am 09.10.2020]; Andreas Zitzmann: Demokratie üben, Extremismus erkennen, in: FR.de, o. D., aktualisiert am 30.01.2019, URL: https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/demokratie-ueben-extremismus-erkennen-11598910.html [zuletzt eingesehen am 09.10.2020].

347 Vgl. Grutzpalk: Das Planspiel „Demokratie und Extremismus“, S. 113.

348 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2012, S. 30.

349 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung: Planspiel „Demokratie und Extremismus“.

350 jugendschutz.net wurde im Jahr 1997 von den Jugendministerien der Bundesländer gegründet und beschreibt sich selbst als „das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet“ (LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH: Mehr Rücksicht auf Kinder und Jugendliche im Internet!, URL: https://www.jugendschutz.net/ueber-jugendschutznet/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020]). Das Kompetenzzentrum verfolgt einen mehrdimensionalen Ansatz, indem es Recherchen und Maßnahmen gegen Jugendschutzverstöße im Internet mit der Sensibilisierung von Inhaltsanbietern, Eltern und Jugendlichen für Risiken kombiniert. jugendschutz.net, seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angegliedert, wird von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert (vgl. ebd., und LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH: Was jugendschutz.net tut, URL: https://www.jugendschutz.net/was-jugend-schutznet-tut/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020]). Wie auf der Homepage von jugendschutz.net deutlich wird, arbeitet die Stelle zu verschiedenen Themen, darunter die sexuelle Ausbeutung von Kindern im Internet und politischer Extremismus, wobei Rechtsextremismus und Islamismus im Zentrum stehen.

351 Wenn nicht anders angegeben, beruht die folgende Darstellung auf Auskünften von Dr. Bernd Zywietz (jugendschutz.net) in einer E-Mail vom 13.10.2020 an die Verfasserin der vorliegenden Untersuchung.

352 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 113.

353 jugendschutz.net: Linksextremismus im Internet. Selten jugendaffin und kaum Verstöße gegen den Jugendschutz, Themenbericht vom März 2013, S. 1. Da die Homepage von jugendschutz.net derzeit umgebaut wird, ist der Kurzbericht momentan nicht online verfügbar. Für dessen Zusendung per E-Mail dankt die Verfasserin der vorliegenden Untersuchung Herrn Dr. Zywietz.

354 Ebd., S. 2.

355 Vgl. ebd.

356 Vgl. ebd.

357 Minor beschreibt sich auf seiner Homepage u. a. wie folgt: „Vielfältig, engagiert und wissenschaftlich fundiert arbeiten wir mit und für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen. Wir sind bundesweit und transnational aktiv in der Forschung, Programm- und Projektberatung, Weiterbildung, Netzwerkarbeit und Modellprojektentwicklung. […] Wir verstehen Minor als zivilgesellschaftlichen Akteur, dessen Ziele u. a. darin bestehen, an einem Ausbau und einer Stärkung der Demokratie mitzuwirken. Das heißt zum einen, durch die konkrete Arbeit in den Projekten gesellschaftliche Teilhabe, Partizipation und Gestaltung demokratischer Kultur nachhaltig zu fördern. Zum anderen geht es darum, auf die Infragestellung demokratischer Werte und Verhaltensweisen zu reagieren. Minor positioniert sich in der ganzen Bandbreite seiner Arbeit deutlich gegen jegliche Formen von Diskriminierung, wie z. B. Rassismen, Antisemitismus und Sexismen, und tritt stattdessen für die Wertschätzung von Vielfalt ein." (Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Über Minor, URL: https://minor-kontor.de/ueber-minor/ [zuletzt eingesehen am 18.08.2020]).

358 Vgl. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock. Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken, URL: https://minor-kontor.de/kulturschock/ [zuletzt eingesehen am 09.10.2020].

359 Es gab eine Projektwoche, an der Schüler*innen der 7. bis 10. Klassen beteiligt waren, und eine weitere Projektwoche, an der eine kleinere Gruppe von Schüler*innen einer integrierten Sekundarschule der Klassenstufe 10 teilnahm. Vgl. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Theater Berlin. Politisch motivierte Formen von Gewalt durch Theater ansprechen, URL: https://minor-kontor.de/theater-berlin-2014/ [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

360 Vgl. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Theater Berlin.

361 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 40–42.

362 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock.

363 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 106 und S. 124. Die potenziellen Projektpartner konnten sich mit Projektskizzen beim Projektträger bewerben. Vgl. ebd., S. 124.

364 Über die Website https://minor-kontor.de/kulturschock/ erreicht man die einzelnen Projekte und dazugehörige Materialien, wie z. B. sogenannte Steckbriefe zu den Workshops „Punk in Deutschland" und „Songwriting und Protestsongs". Die in Tabelle 8 enthaltenen Zitate sind den jeweiligen Webseiten der Teilprojekte entnommen.

365 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 106.

366 Zit. nach Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 165, Anm. 143.

367 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock.

368 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen. Forschungsbericht 2012, Berlin, 2012, o. S., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Projektbericht-Kunst-als-Zugang-zu-linksaffinen-Jugendlichen_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

369 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock Abschlussbericht 2014, Berlin, 2014, S. 9, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Abschlussbericht-Kulturschock_2014.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

370 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock.

371 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen, S. 5.

372 Ebd.

373 Ebd.

374 Vgl. in diesem Zusammenhang beispielhaft die Veranstaltung „Radikalisierung und Extremismus – analytische Kategorien oder Kampfbegriffe?“, die im Rahmen der Reihe „Extrem is mus(s)?“ stattfand. Informationen dazu sind online abrufbar unter: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/05/Minor_Kulturschock_Medien-Berlin-Reihe-Extremismuss-3_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

375 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 87.

376 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 154.

377 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen, S. 4.

378 Ebd.

379 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 94.

380 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 106.

381 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen, S. 4.

382 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 106.

383 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 154.

384 Ebd.

385 Ebd., S. 140.

386 Vgl. ebd.

387 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 106.

388 Ebd.

389 Ebd.

390 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Kulturschock Abschlussbericht 2014, S. 9.

391 Ebd.

392 Ebd.

393 Ebd.

394 Ebd.

395 Ebd.

396 Das Projekt wird auf den Seiten 108–115 der vorliegenden Studie näher vorgestellt.

397 Bei der Konrad-Adenauer-Stiftung handelt es sich um eine politische Stiftung, die der CDU nahesteht. Sie ging 1964 aus der 1955 gegründeten Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit hervor und ist noch immer im Bereich der politischen Bildung aktiv. Derzeit konzentriert sich die KAS auf die drei Themen Sicherheit, Innovation sowie Repräsentation und Partizipation. Vgl. ausführlich Ulrich Heisterkamp: Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, 2018, S. 251–255; Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.: Schwerpunkte der Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: https://www.kas.de/de/schwerpunkte [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

398 Rudolf van Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter Jugendlichen – eine qualitative Studie, in: Schultens/Glaser (Hrsg.): ‚Linke' Militanz im Jugendalter, S. 96–114, hier S. 98.

399 Viola Neu: Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, S. 14, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_30042_1.pdf/47fa1cfe-a25c-865d-4be9-59adf3257799?version=1.0&t=1539657629901 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

400 Vgl. ebd., S. 5 f. und S. 14.

401 Vgl. ebd., S. 17 f.; Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster, S. 99 f.

402 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 162.

403 Ebd.

404 Ebd.

405 Ebd., S. 113.

406 Neu: Linksextremismus, S. 5.

407 Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster, S. 97.

408 Ebd.

409 Ebd., S. 98.

410 Neu: Linksextremismus, S. 48.

411 Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster, S. 97.

412 Ebd.

413 Ebd.

414 Ebd.

415 Ebd.

416 Ebd.

417 Ebd.

418 Vgl. Hüllen: Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus, S. 502, Anm. 45.

419 Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster, S. 101.

420 Ebd.

421 Im Einzelnen handelt es sich um:

» Rudolf van Hüllen: Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 1), Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=ee-a4e836-f108-81a5-7cf2-54e9e3dc0fe3&groupId=252038 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

» Rudolf van Hüllen: Kommunikationsmethoden und Rekrutierungsstrategien im Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 2), Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_31306_1.pdf/1168e3c4-70cf-55b1-d0be-257a3bf28bfc?version=1.0&t=1539657086085 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

» Jürgen P. Lang: Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/c/document_library/

get_file?uuid=866dccb3-3ade-1fd3-5a73-1e551d639965&groupId=252038
[zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

» Viola Neu: Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_30042_1.pdf/47fa1cfe-a25c-865d-4be9-59adf3257799?version=1.0&t=1539657629901 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

422 Uwe Roßbach: Was bleibt von der Linksextremismusprävention?, in: Journal für politische Bildung, Jg. 2 (2012), H. 4, S. 56–65, hier S. 61.

423 Ebd., S. 62.

424 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN". Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 131.

425 Maximilian Fuhrmann/Martin Hünemann: Äquidistanz. Der Kampf gegen links im Kontext des Extremismusmodells, in: Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hrsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld: Transcript, 2013, S. 91–105, hier S. 98.

426 Hüllen: Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster, S. 111.

427 Ebd.

428 Ebd.

429 Neu: Linksextremismus, S. 49.

430 Ebd.

431 Ebd., S. 51.

432 Ebd.

433 Ebd.

434 Die Deutsche Gesellschaft e. V. wurde 1990 mit dem Ziel geschaffen, „die Teilung Deutschlands zu überwinden, das Miteinander in Deutschland und Europa zu fördern sowie Vorurteile abzubauen" (Deutsche Gesellschaft e. V.: Über uns, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020]). Zu den Gründungsmitgliedern zählten u. a. der frühere Bundeskanzler Willy Brandt und der Schauspieler Armin Mueller-Stahl (vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Verein, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns/verein.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020]). Heutige Vorstandsmitglieder sind beispielsweise der ehemalige Bundesminister Franz Müntefering, der frühere Europaabgeordnete Elmar Brok und der Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte an der Universität Bonn, Tilman Mayer (vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Vorstand und Kuratorium, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns/verein/vorstand-kuratorium.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020]).

435 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, Berlin, o. J. [2012], S. 17, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/publikationen/jahresberichte/Jahresbericht-2011.pdf [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

436 Deutsche Gesellschaft e. V.: Plakatwettbewerb 2011. Argumente statt Gewalt, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/wettbewerbe/wettbewerbe-archiv/173-2011-plakatwettbewerb-argumente.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

437 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, S. 17.

438 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Plakatwettbewerb 2011.

439 Vgl. ebd.

440 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, S. 17.

441 Deutsche Gesellschaft e. V.: Plakatwettbewerb 2011.

442 Ebd.

443 Vgl. ebd.

444 Ebd.

445 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, S. 17.

446 Vgl. dazu S. 86–88 der vorliegenden Untersuchung.

447 Die gemeinnützige GmbH Violence Prevention Network arbeitet nach eigenen Angaben auf den Ebenen Prävention, Intervention und Deradikalisierung/Ausstiegsbegleitung. Die Vision ist es, „dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter*innen durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und Teil des demokratischen Gemeinwesens werden, um so Extremismus jeder Art vorzubeugen“ (Violence Prevention Network gGmbH: Vision, URL: https://violence-prevention-network.de/ueber-uns/leitbild/ [zuletzt eingesehen am 19.10.2020]). Ausführlich zu der seit 2001 bestehenden Initiative und ihrer Arbeit vgl. Violence Prevention Network e. V.: Violence Prevention Network. Deradikalisierung, Intervention, Prävention, Berlin, o. J. [2018], URL: https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2018/07/Violence-Prevention-Network-Deradikalisierung_Intervention_Prvention.pdf [zuletzt eingesehen am 19.10.2020].

448 Vgl. Wolf Schmidt: Extrem teuer, extrem erfolglos, in: taz, 27.02.2012. Zu den Trainings vgl. ausführlicher Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 44 f.

449 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 44; Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 110.

450 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 110.

451 Violence Prevention Network e. V.: Violence Prevention Network, S. 8. Ausführlich zu der Methode „Verantwortungspädagogik“ vgl. ebd., S. 12 f.

452 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 45.

453 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 110.

454 Vgl. ebd., S. 133.

455 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 145.

456 Vgl. ebd., S. 156 f.

457 Ebd., S. 158.

458 Vgl. Schmidt: Extrem teuer, extrem erfolglos; Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 110 und S. 114.

459 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 45; Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen; Violence Prevention Network e. V.: Jahres- und Wirkungsbericht 2012, Berlin, o. J. [2013], S. 11, URL: https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2019/07/vpn-jahresbericht-2012.pdf [zuletzt eingesehen am 18.08.2020].

460 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 133.

461 Zit. nach Brunner: Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen.

462 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 44.

463 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 158.

464 Ebd.

465 Zur Deutschen Gesellschaft e. V. vgl. bereits S. 197, Anm. 434 der vorliegenden Untersuchung.

466 2013 wurde die Workshopdauer auf drei bis fünf Stunden gekürzt. Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2013, Berlin, o. J. [2014], S. 14, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/publikationen/jahresberichte/Jahresbericht-2013.pdf [zuletzt eingesehen am 03.09.2020].

467 Deutsche Gesellschaft e. V.: Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus – INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/bildungsangebote/bildungsangebote-archiv/167-2011-14-praeventionsworkshops-linksextremismus.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

468 Ebd.

469 Vgl. dazu Tabelle 9.

470 Das Programm ist online abrufbar unter: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2011-14-pb-praeventionsworkshops-linksextremismus/2014-Ablauf-Workshop-9-Uhr.pdf [zuletzt eingesehen am 13.10.2020].

471 Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, S. 22.

472 Deutsche Gesellschaft e. V.: Präventionsworkshop.

473 Darauf deutet die Materialsammlung für die Schüler*innen hin, in der z. B. das von Uwe Backes und Eckhard Jesse herausgegebene „Jahrbuch Extremismus & Demokratie“ und ein Link zu den Verfassungsschutzämtern der Länder aufgeführt sind. Die Materialsammlung ist online abrufbar unter: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2011-14-pb-praeventionsworkshops-linksextremismus/Materialsammlung-fuer-Schueler-1.pdf [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

474 Vgl. Deutsche Gesellschaft e. V.: Präventionsworkshop.

475 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 75.

476 Vgl. ebd., S. 75–77.

477 Ebd., S. 78.

478 Ebd., S. 79.

479 Ebd., S. 76.

480 Ebd., S. 77.

481 Vgl. ebd.

482 Vgl. ebd., S. 77 f.

483 Ebd., S. 77.

484 Ebd., S. 78.

485 Vgl. dazu S. 81–83 der vorliegenden Untersuchung.

486 Das Ziel der 1998 gegründeten Amadeu Antonio Stiftung besteht darin, „eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet“ (Amadeu Antonio Stiftung: Die Amadeu Antonio Stiftung stellt sich vor, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020]). Die Stiftung ist benannt nach Amadeu Antonio, der 1990 mit 28 Jahren verstarb, nachdem er von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zusammengeschlagen worden war (vgl. ebd.).

487 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 44; Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 125; Hanne Thoma/Jan Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin, o. J., S. 19–25, hier S. 19, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

488 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 156.

489 Ebd., S. 154.

490 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 109.

491 Vgl. ebd.; Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 154 und S. 156.

492 Vgl. Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 19.

493 Vgl. Amadeu Antonio Stiftung: Gemeinsam gegen Antisemitismus, Beitrag vom 06.11.2013, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/gemeinsam-gegen-antisemitismus-7713/ [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

494 Ebd. Zu dem Projekt vgl. auch Stadt Grevesmühlen: Ausstellungseröffnung „Momente der Besinnung“, Beitrag vom 12.11.2013, URL: https://www.grevesmuehlen.info/2013/11/12/einladung-zur-ausstellungser%C3%B6ffnung-momente-der-besinnung/ [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

495 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 125 und S. 132.

496 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 22.

497 Ebd.

498 Ebd., S. 19.

499 Ebd., S. 24.

500 Ebd.

501 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 132.

502 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 142.

503 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 23.

504 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 132.

505 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 21.

506 Ebd.

507 Vgl. ebd.

508 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 132. Jan Riebe von der Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung geht der Frage, was eigentlich überhaupt israelbezogener Antisemitismus ist, in einem Aufsatz nach: Jan Riebe: Was ist israelbezogener Antisemitismus?, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!“, S. 7–11.

509 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 23.

510 Vgl. ebd., S. 24.

511 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 155.

512 Ebd.

513 Vgl. ebd., S. 156.

514 Ebd.

515 So ein*e Projektmitarbeiter*in. Zit. nach ebd.

516 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 24.

517 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, S. 74.

518 Leistner/Schau/Johansson: Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, S. 167.

519 Thoma/Riebe: Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, S. 25.

520 Bei der Jungen Union Deutschlands (JU) handelt es sich um den Jugendverband der CDU und der CSU.

521 Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 77. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 1. Dezember 2010, Plenarprotokoll 17/77, S. 8456, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17077.pdf [zuletzt eingesehen am 09.09.2020].

522 Eine Fahrt war vom Kreisverband Köln der Jungen Union vorgesehen, die zweite vom JU-Landesverband Bayern und die dritte vom JU-Landesverband Hessen. Vgl. Wolf Schmidt: Reise ins linksextreme Berlin, in: taz, 29.11.2010; ders.: Junge Union sagt Kaffeefahrt gegen Linksextremismus ab, in: taz, 17.12.2010.

523 Vgl. Simon Poelchau: Junge Union traut sich nicht in die Köpi, in: taz, 30.11.2010; Schmidt: Reise ins linksextreme Berlin.

524 Vgl. die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Ulrich Maurer, Raju Sharma, Petra Pau, Jens Petermann, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, Drucksache 17/4127 vom 06.12.2010, S. 1, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/041/1704127.pdf [zuletzt eingesehen am 12.09.2020].

525 Vgl. Drucksache 17/4334: Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, S. 6.

526 Vgl. Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“, S. 103.

527 Ebd.

528 Zit. nach o. V. (Kürzel: str.): Ausflug ins linksextreme Berlin. Ministerium finanziert Reise der Jungen Union Köln, in: Berliner Zeitung, 14.12.2010.

529 Zit. nach ebd.

530 Zit. nach ebd.

531 Vgl. Drucksache 17/4334: Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, S. 6; Deutscher Bundestag: Stenografischer Bericht, 77. Sitzung, S. 8456.

532 Zit. nach Schmidt: Reise ins linksextreme Berlin.

533 Zit. nach o. V. (Kürzel: str.): Ausflug ins linksextreme Berlin.

534 Vgl. ebd.

535 Vgl. Schmidt: Junge Union sagt Kaffeefahrt gegen Linksextremismus ab.

536 Vgl. Drucksache 17/4334: Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, S. 9.

537 Vgl. Wolf Schmidt: Links ist, wenn Autos brennen, in: taz, 27.02.2012.

538 Das Rauhe Haus, Stiftung bürgerlichen Rechts: Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen, URL: https://www.ev-hochschule-hh.de/forschung-und-fortbildung/forschungsprojekte/abgeschlossene-projekte/zugaenge-der-jugendhilfe-zu-linksautonomen-jugendszenen/ [zuletzt eingesehen am 19.08.2020] (Hervorhebungen im Original).

539 Ebd. (Hervorhebungen im Original).

540 Vgl. ebd.

541 Ebd.

542 Vgl. Thomas Möbius/Anja Wendland: Jugendhilfeangebote für linksautonome Jugendszenen? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme in Hamburg, in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 64 (2012), H. 3, S. 133–139, hier S. 134.

543 Ebd., S. 133 f.

544 Das Rauhe Haus, Stiftung bürgerlichen Rechts: Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen.

545 Ebd.

546 Möbius/Wendland: Jugendhilfeangebote, S. 134.

547 Ebd., S. 135.

548 Vgl. Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 65; Schmidt: Extrem teuer, extrem erfolglos; Guido Sprügel: Sie wollen nur forschen, in: *jungle.world.de*, 17.02.2011, URL: https://jungle.world/artikel/2011/07/sie-wollen-nur-forschen [zuletzt eingesehen am 19.08.2020].

549 Vgl. Möbius/Wendland: Jugendhilfeangebote, S. 136.

550 Ebd.

551 Ebd.

552 Ebd., S. 137.

553 Ebd.

554 Ebd.

555 Ebd., S. 137 f.

556 Ebd., S. 138.

557 Vgl. Sprügel: Sie wollen nur forschen. Die Jugendhilfeträger und die linken Anwaltskanzleien sollen gebeten worden sein, von ihnen als linksautonom eingeschätzte Jugendliche zu nennen, die dann als Interviewpartner*innen zur Verfügung stehen sollten. Vgl. Marco Carini: Angst vor Umerziehung, in: taz, 07.04.2011.

558 Sprügel: Sie wollen nur forschen.

559 Ebd.

560 Vgl. ebd.

561 Zit. nach ebd.

562 Zit. nach ebd.

563 Zit. nach ebd.

564 Zit. nach Carini: Angst vor Umerziehung.

565 Vgl. ebd.

566 Zit. nach ebd.

567 Zit. nach ebd.

568 Zit. nach ebd.

569 Die Bundesfachstelle Linke Militanz wird seit dem 1. Juli 2017 durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Ihre Arbeit „umfasst sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung und politische Bildung sowie der Vernetzung und den Austausch mit den bundesweit verteilten Modellprojekten des Phänomenbereiches“ Linker Extremismus bzw. Linke Militanz (Bundesfachstelle Linke Militanz: Über die Bundesfachstelle, URL: http://www.linke-militanz.de/ueber-uns/ueber-die-bundesfachstelle/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020]).

570 Im Juni 2020 wurde die Handreichung, die aus dem Modellprojekt hervorgegangen ist, veröffentlicht. Zu dieser vgl. die übernächste Anmerkung.

571 Vgl. Anne-Kathrin Meinhardt/Birgit Redlich: Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Ein phänomenübergreifender Ansatz, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz, S. 222–231, hier S. 225 und S. 228; Bundesfachstelle Linke Militanz: Formen von Protest in einer Demokratie – Reflexion eines Workshopkonzeptes. Bericht vom Fachaustausch am 12.09.2019, Beitrag vom 25.09.2019, URL: http://www.linke-militanz.de/veranstaltungen/formen-von-protest-in-einer-demokratie-reflexion-eines-workshopkonzeptes/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

572 Vgl. Bundesfachstelle Linke Militanz: Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung. Ein Workshop für Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Handreichung, Göttingen: Institut für Demokratieforschung, 2020, URL: http://www.linke-militanz.de/data/akten/2020/07/Handreichung_Workshop_Protest_final.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

573 Vgl. Bundesfachstelle Linke Militanz: Formen von Protest in einer Demokratie.

574 Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 223.

575 Vgl. ebd.

576 Allgemein zu theaterpädagogischen Methoden vgl. Anne-Kathrin Meinhardt: Politisches Theater im Allgemeinen. Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik begeistern kann, in: dies./Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 205–213.

577 Vgl. Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 226 f.

578 Vgl. Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 226 f.

579 So Anne-Kathrin Meinhardt, bis Juli 2020 wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundesfachstelle Linke Militanz. Zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Formen des Protests – „Die 68er Bewegung aus heutiger Sicht". Ein schulisches Workshop-Konzept. Interview mit Anne-Kathrin Meinhardt, URL: https://www.bpb.de/mediathek/302003/formen-des-protests-die-68er-bewegung-aus-heutiger-sicht [zuletzt eingesehen am 17.10.2020].

580 Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 222, Anm. 1.

581 Vgl. ebd., S. 224.

582 Ebd.

583 Vgl. ebd., S. 224 f.

584 Vgl. ebd., S. 222.

585 Vgl. ebd., S. 226.

586 Ebd., S. 223.

587 Vgl. ebd., S. 228; Gespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Birgit Redlich, wissenschaftliche Mitarbeiterin im pädagogischen Team der Bundesfachstelle Linke Militanz, am 21.10.2020.

588 Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 228.

589 Vgl. Gespräch mit Birgit Redlich am 21.10.2020.

590 Meinhardt/Redlich: Politischer Protest, S. 229.

591 Vgl. ebd., S. 230 f.

592 Zit. nach Drucksache 19/21680: Antwort der Bundesregierung vom 17.08.2020 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Roland Hartwig, Thomas Ehrhorn, Johannes Huber, Frank Pasemann und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/21425 –: Das Göttinger Institut für Demokratieforschung als Bundesfachstelle „Linke Militanz" und Kompetenzzentrum „Linker Extremismus" im Bundesprogramm „Demokratie leben!", S. 2, URL: https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/216/1921680.pdf [zuletzt eingesehen am 09.11.2020].

593 So Anne-Kathrin Meinhardt. Zit. nach Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Formen des Protests.

594 Ebd.

595 Vgl. ebd.

596 Zu Minor vgl. bereits S. 194, Anm. 357 der vorliegenden Untersuchung.

597 Vgl. o. V.: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz", S. 33.

598 Vgl. Bundesfachstelle Linke Militanz: „Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis". Dokumentation. Tagung der „Bundesfachstelle Linke Militanz". 27. September 2018 im Tagungszentrum an der Sternwarte, Göttingen, Göttingen: Bundesfachstelle Linke Militanz, 2019, S. 8, URL: http://www.linke-militanz.de/data/akten/2019/03/bundesfachstelle-linke-militanz-praeventionsarbeit-deeskalationsstrategien-konferenzdokumentation-2018.pdf [zuletzt eingesehen am 26.07.2020]; Grit Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz", S. 15–18, hier S. 16.

599 Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs, S. 16.

600 Vgl. Drucksache 18/9538: Antwort der Bundesregierung vom 05.09.2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/9337 –: Qualitätsstandards der Bundesprogramme im Bereich Linksextremismus bzw. linke Militanz, S. 6, URL: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809538.pdf [zuletzt eingesehen am 16.10.2020].

601 Vgl. Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs, S. 17.

602 Vgl. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2019, Berlin, o. J. [2020], S. 5, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/08/FD_Abschluss_2019_WEB.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

603 Vgl. ebd.; Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs, S. 18.

604 O. V.: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur.

605 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 5.

606 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Theater Leipzig 2018. Ein Theaterprojekt in Leipzig, URL: https://minor-kontor.de/theater-leipzig-2018/ [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

607 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 5.

608 Ebd., S. 29.

609 Vgl. o. V.: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur.

610 Ebd.

611 Über die Website https://minor-kontor.de/frontaldiskurs/ erreicht man die einzelnen Projekte und dazugehörige Materialien, wie z. B. sogenannte Steckbriefe zu einem „Demokratiefest“ am 15. September 2017 in Rostock oder zu einer Diskussionsveranstaltung über den G20-Gipfel 2017 in Hamburg, die am 10. November 2017 in Schwerin stattfand. Die in Tabelle 11 enthaltenen Zitate sind den jeweiligen Webseiten der Projekte entnommen.

612 Marlene Rudloff/Grit Fenner/Christian Pfeffer-Hoffmann: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Abschlussbericht 2015, Berlin, 2015, S. 3, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2015_web.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

613 Ebd.

614 Vgl. Drucksache 18/9538: Antwort der Bundesregierung vom 05.09.2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/9337 –: Qualitätsstandards der Bundesprogramme im Bereich Linksextremismus bzw. linke Militanz, S. 6.

615 Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs, S. 18.

616 Ebd. (Hervorhebung im Original).

617 Zit. nach Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 139.

618 Ebd.

619 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Jugendringe in Mecklenburg-Vorpommern 2017. Eine Veranstaltungsreihe in Mecklenburg-Vorpommern, URL: https://minor-kontor.de/jugendringe-in-m-v-2017/ [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

620 Ebd.

621 Fenner: Modellprojekt 2: Frontaldiskurs, S. 15.

622 Ebd., S. 17.

623 Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 139.

624 Ebd.

625 Vgl. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Satirekollektiv. Eine Workshopreihe zu Satire und dem kritischen Umgang mit Medien, URL: https://minor-kontor.de/satirekollektiv/ [zuletzt eingesehen am 22.10.2020].

626 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 18.

627 Ebd.

628 Ebd.

629 Ebd., S. 21.

630 Zit. nach Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Jahresbericht 2018, Berlin, S. 3.

631 Ebd.

632 Ebd.

633 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 18.

634 Ebd., S. 29.

635 Ebd., S. 18.

636 Ebd.

637 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 30.

638 Ebd., S. 29.

639 Ebd.

640 Rudloff/Fenner/Pfeffer-Hoffmann: Frontaldiskurs. Abschlussbericht 2015, S. 11.

641 Ebd.

642 Ebd. Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 19.

643 Rudloff/Fenner/Pfeffer-Hoffmann: Frontaldiskurs. Abschlussbericht 2015, S. 11.

644 Ebd.

645 Ebd.

646 Ebd.

647 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 19.

648 Ebd. (Hervorhebung im Original).

649 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2016, Berlin, o. J., S. 8, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2016.pdf.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

650 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2017, Berlin, o. J., S. 12, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2017.pdf.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

651 Ebd.

652 Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH: Frontaldiskurs. Jahresbericht 2019, S. 21.

653 Vgl. ebd.

654 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J. [2017], S. 4, URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/2017-08-28-Pressemappe-de-Maiziere.pdf [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

655 Ebd.

656 Das Projekt arbeitete und präsentierte sich auf Facebook, Instagram und Twitter.

657 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 4.

658 Ebd., S. 1.

659 Ebd.

660 Ebd., S. 2.

661 Ebd.

662 Ebd.

663 Ebd., S. 4.

664 Ebd.

665 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Linke Militanz. Veranstaltungsdokumentation (November 2019): Linke Militanz in Facebook & Co., URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301585/c2-linke-militanz-in-facebook-co [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

666 Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 4.

667 Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Linke Militanz in Facebook & Co.

668 Diese Information stammt aus dem unveröffentlichten Abschlussbericht des Modellprojekts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

669 Dieses Zitat stammt aus dem unveröffentlichten Abschlussbericht des Modellprojekts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

670 Eine umfassende Dokumentation der Tagung ist online abrufbar unter: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301541/linke-militanz [zuletzt eingesehen am 28.10.2020]. Zu der Tagung außerdem sehr lesenswert: Anna Carola König: „Da flog die Kuh" – wenn auch nicht sehr weit, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 27.11.2019, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/blog/tagung-linke-militanz [zuletzt eingesehen am 10.11.2020].

671 Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Linke Militanz in Facebook & Co.

672 Ebd.

673 Ebd.

674 Diese Information stammt aus dem noch nicht veröffentlichten Bericht für den Stiftungsrat der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen für das Jahr 2019, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

675 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Linke Militanz in Facebook & Co.

676 Diese Informationen stammen aus dem unveröffentlichten Abschlussbericht des Modellprojekts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

677 Dieses Zitat stammt aus dem unveröffentlichten Abschlussbericht des Modellprojekts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

678 Diese Information stammt aus dem unveröffentlichten Abschlussbericht des Modellprojekts für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, niedergelegt in einer E-Mail von Dr. Andreas Neumann an Dr. Teresa Nentwig vom 28.10.2020.

679 Vgl. ebd.

680 Vgl. ebd.

681 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), Berlin: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J. [2017], S. 63, URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/8-Taetigkeitsbericht-web.pdf [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

682 Vgl. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Programmvideo, URL: https://www.youtube.com/watch?v=FtMqf-RLmhI [zuletzt eingesehen am 02.09.2020]. Zur generellen Kritik daran und an dem Workshop „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“ vgl. Markus Mohr: Schon wieder Menschenversuche im Stasi-Knast Hohenschönhausen? Über „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“ – ein Bildungsangebot der Berliner Gedenkstätte, in: nd.de, 05.01.2017, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1037579.schon-wieder-menschenversuche-im-stasi-knast-hohenschoenhausen.html [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].

683 Vgl. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 3.

684 Vgl. ebd., S. 2 f.

685 Vgl. z. B. Gerold Hildebrand/Andrea Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“. Ein Präventionsprojekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 170–180, hier S. 173 und S. 176.

686 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), S. 64.

687 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

688 Vgl. Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen: Linksextremismus? Linke Militanz? Eine Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Extremismus-Prävention. Problemaufriss, Unterrichtsvorschläge und Materialien. Erstellt im Rahmen des Modellprojektes: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“, Berlin, 2018.

689 Vgl. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 3; Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 176.

690 Vgl. Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 176.

691 Vgl. ebd.; Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), S. 63.

692 Vgl. Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 501.

693 Vgl. dazu ausführlicher Antje Gansewig/Maria Walsh: Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit. Eine empirische Betrachtung des Einsatzes von Aussteigern aus extremistischen Szenen unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Rechtsextremer, Baden-Baden: Nomos, 2020, S. 137; Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 176.

694 Vgl. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 4.

695 Zu der Jugendbildungswoche vgl. ausführlich Gansewig/Walsh: Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit, S. 137 f.; Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 171 f.

696 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 498.

697 Vgl. Drucksache 18/9538: Antwort der Bundesregierung vom 05.09.2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/9337 –: Qualitätsstandards der Bundesprogramme im Bereich Linksextremismus bzw. linke Militanz, S. 9.

698 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 499.

699 Ebd.

700 Vgl. ebd., S. 501.

701 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), S. 62.

702 Vgl. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Prävention von Linksextremismus, S. 2; Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 500 f.; ders./Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 171.

703 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 500.

704 Vgl. ebd., S. 501; Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 171.

705 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 501.

706 Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“, S. 175.

707 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 27.10.2020.

708 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020; Bert Schulz: Extrem erwartbare Debatte, in: taz, 05.07.2018; Torben Becker: Mehr Repression bitte!, in: taz, 07.07.2018.

709 Vgl. Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.): 8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), S. 63.

710 Ebd., S. 64.

711 Vgl. Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 503.

712 Vgl. Gansewig/Walsh: Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit, S. 135 f.

713 Vgl. ebd., S. 136, Anm. 197.

714 Vgl. Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart", S. 178.

715 Hildebrand: Linksextremer Gewalt entgegenwirken, S. 503.

716 Ebd.

717 Ebd.

718 Hildebrand/Prause: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart", S. 179.

719 E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

720 Vgl. dazu S. 29–34 der vorliegenden Untersuchung.

721 Vgl. Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen, URL: https://www.risp-duisburg.de/de/forschungsgruppen/mikom/linke-militanz-und-antisemitismus-in-heterogenen-jugendmilieus-analyse-zugaenge-massnahmen/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

722 Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit dem Leiter des Modellprojekts, Peter Krumpholz, am 07.10.2020.

723 Vgl. ebd.

724 Vgl. ebd.

725 Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus.

726 Vgl. ebd.

727 Vgl. ebd.; Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

728 Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus.

729 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

730 Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus.

731 Vgl. ebd.

732 Ebd.

733 Ebd.

734 Ebd.

735 Ebd.

736 Vgl. dazu ausführlich ebd.

737 Ebd.

738 Ebd.

739 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

740 Forschungsgruppe MIKOM: Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus.

741 Vgl. Peter Krumpholz: Gegenwärtige Herausforderungen der Extremismusprävention: Antisemitismus unter Linken? Workshop zur pädagogischen Praxis des Modellprojekts „Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen" im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben" auf der Tagung „Mitte – Links – Linksextrem? Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention" der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen am 17. Juni in Düsseldorf, Folien Nr. 8–13 und 22 f., URL: https://www.risp-duisburg.de/media/risp_workshop_mitte_links_linksextrem_lpb_nrw_4.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

742 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

743 Vgl. ebd.

744 Vgl. Krumpholz: Gegenwärtige Herausforderungen der Extremismusprävention, Folie Nr. 33.

745 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

746 Ebd.

747 Ebd.

748 Vgl. ebd.

749 Krumpholz: Gegenwärtige Herausforderungen der Extremismusprävention, Folie Nr. 34 (erstellt von Katharina Jäger).

750 Vgl. ebd., Folie Nr. 73.

751 Zit. nach ebd., Folie Nr. 75.

752 Ebd., Folie Nr. 34.

753 Ebd.

754 Vgl. ebd. Zum israelbezogenen Antisemitismus und Antizionismus vgl. außerdem ebd., Folie Nr. 76.

755 Vgl. ebd., Folie Nr. 77.

756 Vgl. dazu ebd., Folie Nr. 69–72.

757 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Peter Krumpholz am 07.10.2020.

758 Konkret handelt es sich um die beiden folgenden Präsentationen:

» Peter Krumpholz: Gegenwärtige Herausforderungen der Extremismusprävention: Antisemitismus unter Linken? Workshop zur pädagogischen Praxis des Modellprojekts „Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ auf der Tagung „Mitte – Links – Linksextrem? Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention“ der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen am 17. Juni in Düsseldorf, URL: https://www.risp-duisburg.de/media/risp_workshop_mitte_links_linksextrem_lpb_nrw_4.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

» Peter Krumpholz: Dokumentation des Modellprojekts Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus. Analyse – Zugänge – Maßnahmen. Antisemitismus unter Linken? Modular aufgebautes Konzept für Peer-to-Peer-Coaching für Studierende, Schulungen mit Multiplikatoren aus Politik und Zivilgesellschaft, Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen, URL: https://www.risp-duisburg.de/media/antisemitismus_unter_linken_dokumentation.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

759 Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg, die ihren Sitz in Stuttgart hat, beschreibt sich auf ihrer Website als „überparteilicher, unabhängiger und säkularer Verein, der sich dem Gebot des Respekts gegenüber allen Weltanschauungen und Identitätsverständnissen in einer demokratischen Gesellschaft verpflichtet sieht“ (Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e .V.: Vielfalt denken – Diversity leben – Pluralität bewirken, URL: https://www.tgbw.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020]). Die TGBW führt zu unterschiedlichen Themen Projekte durch und möchte damit „einen wesentlichen Beitrag zur selbstbestimmten Teilhabe und kritischen Bildung marginalisierter sozialer Gruppen“ leisten sowie „den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gegen demokratiefeindliche Kräfte aller Art“ stärken (ebd.).

760 Carmen Figlestahler et al.: Vierter Bericht: Modellprojekte E. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2018, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2019, S. 68, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Vierter_Zwischenbericht_MP_E_2018.pdf [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

761 Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.: Unsere abgeschlossenen Projekte, URL: https://www.tgbw.de/beendete-projekte/ [zuletzt eingesehen am 11.11.2020].

762 Vgl. ebd.

763 Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.: TR in D, URL: https://www.tgbw.de/trind/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

764 Ebd.

765 Figlestahler et al.: Vierter Bericht: Modellprojekte, S. 67.

766 Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.: TR in D.

767 Ebd.

768 Figlestahler et al.: Vierter Bericht: Modellprojekte, S. 67 f.

769 Vgl. ebd., S. 68.

770 Ebd., S. 120.

771 Ebd., S. 74.

772 Ebd., S. 119.

773 Ebd., S. 120.

774 Ebd.

775 Ebd., S. 121.

776 Ebd., S. 122.

777 Ebd.

778 Die Beratungs- und Bildungsstelle ist nach der Politikerin, Publizistin und Verlegerin Annedore Leber (1904–1968) benannt. Zu ihr vgl. Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit, Berlin, o. J. [2019], S. 21–24, URL: https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/BBS_Annedore_04-2019.pdf [zuletzt eingesehen am 19.08.2020].

779 Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May" ist eine Stiftung des Landesverbandes Berlin der Arbeiterwohlfahrt. Sie „soll mit dazu beitragen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann" (Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May": Über die Stiftung SPI, URL: https://www.stiftung-spi.de/die-stiftung/ueber-die-stiftung-spi/ [zuletzt eingesehen am 17.08.2020]).

780 Vgl. o. V.: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS „Annedore"), in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz", S. 34; Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit, S. 19.

781 Vgl. Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit, S. 19.

782 Bundesfachstelle Linke Militanz: „Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz?", S. 10.

783 Vgl. auch Juliette Brungs/Rüdiger José Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" der Stiftung SPI für Demokratie, Recht und Freiheit, in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 68 (2016), H. 11/12, S. 505–509, hier S. 506; Rüdiger José Hamm/Juliette Brungs: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS „Annedore"), in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz", S. 19–21, hier S. 20.

784 Vgl. Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore", S. 506 f.; Team der BBS „Annedore": Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore". Ansatz, Angebot und Einblick in die Praxis, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 160–169, hier S. 165 f.

785 Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore", S. 507.

786 Vgl. Team der BBS „Annedore": Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore", S. 165.

787 Ebd.

788 Vgl. Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore", S. 507; Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit, Berlin, S. 18.

789 Dieses wurde vom Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert. Projektträger war die Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund e. V.

790 Vgl. Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 507.

791 Ebd., S. 508.

792 Zu beiden Workshops vgl. ausführlich Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit, S. 17 f.

793 Vgl. Team der BBS „Annedore“: Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 164 f.

794 Zu diesem Workshop vgl. ausführlich ebd., S. 166 f.; Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit, S. 18.

795 Zu diesem Workshop vgl. Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit, Berlin, S. 16.

796 Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 505 (Hervorhebungen im Original).

797 Team der BBS „Annedore“: Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 161.

798 Stiftung SPI: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit, S. 8.

799 Ebd.

800 Team der BBS „Annedore“: Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 161.

801 Ebd., S. 161 f.

802 Ebd., S. 162.

803 Vgl. Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 139.

804 Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 506.

805 Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte, S. 181.

806 Ebd.

807 Team der BBS „Annedore“: Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 166.

808 Vgl. ebd.

809 Ebd.

810 Vgl. ebd., S. 163.

811 0. V.: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit.

812 Hamm/Brungs: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 19.

813 Bundesfachstelle Linke Militanz: „Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz?“, S. 10.

814 Vgl. Hamm/Brungs: Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 20; Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 506.

815 Team der BBS „Annedore“: Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“, S. 161.

816 Vgl. ebd., S. 161 f.; Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte, S. 182.

817 Greuel et al.: Erster Bericht: Modellprojekte, S. 139.

818 Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte, S. 182.

819 Ebd.

820 Zit. nach ebd., S. 183.

821 Ebd., S. 182.

822 Vgl. Carmen Figlestahler et al.: Dritter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2017, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2019, S. 206, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Bericht_MP_2017.pdf [zuletzt eingesehen am 22.08.2020].

823 Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte, S. 183.

824 Vgl. ebd.

825 Ebd.

826 Vgl. Figlestahler et al.: Dritter Bericht: Modellprojekte, S. 206 f.

827 Ebd., S. 207.

828 Der Zugang zu den Schulen konnte aufgrund der Kooperation mit der zuständigen Behörde erweitert werden. Es seien „nun regelmäßige Veranstaltungen in diesem Bereich durchgeführt worden bzw. in Planung“ (ebd., S. 208). Im Bereich Sport konnte der Projektträger den Zugang zu einem Verein finden und plante mit diesem einen Beratungsprozess (vgl. ebd.).

829 Vgl. ebd., S. 207 f.

830 Greuel et al.: Zweiter Bericht: Modellprojekte, S. 184.

831 Das Institut, das seinen Sitz in Dresden hat, setzt sich eigenen Angaben zufolge ein „für die Stärkung der demokratischen Kultur und deren Prozesse unter Beteiligung der Menschen vor Ort“ (B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. [Hrsg.]: „Doch, es gibt Probleme …!“ Handlungsempfehlungen zum Umgang mit urbaner Gewalt. Abschlussbericht des Modellprojekts *Urbane Gewalt*, Dresden, 2019, S. 31, URL: http://institut-b3.de/wp-content/uploads/2020/03/Handlungsempfehlung_UrbaneGewalt_web.pdf [zuletzt eingesehen am 02.10.2020]). Als eine seiner wichtigsten Aufgaben bezeichnet es B3, die „unterschiedlichen, auch widersprüchlichen Interessen herauszuarbeiten, sichtbar zu machen und gemeinsam Lösungswege zu finden“ (ebd.). Das Institut ist in diesem Rahmen Ansprechpartner für unterschiedliche Institutionen bzw. Gruppen, darunter Kommunen, Schulen und Vereine (vgl. ebd.).

832 Vgl. ebd., S. 32.

833 Vgl. ebd., S. 18.

834 Vgl. B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Urbane Gewalt, URL: https://institut-b3.de/urbanegewalt/ [zuletzt eingesehen am 03.09.2020].

835 B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 19.

836 Cammerspiele Leipzig e. V.: The Sunset Looks Violent. Wahrnehmung von Gewalten. Ein performativer Audiowalk durch Leipzig-Connewitz, URL: https://www.cammerspiele.de/stueck/the-sunset-looks-violent/ [zuletzt eingesehen am 04.11.2020].

837 Vgl. B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 19.

838 Vgl. Stadt Leipzig: Helden- oder Hipsterstadt? Fachtag „Gewalt- und Radikalisierungsprävention in Leipzig“, URL: https://www.leipzig.de/news/news/helden-oder-hipsterstadt-fachtag-gewalt-und-radikalisierungs-praevention-in-leipzig/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

839 Vgl. B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Urbane Gewalt.

840 B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 18.

841 Vgl. E-Mail von Ulrike Geisler (B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 04.11.2020. Vgl. auch B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Urbane Gewalt.

842 Vgl. B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Urbane Gewalt.

843 Ebd.

844 B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 21.

845 Vgl. E-Mail von Ulrike Geisler an Dr. Teresa Nentwig vom 04.11.2020.

846 B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.: Urbane Gewalt.

847 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Ulrike Geisler am 26.10.2020.

848 B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 25.

849 Ebd.

850 Ebd.

851 Ebd.

852 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Ulrike Geisler am 26.10.2020.

853 Ebd.

854 Ebd.

855 Vgl. ebd.; B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 18 f.

856 Vgl. dazu ausführlich B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!“, S. 20–29.

857 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Ulrike Geisler am 26.10.2020.

858 Vgl. Stadt Leipzig: Helden- oder Hipsterstadt?

859 Vgl. Nils Franke: Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – ein internationaler Vergleich, hrsg. vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (B3), Dresden, o. J. [2019]. Für die Zusendung der Broschüre danke ich herzlich Ulrike Geisler.

860 Vgl. B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.): „Doch, es gibt Probleme …!", S. 18.

861 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Ulrike Geisler am 26.10.2020.

862 Bei der Bildungsstätte Anne Frank handelt es sich um einen Verein mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie charakterisiert sich selbst als „Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen" (Bildungsstätte Anne Frank e. V.: Über uns, URL: https://www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 10.09.2020]). Man „entwickelt […] innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken und zu *empowern*", und möchte überdies „dazu ermutigen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu hinterfragen" (ebd., Hervorhebung im Original).

863 Nicolai Hagedorn: Schlimmer als Hitler. Ausstellung zu „Antisemitismus in der deutschen Linken", in: nd.de, 27.04.2019. Zit. nach Tom David Uhlig: Kritik ohne Extremismusverdacht. Zur Problematisierung linkspolitischer Irrungen, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 181–191, hier S. 187.

864 Uhlig: Kritik ohne Extremismusverdacht, S. 188.

865 Ebd., S. 187.

866 Vgl. ebd., S. 189.

867 Ebd.

868 Vgl. Eugen El: Die vermeintlich Guten, in: Jüdische Allgemeine, 11.04.2019.

869 Bildungsstätte Anne Frank e. V.: Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken, URL: https://www.bs-anne-frank.de/gegenteilvongut/ [zuletzt eingesehen am 11.09.2020].

870 So Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank e. V. Zit. nach El: Die vermeintlich Guten.

871 Uhlig: Kritik ohne Extremismusverdacht, S. 186.

872 Vgl. ebd., S. 189.

873 Vgl. ebd., S. 190.

874 Helmut Mayer: Fatale Kippfiguren, in: FAZ.NET, 28.03.2019, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/frankfurter-ausstellung-ueber-antisemitismus-von-links-16108814.html [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

875 Uhlig: Kritik ohne Extremismusverdacht, S. 189.

876 Vgl. Bildungsstätte Anne Frank e. V.: Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken.

877 Uhlig: Kritik ohne Extremismusverdacht, S. 188.

878 Ebd., S. 183.

879 Ebd., S. 185. Vgl. auch Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Linke Militanz. Veranstaltungsdokumentation (November 2019): Kritik ohne Extremismusverdacht, URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301953/c4-kritik-ohne-extremismusverdacht [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

880 Vgl. E-Mail von Tom David Uhlig (Bildungsstätte Anne Frank e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

881 Vgl. ebd.

882 Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Kritik ohne Extremismusverdacht.

883 Vgl. Helmut Mayer: Fatale Kippfiguren, in: FAZ.NET, 28.03.2019, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/frankfurter-ausstellung-ueber-antisemitismus-von-links-16108814.html [zuletzt eingesehen am 21.10.2020]

884 Vgl. Eugen El: Die vermeintlich Guten, in: Jüdische Allgemeine, 11.04.2019.

885 Vgl. E-Mail von Tom David Uhlig an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

886 Vgl. Mayer: Fatale Kippfiguren.

887 Die Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e. V., die ihren Sitz in Wiesbaden hat, verfolgt laut ihrer Satzung, „den gemeinnützigen Zweck, die Bildung und Erziehung der Jugend zu fördern. Zur Erfüllung dieses Zweckes erstellt der Verein insbesondere Informationsmaterial, mit dem er sich an Kinder und Jugendliche sowie an die für die Erziehung, Bildung und Ausbildung Verantwortlichen in Elternhaus, Schule, Betrieben, Jugend- und Sportverbänden sowie an andere Institutionen wendet.“ (Satzung Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung, Stand: März 2019, S. 1, URL: https://jugend-und-bildung.de/fileadmin/user_upload_jubi/08_Stiftung/Satzung-Arbeitsgemeinschaft-JuBi-Maerz-2019.pdf [zuletzt eingesehen am 12.11.2020])

888 Hierbei handelt es sich um ein Unternehmen mit Sitz in Wiesbaden, das u. a. mit der Homepage www.lehrer-online.de „das größte deutschsprachige Bildungsportal“ betreibt (Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Projektinformationen, URL: https://www.lehrer-online.de/inhalte/dossiers/geschichte-und-politik-gesellschaftswissenschaften/aufgeklaert-statt-autonom-projektinformationen/ [zuletzt eingesehen am 13.07.2020]).

889 Es ist beim Hessischen Innenministerium angesiedelt.

890 Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Projektinformationen.

891 Vgl. Christoph Bauer/Martina Tschirner: Gutachten zur Plakatserie „Aufgeklärt statt autonom“, Frankfurt am Main: GEW Hessen, 2020, S. 3, URL: https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/bildung/themen/pol_bildung/200204_gutachten_aufgeklaert_statt_autonom_web.pdf [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

892 Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule, URL: https://www.lehrer-online.de/fokusthemen/dossier/do/aufgeklaert-statt-autonom-linksextremismus-praevention-fuer-die-schule/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

893 Die Plakate sind online abrufbar unter: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/linksextremismus-plakatreihe/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

894 Es ist online abrufbar unter: https://www.lehrer-online.de/fokusthemen/dossier/do/aufgeklaert-statt-autonom-linksextremismus-praevention-fuer-die-schule/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

895 Vgl. Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Projektinformationen.

896 Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule.

897 Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Projektinformationen.

898 Ebd.

899 Ebd.

900 Vgl. ebd.; Eduversum GmbH: Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule.

901 Eduversum GmbH: Linksextremistische Ideologien, URL: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/linksextremistische-ideologien/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

902 Elisabeth Kula (DIE LINKE) und Fraktion: Dringlicher Berichtsantrag. Schulkampagne „Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule“ durch Medienunternehmen, Drucksache 20/1561 vom 19.11.2020, S. 1, URL: http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/01561.pdf [zuletzt eingesehen am 18.07.2020].

903 Ebd., S. 2.

904 Vgl. Pitt von Bebenburg: Hessen warnt mit fragwürdiger Kampagne vor Linksextremismus, in: FR.de, 13.02.2020, URL: https://www.fr.de/rhein-main/land-hessen-warnung-linksextremismus-fragwuerdiger-kampagne-13534607.html [zuletzt eingesehen am 17.07.2020]. Interessant ist, dass dieser Artikel 465 Kommentare (Stand: 12.11.2020) hervorgerufen hat.

905 Hermann Schaus (DIE LINKE) und Fraktion: Berichtsantrag. Durch Innenministerium geförderte Schulkampagne „Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule“

durch FDP-nahes Medienunternehmen, Drucksache 20/1559 vom 19.11.2020, S. 1, URL: http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/01559.pdf [zuletzt eingesehen am 18.07.2020].

906 Ebd., S. 2.

907 Bauer/Tschirner: Gutachten zur Plakatserie „Aufgeklärt statt autonom".

908 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen: „Aufgeklärt statt autonom". Gutachten im Auftrag der GEW Hessen zeigt erhebliche Mängel in Ausstellung zur Extremismusprävention an Schulen auf, Pressemitteilung vom 12.02.2020, URL: https://www.gew-hessen.de/home/details/aufgeklaert-statt-autonom/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=b1a196a681f764f4f9651eff73c24744 [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

909 Vgl. ebd. Vgl. auch dpa: Lehrer-Gewerkschaft kritisiert Aktion gegen Linksextremismus, in: SZ.de, 12.02.2020, URL: https://www.sueddeutsche.de/bildung/schulen-frankfurt-am-main-lehrer-gewerkschaft-kritisiert-aktion-gegen-linksextremismus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200212-99-885794 [zuletzt eingesehen am 27.07.2020].

910 Zit. nach dpa: Lehrer-Gewerkschaft kritisiert Aktion gegen Linksextremismus.

911 Vgl. Silke Fokken: Experten verurteilen Material gegen Linksextremismus als „nicht haltbar", in: Spiegel.de, 14.02.2020, URL: https://www.spiegel.de/panorama/bildung/experten-verurteilen-material-gegen-linksextremismus-als-nicht-haltbar-a-70150703-3621-4003-8272-f5381a8fd3fe [zuletzt eingesehen am 27.07.2020].

912 Zit. nach ebd.

913 Zit. nach ebd.

914 Vgl. CDU-Fraktion im Hessischen Landtag: Aufklärungskampagne an Schulen gegen Linksextremismus, Pressemitteilung vom 13.02.2020, URL: https://www.cdu-fraktion-hessen.de/presse/aufklaerungskampagne-an-schulen-gegen-linksextremismus/ [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

915 Vgl. z. B. die Lösungsvorschläge zum Arbeitsblatt zu Plakat 1 („Extremismus. Gegen die Demokratie"), in denen einmal aus einer nicht näher benannten Publikation von Pfahl-Traughber zitiert und einmal darauf verwiesen wird. Die Lösungsvorschläge sind online abrufbar unter: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/einfuehrung-des-extremismusbegriffs/ [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

916 Fokken: Experten verurteilen Material gegen Linksextremismus als „nicht haltbar".

917 Bauer/Tschirner: Gutachten zur Plakatserie „Aufgeklärt statt autonom", S. 5.

918 Vgl. ebd., S. 12.

919 Ebd., S. 11 f.

920 Ebd., S. 14.

921 Ebd.

922 Es werden ein dreiseitiges Arbeitsblatt und eine vier Seiten umfassende Datei mit Lösungsvorschlägen bereitgestellt. Beides ist online abrufbar unter: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/einfuehrung-des-extremismusbegriffs/ [zuletzt eingesehen am 27.07.2020].

923 Bauer/Tschirner: Gutachten zur Plakatserie „Aufgeklärt statt autonom", S. 15.

924 Ebd., S. 16.

925 Ebd.

926 Ebd., S. 17 f.

927 Ebd., S. 20.

928 Ebd.

929 Ebd., S. 18.

930 Ebd.

931 Vgl. ebd., S. 20.

932 Ebd., S. 21.

933 Ebd.

934 Ebd.

935 Ebd., S. 22.

936 Vgl. E-Mail von Nadine Arndt (Eduversum GmbH) an Dr. Teresa Nentwig vom 31.07.2020.

937 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Dr. Klaus Bott (Hessisches Landespolizeipräsidium) am 03.08.2020.

938 Der Verein KAST mit Sitz in Neumünster arbeitet auf den Feldern des Gewaltabbaus, der Gewaltvermeidung und der Stärkung sozialer Kompetenzen. Er richtet sich damit an junge, straffällig gewordene Menschen, denen eine Chance gegeben werden soll, sich zukünftig gewaltfrei zu verhalten. Auf diese Weise sollen weitere Opfer vermieden werden. Das KAST arbeitet zwar „mit dem Täter, aber immer und grundsätzlich im Auftrag der Opfer, denn die Opferarbeit ist der Schlüssel zur Täterarbeit" (KAST e. V.: Was wir machen, URL: https://kast-sh.de/kast-2/kast-biographie/ [zuletzt eingesehen am 22.10.2020]).

939 Vgl. KAST e. V.: ExLex Schleswig-Holstein. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linksextremismus, URL: https://kast-sh.de/wp-content/uploads/2020/06/Ex-Lex.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

940 Vgl. Laura Adrian/David Garbers/Udo Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 192–201, hier S. 200.

941 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Alle Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung, URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/beratungsangebote/alle-angebote-der-distanzierungs-und-ausstiegsberatung [zuletzt eingesehen am 06.11.2020].

942 Vgl. E-Mail von Laura Adrian (KAST e. V.) an Dr. Teresa Nentwig vom 22.10.2020.

943 KAST e. V.: ExLex Schleswig-Holstein. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linksextremismus.

944 Vgl. Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 197 und S. 200; E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

945 Vgl. Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 192; E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

946 Vgl. KAST e. V.: ExLex Schleswig-Holstein. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linksextremismus. Einen sehr guten Einblick in die Tätigkeitsschwerpunkte des Projekts gibt zudem das folgende Video: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): Zwischen Fortbildung und Ausstieg. Das Projekt „Linke Militanz" in Schleswig-Holstein. Interview mit Laura Adrian, URL: https://www.bpb.de/mediathek/301990/zwischen-fortbildung-und-ausstieg [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

947 Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 199.

948 Vgl. dazu ausführlich ebd.

949 Ebd.

950 Ebd., S. 201.

951 Ebd., S. 197.

952 Vgl. ebd., S. 193 und S. 195.

953 Ebd., S. 198.

954 Vgl. ebd.; E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

955 Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 200.

956 Ebd., S. 199.

957 Ebd., S. 200.

958 Vgl. ebd., S. 201.

959 Vgl. KAST e. V.: ExLex Schleswig-Holstein. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linksextremismus.

960 Stand: 22.10.2020.

961 E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 22.10.2020.

962 Vgl. ebd.

963 Vgl. Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 197; E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

964 E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 22.10.2020.

965 Vgl. Adrian/Garbers/Gerigk: Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, S. 199.

966 Vgl. ebd., S. 200.

967 Vgl. E-Mail von Laura Adrian an Dr. Teresa Nentwig vom 22.10.2020.

968 Der v.f.h. ist 1992 aus dem Anfang der 1970er Jahre gegründeten Fortbildungswerk für Studenten und Schüler hervorgegangen und hat seinen Sitz in Bonn. Der überparteilich ausgerichtete Verein leistet politische Bildungsarbeit für junge Menschen, sowohl bundesweit als auch im europäischen Ausland. Das Ziel der angebotenen Seminare, Trainings etc. ist es, „junge Menschen durch politische Bildung zur kritischen Reflektion und Auseinandersetzung mit Politik zu befähigen und über die Veranstaltungen hinaus zu eigenem politischen Handeln zu motivieren“ (Verein zur Förderung politischen Handelns [v.f.h.] e. V.: Verein, URL: https://www.vfh-online.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 01.10.2020]). Die Mitarbeitenden sind in der Regel selbst politisch oder gesellschaftlich aktiv, um bei Seminaren auch eine persönliche Vorbildfunktion wahrnehmen zu können. Kritisch zur Geschichte des v.f.h. vgl. Carsten Otte: Demokratiesuppe, Rhetorikbrot und Karrieresalz. Der „Verein zur Förderung politischen Handelns“ – eine Kaderschmiede für angehende Politiker, in: Neues Deutschland, 05.04.1994, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/478543.demokratiesuppe-rhetorikbrot-und-karrieresalz.html [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

969 Vgl. Stephan Seidel: Vorwort, in: Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, November 2002/April 2003, S. 1, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.

970 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, S. 9.; ders.: Didaktische Prinzipien, URL: https://www.vfh-online.de/ueber-uns/didaktische-prinzipien/ [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

971 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie – 3. Tag. Ablauf, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge; ders.: FerienAkademie Politik. Warenproduktion im Kapitalismus, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge; Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

972 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, S. 19; Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

973 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, S. 3–11.

974 Ebd., S. 13 (Hervorhebung im Original).

975 Vgl. ebd., S. 18.

976 Ebd., S. 21.

977 Vgl. ebd., S. 24.

978 Vgl. ebd., S. 26.

979 Ebd., S. 30 (Hervorhebung im Original).

980 Ebd. (Hervorhebung im Original).

981 Ebd., S. 31.

982 Ebd., S. 32 (Hervorhebungen im Original).

983 Ebd. (Hervorhebung im Original).

984 Vgl. ebd., S. 32 f.

985 Ebd., S. 33.

986 Vgl. ebd.

987 Ebd., S. 34.

988 Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

989 Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung: FerienAkademie Politik. Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit, URL: https://www.politische-bildung-brandenburg.de/veranstaltungen/ferienakademie-politik-2 [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

990 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit. FerienAkademie Politik, URL: https://www.vfh-online.de/seminare/ferienakademie-politik-20-04/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

991 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik, URL: https://www.vfh-online.de/seminar-format/ferienakademie/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

992 Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

993 Ebd.

994 Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, S. 4.

995 Seidel: Vorwort.

996 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

997 Vgl. Georg Ismar: Jugendliche im „Politiklabor". Wie soll Partei der Zukunft aussehen?, in: ntv.de, 14.08.2008, URL: https://www.n-tv.de/politik/dossier/Jugendliche-im-Politiklabor-article15805.html [zuletzt eingesehen am 04.10.2020].

998 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

999 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: Extrem. Populistisch. Radikal. Ein Blick nach rechts und links, URL: https://www.vfh-online.de/seminare/extrem-populistisch-radikal/ [zuletzt eingesehen am 12.11.2020].

1000 Ebd.

1001 Vgl. ebd.

1002 Vgl. Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig mit Michael Ohnesorge am 21.08.2020.

1003 Vgl. ebd.

1004 Ebd.

1005 Ebd.

1006 Vgl. ebd.

1007 Ebd.

1008 Vgl. Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: Didaktische Prinzipien.

1009 Leistner/Schau/Johansson: Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", S. 126.

1010 Ebd.

1011 Fuhrmann/Johansson/Schau: Ergebnisbericht, S. 103.

1012 Vgl. Gruber/Lützinger: Extremismusprävention in Deutschland. Modulabschlussbericht, S. 23.

1013 Vgl. Ballhausen: Linke Militanz und politische Bildung?

1014 Grunow: Bundesprogrammförderung, S. 143.

1015 Vgl. Carmen Figlestahler et al.: Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte der Radikalisierungsprävention. Abschlussbericht 2019. Programmevaluation „Demokratie leben!", Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2020, S. 56, Anm. 22, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Abschlussbericht_2019_MP_E.pdf [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

1016 Katrin Pollinger: Sozialraum und Sozialraumanalyse, S. 1, URL: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/ws7/sozialraum_sozialraumanalyse.pdf [zuletzt eingesehen am 26.10.2020].

1017 Helle Becker et al.: Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte, in: Stefan E. Hößl/Lobna Jamal/Frank Schellenberg (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 165–185, hier S. 179.

1018 Ebd.

1019 Vgl. z. B. Biermann (Red.): Links. Rechts. Mitte, S. 29 und S. 32.

1020 Becker et al.: Politische Bildung und Primärprävention, S. 181.

1021 Ebd.

1022 „Radikalisierungsprävention: Workshops und Beratungen mit Multiplikator*innen der pädagogischen Arbeit". Zu diesem Modellprojekt vgl. ausführlich S. 133–137 der vorliegenden Studie.

1023 Brungs/Hamm: Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore", S. 509 (Hervorhebung im Original).

1024 Zu dem Wettbewerb vgl. S. 28 der vorliegenden Untersuchung.

1025 Vgl. Christina Müller: „(Links-)extrem – nicht mit uns! Schüler schulen Schüler", Beitrag vom 09.12.2011, URL: http://www.schule-mit-ausblick.de/15-aktuelles/203-links-extrem-nicht-mit-uns-schueler-schulen-schueler [zuletzt eingesehen am 27.10.2020]; Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport: Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus".

1026 BBS II Göttingen: Gegen Extremismus – Demokratie stärken! Über uns, URL: https://extremismus1.wordpress.com/about/ [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

1027 Ebd.

1028 Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: 10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt – Dieses Mal von autonomen Linksextremisten, URL: https://www.youtube.com/watch?v=Coxu4bNrmRY [zuletzt eingesehen am 27.10.2020]. Für den Hinweis auf dieses Video danke ich herzlich meiner Kollegin Birgit Redlich.

1029 Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: 10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt.

1030 Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz informiert mit Film und Flyer über autonome Linksextremisten, Pressemitteilung vom 04.06.2018, URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/aktuelle_meldungen/film-und-flyer-linksextremismus/ [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

1031 Vgl. Jeannette Goddar: Andi und Ayshe verteidigen die Demokratie, in: FR.de, o. D., aktualisiert am 21.01.2019, URL: https://www.fr.de/wissen/andi-ayshe-verteidigen-demokratie-11381090.html [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

1032 Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – (Hrsg.): Niedersächsische Extremismus Informationsstelle.

1033 Vgl. ebd.

1034 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Aussteigerprogramm für Linksextremisten. Beratung und Hilfe, URL: https://www.verfassungsschutz.de/download/faltblatt-2011-10-aussteigerprogramm-fuer-linksextremisten.pdf [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

1035 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Aussteigerprogramm Linksextremismus. left, URL: https://www.im.nrw/sites/default/files/documents/2020-09/flyer_left.pdf [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

1036 Vgl. E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

1037 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Linksextremismus in Geschichte und Gegenwart, URL: https://www.stiftung-hsh.de/bildung/linksextremismus-in-geschichte-und-gegenwart/ [zuletzt eingesehen am 12.11.2020].

1038 Vgl. ebd.; E-Mail von Gerold Hildebrand an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

1039 Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen: Linksextremismus in Geschichte und Gegenwart.

1040 David Meiering/Naika Foroutan: Brückennarrative: Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention, in: Meinhardt/Redlich (Hrsg.): Linke Militanz, S. 127–137, hier S. 127.

1041 Für den Hinweis auf diesen Text danke ich herzlich meiner Kollegin Birgit Redlich.

1042 Meiering/Foroutan: Brückennarrative, S. 136.

1043 Ebd.

1044 Ebd.

1045 Wenn nicht anders angegeben, sind die Zitate in der Tabelle der jeweiligen Projekthomepage (Stand: 27.10.2020) oder dem sogenannten Projektfinder auf der Website von „Demokratie leben!" (Stand: 31.10.2020) entnommen. Für die Auskunft zu dem Modellprojekt „Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus in der extremen Linken" danke ich herzlich Barbara Biel (Bildungsstätte Anne Frank e. V.).

1046 Vgl. Stiftung SPI: F.A.N. Berlin-Brandenburg – Für Demokratie, Recht und Freiheit, URL: https://www.stiftung-spi.de/projekte/fan/ [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

1047 Vgl. Ballhausen: Linke Militanz und politische Bildung?

1048 Ebd.

1049 Ebd.

1050 Ebd.

1051 Ebd. (Hervorhebung im Original).

1052 Ebd.

1053 Ebd.

1054 Ebd. (Hervorhebung im Original).

1055 Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben: Grundsätze der Förderung von Modellprojekten im Handlungsfeld Extremismusprävention im Bundesprogramm „Demokratie leben!", Stand: 10.02.2020, S. 9, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Foerdergrundsaetze/200210_grundsaetze_der_foerderung_extremismuspraevention.pdf [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

1056 Vgl. u. a. ebd., S. 9–11.

IV ANHANG

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

FORSCHUNGSLITERATUR, INTERNETRESSOURCEN UND WEITERE QUELLEN

Achour, Sabine/Gill, Thomas:
„Liebe Teilnehmende, liebe Gefährderinnen und Gefährder!“ Extremismusprävention als politische Bildung?, in: Journal politische Bildung, Jg. 9 (2019), H. 2, S. 32–36.

Adrian, Laura/Garbers, David/Gerigk, Udo:
Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linker Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 192–201.

Amadeu Antonio Stiftung:
Die Amadeu Antonio Stiftung stellt sich vor, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

Amadeu Antonio Stiftung:
Gemeinsam gegen Antisemitismus, Beitrag vom 06.11.2013, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/gemeinsam-gegen-antisemitismus-7713/ [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):
Kritik oder Antisemitismus? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus, Berlin, o. J. [2012], URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israel-2012.pdf [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):
„Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin, o. J., URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin (apabiz) e. V.:
Aufruf „Bildungsarbeit ohne Geheimdienst. Ein Aufruf für kritische, freie und qualifizierte politische Bildung als Grundlage demokratischer Kultur und Gesellschaft“, URL: http://bildenohnegeheimdienst.blogsport.de/ [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

Arbeitskreis Extremismusbegriff:
Schulverweis für Andi! Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen „Extremismus“ scheitert, Münster: Unrast, 2012.

B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (Hrsg.):
„Doch, es gibt Probleme …!“ Handlungsempfehlungen zum Umgang mit urbaner Gewalt. Abschlussbericht des Modellprojekts Urbane Gewalt, Dresden, 2019, URL: http://institut-b3.de/wp-content/uploads/2020/03/Handlungsempfehlung_UrbaneGewalt_web.pdf [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.:
Urbane Gewalt, URL: https://institut-b3.de/urbanegewalt/ [zuletzt eingesehen am 03.09.2020].

Backes, Uwe:
Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1989.

Backes, Uwe/Jesse, Eckhard:
Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1996.
Ballhausen, Ulrich:
Demokratische Kompetenzen im Diskurs fördern. Präventive Bildungsarbeit zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen, gewaltorientierten Tendenzen im Linksextremismus,
in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 111–115.
Ballhausen, Ulrich:
Linke Militanz und politische Bildung? Tagungskommentar zur Fachtagung „Linke Militanz. Phänomen, Grundlagen, pädagogische Praxis" vom 13. bis 14. November 2019 in Bamberg,
gehalten zum Abschluss am 14. November 2019, URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/302765/tagungskommentar [zuletzt eingesehen am 03.11.2020].
Ballhausen, Ulrich:
Soll sich politische Bildung am neuen Linksextremismusprogramm beteiligen?
Anmerkungen zur aktuellen Debatte, in: Journal für politische Bildung, Jg. 1 (2011), H. 1, S. 56–61.
Bannas, Günter:
Extremismusklausel abgeschafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.02.2014.
Bauer, Christoph/Tschirner, Martina:
Gutachten zur Plakatserie „Aufgeklärt statt autonom", Frankfurt am Main: GEW Hessen, 2020,
URL: https://www.gew-hessen.de/fileadmin/user_upload/bildung/themen/pol_bildung/200204_gutachten_aufgeklaert_statt_autonom_web.pdf [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz:
10 Tipps wie du dich nicht verarschen lässt – Dieses Mal von autonomen Linksextremisten,
URL: https://www.youtube.com/watch?v=Coxu4bNrmRY [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz:
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz informiert mit Film und Flyer
über autonome Linksextremisten, Pressemitteilung vom 04.06.2018,
URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/aktuelle_meldungen/film-und-flyer-linksextremismus/ [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz:
Neue Dienststelle gegen Extremismus, Pressemitteilung vom 09.12.2016,
URL: https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/aktuelle_meldungen/neue-dienststelle-gegen-extremismus/ [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].
BBS II Göttingen:
Gegen Extremismus – Demokratie stärken! Über uns,
URL: https://extremismus1.wordpress.com/about/ [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].
Bebenburg, Pitt von:
Hessen warnt mit fragwürdiger Kampagne vor Linksextremismus, in: FR.de, 13.02.2020,
URL: https://www.fr.de/rhein-main/land-hessen-warnung-linksextremismus-fragwuerdiger-kampagne-13534607.html [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].
Becker, Torben:
Mehr Repression bitte!, in: taz, 07.07.2018.
Becker, Helle et al.:
Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte,
in: Hößl, Stefan E./Jamal, Lobna/Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020, S. 165–185.
Biermann, Karsten (Red.):
Links. Rechts. Mitte. Ein Erfahrungsbericht und Impuls zum pädagogischen Umgang mit politischem Extremismus, hrsg. von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg, Steinbergkirche, 2015.

Bildungsstätte Anne Frank e. V.:
Das Gegenteil von gut – Antisemitismus in der Linken,
URL: https://www.bs-anne-frank.de/gegenteilvongut/ [zuletzt eingesehen am 11.09.2020].
Bildungsstätte Anne Frank e. V.:
Über uns, URL: https://www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/ueber-uns/
[zuletzt eingesehen am 10.09.2020].
Bochentin, Christoph:
Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin,
o. J. [2011], URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2011/08/
chronik_extremismusklausel.pdf [zuletzt eingesehen am 01.11.2020].
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung:
FerienAkademie Politik. Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit,
URL: https://www.politische-bildung-brandenburg.de/veranstaltungen/ferienakademie-politik-2
[zuletzt eingesehen am 02.10.2020].
Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung:
Gefahr von links?, URL: https://www.politische-bildung-brandenburg.de/gefahr-von-links
[zuletzt eingesehen am 03.08.2020].
Brümmer, Kerstin:
„Augen auf gegen Extremismus“: 20 mal 500 Euro für Projekte und Ideen an Schulen
und Jugendeinrichtungen, in: Sächsischer Bildungsserver – Serviceportal, 11.10.2011,
URL: https://www3.sachsen.schule/sbs/startseite/aktuelles/news/detail/News/augen-auf-gegen-
extremismus-20-mal-500-euro-fuer-projekte-und-ideen-an-schulen-und-jugendeinr/
[zuletzt eingesehen am 20.09.2020].
Brungs, Juliette/Hamm, Rüdiger José:
Die Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ der Stiftung SPI für Demokratie, Recht und Freiheit,
in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 68 (2016),
H. 11/12, S. 505–509.
Brunner, Frank:
Schwierig, den Linksextremismus zu bekämpfen, in: Zeit Online, 06.07.2012,
URL: https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-07/bundesprogramm-linksextremismus/
komplettansicht [zuletzt eingesehen am 09.08.2020].
Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben:
Grundsätze der Förderung von Modellprojekten im Handlungsfeld Extremismusprävention
im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, Stand: 10.02.2020,
URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/
Foerdergrundsaetze/200210_grundsaetze_der_foerderung_extremismuspraevention.pdf
[zuletzt eingesehen am 28.10.2020].
Bundesamt für Verfassungsschutz:
Aussteigerprogramm für Linksextremisten. Beratung und Hilfe,
URL: https://www.verfassungsschutz.de/download/faltblatt-2011-10-aussteigerprogramm-fuer-
linksextremisten.pdf [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].
Bundesfachstelle Linke Militanz:
Formen von Protest in einer Demokratie – Reflexion eines Workshopkonzeptes.
Bericht vom Fachaustausch am 12.09.2019, Beitrag vom 25.09.2019,
URL: http://www.linke-militanz.de/veranstaltungen/formen-von-protest-in-einer-demokratie-
reflexion-eines-workshopkonzeptes/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

Bundesfachstelle Linke Militanz:
Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung. Ein Workshop für Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Handreichung, Göttingen: Institut für Demokratieforschung, 2020, URL: http://www.linke-militanz.de/data/akten/2020/07/Handreichung_Workshop_Protest_final.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

Bundesfachstelle Linke Militanz:
„Präventionsarbeit und Deeskalationsstrategien zu linker Militanz? Kontroverse Ansätze in Theorie und Praxis". Dokumentation. Tagung der „Bundesfachstelle Linke Militanz". 27. September 2018 im Tagungszentrum an der Sternwarte, Göttingen, Göttingen: Bundesfachstelle Linke Militanz, 2019, URL: http://www.linke-militanz.de/data/akten/2019/03/bundesfachstelle-linke-militanz-praeventionsarbeit-deeskalationsstrategien-konferenzdokumentation-2018.pdf [zuletzt eingesehen am 26.07.2020].

Bundesfachstelle Linke Militanz:
Über die Bundesfachstelle, URL: http://www.linke-militanz.de/ueber-uns/ueber-die-bundesfachstelle/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Alle Angebote der Distanzierungs- und Ausstiegsberatung,
URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/beratungsangebote/alle-angebote-der-distanzierungs-und-ausstiegsberatung [zuletzt eingesehen am 06.11.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Bundesfamilienministerium startet Modellprojekte zur Prävention von Linksextremismus und islamischem Extremismus, Pressemitteilung vom 01.07.2010,
URL: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/bundesfamilienministerium-startet-modellprojekte-zur-praevention-von-linksextremismus-und-islamischem-extremismus/102634?view=DEFAULT [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
F.A.N. Berlin-Brandenburg – für Demokratie, Recht und Freiheit,
URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/fan-berlin-brandenburg-fuer-demokratie-recht-und-freiheit [zuletzt eingesehen am 31.10.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Linken Extremismus überzeugend kontern können – Schulung im Umgang mit gefährdeten Jugendlichen,
URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/linken-extremismus-ueberzeugend-kontern-koennen-schulung-im-umgang-mit-gefaehrdeten-jugendlichen [zuletzt eingesehen am 31.10.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
RadikalDemokratisch, URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/radikaldemokratisch [zuletzt eingesehen am 31.10.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Radikale Reflexion. Nachhaltige Präventionsstrategien gegen vereinfachte Weltbilder und Antisemitismus i n der extremen Linken, URL: https://www.demokratie-leben.de/projekte-expertise/projekte-finden-1/projektdetails/radikale-reflexion-nachhaltige-praeventionsstrategien-gegen-vereinfachte-weltbilder-und-antisemitismus-in-der-extremen-linken [zuletzt eingesehen am 31.10.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Über „Demokratie leben!", URL: https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):
Abschlussbericht des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN", Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2014, URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Abschlussberichte/Abschlussbericht-IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):
Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprävention, Berlin, 2017, URL: https://www.bmfsfj.de/blob/117610/354cf0b045adc89e2a07968851334c8d/bericht-der-bundesregierung-zur-exemismuspraevention-data.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Beutelsbacher Konsens, Beitrag vom 07.04.2011,
URL: https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens [zuletzt eingesehen am 24.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Dossier Antisemitismus,
URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/ [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Formen des Protests – „Die 68er Bewegung aus heutiger Sicht". Ein schulisches Workshop-Konzept. Interview mit Anne-Kathrin Meinhardt, URL: https://www.bpb.de/mediathek/302003/formen-des-protests-die-68er-bewegung-aus-heutiger-sicht [zuletzt eingesehen am 17.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Linke Militanz. Veranstaltungsdokumentation (November 2019), URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301541/linke-militanz [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Linke Militanz. Veranstaltungsdokumentation (November 2019): Linke Militanz in Facebook & Co.,
URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301585/c2-linke-militanz-in-facebook-co [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Linke Militanz. Veranstaltungsdokumentation (November 2019): Kritik ohne Extremismusverdacht,
URL: https://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/301953/c4-kritik-ohne-extremismusverdacht [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Planspiel „Demokratie und Extremismus", URL: https://www.bpb.de/lernen/projekte/273430/planspiel-demokratie-und-extremismus- [zuletzt eingesehen am 09.10.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.):
Zwischen Fortbildung und Ausstieg. Das Projekt „Linke Militanz" in Schleswig-Holstein. Interview mit Laura Adrian, URL: https://www.bpb.de/mediathek/301990/zwischen-fortbildung-und-ausstieg [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Cammerspiele Leipzig e. V.:
The Sunset Looks Violent. Wahrnehmung von Gewalten. Ein performativer Audiowalk durch Leipzig-Connewitz, URL: https://www.cammerspiele.de/stueck/the-sunset-looks-violent/ [zuletzt eingesehen am 04.11.2020].

Carini, Marco:
Angst vor Umerziehung, in: taz, 07.04.2011.

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag:
Aufklärungskampagne an Schulen gegen Linksextremismus, Pressemitteilung vom 13.02.2020,
URL: https://www.cdu-fraktion-hessen.de/presse/aufklaerungskampagne-an-schulen-gegen-linksextremismus/ [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

Das Rauhe Haus, Stiftung bürgerlichen Rechts:
Zugänge der Jugendhilfe zu linksautonomen Jugendszenen, URL: https://www.ev-hochschule-hh.de/forschung-und-fortbildung/forschungsprojekte/abgeschlossene-projekte/zugaenge-der-jugendhilfe-zu-linksautonomen-jugendszenen/ [zuletzt eingesehen am 19.08.2020].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar:
Antisemitische Ressentiments in Deutschland: Verbreitung und Ursachen, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2018, S. 179–216, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/leipziger_autoritarismus-studie_2018_-_flucht_ins_autoritaere_.pdf?dimension1=ds_leipziger_studie [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar:
Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn: Dietz, 2012, URL: https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=40930&token=ed2192cf762d370ee417f413b43a-e32ff4ad401f [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

Deichmann, Carl:
Extremismusprävention in der politischen Bildung, in: Altenhof, Ralf/Bunk, Sarah/ Piepenschneider, Melanie (Hrsg.): Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung, Berlin/Münster: LIT, 2017, S. 137–169.

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Ablauf Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2011-14-pb-praeventionsworkshops-linksextremismus/2014-Ablauf-Workshop-9-Uhr.pdf [zuletzt eingesehen am 13.10.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Informationsmaterial „Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus – Initiative Demokratie stärken“, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2011-14-pb-praeventionsworkshops-linksextremismus/Materialsammlung-fuer-Schueler-1.pdf [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.: Jahresbericht 2011, Berlin, o. J. [2012], URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/publikationen/jahresberichte/Jahresbericht-2011.pdf [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Jahresbericht 2013, Berlin, o. J. [2014], URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/publikationen/jahresberichte/Jahresbericht-2013.pdf [zuletzt eingesehen am 03.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Plakatwettbewerb 2011. Argumente statt Gewalt, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/wettbewerbe/wettbewerbe-archiv/173-2011-plakatwettbewerb-argumente.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Präventionsworkshop gegen (Links-)Extremismus – Initiative Demokratie Stärken, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/bildungsangebote/bildungsangebote-archiv/167-2011-14-praeventionsworkshops-linksextremismus.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Über uns, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Verein, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns/verein.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutsche Gesellschaft e. V.:
Vorstand und Kuratorium, URL: https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/ueber-uns/verein/vorstand-kuratorium.html [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Deutscher Bundestag:
Das Planspiel zur parlamentarischen Demokratie,
URL: https://www.bundestag.de/planspiel [zuletzt eingesehen am 30.09.2020].
Deutscher Bundestag:
Stenografischer Bericht, 77. Sitzung, Berlin, Mittwoch, den 1. Dezember 2010, Plenarprotokoll 17/77,
URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btp/17/17077.pdf [zuletzt eingesehen am 09.09.2020].
Dierßen, Benedikt/Rappenglück, Stefan:
Europabezogene Planspiele und ihre Wirkungen, in: Oberle, Monika (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 223–234.
DJI-Impulse.
Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, H. 1/2015,
URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull109_d/DJI_1_15_Web.pdf
[zuletzt eingesehen am 15.11.2020].
dpa:
Lehrer-Gewerkschaft kritisiert Aktion gegen Linksextremismus, in: SZ.de, 12.02.2020,
URL: https://www.sueddeutsche.de/bildung/schulen-frankfurt-am-main-lehrer-gewerkschaft-kritisiert-aktion-gegen-linksextremismus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200212-99-885794
[zuletzt eingesehen am 27.07.2020].
Drucksache 17/4334:
Antwort der Bundesregierung vom 22.12.2010 auf die Kleine Anfrage der
Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Ulrich Maurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE –
Drucksache 17/4127 –: Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus,
URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/043/1704334.pdf [zuletzt eingesehen am 12.09.2020].
Drucksache 17/8280:
Antwort der Bundesregierung vom 30.12.2011 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten
Rolf Schwanitz, Caren Marks, Sönke Rix, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD –
Drucksache 17/8192 –: Verwendung des Magazins „Demokratie stärken – Linksextremismus verhindern“
im Unterricht an den Schulen, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/082/1708280.pdf
[zuletzt eingesehen am 12.09.2020].
Drucksache 17/10204:
Antwort der Bundesregierung vom 29.06.2012 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte,
Diana Golze, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 17/9935 –:
Initiative Demokratie stärken, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/102/1710204.pdf
[zuletzt eingesehen am 14.09.2020].
Drucksache 17/13430:
Antwort der Bundesregierung vom 08.05.2013 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte,
Diana Golze, Steffen Bockhahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE –
Drucksache 17/13216 –: Lehr- und Informationsmaterialien im Rahmen der Bundesprogramme
zum Thema Linksextremismus, URL: http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713430.pdf
[zuletzt eingesehen am 16.10.2020].
Drucksache 18/9538:
Antwort der Bundesregierung vom 05.09.2016 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke,
Jan Korte, Frank Tempel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 18/9337 –:
Qualitätsstandards der Bundesprogramme im Bereich Linksextremismus bzw. linke Militanz,
URL: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/095/1809538.pdf [zuletzt eingesehen am 16.10.2020].
Drucksache 19/21680:
Antwort der Bundesregierung vom 17.08.2020 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Roland Hartwig,
Thomas Ehrhorn, Johannes Huber, Frank Pasemann und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/21425 –:

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung als Bundesfachstelle „Linke Militanz“ und Kompetenzzentrum „Linker Extremismus“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, URL: https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/216/1921680.pdf [zuletzt eingesehen am 09.11.2020].

Eduversum GmbH:
Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule, URL: https://www.lehrer-online.de/fokusthemen/dossier/do/aufgeklaert-statt-autonom-linksextremismus-praevention-fuer-die-schule/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

Eduversum GmbH:
Aufgeklärt statt autonom: Projektinformationen, URL: https://www.lehrer-online.de/inhalte/dossiers/geschichte-und-politik-gesellschaftswissenschaften/aufgeklaert-statt-autonom-projektinformationen/ [zuletzt eingesehen am 13.07.2020].

Eduversum GmbH:
Einführung des Extremismusbegriffs, URL: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/einfuehrung-des-extremismusbegriffs/ [zuletzt eingesehen am 27.07.2020].

Eduversum GmbH:
Linksextremismus: Plakatreihe, URL: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/linksextremismus-plakatreihe/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

Eduversum GmbH:
Linksextremistische Ideologien, URL: https://www.lehrer-online.de/unterricht/sekundarstufen/geisteswissenschaften/politik-sowi/arbeitsmaterial/am/linksextremistische-ideologien/ [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].

El, Eugen:
Die vermeintlich Guten, in: Jüdische Allgemeine, 11.04.2019.

Elisabeth Kula (DIE LINKE) und Fraktion:
Dringlicher Berichtsantrag. Schulkampagne „Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule“ durch Medienunternehmen, Drucksache 20/1561 vom 19.11.2020, URL: http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/01561.pdf [zuletzt eingesehen am 18.07.2020].

Engelmann, Jonas:
Andi Anti Alles. Die „subversive Verunsicherung“ der *Andi*-Comics, in: Feustel, Susanne/Stange, Jennifer/Strohschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen, Hamburg: VSA, 2012, S. 71–80.

Farin, Klaus:
Die Autonomen, Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag KG, 2015.

Faulenbach, Bernd:
Nach dem G20-Gipfel – Zur Diskussion um linksextremistische Gewalt, in: Gegen Vergessen – Für Demokratie. Informationen für Mitglieder, Freunde und Förderer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., Nr. 94 (Oktober 2017), S. 22 f., URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Mitgliederzeitschrift/GVFD-Magazin_94_web.pdf [zuletzt eingesehen am 24.09.2020].

Fenner, Grit:
Modellprojekt 2: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!“: Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 15–18, URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

Figlestahler, Carmen et al.:
Dritter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2017, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2019, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Dritter_Bericht_MP_2017.pdf [zuletzt eingesehen am 22.08.2020].

Figlestahler, Carmen et al.:
Vierter Bericht: Modellprojekte E. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht 2018, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2019, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Vierter_Zwischenbericht_MP_E_2018.pdf [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

Figlestahler, Carmen et al.:
Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte der Radikalisierungsprävention. Abschlussbericht 2019. Programmevaluation „Demokratie leben!“, Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2020, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Abschlussbericht_2019_MP_E.pdf [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

Fischer, Sebastian/Schmidt, Wolf:
Den Linksextremen erst verstehen, dann vorbeugen, in: taz, 28.02.2012.

Fokken, Silke:
Experten verurteilen Material gegen Linksextremismus als „nicht haltbar“, in: Spiegel.de, 14.02.2020, URL: https://www.spiegel.de/panorama/bildung/experten-verurteilen-material-gegen-linksextremismus-als-nicht-haltbar-a-70150703-3621-4003-8272-f5381a8fd3fe [zuletzt eingesehen am 27.07.2020].

Forschungsgruppe MIKOM:
Modellprojekt. Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen, URL: https://www.risp-duisburg.de/de/forschungsgruppen/mikom/linke-militanz-und-antisemitismus-in-heterogenen-jugendmilieus-analyse-zugaenge-massnahmen/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

Franke, Nils:
Kommunale Konzepte zur Prävention urbaner Gewalt – ein internationaler Vergleich, hrsg. vom Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V. (B3), Dresden, o. J. [2019].

Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.):
Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017.

Fuhrmann, Maximilian:
Antiextremismus und wehrhafte Demokratie. Kritik am politischen Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2019.

Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin:
Äquidistanz. Der Kampf gegen links im Kontext des Extremismusmodells, in: Schmincke, Imke/Siri, Jasmin (Hrsg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld: Transcript, 2013, S. 91–105.

Fuhrmann, Maximilian/Hünemann, Martin:
Fehlschlüsse der Extremismusprävention. Demokratieförderung auf ideologischen Abwegen, Analysen Nr. 38, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, 2017, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen38_Fehlschluesse.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Fuhrmann, Maximilian/Johansson, Susanne/Schau, Katja:
Ergebnisbericht der Wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011 bis 31.12.2011, München: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2011, URL: https://taz.de/fileadmin/static/pdf/2012-03-01_dji_ergebnisbericht_demokratie_staerken_sw.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

Gansewig, Antje/Walsh, Maria:
Biografiebasierte Maßnahmen in der schulischen Präventions- und Bildungsarbeit.
Eine empirische Betrachtung des Einsatzes von Aussteigern aus extremistischen Szenen unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Rechtsextremer, Baden-Baden: Nomos, 2020.

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute. Seminare und Workshops der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J., URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/Flyer-Angebot-Linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 31.08.2020].

Gedenkstätte Berlin Hohenschönhausen:
Linksextremismus? Linke Militanz? Eine Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Extremismus-Prävention. Problemaufriss, Unterrichtsvorschläge und Materialien. Erstellt im Rahmen des Modellprojektes: „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt", Berlin, 2018.

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
Prävention von Linksextremismus in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J. [2017], URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/2017-08-28-Pressemappe-de-Maiziere.pdf [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
Programmvideo, URL: https://www.youtube.com/watch?v=FtMqf-RLmhI [zuletzt eingesehen am 02.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Herausforderungen, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/herausforderungen/ [zuletzt eingesehen am 13.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Jahresbericht 2011, Berlin, o. J. [2012], URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2011.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Jahresbericht 2012, Berlin, o. J. [2013], URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Jahresbericht 2013, Berlin, o. J. [2014], URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Jahresberichte/GVFD_Jahresbericht_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Positionspapier (Stand 26.05.2014). Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. im Themenfeld Linksextremismus, URL: https://www.gegen-vergessen.de/fileadmin/user_upload/Gegen_Vergessen/Dokumente/Diverses/PositionspapierV6.pdf [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Was bedeutet „systemisch-lösungsorientiert"?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Was ist das Anliegen dieses Portals?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Was ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.?, URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Welchen Ansatz verfolgt das Portal?,
URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Wie wurde bei der Recherche vorgegangen?,
URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].
Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.:
Wie wurden die Geschichten ausgewählt?,
URL: https://www.dialoge-foerdern.de/faqs/ [zuletzt eingesehen am 01.09.2020].
Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG).
Zuletzt geändert: Art. 16 V vom 19.06.2020 I 1328, URL: https://www.gesetze-im-internet.de/bverfschg/BVerfSchG.pdf [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen:
„Aufgeklärt statt autonom". Gutachten im Auftrag der GEW Hessen zeigt erhebliche Mängel in Ausstellung zur Extremismusprävention an Schulen auf, Pressemitteilung vom 12.02.2020, URL: https://www.gew-hessen.de/home/details/aufgeklaert-statt-autonom/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=b1a196a681f764f4f9651eff73c24744 [zuletzt eingesehen am 17.07.2020].
Glaser, Michaela:
‚Linke' Militanz im Jugendalter – ein umstrittenes Phänomen, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.): ‚Linke' Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle:
Deutsches Jugendinstitut e. V., 2013, S. 4–21, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_16388_Linke_Militanz_im_Jugendalter.pdf [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Gmeiner, Jens/Micus, Matthias:
Radikalismus der Tat. Linke Militanz und die Ethnologie der (Post-)Autonomen, in: Demokratie-Dialog. Werkstattbericht der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx), H. 2 (2018), S. 29–35, URL: https://www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2018/Demokratie-Dialog-2-18-Web.pdf [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].
Goddar, Jeannette:
Andi und Ayshe verteidigen die Demokratie, in: FR.de, o. D., aktualisiert am 21.01.2019,
URL: https://www.fr.de/wissen/andi-ayshe-verteidigen-demokratie-11381090.html
[zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Goldmann, Anne et al.:
Planspiele in der Politikwissenschaft – zu den Versprechen und Fallstricken einer interaktiven Lehr- und Lernmethode, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30 (2020), H. 4, S. 521–538,
URL: https://doi.org/10.1007/s41358-020-00238-z [zuletzt eingesehen am 13.12.2020].
Greuel, Frank:
Zum Konzept der Prävention: Ein Plädoyer für engere Grenzen, in: bpb.de, 20.07.2020,
URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/311923/zum-konzept-der-praevention-ein-plaedoyer-fuer-engere-grenzen [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].
Greuel, Frank et al.:
Erster Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!". Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2015 bis 31.12.2015, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2015,
URL: https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/content/PDF-DOC-XLS/Bundesprogramm/Programm-evaluation_und_WB/Erster_Zwischenbericht_MP_2015__2_.pdf [zuletzt eingesehen am 20.08.2020].

Greuel, Frank et al.:
Zweiter Bericht: Modellprojekte. Programmevaluation „Demokratie leben!“. Wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zu GMF, Demokratiestärkung und Radikalisierungsprävention. Zwischenbericht für den Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V., 2016, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/DemokratieLeben/Zweiter_Bericht_Modellprojekte_2016.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].

Gruber, Florian/Lützinger, Saskia:
Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2017, URL: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Erhebung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Gruber, Florian/Lützinger, Saskia/Kemmesies, Uwe E.:
Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2016, URL: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2016ExtremismuspraeventionInDeutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Grumke, Thomas:
„Andi“ – Bildungscomic und Website für Demokratie und gegen Extremismus, in: ders./Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010, S. 94–104.

Grumke, Thomas:
Andi – Bildungscomic für Demokratie und gegen Extremismus, in: Palandt, Ralf (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, Berlin: Archiv der Jugendkulturen, 2011, S. 182–191.

Grumke, Thomas/Hüllen, Rudolf van:
Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Perspektiven?, 2. Aufl., Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich, 2019.

Grumke, Thomas/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.):
Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010.

Grunow, Daniel:
Bundesprogrammförderung zur Prävention von Linksextremismus und linker Militanz, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 138–145.

Grutzpalk, Jonas:
Das Planspiel „Demokratie und Extremismus“ des Verfassungsschutzes Brandenburg, in: Grumke, Thomas/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010, S. 105–114.

Haarmann, Moritz Peter/Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hrsg.):
Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Wiesbaden: Springer VS, 2020.

Hafeneger, Benno:
Politische Bildung ist mehr als Prävention, in: Journal für politische Bildung, Jg. 9 (2019), H. 2, S. 22–25.

Hafeneger, Bruno et al.:
Folgenreiche Realitätsverleugnung. Das neue Extremismusbekämpfungsprogramm der Bundesregierung, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 1, S. 7–10.

Hamm, Rüdiger José/Brungs, Juliette:
Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS „Annedore“), in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!“: Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 19–21, URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

Heim, Tino/Wöhrle, Patrick:
Politische Grenzmarkierungen im flexiblen Normalismus, in: Ackermann, Jan et al.: Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 13–68.

Heinzelmann, Claudia/Marks, Erich (Hrsg.):
Prävention & Demokratieförderung. Gutachterliche Stellungnahmen zum 24. Deutschen Präventionstag, Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH, 2019.

Heisterkamp, Ulrich:
Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, 2018, S. 251–255.

Hermann Schaus (DIE LINKE) und Fraktion:
Berichtsantrag. Durch Innenministerium geförderte Schulkampagne „Aufgeklärt statt autonom: Linksextremismus-Prävention für die Schule“ durch FDP-nahes Medienunternehmen, Drucksache 20/1559 vom 19.11.2020, URL: http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/01559.pdf [zuletzt eingesehen am 18.07.2020].

Hildebrand, Gerold:
Linksextremer Gewalt entgegenwirken. Radikalisierungspräventionsprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt“, in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 68 (2016), H. 11/12, S. 497–504.

Hildebrand, Gerold/Prause, Andrea:
„Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart“. Ein Präventionsprojekt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 170–180.

Hüllen, Rudolf van:
Definition und Dimension, Erscheinungsformen und Kernaussagen des Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 1), Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=eea4e836-f108-81a5-7cf2-54e9e3d-c0fe3&groupId=252038 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

Hüllen, Rudolf van:
Kommunikationsmethoden und Rekrutierungsstrategien im Linksextremismus. Überlegungen zur Prävention von Linksextremismus (Teil 2), Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_31306_1.pdf/1168e3c4-70cf-55b1-d0be-257a3bf28bfc?version=1.0&t=1539657086085 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

Hüllen, Rudolf van:
Linksextreme/linksextremismusaffine Einstellungsmuster unter Jugendlichen – eine qualitative Studie, in: Schultens, René/Glaser, Michaela (Hrsg.): ‚Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen, Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2013, S. 96–114, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1072_16388_Linke_Militanz_im_Jugendalter.pdf [zuletzt eingesehen am 05.09.2020].

Hüllen, Rudolf van:
Unterschiede der Prävention im Rechts- und Linksextremismus – Eine kritische Zwischenbilanz zu einer schwierigen Materie, in: Hirscher, Gerhard/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, Baden-Baden: Nomos, 2013, S. 489–504.

Hüttner, Bernd:
Farin (Hrsg.): Die Autonomen, Berlin 2015, URL: https://www.rosalux.de/news/id/4154 [zuletzt eingesehen am 28.07.2020].

INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff):
Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns vom 28.01.2010, URL: http://inex.blogsport.de/images/gemeinsamgegenjedenextremismus_einzelseiten.pdf [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

INEX (Initiative gegen jeden Extremismusbegriff):
Gemeinsam gegen jeden Extremismus? Nicht mit uns! Aufruf zur kollektiven Verweigerung politischen Unsinns, URL: http://inex.blogsport.de/2010/02/09/gemeinsam-gegen-jeden-extremismus-nicht-mit-uns/ [zuletzt eingesehen am 01.11.2020].

International Holocaust Remembrance Alliance:
Arbeitsdefinition von Antisemitismus, URL: https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus [zuletzt eingesehen am 15.11.2020].

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg:
Häuser und Räume, URL: https://www.scheersberg.de/scheersberg/haeuser-raeume/allgemein [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg:
Politische Bildung, URL: https://www.scheersberg.de/scheersberg/unsere-bereiche/politische-bildung [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

Ismar, Georg:
Jugendliche im „Politiklabor". Wie soll Partei der Zukunft aussehen?, in: ntv.de, 14.08.2008, URL: https://www.n-tv.de/politik/dossier/Jugendliche-im-Politiklabor-article15805.html [zuletzt eingesehen am 04.10.2020].

Jaschke, Hans-Gerd:
Facetten des Extremismus – eine Begriffserklärung, in: Dovermann, Ulrich (Hrsg.): Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2011.

Jesse, Eckhard:
Fundamentalkritik an der Konzeption der streitbaren Demokratie und am Extremismusbegriff. Auseinandersetzung mit differenzierter und plumper Kritik, in: ders. (Hrsg.): Extremismus und Demokratie, Parteien und Wahlen. Historisch-politische Streifzüge, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2015, S. 177–198.

Jikeli, Günther:
Muslimischer Antisemitismus in Europa. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschung, in: Grimm, Marc/Kahmann, Bodo (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2018, S. 113–133.

jugendschutz.net:
Linksextremismus im Internet. Selten jugendaffin und kaum Verstöße gegen den Jugendschutz, Themenbericht vom März 2013.

KAST e. V.:
ExLex Schleswig-Holstein. Beratungsmaßnahme und Distanzierungsunterstützung im Kontext Linksextremismus, URL: https://kast-sh.de/wp-content/uploads/2020/06/Ex-Lex.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

KAST e. V.:
Was wir machen, URL: https://kast-sh.de/kast-2/kast-biographie/ [zuletzt eingesehen am 22.10.2020].

Kleffner, Heike:
Projekte in der Extremismusfalle: „Wir bleiben dabei. Die Demokratieerklärung ist richtig.“, in: Bürgerrechte & Polizei, Nr. 99 (2011), S. 50–55, URL: https://www.cilip.de/2011/09/03/projekte-in-der-extremismus-falle-wir-bleiben-dabei-die-demokratieerklaerung-ist-richtig/ [zuletzt eingesehen am 18.10.2020].
Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Ulrich Maurer, Raju Sharma, Petra Pau, Jens Petermann, Halina Wawzyniak und der Fraktion DIE LINKE:
Auswahl der Träger für Projekte zu den Themen Islamismus und Linksextremismus, Drucksache 17/4127 vom 06.12.2010, URL: http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/041/1704127.pdf [zuletzt eingesehen am 12.09.2020].
Kober, Marcus:
Evaluation von Ansätzen zur Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Eine Übersichtsarbeit, in: Berichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention, H. 1/2019, URL: https://www.nzkrim.de/fileadmin/nzk/NZK_Berichte/NZK_2019_001.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].
Kober, Marcus:
Prävention von linker Militanz und Linksextremismus. Systematische Übersicht und Erkenntnisse zur Evaluation, in: Forum Kriminalprävention, H. 2/2019, S. 20–26, URL: https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-webseite/pdf/2019-02/linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 19.07.2020].
Koep-Kerstin, Werner/Stamer, Heiko:
Verfassungsschutz an Schulen. Wie der Geheimdienst unzulässig politische Bildungsarbeit betreibt, in: bbz. Berliner Bildungszeitschrift. Zeitschrift für die Mitglieder der GEW Berlin, Jg. 68 (2015), H. 10, S. 17, URL: https://www.gew-berlin.de/fileadmin/media/publikationen/be/bbz/2015/bbz-2015-10.pdf [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Kohlstruck, Michael:
Thesen zur Diskussionsveranstaltung „Verfassungsschutz durch Aufklärung?“ am 21.3.2012, URL: http://djb-ev.de/sites/djb-ev.de/files/verfassungsschutz_kohlstruck.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].
König, Anna Carola:
„Da flog die Kuh“ – wenn auch nicht sehr weit, in: Blog des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, 27.11.2019, URL: http://www.demokratie-goettingen.de/blog/tagung-linke-militanz [zuletzt eingesehen am 10.11.2020].
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.:
Schwerpunkte der Konrad-Adenauer-Stiftung, URL: https://www.kas.de/de/schwerpunkte [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].
Kraushaar, Wolfgang:
Der Begriff des „Extremismus“ wird als Etikett missbraucht, in: Süddeutsche Zeitung, 02.08.2017.
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.:
Strategien zur Prävention des Linksextremismus in Niedersachsen, URL: https://kfn.de/forschungsprojekte/strategien-zur-praevention-des-linksextremismus-in-niedersachsen/ [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].
Krumpholz, Peter:
Dokumentation des Modellprojekts Linke Militanz und Antisemitismus in heterogenen Jugendmilieus. Analyse – Zugänge – Maßnahmen. Antisemitismus unter Linken? Modular aufgebautes Konzept für Peer-to-Peer-Coaching für Studierende, Schulungen mit Multiplikatoren aus Politik und Zivilgesellschaft, Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen, URL: https://www.risp-duisburg.de/media/antisemitismus_unter_linken_dokumentation.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].
Krumpholz, Peter:
Gegenwärtige Herausforderungen der Extremismusprävention: Antisemitismus unter Linken? Workshop zur pädagogischen Praxis des Modellprojekts „Linke Militanz und Antisemitismus in

heterogenen Jugendmilieus: Analyse – Zugänge – Maßnahmen“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ auf der Tagung „Mitte – Links – Linksextrem? Herausforderungen der pädagogischen Extremismusprävention“ der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen am 17. Juni in Düsseldorf, URL: https://www.risp-duisburg.de/media/risp_workshop_mitte_links_linksextrem_lpb_nrw_4.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].

Landesamt für Schule und Bildung:
Fortbildung im Detail: Z03881: Extremismus damals und heute – Was ist aus der Geschichte der DDR zu lernen?, URL: https://www.schulportal.sachsen.de/fortbildungen/detail.php?menuid=338&dokumentid=157064&dokumentsc=n3tTFG3FDo&aktion=direkt [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

Lang, Jürgen P.:
Für eine bessere Welt? Linksextremistische Argumentationsmuster, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=866dccb3-3ade-1fd3-5a73-1e551d639965&groupId=252038 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

Lee, Felix:
Links unter Linksextremisten, in: taz, 25.11.2009.

Leistner, Alexander/Schau, Katja/Johansson, Susanne:
Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2012–31.12.2012, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2013, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_Ergebnisbericht_2012_der_WB_IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

Leistner, Alexander/Schau, Katja/Johansson, Susanne:
Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2013–31.12.2013, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2013, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/1059_17193_Ergebnisbericht_WB_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 31.08.2020].

Leistner, Alexander/Schau, Katja/Johansson, Susanne:
Gesamtbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms „INITIATIVE DEMOKRATIE STÄRKEN“. Berichtszeitraum 01.01.2011–31.12.2014, München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, 2014, URL: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2014/Gesamtbericht_2011_bis_2014_wiss_Begleitung_IDS.pdf [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Litschko, Konrad:
„Diesen Unsinn schnell beenden“, in: taz.de, 02.02.2014, URL: https://taz.de/Programm-gegen-Linksextremismus/!5049486/ [zuletzt eingesehen am 02.08.2020].

Lohe, Christian-Friedrich:
„Extrem demokratisch“ – Das „DeKo-Projekt“ der EJBW und sein Beitrag für die Politische Bildung, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 149–159.

Lohe, Christian-Friedrich et al.:
Fokus (Links-)Extremismus? Entwicklungen und (Zwischen-)Ergebnisse des Projektes „Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln“, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 61 (2013), H. 6, S. 265–272.

LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH:
Mehr Rücksicht auf Kinder und Jugendliche im Internet!, URL: https://www.jugendschutz.net/ueber-jugendschutznet/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

LPR-Trägergesellschaft für jugendschutz.net gGmbH:
Was jugendschutz.net tut, URL: https://www.jugendschutz.net/was-jugendschutznet-tut/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

Lützinger, Saskia/Gruber, Florian:
Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential. Modulabschlussbericht, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2017, URL: https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/2017PueG_ExtremismuspraeventionInDeutschland_Herausforderung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [zuletzt eingesehen am 21.07.2020].

Mannewitz, Tom/Thieme, Tom:
Gegen das System. Linker Extremismus in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2020.

Massing, Peter:
Planspiele und Entscheidungsspiele, in: Frech, Siegfried/Kuhn, Hans-Werner/Massing, Peter (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, 5. Aufl., Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2014, S. 163–195.

Mattern, Philipp:
Die Extremismusdebatte. Zur Broschüre „Demokratie stärken, Linksextremismus verhindern", in: blz. Zeitschrift der GEW Berlin, Jg. 65 (2012), H. 2, S. 23 f., URL: https://www.gew-berlin.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91799&token=9a160333a5410b078f763e61f47b7ba3bc9ee9c7&sdownload=&n=blz-2012-02.pdf [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].

Mayer, Helmut:
Fatale Kippfiguren, in: FAZ.NET, 28.03.2019, URL: https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/frankfurter-ausstellung-ueber-antisemitismus-von-links-16108814.html [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

Meiering, David/Foroutan, Naika: Brückennarrative:
Ein Vorschlag für die Radikalisierungsprävention, in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 127–137.

Meinhardt, Anne-Kathrin:
Politisches Theater im Allgemeinen. Über den Mehrwert von Theaterpädagogik in der politischen Bildungsarbeit. Wie man Jugendliche durch Theater für Politik begeistern kann, in: dies./Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 205–213.

Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit:
Politische Bildungsarbeit links abseits von Prävention – eine Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 13–20.

Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit:
Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung als Workshop-Thema mit Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Ein phänomenübergreifender Ansatz, in: dies. (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 222–231.

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen:
Aussteigerprogramm Linksextremismus. left, URL: https://www.im.nrw/sites/default/files/documents/2020-09/flyer_left.pdf [zuletzt eingesehen am 28.10.2020].

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen:
Neuer Bildungscomic gegen Linksextremismus/Minister Dr. Ingo Wolf: Politisch aufgeklärte Jugendliche sind Fundament und Zukunft unserer Demokratie, Pressemitteilung vom 23.11.2009, URL: https://www.land.nrw/de/pressemitteilung/neuer-bildungscomic-gegen-linksextremismus-minister-dr-ingo-wolf-politisch [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.):
Andi. CoDeX – Comic für Demokratie und gegen Extremismus", H. 3, 3., leicht veränderte Auflage aus dem Oktober 2017.

Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen:
Schulsponsoring heute. Ein Leitfaden für Schulen, Schulträger und Unternehmen, Düsseldorf, 2010, URL: https://www.spendenideen.org/wp-content/uploads/2014/03/schulsponsoring_NRW.pdf [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Bildungsarbeit mit linksaffinen Jugendlichen zwischen Politischer und Kultureller Bildung, Berlin, 2013, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Forschungsbericht_Bildungsarbeit-mit-linksaffinen_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Die Veranstaltungsreihe „Extrem is mus(s)?“ – Radikalisierung und Extremismus: Analytische Kategorien der Kampfbegriffe?, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/05/Minor_Kulturschock_Medien-Berlin-Reihe-Extremismuss-3_2013.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2016, Berlin, o. J., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2016.pdf.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2017, Berlin, o. J., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2017.pdf.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2018, Berlin, o. J., URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2019/07/Minor_Frontaldiskurs_Jahresbericht-2018_2019.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Jahresbericht 2019, Berlin, o. J. [2020], URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2020/08/FD_Abschluss_2019_WEB.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Jugendringe in Mecklenburg-Vorpommern 2017. Eine Veranstaltungsreihe in Mecklenburg-Vorpommern, URL: https://minor-kontor.de/jugendringe-in-m-v-2017/ [zuletzt eingesehen am 21.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Kulturschock Abschlussbericht 2014, Berlin, 2014, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Abschlussbericht-Kulturschock_2014.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Kulturschock. Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken, URL: https://minor-kontor.de/kulturschock/ [zuletzt eingesehen am 09.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Kunst als Zugang zu linksaffinen Jugendlichen. Forschungsbericht 2012, Berlin, 2012, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_Kulturschock_Projektbericht-Kunst-als-Zugang-zu-linksaffinen-Jugendlichen_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Satirekollektiv. Eine Workshopreihe zu Satire und dem kritischen Umgang mit Medien, URL: https://minor-kontor.de/satirekollektiv/ [zuletzt eingesehen am 22.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Theater Berlin. Politisch motivierte Formen von Gewalt durch Theater ansprechen, URL: https://minor-kontor.de/theater-berlin-2014/ [zuletzt eingesehen am 10.10.2020].

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH:
Über Minor, URL: https://minor-kontor.de/ueber-minor/ [zuletzt eingesehen am 18.08.2020].

Möbius, Thomas/Wendland, Anja:
Jugendhilfeangebote für linksautonome Jugendszenen? Ergebnisse einer Bestandsaufnahme in Hamburg, in: unsere jugend. die zeitschrift für studium und praxis der sozialpädagogik, Jg. 64 (2012), H. 3, S. 133–139.

Mohr, Markus:
Schon wieder Menschenversuche im Stasi-Knast Hohenschönhausen? Über „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart" – ein Bildungsangebot der Berliner Gedenkstätte, in: nd.de, 05.01.2017, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/1037579.schon-wieder-menschenversuche-im-stasi-knast-hohenschoenhausen.html [zuletzt eingesehen am 25.10.2020].

Müller, Christina:
„(Links-)extrem – nicht mit uns! Schüler schulen Schüler", Beitrag vom 09.12.2011, URL: http://www.schule-mit-ausblick.de/15-aktuelles/203-links-extrem-nicht-mit-uns-schueler-schulen-schueler [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].

Neu, Viola:
Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche. Auswertung einer qualitativen explorativen Studie, Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2012, URL: https://www.kas.de/documents/252038/253252/7_dokument_dok_pdf_30042_1.pdf/47fa1cfe-a25c-865d-4be9-59adf3257799?version=1.0&t=1539657629901 [zuletzt eingesehen am 08.08.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport:
Niedersächsisches Planspiel „Demokratie und Extremismus" als beispielhaftes Präventionsprojekt ausgezeichnet, Pressemitteilung vom 16.12.2011, URL: https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/-101559.html [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, NEIS beim Verfassungsschutz (Hrsg.):
Andi. CoDeX – Comic für Demokratie und gegen Extremismus", H. 3, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/53766/ANDI_Linksextremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):
Verfassungsschutzbericht 2010, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2011, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/59786/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):
Verfassungsschutzbericht 2011, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2012, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/71640/Verfassungsschutzbericht_2011.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.):
Verfassungsschutzbericht 2012, Hannover: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz –, 2013, URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/81274/Verfassungsschutzbericht_2012.pdf [zuletzt eingesehen am 20.09.2020].

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport – Verfassungsschutz – (Hrsg.):
Niedersächsische Extremismus Informationsstelle, o. J., URL: https://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/73349/Flyer_Niedersaechsische_Extremismus_Informationsstelle.pdf [zuletzt eingesehen am 03.10.2020].

Oberle, Monika:
Der Beutelsbacher Konsens: eine kritische Würdigung, in: Widmaier, Benedikt/Zorn, Peter (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2016, S. 251–259.

Oberle, Monika:
Der Beutelsbacher Konsens – Richtschnur oder Hemmschuh politischer Bildung?, in: Politische Bildung, Jg. 46 (2013), H. 1, S. 156–161.

Oberle, Monika/Leunig, Johanna:
EU-Planspiele im Politikunterricht – Effekte auf politische Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, in: Petrik, Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.): Handbuch. Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017, S. 240–252.

Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna:
EU-Planspiele in der Grundschule – Ergebnisse einer Interventionsstudie, in: Schöne, Helmar/Detterbeck, Klaus (Hrsg.): Europabildung in der Grundschule, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2018, S. 101–117.

Oberle, Monika/Ivens, Sven/Leunig, Johanna:
Grenzenlose Toleranz? Lehrervorstellungen zum Beutelsbacher Konsens und dem Umgang mit Extremismus im Unterricht, in: Möllers, Laura/Manzel, Sabine (Hrsg.): Populismus und Politische Bildung, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2018, S. 53–61.

Otte, Carsten:
Demokratiesuppe, Rhetorikbrot und Karrieresalz. Der „Verein zur Förderung politischen Handelns" – eine Kaderschmiede für angehende Politiker, in: Neues Deutschland, 05.04.1994, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/478543.demokratiesuppe-rhetorikbrot-und-karrieresalz.html [zuletzt eingesehen am 05.10.2020].

O. V. (Kürzel: str.):
Ausflug ins linksextreme Berlin. Ministerium finanziert Reise der Jungen Union Köln, in: Berliner Zeitung, 14.12.2010.

O. V.:
Andi entlarvt Propaganda, in: Die Welt, 24.11.2009.

O. V.:
Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore" für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS „Annedore"), in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz" im Bundesprogramm „Demokratie leben!" am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 34, URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

O. V.:
„Der Staat, die Autonomen und der Archivar der Jugendfrisuren", URL: http://klausfarin.de/presse/interviews/der-staat-die-autonomen-und-der-archivar-der-jugendfrisuren [zuletzt eingesehen am 08.10.2020].

O. V.:
Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur, in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz" im Bundesprogramm „Demokratie leben!" am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 33, URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

Pfahl-Traughber, Armin:
Analysekompetenz und Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes, in: Grumke, Thomas/Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Offener Demokratieschutz in einer offenen Gesellschaft. Öffentlichkeitsarbeit und Prävention als Instrumente des Verfassungsschutzes, Opladen/Farmington Hills, MI: Barbara Budrich, 2010, S. 15–32.

Pfahl-Traughber, Armin:
Antizionistischer und israelfeindlicher Antisemitismus, in: bpb.de, 30.04.2020, URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307746/antizionistischer-und-israelfeindlicher-antisemitismus [zuletzt eingesehen am 18.11.2020].

Pfahl-Traughber, Armin:
Antizionistischer Antisemitismus, antiimperialistische Israelfeindlichkeit und menschenrechtliche Israelkritik. Kriterien zur Differenzierung und Einordnung von Positionen im Nahostkonflikt, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 24 (2015), S. 293–315.

Pfahl-Traughber, Armin:
Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2015.

Pfahl-Traughber, Armin:
Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, S. 31–55.

Poelchau, Simon:
Junge Union traut sich nicht in die Köpi, in: taz, 30.11.2010.

Pollinger, Katrin:
Sozialraum und Sozialraumanalyse, URL: https://www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/ws7/sozialraum_sozialraumanalyse.pdf [zuletzt eingesehen am 26.10.2020].

Professur für Didaktik der politischen Bildung:
Demokratische Kompetenzen im Diskurs entwickeln, URL: https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/forschung/tagungen/dkide [zuletzt eingesehen am 03.08.2020].

Quent, Matthias:
Rechtsextremismus. 33 Fragen – 33 Antworten, München: Piper, 2020.

Raiser, Simon/Warkalla, Björn:
Auf das Lernziel kommt es an – Planspiele in der europapolitischen Bildungsarbeit, in: Oberle, Monika (Hrsg.): Die Europäische Union erfolgreich vermitteln. Perspektiven der politischen EU-Bildung heute, Wiesbaden: Springer VS, 2015, S. 235–248.

Ramboll Management Consulting GmbH:
Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie, hrsg. vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, Kiel, 2019, URL: https://www.landesdemokratiezentrum-sh.de/index/materialien.html?file=files/ldz/Downloads/Event-Donwloads/Brosch%C3%BCre%3A%20Linksextremistische%20Erscheinungsformen%20und%20insbesondere%20linke%20Gewalt%20in%20Schleswig-Holstein.pdf [zuletzt eingesehen am 08.11.2020].

Rappenglück, Stefan:
Planspiele in der Praxis der politischen Bildung: Entwicklung, Durchführung, Varianten und Trends, in: Petrik, Andreas/Rappenglück, Stefan (Hrsg.): Handbuch. Planspiele in der politischen Bildung, Schwalbach/Taunus: Wochenschau, 2017, S. 17–34.

Riebe, Jan:
Was ist israelbezogener Antisemitismus?, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): „Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!" Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin, o. J., S. 7–11, URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].

Rietzschel, Antonie:
Kristina Schröders „linksextremes" Erbe, in: SZ.de, 05.02.2014, URL: https://www.sueddeutsche.de/politik/projekte-der-ehemaligen-familienministerin-kristina-schroeders-linksextremes-erbe-1.1879397 [zuletzt eingesehen am 25.07.2020].

Roßbach, Uwe:
Was bleibt von der Linksextremismusprävention?, in: Journal für politische Bildung, Jg. 2 (2012), H. 4, S. 56–65.

Rübner, Hartmut:
In ziviler Gesellschaft. Gegenaufklärung von Extremismusforschern und Verfassungsschützern, in: Mohr, Markus/Rübner, Hartmut: Gegnerbestimmung. Sozialwissenschaft im Dienst der „inneren Sicherheit", Münster: Unrast, 2010, S. 19–187.

Rudloff, Marlene/Fenner, Grit/Pfeffer-Hoffmann, Christian:
Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur. Abschlussbericht 2015, Berlin, 2015, URL: https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/04/Minor_FD_Abschlussbericht_2015_web.pdf [zuletzt eingesehen am 23.10.2020].

Salzborn, Samuel (Hrsg.):
Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart, 2. Aufl., Gießen: Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V., 2009, URL: http://www.salzborn.de/txt/nbkk-bd2.pdf [zuletzt eingesehen am 16.11.2020].

Satzung Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung,
Stand: März 2019, URL: https://jugend-und-bildung.de/fileadmin/user_upload_jubi/08_Stiftung/Satzung-Arbeitsgemeinschaft-JuBi-Maerz-2019.pdf [zuletzt eingesehen am 12.11.2020].

Schaaff, Peter:
„Kein Auftrag wie jeder andere" – Über die Arbeit am Bildungscomic *Andi*, in: Palandt, Ralf (Hrsg.): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics, Berlin: Archiv der Jugendkulturen, 2011, S. 192–203.

Scherr, Albert:
Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen?, in: Deutsche Jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Jg. 58 (2010), H. 6, S. 251–255.

Schillo, Johannes:
Verfassungsschutz und politische Bildung, in: Journal für politische Bildung, Jg. 1 (2011), H. 4, S. 63–72.

Schmidt, Sophie:
Prävention oder politische Bildung? Kooperationen von Schule und außerschulischen Trägern politischer Bildung im Kontext von „Extremismusprävention" und „Demokratieförderung", in: Polis, Jg. 11 (2019), H. 2, S. 11–13.

Schmidt, Wolf:
Extrem teuer, extrem erfolglos, in: taz, 27.02.2012.

Schmidt, Wolf:
Junge Union sagt Kaffeefahrt gegen Linksextremismus ab, in: taz, 17.12.2010.

Schmidt, Wolf:
Links ist, wenn Autos brennen, in: taz, 27.02.2012.

Schmidt, Wolf:
Marx, Engels, Lenin, Lassalle?, in: taz, 27.02.2012.

Schmidt, Wolf:
Reise ins linksextreme Berlin, in: taz, 29.11.2010.

Schmitt, Josephine B. et al. (Hrsg.):
Propaganda und Prävention. Forschungsergebnisse, didaktische Ansätze, interdisziplinäre Perspektiven zur pädagogischen Arbeit zu extremistischer Internetpropaganda, Wiesbaden: Springer VS, 2020.

Schmollack, Simone:
Wachsam nach allen Seiten, in: taz, 14.12.2011.

Schneider, Daniel:
Zwischen Bewegungs- und Poparchiv. Das Archiv der Jugendkulturen e. V., in: Archivar, Jg. 70 (2017), H. 2, S. 164–166, URL: https://www.archive.nrw.de/sites/default/files/media/files/Archivar_2_2017.pdf [zuletzt eingesehen am 17.10.2020].

Schneider, Johannes:
Das Hufeisen muss runter, in: Zeit Online, 28.10.2019,
URL: https://www.zeit.de/kultur/2019-10/linke-rechte-hufeisentheorie-thueringen-bjoern-hoecke-bodo-ramelow [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

Schröder, Kristina:
„Demokratie stärken – Toleranz fördern", in: Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis, Jg. 55 (2010), H. 4, S. 107–110.

Schuhmacher, Nils:
„Linke Militanz" – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmerschaft,
in: Fachforum im Bundesprogramm „Demokratie leben!": Dokumentation Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz" im Bundesprogramm „Demokratie leben!" am 19.09.2016 in Berlin, Berlin: Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH, o. J. [2017], S. 2–4,
URL: http://demokratie-leben-wuerzburg.de/wp-content/uploads/2017/01/170119_Dokumentation_Fachaustausch_Linke_Militanz_freigegeben.pdf [zuletzt eingesehen am 17.08.2020].

Schulz, Bert:
Extrem erwartbare Debatte, in: taz, 05.07.2018.

Seibt, Gustav:
Das Mantra von der Mitte, in: SZ.de, 12.02.2020, URL: https://www.sueddeutsche.de/kultur/thueringen-mitte-buergerlichkeit-sprache-1.4793370 [zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

Seidel, Stephan:
Vorwort, in: Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.: FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, November 2002/April 2003, S. 1, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.

Slama, Brahim Ben/Kemmesies, Uwe (Hrsg.):
Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend, Wiesbaden: Bundeskriminalamt, 2020.

Sprügel, Guido:
Sie wollen nur forschen, in: jungle.world.de, 17.02.2011,
URL: https://jungle.world/artikel/2011/07/sie-wollen-nur-forschen
[zuletzt eingesehen am 19.08.2020].

Stadt Grevesmühlen:
Ausstellungseröffnung „Momente der Besinnung", Beitrag vom 12.11.2013,
URL: https://www.grevesmuehlen.info/2013/11/12/einladung-zur-ausstellungser%C3%B6ffnung-momente-der-besinnung/ [zuletzt eingesehen am 15.10.2020].

Stadt Leipzig:
Helden- oder Hipsterstadt? Fachtag „Gewalt- und Radikalisierungsprävention in Leipzig",
URL: https://www.leipzig.de/news/news/helden-oder-hipsterstadt-fachtag-gewalt-und-radikalisierungspraevention-in-leipzig/ [zuletzt eingesehen am 02.10.2020].

Steffen, Tilman:
Die Extremismusklausel heißt jetzt Begleitschreiben, in: Zeit Online, 31.01.2014,
URL: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-01/extremismusklausel-schwesig-maiziere
[zuletzt eingesehen am 01.11.2020].

Steiner, Jenz:
Der zivilgesellschaftliche Arm des Bundesfamilienministeriums oder Verfassungsschutz light,
in: telegraph #127|128, URL: https://telegraph.cc/archiv/telegraph-127-128/der-zivilgesellschaftliche-arm-des-bundesfamilienministeriums-oder-verfassungsschutz-light/ [zuletzt eingesehen am 24.09.2020].

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar":
Konzeption der pädagogischen Arbeit, URL: https://www.ejbweimar.de/de/ueber-uns/profil-und-konzept/
[zuletzt eingesehen am 13.11.2020].

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“:
Leitbild der EJBW, URL: https://www.ejbweimar.de/de/ueber-uns/leitbild/
[zuletzt eingesehen am 13.11.2020]
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Hrsg.):
8. Tätigkeitsbericht (2015/2016), Berlin: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, o. J. [2017],
URL: https://www.stiftung-hsh.de/assets/Uploads/8-Taetigkeitsbericht-web.pdf
[zuletzt eingesehen am 03.08.2020].
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
Linksextremismus in Geschichte und Gegenwart, URL: https://www.stiftung-hsh.de/bildung/linksextremismus-in-geschichte-und-gegenwart/ [zuletzt eingesehen am 12.11.2020].
Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen:
Über uns, URL: https://www.stiftung-hsh.de/ueber-uns/ [zuletzt eingesehen am 13.11.2020].
Stiftung SPI:
Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“ für Demokratie, Recht und Freiheit, Berlin, o. J. [2019],
URL: https://www.stiftung-spi.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/veroeffentlichungen/srup_lebenslagen/BBS_Annedore_04-2019.pdf [zuletzt eingesehen am 19.08.2020].
Stiftung SPI:
F.A.N. Berlin-Brandenburg – Für Demokratie, Recht und Freiheit, URL: https://www.stiftung-spi.de/projekte/fan/ [zuletzt eingesehen am 27.10.2020].
Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“:
Über die Stiftung SPI, URL: https://www.stiftung-spi.de/die-stiftung/ueber-die-stiftung-spi/
[zuletzt eingesehen am 17.08.2020].
Sutor, Bernhard:
Politische Bildung im Streit um die „intellektuelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland.
Die Kontroversen der siebziger und achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte,
B 45/2002, S. 17–27.
Team der BBS „Annedore“:
Die Berliner Beratungs- und Bildungsstelle „Annedore“. Ansatz, Angebot und Einblick in die Praxis,
in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 160–169.
Thoma, Hanne/Riebe, Jan:
Bildungsarbeit gegen israelbezogenen Antisemitismus, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.):
„Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen …?!“ Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen, Berlin, o. J., S. 19–25,
URL: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aas-israelfeindschaft.pdf
[zuletzt eingesehen am 14.10.2020].
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.:
TR in D, URL: https://www.tgbw.de/trind/ [zuletzt eingesehen am 14.10.2020].
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.:
Unsere abgeschlossenen Projekte, URL: https://www.tgbw.de/beendete-projekte/
[zuletzt eingesehen am 11.11.2020].
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e .V.:
Vielfalt denken – Diversity leben – Pluralität bewirken, URL: https://www.tgbw.de/ueber-uns/
[zuletzt eingesehen am 13.11.2020].
Uhlig, Tom David:
Antisemitismus im linken Spektrum, in: bpb.de, 30.04.2020,
URL: https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307887/antisemitismus-im-linken-spektrum
[zuletzt eingesehen am 17.11.2020].

Uhlig, Tom David:
Kritik ohne Extremismusverdacht. Zur Problematisierung linkspolitischer Irrungen,
in: Meinhardt, Anne-Kathrin/Redlich, Birgit (Hrsg.): Linke Militanz. Pädagogische Arbeit
in Theorie und Praxis, Frankfurt am Main: Wochenschau, 2020, S. 181–191.
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
Abenteuer Freiheit – Herausforderung Gerechtigkeit. FerienAkademie Politik,
URL: https://www.vfh-online.de/seminare/ferienakademie-politik-20-04/
[zuletzt eingesehen am 02.10.2020].
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
Didaktische Prinzipien, URL: https://www.vfh-online.de/ueber-uns/didaktische-prinzipien/
[zuletzt eingesehen am 05.10.2020].
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
Extrem. Populistisch. Radikal. Ein Blick nach rechts und links,
URL: https://www.vfh-online.de/seminare/extrem-populistisch-radikal/
[zuletzt eingesehen am 12.11.2020].
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
FerienAkademie Politik, URL: https://www.vfh-online.de/seminar-format/ferienakademie/
[zuletzt eingesehen am 02.10.2020].
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
FerienAkademie Politik. Entfremdung, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
FerienAkademie Politik. Warenproduktion im Kapitalismus,
in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
FerienAkademie Politik I. Erwartungskatalog, November 2002/April 2003,
in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
FerienAkademie – 3. Tag. Ablauf, in: Privatarchiv von Michael Ohnesorge.
Verein zur Förderung politischen Handelns (v.f.h.) e. V.:
Verein, URL: https://www.vfh-online.de/ueber-uns/
[zuletzt eingesehen am 01.10.2020].
Verfassungsschutz Brandenburg:
Verfassungsschutz durch Aufklärung. Planspiel Demokratie und Extremismus,
URL: https://verfassungsschutz.brandenburg.de/media_fast/4055/Planspiel_Demokratie_und_
Extremismus.pdf [zuletzt eingesehen am 30.09.2020].
Violence Prevention Network e. V.:
Jahres- und Wirkungsbericht 2012, Berlin, o. J. [2013], URL: https://violence-prevention-network.de/
wp-content/uploads/2019/07/vpn-jahresbericht-2012.pdf [zuletzt eingesehen am 18.08.2020].
Violence Prevention Network e. V.:
Violence Prevention Network. Deradikalisierung, Intervention, Prävention, Berlin, o. J. [2018],
URL: https://violence-prevention-network.de/wp-content/uploads/2018/07/Violence-Prevention-
Network-Deradikalisierung_Intervention_Prvention.pdf [zuletzt eingesehen am 19.10.2020].
Violence Prevention Network gGmbH:
Vision, URL: https://violence-prevention-network.de/ueber-uns/leitbild/
[zuletzt eingesehen am 19.10.2020].

Wehling, Hans-Georg:
Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch, in: Schiele, Siegfried/Schneider, Herbert (Hrsg.): Das Konsensproblem in der politischen Bildung, Stuttgart: Klett, 1977, S. 173–184.
Werdermann, Felix:
Coole Mandi gegen Andi vom Verfassungsschutz. Ein Comic zeigt, wozu Patriotismus führen kann, in: nd.de, 22.06.2010, URL: https://www.neues-deutschland.de/artikel/173617.coole-mandi-gegen-andi-vom-verfassungsschutz.html [zuletzt eingesehen am 27.08.2020].
Widmann, Peter:
Der nahe Konflikt. Israelkritik und Antisemitismus – Herausforderungen der Schule und der politischen Bildung, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen, Berlin: Metropol, 2020, S. 149–165.
Wiedemann, Gregor:
Verfassungsschutz durch Aufklärung? Zum Widerspruch von politischer Bildungsarbeit und geheimdienstlicher „Extremismusprävention", in: Wer schützt die Verfassung? Kritik zu den Verfassungsschutzbehörden und Perspektiven jenseits der Ämter. Erweiterter Tagungsband 2013, hrsg. von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Kulturbüro Sachsen in Zusammenarbeit mit Sebastian-Cobler-Stiftung für Grundrechte, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Amadeu Antonio Stiftung, DGB Dresden, Dresden, 2013, S. 131–144, URL: https://www.weiterdenken.de/sites/default/files/verfassungsschutz_2013_download_m.pdf [zuletzt eingesehen am 06.10.2020].
Yücel, Deniz:
Die Ministerin weiß von nichts, in: taz.de, 09.01.2012,
URL: https://taz.de/Kristina-Schroeder-und-Linksextremismus/!5103609/
[zuletzt eingesehen am 28.07.2020].
Zeitbild Stiftung:
Augen auf – gegen Extremismus,
URL: http://www.zeitbild-stiftung.de/projekte/augen-auf-gegen-extremismus.html
[zuletzt eingesehen am 07.10.2020].
Zeitbild Stiftung:
Demokratie stärken. Linksextremismus verhindern, Jg. 53 (September 2011), aktualisierte Ausgabe vom Februar 2012, URL: https://www.zeitbild.de/wp-content/uploads/2011/09/ZB_Wissen_DemokratieSta%CC%88rkenB.pdf [zuletzt eingesehen am 10.08.2020].
Zeitbild Stiftung:
Zeitbild Stiftung, URL: http://www.zeitbild-stiftung.de/ueber-uns.html
[zuletzt eingesehen am 07.10.2020]
Zitzmann, Andreas:
Demokratie üben, Extremismus erkennen, in: FR.de, o. D., aktualisiert am 30.01.2019,
URL: https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/demokratie-ueben-extremismus-erkennen-11598910.html [zuletzt eingesehen am 09.10.2020].

GESPRÄCHE UND KORRESPONDENZEN

E-Mails von Laura Adrian
(KAST e. V.)
an Dr. Teresa Nentwig vom 22.10.2020
und vom 05.11.2020.

E-Mail von Nadine Arndt
(Eduversum GmbH)
an Dr. Teresa Nentwig vom 31.07.2020.

E-Mail von Barbara Biel
(Bildungsstätte Anne Frank e. V.)
an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

E-Mail von Ulrike Geisler
(B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.)
an Dr. Teresa Nentwig vom 04.11.2020.

E-Mails von Gerold Hildebrand
(Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen)
an Dr. Teresa Nentwig
vom 19.10.2020 und vom 27.10.2020.

E-Mail von Gabriele Rohmann
(Archiv der Jugendkulturen e. V.)
an Dr. Teresa Nentwig vom 19.10.2020.

E-Mail von Tom David Uhlig
(Bildungsstätte Anne Frank e. V.)
an Dr. Teresa Nentwig vom 05.11.2020.

E-Mail von Dr. Bernd Zywietz (jugendschutz.net)
an Dr. Teresa Nentwig vom 13.10.2020.

Gespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Birgit Redlich
(Bundesfachstelle Linke Militanz)
am 21.10.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Dr. Klaus Bott
(Hessisches Landespolizeipräsidium)
am 03.08.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Liane Czeremin
(Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.)
am 11.09.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Ulrike Geisler
(B3. Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e. V.)
am 26.10.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Prof. Dr. Thomas Grumke
(Hochschule für Polizei und
öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen)
am 05.10.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Peter Krumpholz
(Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung
und Politikberatung e. V.)
am 07.10.2020.

Telefongespräch von Dr. Teresa Nentwig
mit Michael Ohnesorge
am 21.08.2020.

IV ANHANG

VERZEICHNIS INFOKÄSTEN, ABBILDUNGEN, TABELLEN UND ABBILDUNGSNACHWEIS

VERZEICHNIS DER INFOKÄSTEN

Infokasten 1:
Das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“

Infokasten 2:
Die Demokratieerklärung

Infokasten 3:
Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Infokasten 4:
Primäre, sekundäre und tertiäre Prävention

Infokasten 5:
Der Beutelsbacher Konsens

Infokasten 6:
Das Extremismuskonzept

Infokasten 7:
Der Begriff Linksextremismus

Infokasten 8:
Der Verfassungsschutz und die Öffentlichkeitsarbeit

Infokasten 9:
Planspiele

Infokasten 10:
Antisemitismus

Infokasten 11:
Der Begriff Linke Militanz

Infokasten 12:
Die Hufeisentheorie

Infokasten 13:
Zum Verhältnis von politischer Bildung
und (Primär-)Prävention

ABBILDUNGS- UND TABELLENVERZEICHNIS

Abb. 1:
Cover des Comics „Andi 3“

Abb. 2:
Das Göttinger Juzi. Autonome Juzis (Jugendzentren) konnte das Modellprojekt „Die Autonomen“ als einen zentralen Freizeit-Treffpunkt der jüngeren Autonomen ausmachen.

Abb. 3:
Flyer des Plakatwettbewerbs „Argumente statt Gewalt“

Abb. 4:
Die Teilnehmenden ordnen unterschiedliche Formen von Protest in das vorgegebene Raster ein und diskutieren die gewählten Kriterien in der Gruppe.

Abb. 5:
Arbeitsblatt „Film-Bingo: Die 1968er-Bewegung“

Abb. 6:
Mit 0-Tönen auf den Kopfhörern begeben sich die Teilnehmer*innen auf einen Stadtrundgang durch Connewitz.

Tab. 1:
Übersicht über die bisherigen Modellprojekte (2010–2019)

Tab. 2:
Übersicht über sonstige Initiativen

Tab. 3:
Seminare, Projekte und Vermittlungsvorschläge zum Thema „Demokratiefeindlichkeit“ im Rahmen des Modellprojekts „Demokratie stärken – Jugend für Demokratie und gegen Extremismus“

Tab. 4:
Die Phasen des Planspiels „Demokratie und Extremismus“

Tab. 5:
Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen von Planspielen im Rahmen der Extremismusprävention des Modellprojektes „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“

Tab. 6:
Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen der Seminarreihe „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“ des gleichnamigen Modellprojektes

Tab. 7:
Datum, Durchführungsorte und Teilnehmerzahlen der regionalen Symposien im Rahmen des Modellprojektes „Extremismus – Herausforderung für die Demokratie“

Tab. 8:
Teilprojekte im Rahmen des Modellprojekts „Kulturschock – Extremistischer Gewalt bei linksaffinen Jugendlichen durch Kunst entgegenwirken“

Tab. 9:
Ablauf des Präventionsworkshops gegen (Links-)Extremismus

Tab. 10:
Ablauf des Workshops „Die 68er aus heutiger Sicht“

Tab. 11:
Teilprojekte im Rahmen des Modellprojekts „Frontaldiskurs. Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur“

Tab. 12:
Geplanter Ablauf des Seminars „Extrem. Populistisch. Radikal. Ein Blick nach rechts und links“

Tab. 13:
Übersicht über die seit dem 1. Januar 2020 geförderten Modellprojekte im Handlungsfeld Linker Extremismus

ABBILDUNGSNACHWEIS

Abb. 1:
© Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen

Abb. 2:
Foto Dr. Teresa Nentwig

Abb. 3:
© Deutsche Gesellschaft e. V.

Abb. 4:
Foto Birgit Redlich

Abb. 5:
Bundesfachstelle Linke Militanz: Politischer Protest am Beispiel der 68er-Bewegung.
Ein Workshop für Schüler*innen des 11. Jahrgangs. Handreichung,
Göttingen: Institut für Demokratieforschung, 2020, S. 32,
URL: http://www.linke-militanz.de/data/akten/2020/07/Handreichung_Workshop_Protest_final.pdf
[zuletzt eingesehen am 07.09.2020].

Abb. 6:
Foto Ulrike Geisler

IMPRESSUM

Modellprojekte der politischen Bildung
im Bereich Linker Extremismus
von 2010 bis 2019
Ziele – Methoden – Herausforderungen
Ausgabe Dezember 2020

Herausgeber
Institut für Demokratieforschung
Bundesfachstelle Linke Militanz
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
www.linke-militanz.de
Tel.: 0551/39-1701-00
Fax: 0551/39-1701-01

Autorin
Dr. Teresa Nentwig

Grafik/Textsatz
www.kolaygelsin.de

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„Demokratie leben!“ des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
Glinkastraße 24
10117 Berlin
Tel.: 03018/555-0
Fax: 03018/555-1145
E-Mail: pressestelle@bmfsfj.bund.de

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.